
Eisenhüttenstadt

**Herausgegeben von
Valérie Lozac'h**



Leipziger Universitätsverlag 1999

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Comparativ : Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung / hrsg. im Auftr. der Karl-Lamprecht-Gesellschaft Leipzig e.V. – Leipzig : Leipziger Univ.-Verl.

Früher Schriftenreihe. – Früher außerdem hrsg. vom Interdisziplinären Zentrum zur Vergleichenden Erforschung Gesellschaftlicher Transformationen (IZT) i.G. an der Universität Leipzig.

ISSN 0940-3566

Jg. 9, H. 3. Eisenhüttenstadt. – 1999

Eisenhüttenstadt / hrsg. von Valérie Lozac'h. – Leipzig : Leipziger Univ.-Verl., 1999
(Comparativ ; Jg. 9, H. 3)

ISBN 3-934565-05-0

© Leipziger Universitätsverlag GmbH, Leipzig 1999

COMPARATIV. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung 9 (1999) 3

ISSN 0940-3566

ISBN 3-934565-05-0

Inhaltsverzeichnis

Editorial		7
<i>Andreas Ludwig</i>	„Traum der Zukunft – Wirklichkeit“. Stadtgeschichte, Selbstbild, Fremdbild in Eisenhüttenstadt	9
<i>Brigitte Vogel</i>	Kulturelles Leben in Stalinstadt zwischen Politisierung und „Eigen-Sinn“. Ansätze zu einem deutsch-deutschen Vergleich städtischer Kulturpolitik in den fünfziger Jahren	21
<i>Dorothee Kohler</i>	Der Stahlstandort Eisenhüttenstadt: ein „sozialistisches“ Fos-sur-mer?	33
<i>Rainer Weinert</i>	Technische Innovation im Eisenhüttenkombinat Ost (EKO) als Entscheidungsproblem der Wirtschaftsführung der DDR	52
<i>Valérie Lozac'h</i>	Die kommunale Wirtschaftsförderungspolitik vor neuen Herausforderungen	86
<i>Gerhard Schürer</i>	Eisenhüttenstadt – EKO	100
	Diskussion zum Beitrag von Gerhard Schürer	106
Forum		
<i>Hartmut Elsenhans</i>	Individualistische Strategien der Haushalte zur Zukunftssicherung: Grundlage für den Niedergang des wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus	114
Bericht		
	Deutschlandbilder – Frankreichbilder 1700–1840 (<i>Thomas Höpel</i>)	143
Buchbesprechungen		
	Laura Brace, <i>The idea of property in seventeenth-century England. Tithes and the individual</i> , Manchester/New York 1998 (<i>Roland Ludwig</i>)	146
	Sepp Linhart/Erich Pilz (Hrsg.), <i>Ostasien. Geschichte und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert</i> , Wien 1999 (<i>Steffi Richter</i>)	148
	Christof Dipper, Rainer Hudemann, Jens Petersen (Hrsg.), <i>Faschismus und Faschismen im Vergleich</i> , Köln 1998 (<i>Friedemann Scriba</i>)	151

Christian-Georg Schuppe, <i>Der andere Droysen. Neue Aspekte seiner Theorie der Geschichtswissenschaft</i> , Stuttgart 1998 (<i>Gabriele Lingelbach</i>)	154
Bücher ohne Verfallsdatum. Rezensionen zur historischen Literatur der neunziger Jahre, hrsg. von Peter Schöttler und Michael Wildt, Hamburg 1998 (<i>Matthias Middell</i>)	157
Resümees/Abstracts	161
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	167

Editorial

Eisenhüttenstadt beherbergt heute ein Dokumentationszentrum für die Geschichte der Alltagskultur der DDR.¹ Der Ort mit dem Stahl- und Walzwerk, der sich an der östlichen Grenze des ehemals zweiten deutschen Staates und noch immer fernab des überregionalen Straßen- und Schienennetzes befindet, wird mit Typischem identifiziert, das auch zehn Jahre nach dem politischen Umbruch von 1989 noch in Architektur, Konsumtionsstilen und anderen alltäglichen Verhaltensformen zu erfassen sei. Anders als in den urbanen Zentren oder auf dem flachen Land scheint hier der planerische Anspruch und utopische Überschuß einer Gesellschaft, deren Führung zeitweise den Ausstieg aus den Kontinuitäten der Geschichte propagierte, unmittelbar fühlbar. Auf den ersten Blick steht kein „bürgerliches“ Erbe im Wege, das dem hinzukommenden Beobachter Schauer der Fremdheit zu ersparen vermöchte. Anknüpfungspunkte in einer Vorgeschichte der Retortenstadt sind trotz allen Fürstenberger Lokalstolzes rar und taugen nicht für aufwendige Rekonstruktionen, die anderswo die Spuren des DDR-Alltags Stück für Stück tilgen, übermalen, in den Hintergrund drängen oder auch (in den seltensten Fällen) ironisch umfunktionieren. Dieser Blick auf das Objekt kulturgeschichtlicher Begierde ist aber zugleich verräterisch für einen isolierenden Zeitgeist, dem es gerade um die Feststellung der Fremdheit geht, die die übrig gebliebenen Stücke ausstrahlen, welche aus einem anderen Alltag in den jetzigen herüberraegen.

Dagegen kann sich ein vergleichender Blick nur schwer behaupten, denn ihm werden nivellierende Tendenzen zur Last gelegt, die die Lust an der Differenz schmälern. Obwohl oder gerade weil die Debatte um die deutsche Nachkriegsgeschichte eine permanent komparatistische ist, verweigert sie sich noch immer einer Gegenüberstellung von Objekten, die in der Untersuchung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden zunächst als gleichberechtigt angenommen werden.

So kommen die Auflösungen des unterdes schon gewohnten Blicks eher von den Rändern auf die Zeithistoriker zu. Das Bemühen des Dokumentalisten um das Festhalten von noch Bestehendem vor seiner Transformation durch die lebendigen Prozesse sozialer und kultureller Aneignung erscheint weniger analytisch, ist aber gerade deshalb offener als manche theoretische Abhandlung. Thomas Grimm hat in einem Film Eisenhüttenstadt gezielt mit Wolfsburg in Beziehung gesetzt.² Wo die Bewohner der Städte selbst ins Bild und zu Wort kommen, rücken eher die Ähnlichkeiten der alltagsbestimmenden Faktoren von Arbeit und Konsum, Feiern und Urlaub, Wohnen und Reisen in den Vordergrund. Die gravierenden Unterschiede der politischen Rahmenbedingungen und ideologischen Durchdringungen dieses

1 A. Ludwig, Objektkultur und DDR-Gesellschaft. Aspekte einer Wahrnehmung des Alltags, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28, 1999, S. 3-11 und ders., Alltagskultur der DDR. Konzeptgedanken für ein Museum in Eisenhüttenstadt, in: Deutsche Geschichte im Museum 21, 1994, S. 1152-1155.

2 Th. Grimm/U. Kolano, Heimat vom Reißbrett: Wolfsburg und Eisenhüttenstadt, Zeitzeugen TV GmbH (Schwedter Str. 13, 10119 Berlin).

Alltags bleiben nicht unberücksichtigt. Sie gewinnen aber ihre Kontur als Faktoren neben anderen, die die Lebensqualität der Menschen beeinflussten.

Im Vergleich, der sich nicht allein auf die „erste sozialistische Stadt“, wie Walter Ulbricht bei der Namensgebung von StalinStadt formulierte, kapriziert, werden die übergreifenden Zusammenhänge einer mit den modernen fordistisch organisierten Industrien verbundenen Stadtplanung sichtbar. Sie waren keineswegs auf die staatssozialistischen Gesellschaften beschränkt. Diese haben allerdings durch ihren Anspruch einer nachholenden Industrialisierung ganzer Regionen und durch die größeren Spielräume, über die eine auf die Ressourcen des gesamten Gemeinwesens zurückgreifende Planwirtschaft verfügt, auffälligere Spuren hinterlassen. Ein weiteres Moment, dem für viele dieser schnell emporgewachsenen Städte nachzugehen wäre, ist gewiß der Zusammenhang zu den enormen Migrationsbewegungen, die die Nachkriegsgesellschaften zu bewältigen hatten und für die die aus Baracken erstehenden neuen Zentren Anziehungspunkte sein sollten, mit denen die Flüchtlingsströme zu kanalisieren und die supraregionalen melting pots zu integrieren wären.

Diesen Kontexten geht das vorliegende Heft in Beiträgen nach, die eine Arbeitsgruppe von Doktoranden des deutsch-französischen Zentrums für sozialwissenschaftliche Forschung (Centre Marc Bloch) in Berlin hervorgebracht hat. Valérie Lozac'h hat die Texte gesammelt und die Redaktion übernommen, Den Autoren sei herzlich gedankt, daß sie sich der Mühe unterzogen haben, ihre Aufsätze so weit wie möglich an die methodische Ausrichtung einer komparatischen Zeitschrift anzupassen. Das Centre Marc Bloch hat sich in wenigen Jahren unter der Leitung von Etienne François zu einem Schnittpunkt unterschiedlicher Arbeitsinteressen entwickelt und genießt den Vorzug, daß es der auf den Zusammenhang von Geschichtswissenschaft, Geschichtskultur und Geschichtspolitik in besonderer Weise fixierten deutschen Diskussion die Geklossenheit der Perspektive von außen anbieten kann. Damit erweitert sich nicht nur das Set von Beispielen um das französische Fos-sur-Mer, sondern zugleich weitet sich der Blick vom Interesse an einem Spezifikum ostdeutscher Entwicklung nach 1945 zu einer allgemeineren zivilisationsgeschichtlichen Fragestellung. Leicht sind die nächsten Schritte, die von hier aus gegangen werden könnten, abzusehen: die Kooperation mit Forschern, die sich den amerikanischen Industrieansiedlungen in der Automobilbranche und der Schwerindustrie in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts widmen, der Vergleich zwischen dem Zusammenwirken von Staat und Wirtschaft vor und nach 1945 beim Ausbau entsprechender Großsiedlungen vom Reißbrett, wobei der Blick über Mittel- und Westeuropa hinaus auch auf den Osten gerichtet werden muß, schließlich der Umgang mit den bestehenden Strukturen nach dem weitgehenden Auslaufen des fordistischen Zyklus in der Industrie. Der Vergleich verschiedener Fälle gestattet uns dann auch eine Eingrenzung des Zeitraums, in dem die Schaffung solcher Großstrukturen trotz der enormen Erschließungskosten als ökonomisch effizient galt und an dessen Ende die Anpassung sozialer und kultureller Verhaltensweisen Übergänge in einen neuen Abschnitt markiert.

Matthias Middell

Andreas Ludwig

„Traum der Zukunft – Wirklichkeit“. Stadtgeschichte, Selbstbild, Fremdbild in Eisenhüttenstadt

Als ab 1950 das Eisenhüttenkombinat Ost und die dazugehörige Wohnstadt gegründet wurde, gab es für die Erbauer wie politisch Verantwortlichen nur eine Zukunft, die es zu gestalten galt. Vergangenheit existierte lediglich in Gestalt der noch nicht lange zurückliegenden Ereignisse des Faschismus und in Form einer strukturellen Unterentwicklung des die neue Stadt umgebenden Gebietes.

Knapp 50 Jahre später hat Eisenhüttenstadt seine historische Würdigung durch eine Ausstellung des Deutschen Historischen Museums erfahren; die Stadt wurde durch die Darstellung an einem ebenso prestige- wie symbolträchtigen Ort Teil der „Nationalgeschichte“, in der es als industrielle Stadtgründung einen spezifischen Städtetyp, als Beispiel für die „Aufbaujahre“ eine besondere historische Epoche symbolisiert.¹

Dabei hat die Stadt eine eigene Geschichtsschreibung erfahren, die zunächst vor allem in literarischen, bildlichen und journalistischen Arbeiten entstand, weniger jedoch durch wissenschaftliche Untersuchungen geprägt wurde. Im folgenden wird der Frage nachgegangen, wie sich eine „Stadtgeschichte“ in dieser noch jungen Stadt herausbildete, um welche Themen herum sie ausgehandelt wurde², aus welchen Quellen sie sich speist.

Eisenhüttenstadt war und ist Modell für die DDR – zunächst ein nachahmenswertes Beispiel für eine Entwicklung, die das gesamte Land einmal zu nehmen versprach, später ein Modell, an dem DDR-Geschichte exemplarisch aufgezeigt werden konnte. Eisenhüttenstadt ist zugleich Beispiel für den Prozeß einer zeitnahen Historisierung, der bereits wenige Jahre nach Beginn des Aufbaus von Stadt und Werk einsetzte und zum 10. Jahrestag der Stadt einen ersten Höhepunkt fand.

1 Mit explizitem Hinweis auf die Stadt als „exemplarischen lieux de mémoire“ (Pierre Nora) für die Geschichte des Alltags im Nachkriegsdeutschland, vgl. Chr. Stölzl, Vorwort, in: *aufbau west aufbau ost. Die Planstädte Wolfsburg und Eisenhüttenstadt in der Nachkriegszeit*. Buch zur Ausstellung des Deutschen Historischen Museums vom 16. Mai bis 12. August 1997, hrsg. von R. Beier, Ostfildern 1997, S. 8.

2 W. Hofmann, *Stadthistoriker und gesellschaftliche Praxis – Probleme von Distanz und Integration*, in: *Stadtgeschichte als Kulturarbeit*, hrsg. vom Bezirksamt Charlottenburg, Berlin 1991, S. 76-84; über die Situation in Eisenhüttenstadt A. Ludwig, *Stadtgeschichte in Eisenhüttenstadt*, in: *Informationen zur modernen Stadtgeschichte* (1995) 2, S. 32-35.

Zunächst diente diese Historisierung der Herausarbeitung des Vorbildcharakters, sie bezog sich auf den „neuen Menschen“, den die Stadt hervorbringen würde, später auf die Aufbaujahre der DDR, in denen eine neue soziale Wirklichkeit geschaffen worden sei. Das Vorbild Eisenhüttenstadt spiegelte dabei die wechselnden Leitbilder der DDR-Politik wider; Themen sind der Neue Mensch, die sozialpolitischen Erfolge, die moderne Stadt, die Einheit von Mensch, Natur und Technik.

Bezog sich die Historisierung der Stadt anfangs vor allem auf die potentielle Wiederholbarkeit des dort erreichten, so trat ab den späten siebziger Jahren zunehmend die Einmaligkeit der städtischen Entwicklung in den Vordergrund, vor allem durch die Beschäftigung mit der Architektur- und Stadtplanungsgeschichte und die Gründung eines Stadtgeschichtsmuseums.

Vor allem das Stadtgeschichtsmuseum wertete die alte Stadt Fürstenberg auf, machte die Schwierigkeiten eines zeitnahen Umgangs mit Geschichte in einer Stadt deutlich, in der *histoire* und *mémoire* (Pierre Nora) dicht beieinander liegen.

Das Selbstbild der Stadt bezog sich vor allem auf den Mythos der Gründerjahre, der auch in der kollektiven Erinnerung eine wesentliche Rolle spielt, sowie auf die Bedeutung der Stadt für die DDR, die sich als Bedeutungszuweisung von außen im Selbstbewusstsein der Stadt niederschlug.

Seit 1989 befindet sich die Stadt auf der Suche nach einer neuen Funktion, die sich in der Diskussion um ein neues Selbstbild ausdrückt. Das in den letzten Jahren zu beobachtende verstärkte Interesse der Forschung an Eisenhüttenstadt trifft auf eine Widersprüchlichkeit, die sich aus historischem Selbstbewusstsein und Statusunsicherheit speist.

1. Jahre des Aufbaus

Bereits der Aufbau des Eisenhüttenkombinats Ost und der Wohnstadt des EKO wurde publizistisch begleitet. Ganzseitige Reportagen in der Täglichen Rundschau, dem Neuen Deutschland, der Neuen Berliner Illustrierten und der Illustrierten Rundschau begleiteten die Entwicklung von Stadt und Werk.

„Wo Menschen zusammenkommen, sprechen sie von Fürstenberg, und sie meinen damit nicht mehr die Stadt, die bisher unter diesem Namen bekannt war, sondern ein neues, anderes Fürstenberg, das als erste sozialistische Stadt der DDR entsteht.“³

³ „Fürstenberg – Erste sozialistische Stadt der DDR“, in: Illustrierte Rundschau 7 (1952), 19; die Bezeichnung „erste sozialistische Stadt“ sei erst nach der II. Parteikonferenz im Juli 1952 aufgekommen; vgl. W. Durth/J. Düwel/N. Gutschow, Architektur und Städte-

In den Reportagen der fünfziger Jahre dominiert das Bild der Überwindung überkommener Verhältnisse von Ausbeutung und Rückständigkeit. Es ist die Geschichte eines Aufbruchs in die Zukunft, der planmäßigen Herstellung besserer Lebensbedingungen durch die Kraft der Arbeiterklasse. Die reale Entwicklung war immer zugleich auch ein politisches Symbol, das sich u.a. im Text eines Transparents zum 1. Fünfjahrplan ausdrückte: „Stahl – Brot – Frieden“. Selbst bei der Standortwahl scheinen politische Erwägungen, die Nähe zur „Oder-Neiße-Friedensgrenze“, eine Rolle gespielt zu haben.

Die publizistische Begleitung des Aufbaus der Wohnstadt bei Fürstenberg, wie die Stadt bis 1953 hieß, diente propagandistischen Zwecken und war nach innen wie nach außen gerichtet. Es ging um die Präsentation beispielhafter Fortschritte im ersten Fünfjahrplan, zu dessen Schwerpunkten der Aufbau von Stadt und Werk gehörten, d. h. um eine direkte Werbung für die DDR als bessere Alternative in gesamtdeutscher Ausrichtung:

„Achtung, Achtung, West-Berlin, / Hier gibt's Arbeit! / Hallo Dresden, überall / E.K.O.! / Notiert, Genossen: / E.K.O. stellt noch ein ! / Sie kommen, sie kommen; / aus ganz Deutschland kommen sie!“⁴

Sehr schnell fand der Mythos des Aufbaus literarische Gestaltung. Feuilletons in den Zeitungen, bereits 1952 Hans Marchwitzas und Ottmar Gersters Chorkantate „Eisenhüttenkombinat Ost“, und schließlich drei Romane, Karl Mundstocks „Helle Nächte“ (1952), Hans Marchwitzas „Roheisen“ (1955) und Joachim Knappes „Mein namenloses Land“ (1965) entstanden. Es ist nicht nur die Geschichte der Durchsetzung einer Idee, die ihre Form in einer neuen Stadt findet, der diese literarischen Werke durchzieht, sondern zugleich auch die Entwicklung eines neuen Menschen, deren Stolz über das Erreichte Optimismus vermitteln soll:

„Langsam weicht von den Hochöfnern die Spannung der vergangenen Minuten einer tiefen Freude über den gelungenen Abstich. Der Stolz, mit dabeizusein, ein schönes, starkes sozialistisches Deutschland aufzubauen und das Glück, in einem Staat zu leben, der zum erstenmal in der deutschen Geschichte die Interessen seiner schaffenden Menschen vertritt – eben, weil es ihr eigener Staat ist – spiegelt sich auf ihren rußbedeckten, erhitzten Gesichtern wider.“⁵

Die Schwere der Arbeit erhält durch die propagandistische Überhöhung einen heroischen Ton, der vielfach die Berichterstattung über die neue Stadt begleitet.

bau in der DDR, Bd. 1: Ostkreuz: Personen, Pläne, Perspektiven, Frankfurt a. M./New York 1998, S. 357.

4 H. Marchwiza/O. Gerster, Chor-Kantate „Eisenhüttenkombinat Ost“, o. J. (1952).

5 Unter anderen J. Nitz, „So wächst die erste sozialistische Stadt Deutschlands“, in: Neues Deutschland vom 6.8.1952.

In der fiktionalen Darstellung werden dagegen die Zweifel und Widerstände des sozialistischen Aufbaus personalisiert und dramatisiert, besonders in Karl Mundstocks 1953 veröffentlichtem Roman „Helle Nächte“. Mit ihm bildet sich ein feststehendes Personenensemble heraus, das den Aufbau von Stadt und Werk begleitet, und das den realen Bedingungen der Zeit und des Ortes entsprochen haben mag: dem älteren, bürgerlichen Spezialist, der für den Aufbau benötigt wird und der seine Kräfte noch einmal, diesmal für eine gute Idee und eine friedliche Zukunft mobilisiert, der Schieber, der den Mangel für seinen persönlichen Gewinn nutzt, der opportunistische Funktionär, der alte erfahrene Arbeiter, der in der Praxis das kollektive Arbeiten lernen muß und vor allem die Jugend, individuell wie als Generation, die sich in den Schwierigkeiten der Zeit bewährt und die Zukunft repräsentiert.

Gemeinsam ist allen die Erfahrung des Faschismus, des Krieges, der erniedrigenden Verhältnisse durch Ausbeutung. Die literarischen Protagonisten, deren Mehrheit den erfolgreichen Weg der Integration in die neue sozialistische Gesellschaft geht, müssen zunächst Zweifel überwinden und lernen, sich einzuordnen. Dieser mühevollen, aber letztlich erfolgreiche Prozeß macht den Hauptteil der Romanhandlungen aus, und nur selten gelingt dies so leicht wie in dem folgenden Zitat:

„Leicht hatte sie es gehabt, so schwer ihr Leben auch gewesen war. Nun erst begriff sie, was es heißt, von Sorgen gequält zu sein. Sie hatte alles überwunden: das brennende Dorf, die Güterwagen, von denen die brettsteinen Toten geworfen wurden, Dresden, die Kaschemme, den Schieber. Das Vergangene war Gerümpel, mit einem Lächeln hatte sie es beiseite getan.“⁶

Dagegen stellt sich die Zukunft als Versprechen besserer Verhältnisse dar:

„Geregnet hat's Tag und Nacht, der Boden ist aufgeweicht, da kommt sie ins Zelt, pitschnaß. 'Stell' dir vor', sagt sie, 'in einem Jahr stehen hier Häuser, jeder hat ein Badezimmer und geht unter die Dusche, wenn es ihm gefällt, nicht, wann der Himmel will.' Da ist er, der neue Mensch.“⁷

Die Romane über den Aufbau Eisenhüttenstadts sind, wie in der Literaturpolitik der DDR gefordert, Werke, in denen das Zeitgeschehen begleitet wird. Es ist aus heutiger Sicht schwer zu entscheiden, wie wirklichkeitsnah sie die Verhältnisse in den frühen fünfziger Jahren schilderten. Gemeinsam ist ihnen ein optimistischer Grundton; die Verhältnisse würden sich bessern, die Menschen werden mit ihnen wachsen und sich entwickeln. Im Kern sind diese Romane Entwicklungsromane, wie sie als bürgerliche Literaturform vor allem des 18. und 19. Jahrhunderts bekannt sind. Jetzt liegen die Zweifel in der Vergangenheit begründet und werden, so die

6 K. Mundstock, Helle Nächte. Roman, Halle/Saale 1952, S. 87.

7 Ebenda, S. 27.

Grundaussage der Aufbau-literatur,⁸ überwunden, indem die Zukunft gestaltbar erscheint. Der Gegensatz zu Brigitte Reimanns „Ankunft im Alltag“, literarische Bearbeitung des Aufbaus von Hoyerswerda einige Jahre später, ist frappierend. Was an Eisenhüttenstadt faszinierte, war die „sozialistische Romantik“.⁹

2. Eine historisierende Bilanz

Bereits 1960, als die zehnjährige Entwicklung von Werk und Stadt in einem groß inszenierten Festspiel besungen wurde, war der Personenkanon festgeschrieben und wurde verkürzt, fast schon formelhaft, in dem Singpiel „Blast das Feuer an“ vorgeführt.¹⁰ Es wurde eine Woche lang täglich abends in der Freilichtbühne der Stadt aufgeführt und fand großen Anklang – die Erbauer der Stadt fanden sich gefeiert und genossen es. Jean Kurt Forest, Komponist der „Stalinstädter Oper“ aus dem gleichen Jahr 1960, mußte erfahren, daß selbstkritische Töne, ja auch nur eine Beschreibung der Schwierigkeiten des Aufbaus, nicht mehr gefragt waren. Bei einer Probeaufführung seines Werkes vor EKO-Arbeitern wurde er zu einer Darstellung der „Erfolgsgeschichte“ regelrecht aufgefordert, die Schwierigkeiten der ersten Jahre wollte man nicht mehr hören.¹¹

Der zehnte Jahrestag der Gründung von Stadt und Werk, in einer einwöchigen Festwoche gefeiert, war Anlaß einer Bilanz, die alle Züge von Historisierung enthält.

„Wenn Du im Sommer 1950 auf diesen Höhen [der neu eingeweihten Freilichtbühne, auf der das Massenspiel aufgeführt wurden, d. Verf.] gesessen hättest, wäre Dir nichts Bemerkenswertes aufgefallen. Kiefern und Heidesand, ein paar Hasen und Pilze, je nach Witterung. Das war alles, was es zu sehen gab. Nicht zu sehen war der Tod im Heidekraut, Minen und Granaten, unselige Zeugen des Krieges. Heute schaust Du von der neuen Freilichtbühne auf das Lichtermeer der Stadt und der Werke. Was Du siehst, ist neu, ist Arbeiterwerk, ist Leben gewordenes Wort der Partei.“¹²

8 W. Emmerich: Kleine Literaturgeschichte der DDR, Leipzig 1996, S. 138f.

9 H. Glade, Begegnungen in Stalinstadt, Berlin 1961, S. 21.

10 H. Preißler, W. Bauer, Blast das Feuer an, o. J. (1960). Der Figurenkanon war bereits durch die Romane von Mundstock und Marchwitza erprobt und wurde nun auch parteiamtlich festgeschrieben: vgl. Städtisches Museum Eisenhüttenstadt, Do 3670/90, „Hüttenfestspiele“, Büro der SED-Kreisleitung, Vorlage für das Sekretariat der SED-Bezirksleitung Frankfurt/Oder. Durchführung des 10. Jahrestages des Eisenhüttenkombinates „J. W. Stalin“ und der ersten sozialistischen Stadt Deutschlands, undatiert, S. 6

11 Stiftung Archiv der Akademie der Künste, Berlin, Nachlaß Forest, Sign. 460, Typoskript eines Interviews mit Forest, S. 152f. Die Oper wurde unter dem Titel „Damals an der Oder“ nur wenige Male aufgeführt.

12 H. Hofmann: Betrachte einen Beschluss!, in: Hüttenfestspiel 1960. Anlaßlich des zehnjährigen Bestehens des Eisenhüttenkombinates „J. W. Stalin“ und der ersten sozialistischen Stadt Deutschlands Stalinstadt (Programmheft), o.O. o.J. (1960).

In der Tat war die Stadt zu diesem Zeitpunkt bereits funktionstüchtig: vier Wohnkomplexe für 25.000 Einwohner waren errichtet, die Magistrale zwischen Zentralem Platz und Werkstor weitgehend fertiggestellt, das Roheisenwerk mit sechs Hochöfen arbeitete und steigerte seine Produktion kontinuierlich. Es beginnt die Zeit der Bilanzen, die fortwährende Steigerungen versprochen. So heißt es in dem bereits erwähnten Programmheft abschließend: „Aber noch mehr wird sein: Ewiger Friede, Glück und Wohlstand. Es ist beschlossen, daß der Sozialismus siegt.“¹³

Geplant, aber nie veröffentlicht war eine Festschrift, in der die zehnjährige Geschichte von Stadt und Werk in Form eines Sammelbandes dargestellt werden sollte. Die Kreisleitung der SED erarbeitete hierfür eine Themenübersicht, die in ihrer Orientierung an den offiziellen Phasen der DDR-Geschichte auch für spätere Publikationen richtungweisend war.¹⁴ Sodann wurde einer geschlossenen Abhandlung der Vorzug gegeben mit der der Schriftsteller Joachim Knappe beauftragt wurde. Sein Manuskript mußte jedoch aufgrund vor allem historiographischer Mängel abgelehnt werden.¹⁵ Auch die kurzfristig organisierte Unterstützung eines Historikers erbrachte kein druckfähiges Manuskript – man orientierte auf die Herausgabe einer „Stadtgeschichte“ zum 15. Jahrestag der Stadt.¹⁶ Kurzfristig realisiert wurde mit Unterstützung des Kulturministeriums dagegen ein Bildband, dessen Einleitung die Geschichte knapp skizziert.¹⁷

Von nun an begegnen uns zwei unterschiedliche Diskurse über Eisenhüttenstadt – die Reminiszenz an die „schweren Anfangsjahre“ einerseits und die Darstellung der sozialpolitischen Leistungen in den jungen Stadt andererseits.¹⁸

Bereits in der „Stalinstädter Oper“ gipfelte eine Liebeszene in der Erwartung des Bezuges einer Dreizimmer-Neubauwohnung. Kurze Zeit dar-

13 Ebenda.

14 SED-Kreisleitung, Bürovorlage. Grundkonzeption für die Festschrift zum 10. Jahrestag unserer Stadt vom 17.2.1960. Geplant war u.a. ein Geleitwort von Walter Ulbricht. Konzept für die Festschrift „Zehn Jahre Stalinstadt“ vom 25.4.1960. Ich danke Jochen Cerny für die Unterlagen und seine Mühe, die damaligen Vorgänge zu rekonstruieren.

15 J. Knappe: Seht, großes wird vollbracht! Festschrift zum zehnjährigen Bestehen des Eisenhüttenkombinats „J. W. Stalin“ und der ersten sozialistischen Stadt Deutschlands Stalinstadt, undat. Ms. (1960), Städtisches Museum Eisenhüttenstadt, Ma 2/88.

16 Städtisches Museum Eisenhüttenstadt, Do 3670/90, „Hüttenfestspiele“, undat. Schreiben des Büros der SED-Kreisleitung an das Institut für Gesellschaftswissenschaften; undat. Schreiben mit Mängelübersicht und Organisationsvorschlägen; auch 1965 wurde eine „Stadtgeschichte“ nicht verwirklicht.

17 H. Hofmann/E. Oldenburg, Stalinstadt, Dresden 1960; beide Autoren waren im damaligen Stalinstadt ansässig. Der Band wurde lange vor dem Scheitern der „Festschrift“ organisiert; vgl. Städtisches Museum Eisenhüttenstadt, Do 3670/90, Schreiben des Kreis Komitees Zehn Jahre Stalinstadt vom 10.3.1960.

18 Die bis 1960 ausgearbeitete Elemente der Selbstdarstellung sind bis 1989 gültig, vgl. J. Schütrumpf, „Young Town on an Old River“. Selbstverständnis und Selbstdarstellung von Stalinstadt, in: aufbau west aufbau ost (Anm. 1), S. 255-258.

auf erschien ein Beitrag über Stalinstadt in einem populärwissenschaftlichen Jahrbuch für die männliche Jugend,¹⁹ in dem Stalinstadt als infrastrukturell gut ausgestattete neue Stadt dargestellt wurde, als Ort, an dem die Grundbedürfnisse Arbeit und – dies besonders – Wohnung gesichert sind, an dem es sich zu leben lohnt. Das Moment der Versorgung, gepaart mit dem Stolz auf den jugendlichen Aktivismus beim Aufbau der Stadt, gewinnt an Gewicht gegenüber der historischen Erzählung. Es ist die Auflistung sozialpolitischer Leistungen, die von nun an, in Verbindung mit Hinweisen auf künftige Planungen, das Bild der Stadt in der Öffentlichkeit bestimmt. Das Pathos der Gründerjahre verkürzt sich auf knappe historische Rückblicke.

Fünfzehn Jahre später, 1975, erscheint ein farbenfroher Bildband über Eisenhüttenstadt, dessen Text der in Eisenhüttenstadt ansässige Kinderbuchautor Werner Bauer verfaßt hat. Die Geschichte des Aufbaus reduziert sich hier auf einige Episoden, vor allem aber auch Interviews mit Aktivisten wie der Brigade Kuchling, die für ihren Baubetrieb nicht nur in Eisenhüttenstadt, sondern auch in anderen industriellen Schwerpunktoobjekten der DDR ihren Mann steht. „Allein ihre Härte und Zielbewußtheit siegten über Trotzköpfe und Miesmacher“²⁰, heißt es formelhaft über ihre Arbeit am Aufbau Schwedts Anfang der sechziger Jahre – die Geschichte wiederholt sich. Wieder sind es die Helden der Arbeit, die das neue Land und die neue Stadt schaffen. Eisenhüttenstadt steht jetzt jedoch nicht mehr für das Besondere, sondern stellvertretend für die DDR. In knappen Lebensläufen schildert der Autor die Erfolge des sozialistischen Aufbaus. Individuelle Bewährung, bestätigt durch die erzielten Anerkennungen des Kollektivs, aber auch des Staates, durch Auszeichnungen (S. 14) und Produktionserfolge des Eisenhüttenkombinats gehen eine Symbiose in der Darstellung ein. Es folgen Daten über Betriebe, Produktionsziffern und dergleichen mehr. Schriftlich wie bildlich wird in diesen Jahren deutlich: wir haben es geschafft: „Die Eisenhüttenstädter fühlen sich wohl in ihrer Stadt, und das nicht nur wegen der schönen Wohnungen, die größtenteils an das Fernheiznetz angeschlossen sind. Es wohnt sich einfach gut in dieser Stadt.“ (S. 21) Die historische Situation der frühen fünfziger Jahre wird als wiederholbar heraufbeschworen, indem der „zweite Anfang“ beim Bau des Kaltwalzwerkes während der sechziger Jahre beschrieben wird; es sind die Eigenschaften der sozialistischen Persönlichkeit, die dies ermöglichen.

3. Die Wiederentdeckung der Geschichte

Unterbrechen wir die Darstellung und fragen nach der Rolle der Geschichte. In Bauers Text aus dem Jahre 1975 taucht die Gründung der

19 S. Uebel, Ich bin aus Stalinstadt, in: Urania Universum 7 (1961), S. 435-442.

20 W. Bauer, in: ders./H. Opitz, Eisenhüttenstadt, Leipzig 1975, S. 8.

Stadt als historische Erinnerung auf, die aber wiederholbar erscheint. Karl Mundstock, der Anfang der fünfziger Jahre zu Recherchen für seinen Roman in der Stadt war, wiederholte seinen Besuch knapp zwanzig Jahre später und veröffentlichte eine Reminiszenz, in der die Aufbaujahre als glorreiche Zeit, vom Autor ironisch kommentiert, erscheinen.²¹ Zur gleichen Zeit beginnen die ersten Überlegungen zur Gründung eines Heimatmuseums – nicht mehr nur die Zukunft, sondern auch die Vergangenheit wird interessant, nicht mehr ein DDR-weites Publikum, sondern die Bevölkerung Eisenhüttenstadts ist Adressat.

Es ist bezeichnend, daß als Standort für das neue Heimatmuseum nicht die „Neustadt“, wie Eisenhüttenstadt oft bezeichnet wird, sondern die alte Stadt Fürstenberg/Oder ausgewählt wird, nach der Eingemeindung 1961 ein Ortsteil, der nur noch die Bezeichnung „Eisenhüttenstadt Ost“ trägt, was die Fürstenberger den Eisenhüttenstädtern nicht vergessen werden, besonders nach der Wende.

Es ist wohl nicht allein eine kommunalpolitische Entscheidung zur Aufwertung dieses verfallenden historischen Städtchens gewesen, sondern vielmehr eine Vorstellung von Geschichte als „besonders alt“, vielleicht mit nostalgischen Momenten, die diese Standortwahl beeinflusst hat. Man suchte das passende Ambiente.²² Der Ortsteil wird aufgewertet, er ist nicht mehr Symbol für die alte Zeit, das zurückgebliebene, geduckte ärmliche Städtchen,²³ sondern romantisch, eine angenehme Ergänzung zur modernen Stadt – dies läßt sich aus den in den folgenden Jahren periodisch erscheinenden Bildbänden deutlich herauslesen.

Obwohl das Museum die gesamte Geschichte Eisenhüttenstadts darstellen sollte, lag der Schwerpunkt offensichtlich doch bei der Zeit vor 1950. Noch Anfang der neunziger Jahre war die Darstellung des Aufbaus von Stadt und Werk im Museum noch weitgehend Plan.²⁴

Kurzum: 1980 wird in der Stadt der Zukunft ein Heimatmuseum eröffnet, dessen Thema vor allem die ältere Geschichte Fürstenbergs ist. Hier liegt der Schwerpunkt der historischen Forschung und Darstellung.²⁵

21 K. Mundstock, *Wo der Regenbogen steigt*, Halle/Saale 1970.

22 Wie die Entscheidungen gefallen sind, ist noch nicht erforscht; möglich ist der Kampf zweier Linien, sollte doch Fürstenberg nach anderen Planungen zugunsten des Baus des Wohnkomplexes VII bis auf die Stadtkirche abgerissen werden.

23 Prägend für das Bewußtsein vieler „Nenstädter“ das bereits früh formulierte Bild von den „geduckten Häuschen, aus deren Dachrinne du trinken kannst“, vgl. H. Colditz/M. Lücke, *Stalinstadt. Neues Leben – neue Menschen*, Berlin 1958, S. 5.

24 Vgl. Interview des Autors mit den damaligen Mitarbeitern vom 22.5.1991.

25 Jedoch ganz im Gegensatz dazu nach der Wende die wenigen Propagandatafeln, die zum Stein des Anstoßes werden; vgl. hierzu „Eine Nische für den Sozialismus. Im Städtischen Museum von Eisenhüttenstadt ist die Wende noch fern“, *Der Tagesspiegel* vom 20.5.1990.

4. Stadtgeschichte via Architekturgeschichte

Doch auch die Neustadt wird von erneutem, jetzt historischem Interesse: 1977 erscheint eine Veröffentlichung der Stadtverwaltung, mit der erstmals eine Bilanz der städtebaulichen Leistungen, die sich infolge ihres nach Stadtkomplexen gegliederten Textes wie ein historischer Abriß liest.²⁶ Von nun an ist ein zweites Leitthema gefunden: Eisenhüttenstadt in der Architektur; es zieht sich ebenfalls bis in die Gegenwart, wenn auch mit sich verändernden Interessen.

1977 war es ein formuliertes Ziel der Veröffentlichung, künftige Planaufgaben für neue Stadtteile zu begleiten und die Bewohner der Stadt zu einer regeren Beteiligung an der gemeinsamen Gestaltung anzuregen.²⁷ Als im Jahre 1988 eine zweite Veröffentlichung zu diesem Thema erschien,²⁸ richtete sich die Publikation bereits an die Gäste der Stadt – Architektur und Städtebau waren zu einem die Stadt positiv reflektierendem Thema geworden, was sich auch durch die erfolgreiche Beantragung des Denkmalschutzes für die ersten drei Wohnkomplexe (erbaut 1951 bis 1957) im Jahre 1984 andeutete.²⁹ Geschichte, wenn aneh hier konzentriert auf die kulturhistorische Bedeutung von Architektur und Städtebau – gehört nunmehr zum Kanon selbstreferentieller Stadtdarstellung, die, mit mehrjähriger Unterbrechung, in jüngster Zeit wieder aufgenommen wird.³⁰

Bereits in den späten Jahren der DDR war diese Sicht auf die Stadt – zumindest in ihrer durch die beiden genannten Publikationen geförderten Eindeutigkeit – nicht unumstritten. In einem 1987 erschienenen Touristenführer³¹ findet die Neustadt ihren eher bescheidenen, aber auch historisch exklusiven Ort: zwei anfänglichen Kapiteln über Stadt und Werk folgt die Beschreibung Fürstenbergs, das in der obligatorischen historischen Chronologie wie in der Darstellung der Stadtgeschichte einen herausragenden Platz einnimmt. Der letzte Teil der Broschüre ist dem Umland gewidmet – dem Schlaubetal –, auch dies ein Kontinuum bis in die Gegenwart.

Es handelt sich bei einem Touristenführer, herausgegeben von der Stadtverwaltung, um einen eindeutig in werbender Absicht verfaßten Text, so daß wir das offizielle Selbstbild der Zeit ablesen können. Aus der Analyse – die hier nur angedeutet ist – ergibt sich, daß die Neue Stadt bereits

26 Rat der Stadt, Abt. Kultur (Hrsg.), Eisenhüttenstadt. Synthese Architektur und Bildende Kunst, o. O. 1976.

27 Vorwort, in: ebenda.

28 Rat der Stadt Eisenhüttenstadt, Abteilung Kultur (Hrsg.), Eisenhüttenstadt. Architektur – Denkmale – Bildende Kunst, o. O. 1988.

29 Einzeldenkmale schon 1977, Fürstenberg 1985, vgl. ebenda, S. 50; dem Denkmalschutz war in dieser Veröffentlichung ein eigener Beitrag durch den Leiter der Stadtplanungsgruppe H.-W. Haubold gewidmet.

30 Stadtverwaltung Eisenhüttenstadt, Eisenhüttenstädter Gebäudewirtschaft (Hrsg.), Eisenhüttenstadt. Architektur, Skulptur, Stadtbilder, Eisenhüttenstadt 1998.

31 S. Schlegel: Eisenhüttenstadt und das Schlaubetal, o. O. 1977.

als historische Einmaligkeit herausgestellt ist, zugleich aber in Konkurrenz mit dem älteren Fürstenberg steht (dessen historische Substanz im übrigen denkbar gering ist) und der Umgebung, dem Schlaubetal, von dem man annimmt, daß seine Attraktivität groß ist. Die Neue Stadt erscheint in einer Trias, die sich in einer Bildmappe und einer Diaserie wiederholt. Als Gastgeschenk bzw. Andenken zu erwerben, popularisierten sie ein relativierendes Bild der einstmaligen Vorzeigestadt. Besonders ausgeprägt ist diese Einordnung der „sozialistischen Stadt“ in einem Stadtplan von 1987, dessen Erläuterungstext beginnt: „Eisenhüttenstadt, landschaftlich reizvoll gelegen auf der Talsandterasse des Warschau-Berliner-Urstromtals – eine Stadt, in der sich die 700jährige Geschichte der kleinen Ackerbürgerstadt Fürstenberg ... mit dem 40jährigen Aufbau der Metallurgenstadt verbindet.“ In den späten Jahren der DDR beginnt so eine Diversifizierung des Stadtbildes, die nicht nur eine deutliche Abkehr vom politischen Pathos der Aufbaujahre und den sozialpolitischen Versprechungen der Folgezeit bedeutete, sondern meines Erachtens auch tiefe Unsicherheit über das städtische Selbstbild – dies im übrigen im Gegensatz zu den 1984 erschienenen illustrierten Historischen Heften über das EKO³² –, die nach 1989 ihre konsequente Fortsetzung fand:

„Eine Stadt im östlichen Teil Deutschlands, eine Stadt der Blumen und Plastiken ... Eine Stadt, in der sich Besonderheiten einer interessanten Architektur der neueren Geschichte ebenso widerspiegeln wie die liebenswerte Atmosphäre des über 700jährigen Städtchens Fürstenberg.“³³

Erstaunlich ist dabei weniger die bemühte Umgehung des Begriffs DDR, als vielmehr der frühe Zeitpunkt, an dem diese partielle Enthistorisierung einsetzte.

Die wissenschaftlichen Darstellungen sind demgegenüber selten und bis heute fragmentarisch. So mußten lange Zeit Cernys Darstellungen über die Bedeutung des EKO für den Aufbau der Industrie in der DDR³⁴, heute vor allem die Architektur- und Stadtplanungsgeschichte eine eigentliche Stadtgeschichte ersetzen.³⁵

32 J. Cerny, EKO. Eisen für die Republik, Berlin 1984 (= Illustrierte Historische Hefte 34).

33 Fremdenverkehrsverband Oder-Neiße-Region (Hrsg.), Eisenhüttenstadt und Umgebung, o. O. u. J. (um 1997); dagegen mit vergleichsweise starkem Bezug auf Geschichte und Architektur Stadtverwaltung Eisenhüttenstadt, Amt für Wirtschaftsförderung (Hrsg.), Eisenhüttenstadt. Stadt mit Zukunft!, Eisenhüttenstadt 1995.

34 Ders., Der Aufbau des Eisenhüttenkombinats Ost 1950/51, phil. Diss. Jena 1970; ders., Stalinstadt – Erste sozialistische Stadt Deutschlands, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 1996, H. 1, S. 31-43.

35 Zuerst T. Topfstedt, Städtebau in der DDR 1955–1970, Leipzig 1988, unter Wiederaufnahme der vor allem bis Anfang der sechziger Jahre dichten Berichterstattung in der Zeitschrift Deutsche Architektur; intensivere Aufmerksamkeit dann nach 1989: ders., Eisenhüttenstadt: Die Magistrale zum Kombinat, in: K. von Beyme u.a. (Hrsg.), Neue Städte aus Ruinen. Deutscher Städtebau der Nachkriegszeit, München 1992, S. 138-147;

5. Das Auseinanderfallen von Fremdbild und Selbstbild

Hier deutet sich bereits an, was in den Jahren nach der Wende – und in deutlichen Konjunkturen bis heute – offensichtlich wird: ein Auseinanderfallen historischer Darstellung und Analyse und die Suche nach einem Selbstbild durch die in der Stadt lebenden und arbeitenden Protagonisten.

Neben den genannten wissenschaftlichen Arbeiten ist es zunehmend die Presse, die die historische Dimension der Stadt zur Kenntnis nimmt. „Utopie in Stein“ hieß ein Artikel im „Zeit magazin“ im Herbst 1993, der Geschichte und Architektur in den Vordergrund stellte: „Stalinstadt ist die gebaute Dokumentation der wechselnden Verhältnisse und Befindlichkeiten der Republik...“³⁶ Die Stadt erscheint zugleich als baugeschichtliches Relikt wie als Versinnbildlichung von 40 Jahren DDR-Entwicklung, jedoch findet der Umgang mit dem architektonischen Erbe öffentliche Aufmerksamkeit.³⁷

Das Gegenteil früherer Berichte ist dagegen die Beobachtung einer gedämpften, abwartenden, man könnte sagen depressiven Stimmung in der Stadt, die einen elegischen Grundton provoziert,³⁸ jedoch auch provokante Ironie umschlagen kann.³⁹

Die Stadt tut sich mit ihrer Geschichte schwer. Symptomatisch dafür ist die nach 1989 aufgekommene Diskussion um Stadtnamen und Stadtwappen, die Ausdruck eines engen Bedeutungszusammenhangs städtischen Symbole mit DDR-eigenen Entwicklungen ist.⁴⁰ Die aktuelle Standortbestimmung der Stadtverwaltung richtet sich nach vornehmlich wirtschaftlichen Gesichtspunkten, also Standortfragen. So wurde als Leitbild der Stadt u.a. vorgeschlagen: „Eisenhüttenstadt – industriell-gewerblicher Standort mit hoher Wohn-, Freizeit- und Einkaufsqualität in Ostbrandenburg“. Unter mehreren Leitgedanken heißt es mit Bezug auf Geschichte: „Die grüne

W. Kil, Der letzte Monolith, in: Bauwelt 1992, H. 10, S. 497ff; neuerdings Durth u.a., Architektur und Städtebau in der DDR (Anm. 3).

36 Zeit magazin Nr. 44 vom 20.10.1993, S. 26-37.

37 Vgl. neben vielen anderen Ph. Meuser, Verfall einer Idee. Das architektonische DDR-Erbe in Eisenhüttenstadt, in: Frankfurter Rundschau vom 6.4.1994; M. Baum, Eisenhüttenstadt in neuem Glanz. Deutschlands größtes Flächendenkmal wird saniert, in: Berliner Morgenpost v. 6. I. 1997.

38 Journalistische Nachwuchsförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Auf Stahl gebaut. Eisenhüttenstadt – ein Ideal verfällt, 1993.

39 Im Rahmen einer „Stalin-Trilogie“ T. Köhler: Kohle zu Eisen – Eisen zu Brot. Die Stalinstadt, Berlin 1994; ders., Lust am Schaffen – Freude am Leben. Die Stalinwerke, Berlin 1995.

40 Dies, obwohl der Stadtname vom ideologisch eindeutigen „Stalinstadt“ 1961 in das neutralere „Eisenhüttenstadt“ umgewandelt wurde. Das Stadtwappen, 1975 von Johannes Hansky entworfen, weist durch seine Verbindung von Hochhaus, Hochofengruppe und Friedenstaube klare, ideologisch geprägte Bezüge auf. Vgl. zur Diskussion u.a. Märkische Oderzeitung vom 1.10.1992 und 25.2.1992; CDU-Fraktion, Antrag 006/98 zur Stadtverordnetenversammlung vom 8.4.1998.

Stadt mit der besonderen Architektur.“ Hier hat sich die durch die Denkmalpflege geförderte Aufwertung der Architektur der fünfziger Jahre in Kurzform als positiver Standortfaktor manifestiert. Auch die Geschichte hat, bei der Betonung der sogenannten „weichen“ Standortfaktoren, ihr Gewicht. Gleichrangig werden die Errichtung eines Museums für die DDR-Alltagskultur und die Höhe des Kirchturms von Fürstenberg/Oder als nennenswert für künftige Informationsbroschüren genannt. Das Selbstbild der Stadt reduziert sich hier auf Wirtschaftsförderungsfragen, d.h. die nüchterne Untersuchung, ob Geschichte nützlich ist und in Dienst genommen werden kann.

Zwei Argumentationslinien, die sich seit den fünfziger Jahren herausgebildet haben, prägen auch heute, so scheint es, das städtische Selbstbild: der Mythos des Aufbaus und die Suche nach Normalität unter wechselnden zeitlichen Rahmenbedingungen. Der Ort der eigenen Existenz ist noch nicht verhandelt.

Brigitte Vogel

**Kulturelles Leben in Stalinstadt zwischen
Politisierung und „Eigen-Sinn“.**

**Ansätze zu einem deutsch-deutschen Vergleich
städtischer Kulturpolitik in den fünfziger Jahren**

„ – Kulturarbeit – ... ist Besseres, Schöneres wollen und tun, ist also nicht nur Theater, Musik, Tanz, Literatur usw., sondern ganz einfach: Besseres Leben! Das heißt aber – besser wissen, besser können, besser machen!“¹ Mit diesem Satz charakterisierte der Vorsitzende der „Kreiskulturkommission Eisenhüttenkombinat Ost“ 1953 ‘Kulturarbeit’ in Stalinstadt und umriß damit alle Ziele, die für die Kulturpolitik der 1950 gegründeten Stadt von den Verantwortlichen vorgesehen waren. Den neu zugezogenen Einwohnern waren der Arbeitsplatz und die moderne Wohnung sicher, doch es fehlten zunächst noch die „kulturellen Freuden“, das „bessere Leben“.² Der materielle Wohlstand sollte durch eine Vielzahl von Freizeitangeboten ergänzt werden, so daß das Leben in der „ersten sozialistischen Stadt Deutschlands“ für seine Einwohner besonders attraktiv werden sollte.³

Die kulturelle Entwicklung in Stalinstadt war eng mit der offiziellen Kulturpolitik der jungen DDR verbunden.⁴ In dem neugegründeten Staat propagierten Kulturpolitiker in den fünfziger Jahren „Kultur für jedermann“, um auch den unteren Schichten einen Zugang zu Kunst und Bildung zu ermöglichen.⁵ Schon 1948 hatte Otto Grotewohl beim ‘Ersten Kulturtag der SED’ die gesamtdeutschen kulturellen Aufgaben neben der sozialistischen Perspektive für die ostdeutsche Kulturentwicklung betont.⁶ Für das 1954 neugegründete Ministerium für Kultur lautete zwar einer der Leitsätze: „Verständnisloses Administrieren darf nicht an Stelle des Überzeugens und der Selbstverständigung der Künstler treten.“⁷ Doch die Auf-

1 H. C. Hetzer, Zur Entfaltung der schöpferischen Initiative unserer Werktätigen, in: Neuer Tag, 18.2.1953, 2. Jg., Nr. 41.

2 Zu den ersten Jahren der Einwohner Stalinstadts siehe auch: L. Niethammer u. a., Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR, Berlin 1991.

3 Vgl. dazu auch W. Durth/N. Gutschow, „Schöne Städte für eine schönes Leben“, in: Brandenburgische Denkmalpflege, 4 (1995) 1, S. 31.

4 Zur Kulturpolitik der DDR vgl. auch M. Jäger, Kultur und Politik in der DDR. 1945–1990, Köln 1994.

5 Vgl. A. Herbst u. a., So funktionierte die DDR, Reinbek bei Hamburg 1994, S. 553f.

6 Ebenda.

7 H. Zimmermann, Handbuch der DDR, Köln 1985, S. 769.

gaben der Kultur waren in erster Linie der Durchführung einer „sozialistischen Kulturrevolution“ untergeordnet, die sich in Etappen vollziehen und alle „Bereiche des menschlichen Lebens“ durchdringen sollte.⁸

Im folgenden sollen die Grundzüge der Umsetzung dieser offiziellen Kulturpolitik in der Stadt, die 1953 feierlich auf den Namen 'Stalinstadt' getauft wurde, vorgestellt werden. Generell kann gesagt werden, daß in dem zunächst als „Wohnstadt bei Fürstenberg“ bezeichneten Ort, der für die Arbeiter des neu errichteten Eisenhüttenkombinates Ost (EKO) errichtet wurde, von Anfang an kulturelle Einrichtungen wie ein Theater, eine Bücherei und Kulturhäuser vorgesehen waren. Um diese Einrichtungen mit Leben zu füllen, wurden bereits kurz nach der Grundsteinlegung des Stahlwerks und der Stadt von Stadt- und Parteifunktionären Organisationen gegründet, die ein kulturelles Leben für die durchgehend junge Bevölkerung aufzubauen versuchten. Der Begriff 'Kultur' war dabei weit gefaßt: Sport- und Tanzveranstaltungen gehörten ebenso dazu wie Konzert- und Theateraufführungen.

Über die Darstellung des Einflusses der SED-Kulturpolitik auf das kulturelle Leben in Stalinstadt muß ebenso danach gefragt werden, wie die Resonanz der Bevölkerung auf diese offizielle Kulturpolitik aussah. Wieviel 'Eigen-Sinn' bewahrten sich die Einwohner Stalinstadts gegenüber der in Berlin zentralistisch beschlossenen Kulturpolitik? Wie adaptierten sie die offiziellen Programme auf ihre spezifisch lokalen Bedürfnisse?

„Eigen-Sinn“ soll hierbei im Sinne des von Alf Lüdtkke geprägten Begriffs verwendet werden, mit dem dieser in seinen Studien über Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis zum Faschismus das Verhalten von Arbeitern gegenüber den kulturellen und politischen Herrschaftsansprüchen 'von oben' beschrieb. Nach Lüdtkke umfaßt dieser Begriff „die Vielfalt der Formen 'eigensinniger' Aneignung von Welt und Geschichte“.⁹ Ihr „Eigen-Sinn“ öffnete den Arbeitern etwa in der Zeit zwischen 1933 und 1945 zahllose individuelle Rückzugsmöglichkeiten und Distanzierungen gegenüber dem Anspruch der Nationalsozialisten auf eine totale Erfassung aller Lebensbereiche. Das beinhaltete ein breites Feld des Hinnehmens und Mitmachens – so daß auch die Arbeiter zu einem Teil des Systems wurden, und damit der Befestigung der Herrschaft dienten.¹⁰ Bei allen Unterschieden zwischen dem Nationalsozialismus und der DDR erscheint eine Übernahme dieses Begriffes in diesem Fall sinnvoll, da auch die Bevölkerung der DDR wie die Arbeiterschaft in der Zeit zwischen 1933 und 1945 mit dem Anspruch der SED konfrontiert war, alle Lebensbereiche und damit auch die Kultur durch ihre Politik zu erfassen.

8 Vgl. ebenda, S. 768.

9 A. Lüdtkke, *Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus*. Ergebnisse, Hamburg 1993, S. 410.

10 Ebenda.

Das Ausmaß und die Auswirkungen des „Eigen-Sinnes“ der Einwohner Stalinstadts im kulturellen Leben der Stadt sollen in den folgenden Abschnitten anhand von drei kulturellen Einrichtungen untersucht werden: dem Kulturbund Stalinstadts, dem Bereich „künstlerisches Volksschaffen“ und dem größten Kulturhaus der Stadt, dem Friedrich-Wolf-Theater. Diese exemplarische Bestandsaufnahme des kulturellen Lebens in Stalinstadt soll schließlich in einem letzten Abschnitt mit dem kulturellen Leben Wolfsburgs, einer Industriestadt in der Bundesrepublik, die ebenfalls in den fünfziger Jahren aufgebaut wurde, verglichen werden.¹¹ Während Stalinstadt als „erste sozialistische Stadt Deutschlands“ Vorbildcharakter für DDR-Städte und für die kommunistische Welt erhalten sollte, stand Wolfsburg für das Wirtschaftswunder in der Bundesrepublik. Die Erfolgsgeschichte des Volkswagens in den fünfziger Jahren präsentierte den Aufbau und den Leistungswillen der westdeutschen Bevölkerung. Die Aufbaugeschichte der beiden Städte und Werke nach dem Krieg, die Bevölkerungsstruktur wiesen große Parallelen auf.¹²

Durch eine vergleichende Gegenüberstellung des kulturellen Angebotes in den beiden Städten sollen Unterschiede und Gemeinsamkeiten in der Adaption der 'von oben' gestalteten Kulturwelt durch die Bevölkerung gezeigt werden. Welchen Stellenwert erhielt die Kultur in der Aufbauphase der westlich orientierten Bundesrepublik und in der sozialistischen Gesellschaft der jungen DDR?¹³

1. Der Kulturbund in Stalinstadt

Bereits 1945 war der „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ in der sowjetisch besetzten Zone gegründet worden. Prominente Wissenschaftler und Künstler strebten eine geistig-kulturelle Erneuerung des Landes an, die interzonal und überparteilich wirksam werden sollte. Bereits Ende der vierziger Jahre wurde der Kulturbund jedoch in

11 Von Mai bis August 1997 fand im Deutschen Historischen Museum in Berlin die Ausstellung „aufbau west, aufbau ost. Die Planstädte Wolfsburg und Eisenhüttenstadt in der Nachkriegszeit“ statt, in der sowohl die Gründungs- und Aufbaugeschichte der beiden Werke und Städte als auch die Lebens- und Arbeitswelten der Einwohner vergleichend dargestellt wurden. Siehe auch allgemein zum deutsch-deutschen Vergleich: W. Durth/T. Topfstedt, Phasen und Probleme des Städtebaus. Bilder aus einer geteilten deutschen Geschichte, in: public design, 1991/1992; C. Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung, Deutsche Geschichte 1945–1955, Bonn 1991; K. Jarausch/H. Siegrist (Hrsg.), Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1979, Frankfurt a. M./New York 1997.

12 R. Beier (Hrsg.), aufbau west, aufbau ost. Die Planstädte Wolfsburg und Eisenhüttenstadt in der Nachkriegszeit, Berlin 1997.

13 Vgl. auch: J. Hermand, Kultur im Wiederaufbau. Die Bundesrepublik Deutschland 1945–1965, Frankfurt a. M. 1989; W. Langenbacher u. a., Kulturpolitisches Wörterbuch Bundesrepublik Deutschland/DDR im Vergleich, Stuttgart 1983.

den westlichen Besatzungszonen verboten. Ab Anfang der fünfziger Jahre folgte er im wesentlichen den kulturpolitischen Vorgaben des SED-Parteivorstandes: Bekenntnis zur deutschen Einheit, Freundschaft mit der Sowjetunion, Bündnis zwischen Werktätigen und der „Intelligenz“. Ab 1958 lautete der Name „Deutscher Kulturbund“.¹⁴

Der „Kulturbund Stalinstadt“ nahm bereits 1953 seine Tätigkeit mit einem Vortrag über „Das Volksbildungswesen im neuen Ungarn“ auf.¹⁵ Ausspracheabende mit der sogenannten „Intelligenz“, Vorträge, Lesungen mit Schriftstellern und Kunstgespräche mit Malern und Bildhauern bereicherten ab diesem Zeitpunkt das kulturelle Leben der Stadt. „Was der Kulturbund erreichen will, ist das ständige Gespräch über alle kulturellen Geschehnisse. Seien es Kunstwerke, der Spielplan des Kleist-Theaters, der Film oder das Buch.“¹⁶ Besonders die künstlerische Ausgestaltung der Stadt sollte immer wieder in „Ausspracheabenden“ behandelt werden, da die von der Stadtverordnetenversammlung mit einem Kunstwerk beauftragten Künstler meistens nicht in der Stadt wohnten und deswegen auch die Vorstellungen und Bedürfnisse ihrer Bewohner nicht kennen konnten.¹⁷ Damit sollte ebenfalls der Anspruch, Arbeiter, Wissenschaftler und Kulturschaffende einander näherzubringen, umgesetzt werden. Dieser Anspruch konnte jedoch offenbar nicht verwirklicht werden, so daß im „Kulturspiegel“¹⁸ wiederholt auf Schwächen in der Arbeit des „Kulturbundes“ in Stalinstadt hingewiesen wurde.

Diese Artikel zeigen jedoch bereits die Widersprüche innerhalb des ortsansässigen Kulturbundes auf: Im Mittelpunkt sollte „das Herantragen der Probleme des dialektischen Materialismus und des sozialistischen Aufbaus, ferner Schwerpunkte zur Verwirklichung der sozialistischen Kulturpolitik stehen; sie alle müssen letztlich im Vortrag, in der Diskussion bei unseren Werktätigen zum sozialistischen Staatsbewußtsein führen“.¹⁹ In demselben Artikel wird jedoch Werbung für die Fachgruppen des Kulturbundes mit den Themenschwerpunkten „Natur- und Heimat“, „Fotografie“ und „Aquarium“ betrieben. Das bedeutet, daß dem hohen politischen und offiziellen ‚bildungsbürgerlichen‘ Programmanspruch des

14 Vgl. Herbst, DDR (Anm. 5), S. 540f.

15 Zeittafel zu den Aktivitäten des „Kulturbundes“ in Stalinstadt bzw. Eisenhüttenstadt siehe Städtisches Museum Eisenhüttenstadt, Sign. Do 4526/91/24.

16 H. Klose, Frischer Wind im Kulturbund, in: Kulturspiegel, August 1958, S. 3.

17 Bei einem Spaziergang heute durch die sogenannte „Neue Stadt“, das ehemalige Stalinstadt, kann man überdurchschnittlich viele Kunstwerke auf einer relativ kleinen Fläche sehen. Den Vergleich kann man bereits bei einem Spaziergang durch das ehemalige Fürstenberg ziehen, wo so gut wie keine Skulpturen oder Brunnen aus den fünfziger Jahren zu finden sind.

18 Der „Kulturspiegel für Stalinstadt“ erschien das erste Mal 1955. Er wurde vom Rat der Stadt, Abteilung Kultur herausgegeben. In ihm wurden alle kulturellen Veranstaltungen einschließlich der sportlichen Ereignisse in der Stadt aufgeführt.

19 Klose, Frischer Wind (Anm. 16), S. 2.

Bundes in der Praxis eher 'kleinbürgerliche Aktivitäten' gegenüberstanden. Dies geht auch aus der Aufführung der einzelnen Gruppen von 1962 hervor.²⁰ Die Fachgruppe „Philatelie“ hatte die meisten Mitglieder, wobei sie in erster Linie an den Räumen und den finanziellen Mitteln des Kulturbundes interessiert waren. Ein Philatelist bestätigte diese Vermutung mit der Aussage, daß er und seine Kollegen „in Ruhe Briefmarken sammeln wollten“. Sein Album beinhaltete aber nicht nur Briefkuverts, jede Seite war auch mit den stereotypen propagandistischen Formeln zur Geschichte Stalinstadts überschrieben, wie z.B. „Wo einst nur Sand und Kiefern waren...“, „Stalinstadt, die Stadt an der Friedensgrenze“. Diese Propaganda sei notwendig gewesen, um überhaupt zu den Philatelistentreffen und Ausstellungen in der DDR und in anderen Ostblockstaaten eingeladen zu werden.²¹ Für das Engagement in den offiziellen kulturellen Einrichtungen Stalinstadts spielte die Möglichkeit des Reisens eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Der Kulturbund in Eisenhüttenstadt wurde nach der Wende von seiner Vorsitzenden „Hals über Kopf“ – wie ehemalige Mitglieder erzählten – aufgelöst, einzelne Fachgruppen wie beispielsweise die Philatelisten haben sich in Vereinen zusammengeschlossen.

2. „Künstlerisches Volksschaffen“ und „Volkskunst“ in Stalinstadt

Das kulturpolitische Programm der SED begründete 1948 den „Führungsanspruch“ der Arbeiterklasse mit der Forderung, daß der „schaffende Mensch mit all seinen Nöten, seinen Bedürfnissen und Rechten“ im Mittelpunkt der künstlerischen Gestaltung zu stehen habe.²² Deshalb verstärkten ab 1951 SED und FDGB ihre Bemühungen um die Förderung einer sozialistisch orientierten Volkskunst. Nach der ersten „Deutschen Fachtagung für Volks- und Laienkunst“ in Berlin wurde der FDGB aufgefordert, sich mit Unterstützung der staatlichen Betriebe besonders um die Förderung der Laienkunst zu bemühen. Das ist der Beginn des Zirkelwesens in der DDR: Künstlerische Leiter sollten in Betrieben Gruppen, „Zirkel“ genannt, in unterschiedlichen Betätigungen wie Singen, Malen, Tanzen u.a. anleiten. Als Treffpunkte dienten Schulen oder von den Betrieben dafür gebaute Klub- bzw. Kulturhäuser. Die „Volkskunstschaffenden“ sollten sich bewußt sein,

„daß sie mit ihren künstlerischen und manuellen Leistungen wesentlich zur Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe beitragen und die Überlegenheit

20 Unterlagen zum „Kulturbund Eisenhüttenstadt“ befinden sich im Städtischen Museum Eisenhüttenstadt unter der Signatur Do 4526/91/24.

21 Die zitierten Einwohner Eisenhüttenstadts sind der Verfasserin namentlich bekannt. Sie waren Gesprächspartner während der Vorbereitungszeit für die Ausstellung „aufbau west, aufbau ost“.

22 Herbst, DDR (Ann. 5), S. 552.

des ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaates gegenüber Westdeutschland überzeugend beweisen helfen. So wird die optimistische Perspektive, vom V. Parteitag der SED verkündet, durch die Anstrengungen aller Werktätigen verwirklicht.²³

In der Wohnstadt bei Fürstenberg wurde bereits 1951 ein erstes Kulturhaus, das „Haus der Gewerkschaft“, errichtet. Es sollte den Arbeitern und Arbeiterinnen des EKO Räume zur Verfügung stellen, in denen diese sich nach der Arbeit bei Filmvorführungen, Tanzabenden, Spielen entspannen konnten. Damit war ein kulturelles Zentrum 'mitten auf der Baustelle' geschaffen worden. Durch die direkte Anbindung der verschiedenen, in der Folge gegründeten Kulturhäuser an die Betriebe der Stadt sollten auch die Freizeitaktivitäten der Einwohner Stalinstads in das Projekt des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft eingegliedert werden. Die bestehenden kulturellen Einrichtungen in Fürstenberg wurden ebenso ignoriert wie die alteingesessenen Vereine, die noch aus der Zeit vor 1945 stammten – eine Tendenz, die bis in die siebziger Jahre anhielt.

In Stalinstadt sollte etwas Neues, etwas Besseres entstehen – nicht nur die erste sozialistische Musterstadt Deutschlands, sondern auch der bessere, sozialistische Mensch. Deswegen erschien den Offiziellen der Kulturabteilung vier Jahre nach der Eröffnung das angebotene Programm mit Entspannung und Geselligkeit im „Haus der Gewerkschaft“ als unpolitisch, der Wissensstand der Arbeiter sollte zusätzlich durch Vorträge erhöht werden.²⁴ Die bereits bestehenden Kulturgruppen – als erstes hatte sich eine Laienspielgruppe im EKO konstituiert – erhielten nicht nur Klubhäuser, sondern nun auch eine Anleitung durch qualifizierte Zirkelleiter.

Die Grundlage für die Politisierung und Professionalisierung der Kulturarbeit bildete die Einrichtung eines offiziellen Volkskunstkabinetts in der Kulturabteilung der Stadt im Jahr 1954. Damit konnten die Lehrgänge und Fortbildungen für die Zirkelleiter organisiert und koordiniert werden, womit auch das künstlerische Niveau der einzelnen Gruppen angehoben werden sollte. In kleineren Betrieben konnte sich jeder zum Zirkelleiter oder zur Zirkelleiterin qualifizieren, der eine bestimmte Anzahl von Lehrgängen absolvierte. Große Betriebe wie z.B. das EKO stellten professionelle Dirigenten, Ballettmeister, Regisseure ein. Die Zirkelteilnehmer waren Laien, die jedoch manchmal durch die Teilnahme an einem Zirkel ihre

23 „Pakt an“. Organ der Zentralen Kommission für künstlerisches Volksschaffen beim Zentralhaus für Volkskunst zum sozialistischen Volkskunaufgebot, Stalinstadt 1959. Stadtarchiv Eisenhüttenstadt, Sign. 570.

24 Klose, Frischer Wind (Anm. 16), S. 3.

künstlerische Berufung fanden. In den ersten Jahren probten die Zirkelteilnehmer unentgeltlich in ihrer Freizeit.²⁵

Mit zunehmender Qualifizierung und daraus resultierenden DDR-weiten Erfolgen erhielten die Mitglieder der Zirkel von ihren Betrieben eine Reihe von Vergünstigungen, wie etwa Freistellungen für Probenarbeit, Aufenthalte in Ferienorten wie Rügen zur Erstellung eines Programmes, Reisen. Besonders das EKO und die Baubetriebe finanzierten über ihre Zirkel einen Großteil des kulturellen Lebens in der Stadt.

1958 konnte die Volkskunstbewegung in Stalinstadt bereits fünfzehn Gruppen vnrweisen, unter anderem einen Chor, eine Volkstanzgruppe, acht Agit-Prop-Gruppen, eine Instrumentalgruppe und einen Zirkel „Bildnerisches Volksschaffen“.²⁶ Anlässlich des V. Parteitages der SED fand 1958 das I. Volkskunstauflagebot unter dem Motto „Für eine sozialistische Volkskunst“ statt. Zum Abschluß wurde allen Mitgliedern der Zirkel Ehrenbücher überreicht, in denen die Verpflichtungen der Mitglieder zur politisch-kulturellen Arbeit einzeln aufgeführt und somit zu einem späteren Zeitpunkt überprüft werden konnten. So z.B. verpflichteten sich die Mitglieder des Zirkels „Bildnerisches Volksschaffen“, Linolschritte als Geschenk für alle Jugendweiheteilnehmer herzustellen, die Sichtwerbung in der Stadt zu unterstützen mit Themen wie „Charakter der Novemberrevolution 1918“, „Freiheit für Algerien“, „Friedensvertragsentwurf der Sowjetunion“, eine Bildmappe mit 30 Zeichnungen über den Aufbau von Werk und Stadt und eine Bildreihe „Bauarbeiter“ zu produzieren, Ausstellungen zu besonderen Anlässen zu organisieren und Transparente für Hausgemeinschaften für geleistete Aufbaustunden im Nationalen Aufbauwerk zu malen.²⁷

Der Dienst für die Gemeinschaft und den Sozialismus sollte bei allen Volkskunstschaffenden im Vordergrund stehen. Jedoch auch in diesem Bereich klafften Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander, wie ein interner Bericht des Kreiskabinetts für Kulturarbeit Stalinstadt vom 23. Februar 1961 zeigt. Von zehn aufgeführten Zirkeln waren zwei wegen Republikflucht der Mitglieder und mangelnder Teilnahme in Auflösung begriffen, drei steckten in der Planungsphase, der „Magische Zirkel“ arbeitete nach der Kritik ausschließlich für egoistische Interessen seiner Mitglieder, lediglich die verbleibenden vier Zirkel funktionierten zufriedenstellend.²⁸

25 Die Akteure von damals schwärmen noch heute von dieser Zeit, als sie in ihrer Begeisterung für die gemeinsamen Theater-, Konzert- und Ballettaufführungen auf ihre freien Wochenenden verzichteten.

26 Siehe „Chronik des künstlerischen Volksschaffens des Stadtkreises Eisenhüttenstadt“, S. 6. Stadtarchiv Eisenhüttenstadt, Sign. 565.

27 Ebenda.

28 Bericht des „Kreiskabinetts für Kulturarbeit, Stalinstadt“ vom 23. Februar 1961, Stadtarchiv Eisenhüttenstadt, Sign. 570.

Für die Zirkelmitglieder standen in den meisten Fällen die gemeinsamen Aktivitäten im Vordergrund. So erzählte die ehemalige Leiterin des „Zirkels für künstlerische Textilgestaltung des Post- und Fernmeldeamtes Eisenhüttenstadt“, daß sich fünf bis acht Frauen über Jahre hinweg einmal wöchentlich trafen, um Wandteppiche zu sticken, weben oder quilten. Dar- aus seien auch Freundschaften entstanden. Der ehemalige Dirigent des Ar- beiter-Musiktheaters des EKO, das sich aus Orchester, Chor und Arbeiter- Ballett zusammensetzte, berichtete, daß die Mitglieder Sonderschichten vor Aufführungen einlegten, während seine Frau die Kinder der Kollegen und Kolleginnen gehütet habe. Die Inhalte der Gruppen mußten allerdings im sozialistischen Sinne „korrekt“ sein.²⁹

Zwischen den Betrieben bestand gerade während der ersten Jahre eine starke Konkurrenz in der Kulturarbeit. Anfang der sechziger Jahre gab es daher auch in Eisenhüttenstadt vier Chöre, über zehn Laienanzorchester, sechs Blasorchester bzw. Schalmeeinzüge, sieben Fotozirkel, und eine ganze Reihe von anderen Zirkeln bei ca. 20 000 Einwohnern. Trotzdem wurde die Werbetrommel für die Bildung von Zirkeln und Arbeitsgemein- schaften unentwegt weiter gerührt. Die Bewohner Stahinstarls hatten je- doch gerade in den ersten Jahren die Einrichtung ihrer Wohnung und die Eingewöhnung in ihre neue Umgebung mehr im Sinn als ein Engagement in Zirkeln. Dies zeigt einerseits die relativ kurze Lebensdauer mehrerer Zirkel und andererseits in einigen Fällen die Zahl der Mitglieder, die vier Personen nicht überstiegen hat.³⁰

3. Das Friedrich-Wolf-Theater

Das Stadttheater für 738 Zuschauer wurde 1955 direkt an der Magistraße, der späteren Leninallee, fertiggestellt³¹ und nach dem Arzt und Schrift- steller Friedrich Wolf, dem ersten DDR-Botschafter in Polen, benannt. Wie andere Kulturhäuser in der DDR und auch in StalinStadt bildete das Friedrich-Wolf-Theater den Schnittpunkt zwischen den politischen Strate- gien der Partei und den eigenständigen kulturellen Praktiken des Alltags.³² Ein Großteil des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens der Stadt spielte

29 So wollte zum Beispiel das Arbeiter-Musiktheater eine Operette von Smetana zu einer deutschen Erstaufführung bringen. Am Anfang wurden sie auch von der Stadt und den Medien unterstützt. Dann besuchten jedoch Mitglieder der SED die Proben und veran- laßten den sofortigen Abbruch des Stückes. Der Grund: In der Operette wird ein Arbei- ter zum Schmuggler! Das durfte nicht sein und damit nicht gezeigt werden.

30 „Entwicklung der Volkskunst im Zusammenhang mit politischen Höhepunkten – Auf- gebote, Berichte – in Eisenhüttenstadt, DDR, 1958–1974“, Stadtarchiv Eisenhütten- stadt, Sign. 570.

31 Interessant ist die klassizistische Bauweise des Theaters mit Dreiecksgiebel und Säu- lenportal.

32 S. Hain u.a., Die Salons der Sozialisten. Kulturhäuser in der DDR. Fotoessay von M. Schroedter, Berlin 1996, S. 53.

sich im Theater ab. Das Programm beinhaltete alle Richtungen der Bühnenkunst; Filmvorführungen ebenso wie Theatergastspiel aus Frankfurt/Oder, Cottbus und Berlin und Konzerte, politische Satire und leichte Muse in jeder Form. Aber es wurde auch für Festveranstaltungen wie die Jugendweihe oder den 'Tag der Frauen' oder den I. Mai genutzt.

Bei der Eröffnungsansprache betonte der Festredner Prof. em. Benne-dik:

„Die gesellschaftliche Funktion der Kunst beschränkt sich nicht auf die tau-sendmal zu hörenden Begriffe 'Freude – Erholung – Entspannung'. Das ist eine ihrer gesellschaftlichen Funktionen, aber gleichbedeutend daneben steht die gesellschaftliche Aufgabe der Kunst in unserem Kampf um Frie-den und Einheit, indem sie uns eine scharfe und bewußt einzusetzende Waf-fe ist.“³³

Eröffnet wird das Haus mit einer Aufführung des Deutschen Theaters Ber-lin „Viel Lärm um nichts“ wie der Rezensent des „Neuen Tages“ schreibt: „Viel Lärm um nichts – und ganz und gar unnütz...“ Am Abend hingegen folgte die Erstaufführung eines „der besten amerikanischen Fil-me der Nachkriegszeit“, „Salz der Erde“ von 1953, der einen siegreichen Bergarbeiterstreik in Mexiko beschreibt.

Die Palette des in der Folgezeit am Theater gebotenen Programms reichte von Theaterstücken aus der Weltliteratur über Filme mit politisch einwandfreiem Inhalt bis zu buntgemischten „Show“-Programmen. Der Spielplan von 1958 verzeichnete etwa: Das Kleisttheater aus Frankfurt/Oder mit den Theaterstücken „Unsere fleißigen Frauen“, „Zwei Engel stei-gen aus“, „Der Wildschütz“, „Emilia Galotti“, die Showveranstaltungen „Wochenend und Sonnenschein“, „Bonsoir Paris“, „Buntes Osterpro-gramm“. Dazwischen fanden die Jugendweihe, ein Sonderprogramm zum Frauentag und Kindertheater statt.³⁴

Obwohl für jeden Geschmack etwas dabei zu sein schien, beklagte der „Kulturspiegel“ leere Zuschauerränge, vor allem bei den Aufführungen des Kleisttheaters. Dies, obwohl mit sogenannten „Freundschaftsverträgen“ das ausverkaufte Haus gesichert werden sollte. Freundschaftsverträge wur-den 1957 an alle Betriebe im Kreisgebiet Stalinstadt geschickt, um „allen Betrieben, Organisationen und Institutionen die Möglichkeit zu geben, zu einer besseren kulturellen Betreuung ihrer Kolleginnen und Kollegen zu kommen“.³⁵ Der Betrieb übernahm die Verteilung der Karten und auch die Begleichung der Rechnungen. Mit diesen Verträgen waren offiziell 60 bis 70 Prozent der Plätze vergeben. In der öffentlich geführten Diskussion über die Ursachen der mangelnden Auslastung wurde als erste Frage ge-

33 Kulturspiegel, März 1955, zit. nach „Chronik Friedrich-Wolf-Theater Eisenhütten-stadt“, Eisenhüttenstadt o. J., ms., Stadtarchiv Eisenhüttenstadt.

34 Ebenda.

35 Neuer Tag, 19.9.1957.

stellt, ob vielleicht der Montag ein ungünstiger Spieltag sei. Qualität des Ensembles und Spielplan wurden erst als letztes hinterfragt. Es scheint jedoch, daß der 'politischen Kulturarbeit' und der klassischen 'Hochkultur' zuzurechnende Veranstaltungen weniger besucht wurden als die als 'kleinbürgerlich' gebrandmarkten Aktivitäten einzelner Zirkel; daß Shows mit konventionellem Inhalt mehr Anklang fanden als sogenannte 'moderne' Aufführungen. Ein Leserbriefschreiber beklagt sich beispielsweise über die Kleidung, die bei einer Bühnenschau getragen wurde: „Auch mich hat die Garderobe der Künstler schwer erschüttert. Hätte man sie als Ausländer angekündigt, hätte ich noch ein wenig Verständnis. Aber so? Zum Programm wäre zu sagen, daß es mir bis auf einige kitschige Ausnahmen gefallen hat. Man kann schließlich von Rhythmikern keine Volksmusik verlangen.“³⁶

Theater in der DDR sollten „nicht nur Unterhaltungs-, sondern auch Bildungseinrichtungen, die ihren Besuchern Kenntnisse und Erkenntnisse vermitteln“ sein.³⁷

Das reiche Bildungs- und Kulturangebot Stalinstadts stieß somit in der Bevölkerung der neu gegründeten Stadt nicht auf die erhoffte Resonanz, auch wenn einzelne Bewohner der Stadt durch das breite Angebot an die sogenannte Hochkultur herangeführt wurden, welche die offizielle Kulturpolitik favorisierte. Insgesamt dominierten aber in der Bevölkerung doch deutlich jene 'kleinbürgerlichen' Aktivitäten und Interessen, deren oftmals unpolitisches Erscheinungsbild dem von staatlicher Seite vertretenen Bild der „Kulturarbeit“ widersprachen.

4. Städtisches Kulturleben in Wolfsburg und Stalinstadt im Vergleich

Während in Stalinstadt jeder Einzelne für den „Sieg des Sozialismus“ eingespannt werden sollte und auch die Kultur diesem Zweck untergeordnet wurde, überließ man in Wolfsburg, der in den fünfziger Jahren um das Volkswagenwerk entstehenden Industriestadt, den Aufbau eines städtischen kulturellen Lebens in den ersten Nachkriegsjahren fast vollständig privaten Initiativen. Wiederholt beklagte die Bevölkerung das Fehlen kultureller Einrichtungen wie eines Theaters, eines Kinosaales oder eines Gebäudes für die Stadtbücherei. Theater- und Kinovorstellungen und Konzertaufführungen fanden in Schulen oder anderen öffentlichen Gebäuden statt.

In dieser Zeit förderte auch die Privatindustrie, in Wolfsburg das übermächtige VW-Werk, den Aufbau eines Kulturlebens in der neu aufgebauten Stadt. Die Leitung des Werkes organisierte nicht nur ein Konzert der Berliner Philharmoniker, sondern auch Ausstellungen mit moderner Male-

36 Neuer Tag, 1.2.1957.

37 Kulturspiegel, Mai 1958, S. 12/13.

rei und Bildhauerei.³⁸ Diese weit über die Stadt hinaus beachteten Veranstaltungen gingen auf die Initiative des Werkes bzw. seines Generaldirektors Heinrich Nordhoff zurück und wurden unabhängig von jeglicher Einflußnahme durch die Stadtregierung durchgeführt.

Wie in Stalinstadt übernahm damit auch in Wolfsburg das Werk eine zentrale Rolle bei der Gestaltung des kulturellen Lebens. Während sich das EKO-Werk jedoch dabei nach den in Berlin zentral vorgegebenen Richtlinien und den Vorgaben der Partei richten mußte, konnte die VW-Werksleitung ganz ihre eigenen Interessen und Vorstellungen im städtischen Kulturleben durchsetzen, was wiederum auch eine Außenwerbung für den Volkswagen und die Musterstadt des Wirtschaftswunders bedeutete.

Erst ab Mitte der fünfziger Jahre förderte die – inzwischen auch dank der hohen Steuerleistungen des Werkes reicher gewordene – Stadtregierung verstärkt das städtische Kulturleben, was sich in der Verdreifachung der Ausgaben für Kulturarbeit innerhalb weniger Jahre ausdrückte.³⁹ Im Stadtbild äußerte sich das intensiviertere städtische Engagement im Bau des Stadttheaters und in der Planung eines Kulturzentrums, das ab 1962 die Volkshochschule, die Stadtbücherei, eine Bildstelle, den „Kulturring“ und das Verkehrsamt beherbergte. Es sollte als „ein Heim der offenen Tür“ für alle diejenigen dienen, „die hier Zuflucht und Geborgenheit, Besinnung und gehobene Geselligkeit suchen“.⁴⁰

Hinter den verstärkten Aktivitäten der städtischen Behörden im kulturellen Leben stand – ähnlich wie in Stalinstadt – das Ziel, die Bindung der Einwohner an Wolfsburg und die Entwicklung eines Heimatsinnes zu fördern.⁴¹ In beiden Städten waren die Bewohner aus allen Teilen Deutschlands zugezogen, so daß generationsübergreifende und familiäre Bindungen in der Stadt fehlten.

Dieser Einheit diente auch das breite Angebot an Vereinen bzw. Zirkeln, das in Wolfsburg wie in Stalinstadt gleichermaßen in den fünfziger Jahren bestand. Dennoch zeigen sich auf diesem Gebiet am deutlichsten die Unterschiede im kulturellen Leben der beiden Industriestädte. Während die ostdeutschen Zirkel von „Trägerorganisationen“ abhängig waren und im Sinne der Regierung zentral auf ihre kulturpolitischen Aufgaben verpflichtet wurden, stellten die westdeutschen Vereine „Unternehmungen aus

38 Siehe dazu auch K. Widmann, „Eine Gemäldeausstellung in dieser Arbeiterstadt“? Kunst in den Aufbaujahren Wolfsburgs und Stalinstadts, in: *aufbau west, aufbau ost* (Anm. 12), S. 345ff.

39 Vgl. Einzelpläne des ordentlichen Haushalts, Institut für Museen und Stadtgeschichte Wolfsburg, HA-Kopien, 304, S. 65.

40 Ratsprotokoll vom 1.7.1958, S.9, Institut für Museen und Stadtgeschichte Wolfsburg.

41 Einzelpläne des ordentlichen Haushalts, HA-Kopien, 304, S. 65. Institut für Museen und Stadtgeschichte Wolfsburg.

eigenem Recht und nur dem eigenen Zweck gehorchend⁴² dar. Die zum Teil noch auf die Zeit vor 1945 zurückgehenden Wolfsburger Vereine waren daher von Anfang an besonders auf die persönliche Initiative ihrer Mitglieder angewiesen, um Probenräume und Aufführungen zu organisieren oder Besucher für die Veranstaltungen zu werben. Geleitet wurden sie dabei in erster Linie von ihren gemeinsamen Interessen und ihrem Bedürfnis nach sozialem Kontakt. Erst als die Stadtregierung mehr Geld zur Verfügung hatte, bot sie den Vereinen verstärkt ihre Unterstützung an. Damit waren es die Einwohner von Wolfsburg, die mit ihren privaten Initiativen und Interessen in vielen Bereichen selbst das reichhaltige Vereinsleben der Stadt gestalteten.

In Stalinstadt organisierten dagegen neben dem Werk die großen staatlichen Kulturorganisationen die Entfaltung des Kulturlebens in den fünfziger Jahren. Mitglieder und 'Konsumenten' der kulturellen Einrichtungen Stalinstadts bewahrten sich dabei, wie gezeigt werden konnte, trotz der staatlichen Bevormundung dennoch ihren „Eigensinn“. Zwar nutzten sie auf der einen Seite das breit gefächerte kulturelle Angebot, auf der anderen Seite aber verweigerten sie zumindest teilweise die geforderten Gegenleistungen wie etwa ein politisches Engagement im Sinne der offiziellen Kulturpolitik. Dieser „Eigensinn“ der Stalinstädter Bevölkerung ist dabei nicht mit dem viel zitierten Begriff vom „Rückzug in die Nischengesellschaft“⁴³ in der DDR gleichzusetzen. Im Gegenteil, durch ihre Mitgliedschaft in den vorgegebenen Organisationen und ihre Bereitschaft zur Mitarbeit übernahmen die Angehörigen der Zirkel und Kulturorganisationen Sprache und Symbolik der offiziellen Kulturpolitik und trugen damit letztlich zur Konsolidierung des sozialistischen Systems bei.

Heute unterstreichen die Protagonisten des Stalinstädter Kulturlebens in den fünfziger Jahren ganz ihre künstlerischen und kulturellen Interessen, spalten aber die politische Komponente ihrer Aktivitäten ab. Wie eine Reihe von ihnen heute betonen, hätten sie diese nur ungern als ein unvermeidliches Übel ihrer Freizeitbeschäftigung in Kauf genommen. Bei der Beurteilung der Leistungen auf dem Gebiet der Kulturarbeit in der schwierigen Aufbauphase der Stadt darf jedoch der politische Rahmen der frühen DDR nicht übersehen werden. In ihm bewegte sich auch in Stalinstadt die Suche nach dem „besseren Leben“ und den „kulturellen Freuden“, um die es der Bevölkerung – nicht anders als im bundesrepublikanischen Wolfsburg – nach den schweren Kriegsjahren in erster Linie ging.

42 G. Korff, Koordinatensysteme. Zur politischen Symbolik von Orten und Ordnungen in zwei neuen Städten, in: *aufbau west, aufbau ost* (Anm. 12), S. 268.

43 Zur „Nischengesellschaft“ siehe: C. Kleßmann/G. Wagner, *Das gespaltene Land. Leben in Deutschland 1945–1990. Texte und Dokumente zur Sozialgeschichte*, München 1993, S. 42ff und S. 504ff.

Dorothee Kohler

Der Stahlstandort Eisenhüttenstadt: ein „sozialistisches“ Fos-sur-mer?

Betrachtet man die Karte der Region Brandenburg, so fallen zum Stahlstandort Eisenhüttenstadt zwei Besonderheiten ins Auge: die periphere geographische Lage dieses Standortes der Eisen- und Stahlindustrie und seine Funktion als Industriepol in einem *neuen* räumlichen Umfeld.

Genügen diese Standortmerkmale des Eisenhüttenkombinats Ost (EKO) im Vergleich zu denen eines kapitalistischen Eisen- und Stahlunternehmens, um aus ihnen eine „spezifische Raumstruktur“ des *sozialistischen* Produktionssystems abzuleiten, die weder auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene mit der des *kapitalistischen* Produktionssystems vergleichbar wäre?

Will man die Besonderheit dieses „sozialistischen Standorts“ verstehen, die im Vergleich zu den industriellen und räumlichen Strukturen in Westeuropa a priori ganz anders zu funktionieren scheint, darf man sie nicht aus ihrem Kontext lösen und muß analysieren, wie sich diese Gegensätzlichkeit entwickelt hat und wie es zur Herausbildung dieser Antinomie gekommen ist. Der Begriff „sozialistisch“ wird häufig verwendet, ohne daß man sich im Klaren ist, was er genau bedeutet. Einen Raum als sozialistisch zu bezeichnen, sagt nichts über die Beziehung der Industrie zum Raum und führt die Forschung sehr oft auf Abwege, indem sie sich einer Reihe von ideologischen Dichotomien bedient, die mehr die Kehrseite der kapitalistischen Logik darstellen als die realen Prozesse, die bei der Konstruktion eines solchen Raums ablaufen.

Ein begrenzter Vergleich, der sich im wesentlichen auf die geographische Darstellung einer großen Produktionsstätte in West- und in Ostdeutschland konzentrierte, birgt die Gefahr in sich, zu stark durch die subjektive, deutsch-nationale Dimension determiniert zu werden und somit die ideologischen Gegensätze überzubewerten. Der Rückgriff auf ein *tertium comparationis*¹, wie es Michel Espagne formuliert hat, bietet dagegen die

1 „Zwei Objekte miteinander zu vergleichen heißt, sie einander gegenüberzustellen, um ihre Ähnlichkeiten und ihre Unterschiede aufzudecken und durch einen kaum vermeidbaren Prozeß der Verschiebung die Gegensätze festzuschreiben. Man kann ja tatsächlich nur vergleichen, was nicht miteinander verwachsen ist. Vergleicht man eine soziale Gruppe in Frankreich und in Deutschland, schließt man von vornherein aus, daß die nationale Zugehörigkeit von keinerlei Bedeutung sei. Der Vergleich verstärkt den nationalen Unterschied und macht seine Infragestellung problematisch.“ M. Espagne, Sur les limites du comparatisme en histoire culturelle, in: *Genèses*, (1944), 17, S. 112-113.

Möglichkeit, das Feld der Analyse zu erweitern und über die bloße Konfrontation der Gegensätze, die rigide Gegenüberstellung der sozialistischen und der kapitalistischen räumlichen Strukturen und industriellen Organisationsformen, wie sie bei einem Vergleich zwischen der DDR und der BRD gewöhnlich als normative Voraussetzung fungieren, hinauszugehen.

Erweitert man hingegen den Vergleich und bezieht in ihn einen Stahlstandort ein, der der gleichen Generation wie der der sozialistischen Stadt Eisenhüttenstadt angehört, so ergibt sich eine ganze Reihe von Interferenzen. Die Einführung einer neuen geographischen Bezugsgröße durchbricht die Gegenüberstellung der beiden Paradigmen und befreit uns von der herkömmlichen Pflicht, ein Werturteil fällen zu müssen.

Die Einbeziehung eines französischen Stahlstandortes setzt das Kräfteverhältnis zwischen jedem der gegensätzlichen Begriffe außer Kraft und ermöglicht es, die staatliche und die industrielle Logik klar herauszuarbeiten. Dank dieser Herangehensweise können die Mechanismen, die zur Herausbildung dieses Raums geführt haben, besser erkannt und in ihrer ganzen Spezifik erfaßt werden.

Fos-sur-mer und Eisenhüttenstadt spielen hinsichtlich ihrer geographischen Lage beide eine Pionierrolle im Prozeß der Industrialisierung. Ohne über eine mit dem Kohlebecken des Nord-Pas de Calais oder dem der Ruhr vergleichbare Tradition zu verfügen, stellen sie einen Bruch zur Standortverteilung der Eisen- und Stahlindustrie am Ende des vergangenen Jahrhunderts dar. Abgesehen von der Ähnlichkeit der geographischen Ausgangsbedingungen ist man von der Analogie der Industrialisierungspolitik überrascht: In kürzester Zeit wird ein überdimensionierter Stahlstandort geschaffen, der die traditionellen Industriestrukturen grundlegend verändert und dabei gleichzeitig neue dynamische Entwicklungsprozesse auszulösen in der Lage ist. Der Eisen- und Stahlstandort bildet in beiden Fällen „das Element, das in der Struktur der durch fehlende Kohärenz bzw. zu starke Spezialisierung anfälligen mittleren städtischen Wirtschaftseinheiten die dominierende Rolle spielt“².

Die Schaffung der Stahlstandorte Eisenhüttenstadt und Fos geht in beiden Fällen auf eine staatliche Entscheidung zur industriellen Raumplanung zurück.

Bedeutet das jedoch, daß der Standort des Eisenhüttenkombinats in Eisenhüttenstadt als ein „sozialistisches“ Fos-sur-mer dargestellt werden kann? Schon die Formulierung dieser Frage zielt durch die postulierte Austauschbarkeit der Orte darauf ab, unsere Aufmerksamkeit auf die konjunkturelle und strukturelle Dimension der Schaffung von Industriestandorten in der DDR und in Frankreich zu lenken und die räumliche Auswir-

2 J. Malézieux, Les centres sidérurgiques des rivages de la mer du Nord et leur influence sur l'organisation de l'espace, in: L'Information Géographique (1979) 5, S. 254.

kung der Wechselbeziehungen zwischen dem politischen und dem ökonomischen System zu beurteilen.

Ermöglicht aber diese etwas ungewöhnliche Gleichsetzung nicht vielmehr gerade die Möglichkeit, ohne Umschweife die Frage nach der Gegenseitigkeit der die innere Dynamik der beiden Territorien bestimmenden Beziehung zu stellen?

In der Periode des Wiederaufbaus nach dem Krieg nimmt die Eisenhüttenindustrie im Westen wie im Osten eine Schlüsselstellung in der Wirtschaft ein. Stahl gilt als ein strategisches Produkt, von dem Wiederaufbau und volkswirtschaftliches Wachstum bestimmt werden (vgl. Monnet-Plan, Plan zur Modernisierung und Ausrüstung in der Nachkriegszeit). Diese Betrachtungsweise hat dazu geführt, daß die territoriale Planung der Industriepolitik völlig untergeordnet wurde. Der Autor des nachfolgenden Presseauszugs berichtet 1985 voller Bitterkeit darüber, wie sehr der Stahl im französischen Kontext der Nachkriegsentwicklung mit dem Wachstumsmythos in Verbindung gebracht wurde. Die Rede ist hier von Fos, doch der gleiche Traum ist auch der Schaffung des Stahlstandorts Eisenhüttenstadt vorausgegangen. Der neue Industriestandort ist zum „symbolischen Wunschbild einer neuen Prosperität“ geworden³.

„Erinnern Sie sich: Fos, die Magie des Wachstums ... Aus den Geröllhalden der Crau-Ebene erhebt sich ein Pol der Eisen- und Stahlindustrie, ohne industrielles Hinterland, ohne Koks und ohne Erz.

(...) Man hat niemals in Erfahrung gebracht, wer hier seinen Traum verwirklicht hat – und was für einen Traum! –: der Staat oder die Famille de Wendel, einzige Förderin des Eisen- und Stahlprogramms in den Jahren 1967/68.

Das Eisen- und Stahlwerk der Solmer⁴ sollte 1973 zunächst drei Millionen Tonnen Stahl produzieren, 1980 dann sieben Millionen Tonnen mit einer Perspektive von schließlich 20 Millionen Tonnen.

Die Anbindung an die Flüsse Rhein und Rhône sollte durch den Bau eines Großschiffahrtskanals im Jahre 1979 in Angriff genommen und beendet werden.

Electricité de France würde 1973/74 im Gebiet von Fos ein riesiges Heizöl-Kraftwerk mit acht 700 MW-Blöcken in Betrieb nehmen.

Die Raffinerien, deren Belieferung von Lava und von Fos aus vorgesehen war, sollten 1975 eine Kapazität von 56 bis 69 Millionen Tonnen erreichen.

Péchiney sollte ein großes Aluminium-Werk errichten, und Ugine-Aciers wollte 1973 zunächst 200.000 t Spezialstahl, 1975 dann 400.000 t und 1990 schließlich zwei Millionen Tonnen Spezialstahl produzieren. Die Bevölkerung dieser Industriezone würde sich in wenigen Jahren verdreifachen.

3 M. Castells/F. Godard, Monopolville, Paris 1974, S. 69.

4 Société Lorraine et Méridionale de Laminage Continu (SOLMER).

chen, und das Einzugsgebiet der Metropole Marseille würde im Zeitraum 1970 bis 1985 eine Million Einwohner hinzugewinnen.⁵

Fos' Traum von Größe und Bedeutung, der durch die Krise abrupt endete, und die nicht zu Ende gebrachte Herausbildung dieser Industrielandschaft erinnern an den Optimismus und an die Kluft zwischen den Produktionszielen, die für den Standort des Eisenhilfenskombinats in Eisenhüttenstadt gestellt worden waren, und ihre Realisierung. Der Aufbau der Eisen- und Stahlindustrie in der DDR war von den staatlichen Beschlüssen der fünfziger Jahre bestimmt, als es vorrangig darum ging, die Unabhängigkeit der metallurgischen Industrie zu gewährleisten. Ursprünglich sollte das Eisenhüttenkombinat ein integriertes Eisen- und Stahlunternehmen mit folgenden vier Hauptbestandteilen werden: Hochöfen, Stahlwerk, Kalt- und Warmwalzanlagen. Der auf dem 3. Parteitag der SED gefaßte Beschluß über den Bau des EKO entsprach also einer dreifachen Zielsetzung: Es sollte sowohl „Eisen für die Republik“ produzieren als auch die ländlichen Regionen industrialisieren und schließlich die Oder-Neiße-Grenze durch den Bau eines „Industriemonuments“ des „Friedenswerks“ stabilisieren.⁶

Das Ziel, das man sich 1950 gesteckt hatte, wurde jedoch erst 1984 mit dem Bau eines Oxygenstahlwerks durch VÖEST Alpine erreicht. Mehr als dreißig Jahre waren also vergangen, bis EKO endlich Stahl erzeugen konnte. Es fehlte nur noch eine Warmwalzanlage, um den technologischen Zyklus der Stahlproduktion zu schließen; der 1986 begonnene Bau wurde jedoch 1988 wegen fehlender Investitionsmittel eingestellt.⁷

Bei einer Stadtfläche von 54 qm vermittelte der Standort mit seiner Fläche von 13 qm den Eindruck einer kompakten und in sich geschlossenen Einheit, in der der Produktionsraum, der jeden Rahmen sprengte, sämtliche räumlichen Ebenen in sich zu vereinen und gleichzeitig aufzuheben schien.

Die industrielle Spezialisierung ist ein charakteristisches Merkmal der beiden Eisen- und Stahlstandorte Eisenhüttenstadt und Fos-sur-mer. In beiden Fällen ist sie das Ergebnis einer massiven Industrialisierung, die den anderen Komponenten der lokalen Wirtschaft ihre Vorherrschaft aufzwingt. Von diesem Zeitpunkt an behaupten sich die beiden Standorte in ihrem jeweiligen Umfeld als Produkte einer staatlichen peripheren Industrialisierung, in der dem Eisen- und Stahlunternehmen alle Gestaltungsfunktionen übertragen worden sind, angefangen von der Ausgleichspolitik innerhalb des nationalen Raums bis zur Monopolisierung der lokalen Verwaltung des Raums.

5 M. Herblay, *Nos pyramides*, in: *L'Expansion. Demain la France*, Okt./Nov. 1985.

6 D. Kohler, *Eisenhüttenstadt: Eine Stahlregion zwischen Plan- und Marktwirtschaft*, in: *Konzern und Region: Zwischen Rückzug und neuer Integration*, hrsg. von H. Kilper und D. Rahfeld Münster, Hamburg 1994, S. 61-117.

7 J. Niebur, *Zwischen Stilllegung und Privatisierung. Die Sanierung eines Stahlstandortes*, in: *Krisen, Kader, Kombinate*, hrsg. von M. Heidenreich, Berlin 1992, S. 95.

1. Die Eisen- und Stahlindustrie als Instrument zur Durchsetzung einer Raumordnungspolitik im Sinne einer Ausgleichspolitik?

Es besteht zwar kein Zweifel, daß der Industrialisierungs- und Stadtbildungsprozeß von Eisenhüttenstadt mit dem der traditionellen kapitalistischen Industriestädte nichts gemein hat, und doch sollte man nicht von vornherein jede Ähnlichkeit zwischen der Industrie- und der Entwicklungspolitik in Ost- und Westeuropa von der Hand weisen, wenn der Staat die Initiative zur Schaffung industrieller Standorte ergreift.

Das Beispiel von Fos-sur-mer zeigt, daß Eingriffe des Staates in die Eisen- und Stahlindustrie und die Einbeziehung dieses Industriezweiges in die Raumordnungspolitik kein nur sozialistischen Regierungen vorbehaltenes Mittel sind.

In der Zeit des Wiederaufbaus spielen die Eisen- und Stahlindustrie und die Petrolchemie in Frankreich eine zentrale Rolle in der Raumordnungspolitik, vor allem für die Industrialisierung der Küstenregionen. Die Grundstoffindustrie wird als Quelle neuen Reichtums betrachtet, man erhofft sich von ihr die Schaffung von Arbeitsplätzen und eine Anziehungswirkung für die regionale Entwicklung.⁸ „François Perroux und seine Mitarbeiter betonen gern die Rolle des Großunternehmens als Motor der Polarisierung. (...) [Die] Theorie vom polarisierten, auf ein vorwärtsstrebendes starkes Unternehmen zurückzuführendes Wachstum gewinnt an Boden: Das Annaba-Projekt in Algerien oder das von Fos in Frankreich wurden im Namen einer industrialisierenden Industrie (*industrie industrialisante*) konzipiert.“⁹ Bis zum Ende der sechziger Jahre überwiegen die theoretischen Konzeptionen, die „die Industrie als den Bereich mit der stärksten Fähigkeit zur Erzeugung von mitreißenden Effekten und von Wirkungen (betrachten), die in die regionalen Ökonomien einfließen. Das begründet auch ihre Rolle als bevorzugtes Instrument der Raumordnungspolitik. (...) [Die] Rolle der Industrie im geographischen Raum hängt also eng mit drei der Raumordnungspolitik zugrundeliegenden Theorien zusammen: der Theorie der Polarisierung und der Wachstumspole, der Theorie der vorwärtstreibenden Industrie (*activités motrices*) und der Theorie der Ballungsökonomien (*économies d'agglomération*).“¹⁰

Der Beschluß des Ministerrates der DDR über die Schaffung großer Industriestandorte¹¹ an der deutsch-polnischen Grenze entspricht ebenfalls dem Ziel einer besseren Verteilung der Industrie in die wenig industriali-

8 A. Fischer, *Industrie et espace géographique*, Paris 1994, S. 123.

9 P. Claval, *Les nouveaux espaces industriels: réalités, théories et doctrines*, in: *La dynamique spatiale de l'économie contemporaine*, hrsg. von G. B. Benko, La Garenne-Colombes 1990, S. 34-51.

10 A. Fischer, *Industrie et espace géographique* (Anm. 8), S. 123.

11 Eisenhüttenkombinat Ost: 12.000 Arbeitsplätze, Halbleiterwerk in Frankfurt/Oder: 8000 Arbeitsplätze, Petrolchemisches Kombinat in Schwedt: 8500 Arbeitsplätze.

sierten und als rückständig betrachteten Regionen (der östliche Teil Brandenburgs und die Lausitz), um deren Entwicklungsrückstand im Vergleich zu den industriell stark entwickelten Regionen (Sachsen, Berlin und sein Umland) aufzuholen. Diese Orientierung auf eine industrielle raumordnerische Ausgleichspolitik entspricht der Durchsetzung des folgenden politischen Ziels: Der aus der kapitalistischen Industrialisierung resultierende Gegensatz zwischen Stadt und Land soll durch die Schaffung von Industriestandorten in ländlichen Gegenden (*Industrie aufs Land*) oder durch die *Industrialisierung der Landwirtschaft* überwunden werden. Diese Industrieansiedlungen verfolgten auch den Zweck, in den ländlichen Regionen Zentren der Arbeiterklasse zu schaffen. Die neue Stadt soll „ein Ort mit einer starken Konzentration der führenden Arbeiterklasse, soll (...) das Zentrum der ökonomischen, kulturellen und sozialen Entwicklung des Umlandes sein.“¹²

Auf französischer Seite wird der Schaffung und Entwicklung eines an der Küste gelegenen Unternehmens jedes Mal ausdrücklich oder offiziell große Signifikanz für die regionale Entwicklung beigemessen. Die Stahlwerke¹³ sollen ein starkes wirtschaftliches Wachstum auslösen, das in der Lage ist, sich in einem großen Raum auszuwirken, und somit zur Entwicklung des Industriekomplexes und der Region beitragen könnte¹⁴. Der Stahlstandort wird zu den wirksamsten Instrumenten für die Förderung der regionalen Entwicklung gerechnet. Jacques Malézieux' Arbeit *Les centres sidérurgiques des rivages de la mer du Nord et leur influence sur l'organisation de l'espace* (Die Eisen- und Stahlstandorte an der Nordseeküste und ihr Einfluß auf die Raumordnung) zeigt am Beispiel des Projektes von Dünkirchen, wie „in Frankreich das an der Küste gelegene Unter-

12 B. Benthien, *Ökonomische Geographie der DDR*, Leipzig 1969.

13 Mehr als alle anderen Unternehmen stellen die Eisen- und Stahlstandorte vom Charakter ihrer Produktion und von ihrer Leistungsfähigkeit her Kristallisationspunkte für die zahlreichen und vielfältigen konvergierenden und divergierenden, sichtbaren und unsichtbaren Ströme von Rohstoffen und Energiequellen, Erzeugnissen und Nebenprodukten, von Kapitalien und Entscheidungen, von Dienstleistungen und Menschen dar. Diese technischen und wirtschaftlichen Ströme, diese Ströme von Menschen, Kapitalien und Entscheidungen, die die Vektoren der gegenseitigen Beeinflussung von Industrie und Raum darstellen, organisieren sich in Netzwerken, die ihre Strukturen in unterschiedlicher Art und Weise in den verschiedenen geographischen Maßstäben organisieren. Die Zugehörigkeit der Eisen- und Stahlindustrie zur Schwerindustrie und zur Grundstoffindustrie ihr Charakter als arbeits- und kapitalintensive Industrie, die Bedeutung, die ihr traditionsgemäß in technischer und wirtschaftlicher, in sozialer und politischer Hinsicht beigemessen wird, haben dazu geführt, daß sie lange als der Industriezweig betrachtet wurde, der am ehesten in der Lage ist, Wachstum und Entwicklung überall dort zu bewirken, wo sie sich ansiedelt.“ J. Malézieux, *Sidérurgie littorale et espace régional*. Dunkerque – Gand – Ijmuiden – Brême, in: *Hommes et Terres du Nord* 1 (1982), S. 1-2.

14 J. Malézieux, *Les centres sidérurgiques des rivages de la mer du Nord et leur influence sur l'organisation de l'espace* Paris 1981, S. 949.

nehmen in die Herausbildung eines leistungsfähigen Industrie- und Hafenkompleses integriert¹⁵ und gleichzeitig stets als ein Element betrachtet wurde, das effektiv zur Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten beitragen kann, mit denen man in den nahegelegenen Zonen (Calaisis) oder den etwas weiter entfernt liegenden Gebieten (Sambre-Tal mit seinem Kohlebecken) konfrontiert war.¹⁶

In Frankreich wurde mit der Entwicklung der Industriepole ein dreifaches Ziel verfolgt. Diese Politik der Schaffung von Industrie- und Hafengewirtschaftsgebieten (*zone industrialo-portuaire* – ZIP) zielt darauf ab, „den zum Zwecke der *métropoles d'équilibre* (Ausgleichsmetropolen) eine modernisierte und neue Produktionsbasis zu schaffen, d. h. einen Prozeß der Industrialisierung und Polarisierung auszulösen¹⁷. Sie verfolgt außerdem das Ziel, einen räumlichen Ausgleich durch ein oder zwei „als treibende Kraft wirkende“¹⁸ Industriezweige herzustellen und die Küste auf die neuen Anforderungen des Seeverkehrs vorzubereiten (Erhöhung des Volumens von importierten Rohstoffen, Ermittlung der kostengünstigsten Möglichkeit der Rohstoffversorgung, Bau von Industriekomplexen nach erfolgter Optimierung der Import- und Exportmöglichkeiten). Fünf Indu-

15 Die Pole der Schwerindustrie und Hafengewirtschaft entwickeln sich in zwei Industriebereichen: Erdölindustrie und Petrochemie, Steam-cracking und Eisenhüttenindustrie mit der Entwicklung der Energieerzeugung im Vorfeld und der Metallurgie und des Maschinenbaus als nachgeordnete Zweige. „Als Ergänzung kommen zu diesen beiden Bereichen auf der Ebene des Produktionskreislaufes (insbesondere in dem dem Produktionsprozeß vorgelagerten Bereich) der Seetransport und die Lagerwirtschaft hinzu, die viel Platz in Anspruch nehmen. Neben den in diesen Zonen entwickelten technischen Verflechtungen ist das Transportsystem in der Tat das zweite Element, das die Industriepole und Hafengewirtschaft vereint.“ M. Castells/F. Godard, *Monopolville* (Anm. 3), S. 31.

16 J. Malézieux, *Les centres sidérurgiques* (Anm. 14), S. 950.

17 Die Tendenz besteht also darin, die finanziellen Aktivitäten des Staates auf die vorrangig behandelten Akkumulationspole zu konzentrieren, d. h. im Pariser Becken und in der Region des Unterlaufs der Seine, in der Zone von Fos und im Rhône-Tal sowie in Dunkerque, dem Zentrum der Schwerindustrie.“ M. Castells/F. Godard, *Monopolville* (Anm. 3), S. 39-40.

18 Die Eisen- und Stahlindustrie entwickelte sich auf der Grundlage von Kohle- und Erzimporten und von Erdöl (Erschließung des Sahara-Öls seit 1966), deren Preise bis 1974 ständig sanken.. Prägend für die Stahlindustrie und die petrochemische Industrie war außerdem der Konzentrations- und Zentralisierungsprozeß des Kapitals auf nationaler und internationaler Ebene. In der Stahlindustrie hing dieser Prozeß mit der Notwendigkeit der Jahre 1960–1970 zusammen, das Industriesystem zu reorganisieren und das Problem der Finanzierung von wichtigen Investitionen zu lösen. Dieser Prozeß der geographischen Konzentration der Produktion und der Modernisierung des Produktionsapparates wurde von sozialen und technischen Veränderungen begleitet.

Manuel Castells und Francis Godard sind in ihrer Arbeit *Monopolville* systematisch „allen Elementen (nachgegangen), von den Merkmalen und den Bewegungen des der französischen Sozialstruktur in den siebziger Jahren zugrundeliegenden Kapitals bis zu den Merkmalen eines Projekts der Raumordnungspolitik wie dem der Küstenregion von Dünkirchen“. M. Castells/F. Godard, *Monopolville* (Anm. 3), S. 21.

strie- und Hafenstandorte werden nach 1960 und 1980 im Rahmen der Pläne zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung konzipiert: le Havre an der Seine-Mündung, Calais-Dünkirchen im Norden, Fos-Marseille im Süden, Nantes-Saint-Nazaire an der Loire-Mündung und Bordeaux-Le Verdon an der Gironde-Mündung.

Die Handelskammer und der *Port Autonome* (Hafenverwaltung) von Marseille schlagen Fos-sur-mer für die Schaffung eines wichtigen Stahlkomplexes vor. „Der Port Autonome von Marseille hat die Forderung nach einer Erweiterung der Hafenanlagen schon 1963 gestellt und dafür auch die notwendigen Voruntersuchungen finanziert. Der Standort von Fos besaß zahlreiche Vorzüge. Die aus dem Osten kommenden Meeresströmungen schützten die Rhône vor Versandung, und der Golf weist hier eine Tiefe von 20 m auf. Das gegenwärtige Rhône-Delta erstreckt sich an dieser Stelle in der Crau-Ebene, dem ehemaligen steinigen Delta der Durance, die den festen Untergrund der Küste bildet. Für den Bau eines Tiefwasserhafens und für die Einrichtung eines Industriegebiets standen große Flächen zur Verfügung.“¹⁹ „1964 wurde der der DATAR zugeordnete zentrale Komplex von Fos mit dem Ziel gebildet, den 'Wirtschaftspol Südeuropas: Europort' zu schaffen. In Fos wurde 1973 ein dem Präfekten der Region beigeordneter interministerieller Entwicklungsstab eingesetzt.“

Die durch die natürliche Konfiguration der Standorte bestehenden geographischen Voraussetzungen sowie die wirtschaftlichen Gegebenheiten der Region und ihre Herausforderungen sind für die Wahl der Standorte von großen Industrieanlagen auf nationaler Ebene zum Teil entscheidend. Die Entwicklung des Industriegebietes von Fos-sur-mer folgt jedoch ebenso wie die von Eisenhüttenstadt einer industriellen und räumlichen Logik, der geopolitische Überlegungen zugrundeliegen.

Mit „de Gaulles Strategie der Öffnung des Mittelmeerraumes in Richtung Afrika, Mittlerer Osten und arabischer Raum“ gewinnt das Projekt eine nationale Dimension. „Die Entwicklung eines Industrie- und Hafengewirtschaftsgebietes mit doppelter Spezialisierung – Erdölindustrie und Eisenhüttenindustrie – ermöglichte darüber hinaus die Öffnung des großen Deltas (Regionen Rhône-Alpes, Languedoc-Roussillon und Provence-Côte d'Azur) und die Teilhabe an der Industrialisierung der Mittelmeerküste.“²⁰

Im 19. und 20. Jahrhundert bildet Marseille den Brückenkopf des europäischen Expansionsstrebens nach dem Süden, dem Osten und dem Fernen Osten. Im 19. Jahrhundert bewirken die vereinten Anstrengungen des Staates, der Unternehmer und der Pariser Kapitalisten, daß Marseille „für die verschiedenen modernen Transportmittel zum Umschlagplatz ihrer Ladungen“ wird: Hier wird „der Schienenverkehr mit dem Transport per Dampfschiff über das Mittelmeer“ verbunden. „Ab 1850 beschleunigt sich

19 F. Damette/J. Scheibling, *La France*, Paris 1995, S. 227-228.

20 Ebenda, S. 227.

dieser Wandel, was teilweise mit der 'Prosperität des Kaiserreichs' zusammenhängt. Der Mythos Marseille erhält seinen Platz im saint-simonistischen liberalen Organisationstraum. Marseille kann das große *Emporium* eines offenen, mit neuem Leben erfüllten Mittelmeerraumes werden, der ein Zentrum weltumspannender Handelsbeziehungen ist: Tor zum Orient und gleichzeitig Tor zum industrialisierten Europa.²¹ Die Funktionen Marseilles als Industriestandort und Handelsplatz hängen mit der Verarbeitung der aus Afrika oder Asien kommenden Rohstoffe vor Ort zusammen. „Aus diesem Grund bilden wirtschaftliche Entwicklungen, die sich mitunter seit etwa einem Jahrhundert vollzogen haben, eine Art 'System', dessen Hauptstützen das Mühlenwesen, der Komplex der ölhaltigen Stoffe (Seifenherstellung, Ölmühlen) und die Zuckerraffinerie bilden.“²² Diese Industrie, die sich infolge des Handels entlang des zum Hafen gehörenden Küstenstreifens entwickelte, erlebt in den zwanziger/dreißiger Jahren ihren ersten Niedergang, während die Erweiterung der Hafenanlagen und des Industriegebietes im Zusammenhang mit der Entwicklung der Schwerindustrie (Schiffsbau, Chemie und Erdölraffinerie) am Etang de Berre fortgesetzt wurde. Der Entkolonialisierungsprozeß in Algerien verleiht der ökonomischen Entwicklung von Marseille einen anderen Maßstab. Die Schaffung des Komplexes von Fos in den sechziger Jahren wird als eines der zentralen Bestandteile des Programms zur Planung der regionalen Entwicklung dargestellt, dessen Zielstellung darin besteht, die Beschäftigungsprobleme im Ballungsgebiet von Marseille (Aire Métropolitaine Marseillaise – AMM)²³ zu lösen und zur Herausbildung einer *métropole d'équilibre* (Ausgleichsmetropole), um den von der DATAR eingeführten Begriff zu verwenden, beizutragen.

In zwei unterschiedlichen geographischen Situationen haben die politischen Auswirkungen des Algerienkrieges einerseits und die des Zweiten Weltkrieges andererseits den Gebieten entlang der Mittelmeerküste und denen an der Oder-Neiße-Linie einen exterritorialen Charakter verliehen. Die Regionen an der Oder und um Marseille werden zu marginalisierten städtischen Gebilden innerhalb des nationalen Raums, wobei sie gleichzeitig paradoxerweise eine verbindende Rolle spielen. Die koloniale Frage auf der einen Seite und die deutsch-polnische Frage auf der anderen

21 J.-L. Bonillo, Marseille, in: Atlas historique des villes de France, hrsg. von J.-L. Pinol, Paris 1996, S. 176-203.

22 Ebenda, S. 184.

23 Das Ballungsgebiet von Marseille hat eine Fläche von ca. 900 km²; in ihm leben etwa 1.400.000 Einwohner, davon allein 800.000 in der Stadt Marseille selbst.

„Das Ballungsgebiet von Marseille gliedert sich in drei Komplexe: das große Siedlungsgebiet Marseille-Aubagne, das dichtbebaute und sternförmig angeordnete Zentrum von Aix-en-Provence, zweiter Pol und wirkliche Drehscheibe, und das östliche Ufer des Etang de Berre mit mehreren lockerer bebauten und durch zwei Autobahnlinien angebundnen Küstenzentren.“ Ebenda, S. 198.

verleihen diesen Räumen die Funktion eines Transitraums und einer Zone, wo die Bevölkerung aus den „verlorenen“ Gebieten Aufnahme findet. In beiden Fällen ist die „Schleusen“-Funktion, die diese marginalisierten Grenzzonen zu übernehmen haben, ein direktes Ergebnis der räumlichen Auswirkungen dieser internationalen Konflikte und der von ihnen ausgelösten Rückführungsbewegungen. Die Grenzfunktionen dieser Standorte stehen in direktem Zusammenhang mit ihrer industriellen und räumlichen Funktion.

In der DDR wie auch in Frankreich wird die Industrie „als eines der grundlegenden Mittel zur Überwindung der ungleichgewichtigen Regionalentwicklung und der geographisch bedingten Unterschiede, als ein Instrument zur Umstrukturierung der schwach entwickelten regionalen Ökonomien“²⁴ und zur Regulierung der mit der geopolitischen Situation zusammenhängenden Migrationsströme betrachtet. Heißt das aber, daß diese Übereinstimmung in den Zielstellungen der Eisen- und Stahlstandorte von Eisenhüttenhüttenstadt und von Fos-sur-mer auch eine Übereinstimmung hinsichtlich der staatlichen Einflußnahme auf die Belange der Industrie in beiden Ländern nach sich gezogen hat, oder ist ein solcher Vergleich aufgrund der Kontrolle durch die Partei in der DDR nicht statthaft?

2. Die Eisen- und Stahlindustrie: ein bevorzugtes Gebiet staatlicher Einflußnahme in die industriellen und räumlichen Belange in Frankreich und in der DDR

Die Industrie- und Raumordnungspolitik in bezug auf die Eisen- und Stahlindustrie in Frankreich liefert uns ein Beispiel für eine dirigistische Einflußnahme²⁵, die niemals als „sozialistisch“ bezeichnet wurde und gerade deshalb die Möglichkeit bietet, aus dem Schema der ideologischen Trennung in sozialistisches und kapitalistisches System herauszutreten und in einem Vergleich mit Frankreich die Rolle des Staates hervorzuheben. Das Engagement des Staates in Frankreich weist hinsichtlich der Schaffung neuer Industriegebiete, die sich zu aktiven Wachstumspolen entwickeln sollten, tatsächlich gewisse Analogien zu dem Engagement des Staates in der DDR während der Nachkriegszeit auf.

Der Beschluß der Kommission des 1. Plans (1947–1952) zur Modernisierung der französischen Eisen- und Stahlindustrie kann mit dem Beschluß verglichen werden, den die DDR-Kommission zum ersten Fünf-

24 A. Fischer, *Industrie et espace géographique* (Anm. 8), S. 124.

25 „Staatlicher Dirigismus bedeutet, daß der Staat die industriellen Zielstellungen und die bewilligten Mittel bestimmt und in starkem Maße, bis hin zur detaillierten Kontrolle der Ausführung Einfluß nimmt. Das beste Beispiel für ein derartiges staatliches Eingreifen liefert uns die Eisen- und Stahlindustrie.“ C. Durand (Hrsg.), *De l'économie planifiée à l'économie de marché, l'intervention de l'Etat dans l'industrie*, Paris 1990, S. 43.

jahrplan gefaßt hat. In beiden Fällen hat man die institutionelle Leitung dieser Standorte zentralisiert und dem Staat überlassen, in beiden Fällen erfolgt die Finanzierung dieser Projekte durch staatliche Investitionen²⁶. Bis zum Ende der fünfziger Jahre werden die Investitionen in der französischen Eisen- und Stahlindustrie zur Wiederherstellung und Automatisierung verschiedener Funktionen der alten Anlagen eingesetzt²⁷, man beschränkt sich also auf eine „Flickerpolitik“²⁸. Während die Eisenhüttenindustrie in Italien, Deutschland und sogar Holland und Japan nach dem Krieg dem Bau hochleistungsfähiger integrierter Unternehmen den Vorrang gibt, wartet man in Frankreich damit bis zum 3. Plan (1957–1960), um mit einer Verspätung von zehn Jahren eine auf die Schaffung neuer Eisen- und Stahlanlagen gerichteten Politik zu betreiben. Usinor engagiert sich 1959 für den Bau eines integrierten Werkes von vier Mt/Jahr in Dünkirchen, de Wendel plant die Errichtung eines Werkes vergleichbarer Kapazität im lothringischen Becken, Zentrum der Eisen- und Stahlindustrie. Die 1961 ausbrechende Krise unterbricht mit einem Schlag die Investitionen in der Eisen- und Stahlindustrie und blockiert den Bau der Sauerstoff-Blasstahlwerke.

„Die französischen Unternehmen rufen den Staat zu Hilfe. Dieser ist bereit, ihnen bei der Umstrukturierung und mit Investitionen sowie bei der Überwindung der sozialen Krise, wie sie die Art der vorgesehenen Umstrukturierung mit sich bringt, zu helfen, wenn die Unternehmen bereit sind, sich selbst zu helfen, indem sie sich zusammenschließen und ihr Programm koordinieren. So entsteht der erste Plan in einer langen Reihe von Umstrukturierungsplänen²⁹ (Abkommen Staat – Eisen- und Stahlindustrie 1966–1970). Doch gegen Ende der 1960er Jahre schien die gestiegene Stahlnachfrage die Realisierung neuer Projekte, insbesondere den Bau ei-

26 „Das Projekt wurde mit staatlichen Mitteln für den Bau der Hafenanlagen und der Verbindungswege (Autobahnbindung an Marseille, Kanal von Fos bis zur Rhône, Eisenbahnlinien) und mit privaten Mitteln der Erdölgesellschaften und von Usinor und Sidlor (Union sidérurgique Lorraine – Verband der Eisen- und Stahlindustrie Lothringens), die das Unternehmen Solmer (Société lorraine et méridionale de laminage continu – Gesellschaft für Bandwalzwerke Lothringens und Südfrankreichs) gründeten, für den Aufbau eines riesigen Eisen- und Stahlkomplexes realisiert.“ F. Damette/J. Scheibling, *La France* (Ann. 19), S. 228.

Nach für das Jahr 1979 und für den Zeitraum 1960–1980 aktualisierten Berechnungen beliefen sich die Investitionen für den Bau der Hafenanlagen und des Industrie- und Hafengebiets von Fos einschließlich der dazugehörigen städtischen Investitionen auf drei Milliarden F; die Gesamtsumme der Industrieinvestitionen betrug 23 Milliarden F.“ J.-P. Laborie/J.-F. Langumier/P. de Roo, *La politique française d'aménagement du territoire de 1950 à 1985*, Paris 1985, S. 95-96.

27 Neue Bandwalzanlagen für mittlere und feine Bleche im Rahmen des 1. Plans (1947–1952), Walzdraht und mechanisiertes Walzen von starken Blechen im Rahmen des 2. Plans (1953–1956).

28 M. Freyssenet/C. Omnès, *La crise de la sidérurgie française* Paris 1982, S. 25.

29 Ebenda, S. 27-29.

nes neuen an der Küste gelegenen Werkes im Rahmen des 6. Plans (1971–1975) wieder zu rechtfertigen.

Angesichts des Konkurses der Eisen- und Stahlunternehmen Ende der 1970er Jahre wandelt der Staat die staatlichen Kredite in Kapitalbeteiligungen um. In dem Maße, wie der finanzielle Beitrag des Staates zunimmt, verstärkt sich auch die dirigistische Einflußnahme durch das Industrieministerium.

Der „Plan Acier“ (Stahl-Plan), der auf eine Initiative des Industrieministeriums zurückgeht, ist ein Ausdruck für den Grad der Verflechtung zwischen den Führungsgremien der Eisen- und Stahlunternehmen und den Dienststellen des Ministeriums. Dieser Plan ist zwar von den Unternehmen aufgestellt worden, die Produktionsziele hat jedoch der Staat vorher festgelegt. „(...) zu den grundlegenden Entscheidungen (Höhe der Investitionen, Ausmaß der Schließungen) scheint die Diskussion eher zwischen den Ministerien geführt zu werden. (Die) Eisen- und Stahlwerke sind finanziell voll und ganz von der Hilfe des Staates abhängig, dem sie ihr Überleben verdanken. Sie erfolgt in unterschiedlicher Form:

- Entlastung von finanziellen Verpflichtungen: Der Staat hat einen Gutteil der Schulden der Eisen- und Stahlindustrie übernommen,
- Hilfe bei sozialen Maßnahmen: Vorruhestandsregelungen, Umschulungen, ... Die Ministerien, die diese Maßnahmen finanzieren, kontrollieren auch die Durchsetzung der Sozialpläne durch die Unternehmen.
- Schließlich übernimmt der Staat bei Modernisierungsinvestitionen die Rolle des Aktionärs und Kapitalgebers.“³⁰

In einer Situation, in der der Staat der Hauptaktionär ist, sind die Unternehmen zwar schuldenfrei, jedoch vom Staat, der darüber wacht, daß der Jahreshaushalt mit den Planvorgaben übereinstimmt, vollkommen abhängig. 1981 werden die Eisen- und Stahlunternehmen im Zuge der von der sozialistischen Regierung betriebenen Nationalisierungspolitik verstaatlicht. „Die Nationalisierung hat die finanzielle Kontrolle des Staates lediglich gesetzlich fixiert, die 1978 im Augenblick der ersten Krise eingeführt worden war.“³¹

In Frankreich wie in der DDR wird durch die staatliche Einflußnahme in der Eisen- und Stahlindustrie ein direkter Zusammenhang zwischen der Errichtung eines Standortes und nationaler Unabhängigkeit auf ökonomischer und strategischer Ebene hergestellt.

Ein Vergleich der Verflechtungen zwischen dem Staat und der Stahlindustrie sowie ihrer räumlichen Auswirkungen in Frankreich und in der DDR zeigen, wie vorsichtig mit den traditionell mit dem Begriff „sozialistisch“ assoziierten Bildern umzugehen ist, will man sich nicht auf ideologische Klischees beschränken. In beiden Ländern gibt es Branchenpläne, in denen die von Beamten und Unternehmern ausgehandelten Ent-

30 C. Durand (Hrsg.), *De l'économie planifiée* (Anm. 25), S. 44-45.

31 Ebenda, S. 46.

wicklungsziele festgelegt werden. Trotz dieser engen Verflechtung von Politik und Wirtschaft sollte man keine voreiligen Rückschlüsse auf eine eventuelle Konvergenz des staatlichen Intervenierens in Frankreich und in der DDR ziehen.

Während in Ostdeutschland „die Partei auf allen Ebenen des Wirtschaftsapparates ihre Kontrolle“³² ansübt, ist in Frankreich die Einflußnahme des Staates nicht durch die Herrschaft eines sozialistischen Regimes bedingt und erfolgt gemäß der strategischen Bedeutung der jeweiligen Branchen und dem Grad der Verschuldung der Unternehmen auf sehr differenzierte Art und Weise.

Der Plan existiert in der Wirtschaft beider Länder, ihre Planungskonzepte sind jedoch unterschiedlich. In den sozialistischen Ländern ist der Plan ein Instrument zur Festlegung der Industriepolitik und der Produktionsziele: „Der Plan verteilt mit Hilfe der Industrieministerien die Produktionsmittel und -ziele auf die Bereiche, Industriezweige und Betriebe: Finanzierung von Investitionen, Subventionen für Rohstoffe und Arbeitskräfte. Er legt die Produktionsvorgaben und die Preise fest.“³³ Im Gegensatz zum sozialistischen Plan ist der französische Plan nicht mit gleicher organisatorischer und Kontrollgewalt über die Wirtschaft ausgestattet. Seine Wirkung beschränkt sich auf die Festlegung der großen Linien der staatlichen Industriepolitik, er ist Ausdruck des Versuchs, die Rationalisierung der Produktionsmittel mit einer sozialen und finanziellen Logik in Einklang zu bringen. Im französischen Fall ist die Funktion des Staates als Initiator von Industrialisierung und Entwicklung Bestandteil einer Strategie der Eroberung des Weltmarktes, sein Wirken kommt andererseits in einer Verdichtung der Produktionsstrukturen durch Firmenschließungen und Schaffung neuer Industriestandorte zum Ausdruck.

Demgegenüber hängen die Investitionsentscheidungen des sozialistischen Staates in seiner Rolle als Initiator von Industrialisierung und Entwicklung in stärkerem Maße von der Rangordnung der Industriezweige ab, die durch die Abkommen zur Arbeitsteilung innerhalb des RGW und durch die Pläne für die zur Beschaffung der Technologien aus dem Westen benötigten Devisen bestimmt wird. Diese Logik, die von der politischen Zweckmäßigkeit diktiert und durch eine Mangelwirtschaft bedingt wird, ist weit von den der Logik des Kapitals zugrundeliegenden Regeln entfernt; sie werden durch die von der Internationalisierung der Märkte diktierten wirtschaftlichen, finanziellen und räumlichen Anforderungen bestimmt. Das Kombinat ist weder eine Quelle zur Schaffung von Geldwerten noch zur Akkumulation von Kapital.

Was die Unternehmen selbst angeht, so stehen sowohl Fos-sur-mer als auch Eisenhüttenstadt für eine auf nationaler Ebene betriebene

32 Ebenda, S. 321.

33 Ebenda, S. 323.

„Flickenspolitik“. Der unterschiedliche Charakter ihres Produktionsapparates und ihr geringer innerer Zusammenhalt sind für die französische Eisen- und Stahlindustrie ebenso charakteristisch wie für die ostdeutsche. „Aufgrund der historischen Entwicklungsbedingungen, die durch verschiedene aufeinanderfolgende und schlecht integrierte Konzentrationsprozesse gekennzeichnet sind, (stehen) in beiden Industrien Ausrüstungen unterschiedlichen Charakters, unterschiedlicher Kapazität und unterschiedlichen Alters“³⁴ nebeneinander. Dennoch wird, von staatlicher Seite und von der europäischen Gemeinschaft ermutigt, Ende der siebziger Jahre in Frankreich schließlich diese technische und geographische Konzentration durchgeführt, bei der Zehntausende von Arbeitsplätzen abgebaut werden, während es in der Eisen- und Stahlindustrie der DDR zu keinerlei Rationalisierungspolitik auf der Ebene der Erzeugnisse, der Industriegebiete und der Regionen kommt.

Die Schaffung von Wachstumspolen der Eisen- und Stahlindustrie in den Küstenregionen Frankreichs (Fos-Marseille und Dünkirchen) entspricht auf der Ebene des Industriezweiges der Tendenz, große Grundstoffindustrien wie die Eisen- und Stahlindustrie, die Petrochemie, die Aluminiumherstellung, die Erzeugung von Elektroenergie an die Meeresküste zu verlagern. Diese Verlagerung der Eisen- und Stahlindustrie ans Meer resultiert aus dem Zusammenspiel mehrerer Faktoren: die notwendige Anpassung an die Veränderungen innerhalb der Produktion (z. B. die Verringerung des Rohstoffbedarfs pro Produktionseinheit und die zunehmende Bedeutung des Recycling), Entwicklung des Seetransports sowie Erweiterung der Versorgungs- und Absatznetze im Rahmen der Globalisierung der Handelsbeziehungen.³⁵ „(Diese) ‘geographische’ (Verlagerung) der Produktivkräfte ist nicht das Ergebnis unvermeidlicher Naturgewalten. (Sie entspricht präzisen Erfordernissen) für das Funktionieren großer Produktionseinheiten in Übereinstimmung mit der Wirtschaftsstrategie des Kapitals. Die bestimmenden Faktoren der grundlegenden räumlichen Umgruppierung der Produktivkräfte sind also langfristig gesehen und im Weltmaßstab betrachtet die internationale Arbeitsteilung und die neuen Formen der Normierung der höchsten Profitrate.“³⁶

Die Wahl des Standortes für das Eisenhüttenkombinat von Eisenhüttenstadt an der deutsch-polnischen Grenze scheint von der Strategie der Ansiedlung von Industriestandorten in den Küstenregionen Frankreichs völlig abzuweichen. Und doch stimmt die Absicht, die mit dieser Standortwahl verfolgt wird, in gewisser Weise mit der Logik der Integration dieser Standorte im übernationalen Maßstab überein. In der Tat soll die Verlage-

34 J. Malézieux, *Crise et restructuration de la sidérurgie française, le groupe Usinor*, in: *L'Espace Géographique* (1980), 3, S. 187.

35 B. Merenne-Schoumacker, *La localisation des industries*, Paris 1991, S. 71-109.

36 M. Castells/F. Godard, *Monopolville* (Anm. 3), S. 40.

rung der Industriestandorte in die Küstenregionen Frankreich die Möglichkeit geben, an einem globalisierten Wirtschaftssystem und auf diese Art und Weise an der internationalen Arbeitsteilung beteiligt zu werden. Für die Deutsche Demokratische Republik war die Schaffung des Eisenhüttenkombinats von Eisenhüttenstadt Ausdruck ihres Strebens, an der Arbeitsteilung zwischen den Ländern des Ostblocks teilzunehmen.

EKO Stahl ist organisch mit seinen Zentren zur Versorgung mit Rohstoffen und Halbfabrikaten und mit ihren Absatzmärkten bzw. mit den nachgelagerten Industrien ihrer Branche verbunden. Der Branchenkreislauf stellt jedoch auf internationaler Ebene einen spezifischen Raum dar, der *auf regionaler Ebene* mit allen anderen Produktionsprozessen, die die regionale Ökonomie bestimmen, *nicht konkret sichtbar wird*.³⁷

In Eisenhüttenstadt stehen dem leistungsfähigen Stahlwerk und dem modernen Kaltwalzwerk die veralteten Hoehöfen gegenüber. Die Warmwalzanlage fehlte ganz. Dieser Einschnitt hinsichtlich der Reihenfolge der Produktionsabschnitte zur Herstellung von Flachstahl hatte seine Ursachen im arbeitsteiligen RGW-System. Anfang der siebziger Jahre zielten die Investitionen zur Modernisierung des Produktionsapparats auf eine Erhöhung der Exporte nach dem Westen, um Devisen zu beschaffen. Die DDR bezog günstig Warmband aus der Sowjetunion gegen Rubel und verkaufte einen Teil des Kaltbandes gegen konvertible Währungen. Die Besonderheit des Außenhandels im Bereich des RGW haben in Eisenhüttenstadt einen Torso, eine technologische Lücke hinterlassen, die unter internationalen Wettbewerbsbedingungen sicher niemals entstanden wäre.³⁸

Während im Westen die sich aus der internationalen Arbeitsteilung ergebenden Veränderungen und der technische und finanzielle Konzentrationsprozeß in der Eisen- und Stahlindustrie eine Veränderung der industriellen Geographie bewirkt haben³⁹, steht die Schaffung neuer Eisen- und

37 A. Lipietz, *Le capital et son espace*, Paris 1983, S. 87.

38 C. Schwartau, *Die Marktversorgung der ehemaligen DDR in Eisen und Stahl*, DRV, Berlin, Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft, 1992, S. 33.

39 „Das Verschwinden der integrierten, sich im Landesinneren befindenden Eisen- und Stahlwerke ist ein entscheidendes Element, das der regionalen Eisen- und Stahlindustrie ein neues Antlitz verleiht. In diesem Zusammenhang tritt die Standortwahl 'auf der physikalischen Grundlage' der vorhandenen Kohle und Koksproduktion, die seit dem 19. Jahrhundert eine der Konstanten der Geographie der Nord-Region ist, in den Hintergrund. (...) (Dieses Zurücktreten) führt schließlich dazu, daß die regionalen Strukturen, wie sie im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts im Zuge der Ansiedlung von Stahl verbrauchenden Industrien und von Zuliefer- bzw. Abnehmer-Unternehmen in der Nähe der Eisen- und Stahlwerke geschaffen worden waren, verschwanden.“ C. Gachelin, *La mutation de la sidérurgie de la région du Nord*, in: *Hommes et Terres du Nord* (1980), 1, S. 29. „Die Krise mit ihren zahlreichen Gründen beschleunigt eigentlich nur einen unvermeidbaren Veränderungsprozeß, der in einem

Stahlstandorte in der DDR in keinem Zusammenhang mit der internationalen Konjunktur in der jeweiligen Branche oder mit der Strategie einer Unternehmensgruppe. Während diese Verlagerung der Eisen- und Stahlindustrie in die Küstenregionen in Frankreich dazu beiträgt, daß die traditionellen Industrieregionen ihre Bedeutung verlieren⁴⁰, ist die Entwicklung der neuen Eisen- und Stahlstandorte in der DDR in stärkerem Maße Teil einer Politik der neuen Industrialisierung, die sich auf die Eisen- und Stahlindustrie gründet.

Der Stahlstandort Eisenhüttenstadt entwickelt sich abseits von der internationalen Konjunktur des Stahlmarktes, während der Standort Fos vollständig von ihr bestimmt wird. Im Jahre 1971, zwei Jahre nach dem Beginn der Bauarbeiten zum Eisen- und Stahlkomplex der SOLMER und 1972, zwei Jahre nach dem Beginn des Baus von Ugine-Aciers und des Unternehmens von Imperial Chemical Industries beginnt die große Krise der Eisen- und Stahlbranche. 1971 wird ein zweiter Umstrukturierungsplan, der „Plan de Conversion Wendel-Sideler“ aufgestellt. 1974 werden die ersten beiden Hochöfen der SOLMER in Betrieb genommen, die ein paar Monate später wieder abgeschaltet werden. Man hatte auf 30.000 Arbeitsplätze in der Industrie gehofft, doch 9000 werden letztlich nur geschaffen. „Ende 1978 sieht sich der Staat gezwungen, radikale finanzielle Maßnahmen zu ergreifen. Die staatlichen Anleihen werden in Kapitalbeteiligungen umgewandelt. 1984 wird Fos-sur-mer vom Staat als ‘Konversionspol’ eingestuft.“⁴¹

3. Fos-sur-mer und Eisenhüttenstadt: zwei Kathedralen in der Wüste?

Fos-sur-mer und Eisenhüttenstadt sind Hinterlassenschaften, die von einer Zeit der beschleunigten Industrialisierung zeugen. Die aufeinander folgenden Krisen und der allmähliche Rückzug des Staates lassen sie wie gestrandete Schiffe erscheinen. Fest steht, daß die Schaffung und der Ausbau

solchen Industriezweig dazu führt, daß die geographische Konzentration mit der technischen und finanziellen Konzentration in Übereinstimmung gebracht wird.“

40 „Dünkirchen sollte die „Lunge des Nordens“ sein, das Instrument zur Öffnung des Nordens nach Europa und dem Rest der Welt. In Wirklichkeit scheint sich die Entwicklung des Industrie- und Hafengebiets gegen die Region gerichtet zu haben, da die Konkurrenz der externen Versorgungsindustrien zum Niedergang des Kohlebeckens und zum Bedeutungsverlust der Region von Valenciennes geführt hat.“ F. Damette/J. Scheibling, *La France* (Anm. 19), S. 226.

41 Die Einstufung als Konversionspol betrifft die Gebiete, die in sozialer Hinsicht von den laufenden Veränderungen am stärksten betroffen sind. Sie ist Teil eines Plans zur industriellen Umstrukturierung und zur Umwandlung der Arbeitsplätze, der sich auf fünf gegenüber der internationalen Konkurrenz ‘anfälligen’ Industriezweige bezieht (Eisen- und Stahlindustrie, Bergbau, Werftindustrie, Automobilindustrie und Telekommunikation).“ J.-P. Laborie/J.-F. Langumier, P. de Roo, *La politique française d’aménagement* (Anm. 26), S. 97.

eines sehr großen industriellen Produktionszentrums auf lokaler und regionaler Ebene zwar ein starkes Wirtschaftswachstum bewirken können, sie jedoch zu „schweren Defiziten in der regionalen Entwicklung (führen), vor allem, wenn das Umfeld des Standortes nicht die Größe und die Kohärenz aufweist, die notwendig sind, um den Erfordernissen einer industriellen Produktion gerecht zu werden, an deren technische und ökonomische Strukturen nicht der Maßstab der lokalen und regionalen Institutionen angelegt werden kann.“⁴²

Der Eisen- und Stahlstandort wird nicht in den regionalen Raum integriert. Anders als im Prozeß der städtischen und industriellen Verdichtung der traditionellen Industrieräume bewirkt die Schaffung dieser Produktionseinheiten nur eine geringe Verdichtung des Netzes von Verkehrsinfrastrukturen (Kanalbau, neue Eisenbahnlinien und neue Straßen). Trotz seiner geographischen Isolierung als Stahlstandort gehört Fos heute zum Ballungsgebiet Marseille, während sich Eisenhüttenstadt nach der Wende in eine europäische Sackgasse verwandelt hat. Durch das Wegbrechen der Absatzmärkte in den RGW-Ländern nach der Wiedervereinigung hat sich die günstige Grenzlage Eisenhüttenstadts in den Nachteil einer „doppelten Peripherisierung“⁴³ verwandelt. Eisenhüttenstadt erlebt in der Tat eine marktwirtschaftliche und eine geographische Ausgrenzung als Standort an der östlichsten Grenze des wiedervereinigten Deutschlands. Die Unvollständigkeit des Produktionszyklus des Eisenhüttenkombinats Ost (es fehlte ja bis zur Wende die Warmwalzstraße) isoliert es noch zusätzlich von der marktwirtschaftlichen Wirklichkeit.

Der Kreislauf der Eisen- und Stahlbranche in der DDR legt einen spezifischen Raum auf der Ebene des RGW fest, der sich auf regionaler Ebene jedoch nicht konkret darstellt. Die Schaffung des Industriestandorts Eisenhüttenstadt hat niemals einem „integrierten regionalen Industrialisierungsprojekt“⁴⁴ entsprochen.

In Frankreich erfolgt der Bau des Standortes Fos-sur-mer zu einem Zeitpunkt, als die Eisen- und Stahlindustrie durch Umwandlung der Produktionsstrukturen nicht mehr in der Lage ist, ihrer früheren Rolle als treibende Kraft gerecht zu werden. Die Schaffung dieses Standortes erfolgt also entgegen der neuen mantriellen Dynamik, die Mitte der siebziger Jahre einsetzt. Die Standortwahl für diesen Industriekomplex an der Mittelmeerküste folgt dagegen durchaus der in der Eisen- und Stahlindustrie international festzustellenden Tendenz der Verlagerung der Standorte sowie der allgemeinen Tendenz der sechziger Jahre, die Industriezentren an

42 J. Malézieux, *Les centres sidérurgiques* (Anm. 2), S. 255.

43 P. Reuber/P. Köster, *Eisenhüttenstadt – Anpassungsprobleme einer Stahlregion nach der Wiedervereinigung Deutschlands*, in: *Europa Regional* 3 (1995), S. 1-8.

44 M. Grésillon, *Les villes nouvelles en République Démocratique Allemande*, in: *L'espace Géographique* (1992), 1, S. 31.

der Küste anzusiedeln, wo die integrierten Eisen- und Stahlkomplexe dank des Zugangs zum Meer die Kosten für ihre Versorgung und für den Export ihrer Produkte auf dem Seewege minimieren können.

Die völlig unterschiedliche geographische Lage – Mittelmeerküste einerseits und Oder andererseits – zeigt deutlich, wie verschieden auch die ökonomischen Herausforderungen sind: auf der einen Seite eine Standortwahl, die darauf abzielt, sowohl die Kosten für die Versorgung als auch die Transportkosten durch die Nutzung des Seeweges gering zu halten, und auf der anderen Seite eine Entscheidung für einen Industriestandort, die durch politische und soziale, den Produktionsstrukturen auferlegte Zwänge bestimmt wird. Während die Schaffung des Standortes Eisenhüttenstadt fern von jeder Logik der Konzentration des produktiven Kapitals erfolgt, ist die Entwicklung des Standortes Fos-sur-mer Teil einer Logik der Internationalisierung der Produktion und der Beschleunigung des Kapitalumschlags und der Warenbewegung, Teil der „Dialektik von Finanzkapital und produktivem Kapital“⁴⁵, wobei die immer größeren Ausmaße der Produktionskomplexe eine Beschleunigung der Produktivität ermöglichen.

Die staatlich gelenkte sozialistische Industrialisierungspolitik hat es zwar ermöglicht, den Grad der Industrialisierung der im Norden und im Osten gelegenen Regionen zu erhöhen und den Entwicklungsrückstand des Nordens gegenüber dem Süden der DDR zu verringern, sie hat jedoch gleichzeitig dazu beigetragen, daß die regionale Industrielandschaft durch den Abbau der kleinen Industriebetriebe und durch die Beibehaltung, ja Begünstigung der Monostruktur verarmte. Mit der von der Regierung betriebenen Kombinatbildung erfolgt die Produktion in immer stärkerem Maße innerhalb von multifunktionalen Unternehmen. Die verschiedenen Produktionsaufgaben werden nicht mehr innerhalb und außerhalb eines Siedlungsgebietes zwischen großen Unternehmen als Auftraggeber und kleinen Unternehmen aufgeteilt, sondern werden innerhalb des Kombinats und auf übernationaler Ebene im Rahmen des RGW erfüllt. Der Zusammenhang zwischen sozio-ökonomischen und räumlichen Strukturen wird in dem Maße verfälscht, in dem die neuen Kombinate keinen regionalen Unterbau besitzen, sondern ausschließlich lokal ausgerichtet sind. Während in der DDR der Begriff der regionalen Wirtschaft immer schwerer zu definieren ist, sind in der BRD alle Anstrengungen auf eine zunehmende Konzentration ihrer industriellen Geographie in regionalen Ballungsbereichen gerichtet.

Ein Vergleich der Stahlstandorte Eisenhüttenstadt und Fos-sur-mer bietet Anlaß, die allgemein übliche und anerkannte Gegenüberstellung kapitalistischer Eisen- und Stahlstandorte auf der einen Seite und sozialistischer Standorte dieser Art auf der anderen zu überdenken. In beiden Fällen „führt die Industrialisierung, erstarkt durch die in schnellem Tempo er-

45 M. Castells/F. Godard, Monopolville (Anm. 3), S. 26.

folgte Ansiedlung zahlreicher großer Unternehmen der Grundstoffindustrie, der Zwischenprodukte und schweren Ausrüstungsgüter in einen zwar begünstigten, aber durch geringe Aufnahmefähigkeit gekennzeichneten Standort zu einer gleichzeitigen räumlichen Spezialisierung nicht nur in der Beherrschung der ökonomischen und sozialen Strukturen, sondern auch aller räumlichen Strukturen und menschlichen Verhaltensweisen⁴⁶. Die Realisierung dieser überdimensionierten Industrieprojekte muß den vom Staat verfolgten Zielen der Schaffung eines neuen Gleichgewichts im nationalen Raum dienen. Die beiden Standorte weisen also wichtige Ähnlichkeiten hinsichtlich der Definition ihrer politischen und räumlichen Ziele auf, sie stehen jedoch für sehr unterschiedliche wirtschaftliche Aufgabenstellungen. EKO bleibt ein industrieller Torso und braucht noch dreißig Jahre, um Stahl produzieren zu können, während Fos-sur-mer, nach Rotterdam und Antwerpen der drittgrößte Hafen, auch weiterhin ein Beispiel für die überdimensionierten und von der Krise der siebziger Jahre amputierten Unternehmen der Nachkriegsjahre bildet.

Der Vergleich mit dem französischen Territorium hat gezeigt, wie wichtig es ist, die komplette konjunkturelle Abhängigkeit zu berücksichtigen und dabei den geographischen Rahmen unserer Analyse möglichst weit abzustecken, um die Gefahr einer subjektiven Interpretation zu vermeiden. Der Vergleich mit Fos-sur-mer hat uns die konjunkturelle Dimension dieser Art von industriellen Ansiedlungen und die strukturelle Dimension staatlichen Eingreifens in die Ökonomie verstehen lassen. Die Untersuchung der objektiven Beziehungen zwischen Staatsapparat und Industrialisierungsprozeß in Frankreich und in der DDR diente zur Veranschaulichung, um die verschiedenen übereinstimmenden Punkte in den heterogenen Entwicklungen herauszuarbeiten und die geographische Kontinuität der industriellen Phänomene hervorzuheben.

46 J. Malézieux, *Les centres sidérurgiques* (Anm. 14), S. 71.

Rainer Weinert

Technische Innovation im Eisenhüttenkombinat Ost (EKO) als Entscheidungsproblem der Wirtschaftsführung der DDR

1. Einleitung

In den letzten Jahren sind eine Reihe von Fallstudien zum technischen Wandel in der DDR erschienen, deren Ergebnis teilweise auf eine generelle Revision gängiger Innovationstheorien sozialistischer Gesellschaften drängen.¹ Die zentrale Frage kreist um den Komplex, ob der Schumpeterische Innovationsbegriff auf die sozialistischen Gesellschaften angewandt werden könne, obwohl in diesen die Unternehmerfunktion unbesetzt sei und Wettbewerb als Dynamisierungsfaktor normativ ausscheide. Während die neoklassische Theorie in der Ökonomie dies bejaht (Berliner), machen jüngere Forschungen geltend, daß der Innovationsprozeß in Planungsökonomien einen eigenen Charakter hätte.² In soziologischer Perspektive ist das zentrale Argument für die These der Eigenständigkeit des Innovationsprozesses und der Innovationspolitik in Planungsökonomien die Deinstitutionalisierung ökonomischer Rationalitätskriterien, während privatkapitalistische Gesellschaften von Ausdifferenzierungsprozessen geprägt sind, in denen Handlungsmaximen mit festgelegten Zuständigkeiten und Kompetenzen im Gegensatz zu anderen – und damit konfliktuell – Geltung beanspruchen können.³ Das zentrale Beispiel für kapitalistische Gesellschaften ist die Ausdifferenzierung des Rentabilitätsprinzips oder die „Idee der Wirtschaftlichkeit“. Der Sozialismus beanspruchte von seinen Begründern bis zu den letzten Verwaltern ein völlig entgegengesetztes Konzept, das der Fusionierung zuvor im Kapitalismus fragmentierter Handlungsarenen und damit die Aufhebung der für die bürgerlichen Gesellschaften typi-

1 J. S. Berliner, *The Innovation Decision in Soviet Industry*, Cambridge 1976; R. Bentley, *Technological Change in the German Democratic Republic*, London 1984.

2 H.-J. Wagener, *Zur Innovationsschwäche der DDR*, in: *Innovationsverhalten und Entscheidungsstrukturen*, hrsg. von J. Bähr und D. Petziou, Berlin 1995, S. 34; J. Roesler, *Auf der Suche nach den Ursachen realsozialistischer Innovationsschwäche*, in: *Utopie kreativ*, 25/26 (1992), S. 158. Bentley hatte mit seinem Modell unterschiedlicher Gruppeninteressen bereits eine ähnliche Position vertreten, vgl. Bentley (Anm. 1), S. 208-222.

3 Vgl. M. R. Lepsius, *Institutionalisierung und Deinstitutionalisierung von Rationalitätskriterien*, in: *Institutionenwandel*, hrsg. von G. Göhler, Sonderheft Leviathan 16, Opladen 1996, S. 57-69.

schen Konflikte, sei es der Antagonismus zwischen Bourgeoisie und Proletariat und die vielen Handels- und Wirtschaftskrisen. Wenn dieses Konzept politisch durchsetzungsfähig war, dann muß es auch in gesellschaftlichen Teilbereichen, etwa dem der Innovationspolitik, legitime Geltung beanspruchen können. So dürfte die Durchsetzung technischer Innovationen nicht nur 'technologisch', sondern immer auch 'politisch' bzw. gemeinwohlorientiert begründet werden. Somit müßte der Innovationsprozeß in Planungsökonomien insgesamt einer eigenen Handlungslogik unterworfen sein. Mehr noch: durch die Abhängigkeit von rahmenpolitischen Vorgaben dürfte der Innovationsprozeß und Innovationspolitik selbst erheblichen, nichttechnologischen und technikfremden Wandlungen unterworfen sein.

Wir wollen diese These anhand der zentralen Investitionsentscheidungen im Eisenhüttenkombinat Ost (EKO) in den achtziger Jahren überprüfen, um auf dieser Basis im Kontext der neueren Innovationsliteratur zu einer Spezifizierung der Innovationspolitik in der DDR ab Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre zu gelangen. Im Zentrum stehen die Planungen, Willensbildung und Entscheidungsfindung der Implementierung eines sog. Sauerstoffstahlwerkes („Konverterstahlwerk“) und der Nicht-Implementierung einer sog. Warmbandstraße (Kap. 2 und 3), eine Analyse der Entscheidungsproblematik (Kap. 4) sowie anschließend die Einbettung dieses Fallbeispiels in die Innovationspolitik der DDR-Wirtschaftsführung in diesem Zeitraum, die als „Mittagscher Innovationskreislauf“ bezeichnet wird (Kap. 5). Ich knüpfe an verschiedene Vorarbeiten an, insbesondere eine Interviewserie mit ehemaligen Wirtschaftsführern der DDR, die zwischen 1992 und 1994 stattfanden und das Ziel verfolgten, die Aussagen von Zeitzeugen zu ihrem Kompetenzbereich zu sichern.⁴ Die Fragen bezogen sich auf den Kompetenz- und Handlungsraum der Wirtschaftsführer, die Wahrnehmung der sich verschärfenden Wirtschaftskrise in den achtziger Jahren und die möglichen Handlungsoptionen. Die forschungsstrategische Überlegung, einzelne Investitionsentscheidungen zu analysieren, folgt einem wesentlichen Ergebnis dieser Interviewserie, wonach Personalisierung und Fragmentierung die Entscheidungsarenen der Handlungsräume der Wirtschaftsführer strukturierten, verbunden mit dem Fehlen einer gesamtwirtschaftlich abgesicherten Politik.⁵ Unter der Voraussetzung des Fehlens einer derartigen Wirtschaftspolitik und der gleichzeitigen Dominanz von ad hoc-Entscheidungen muß methodisch der Zugang zu dieser Form von Wirtschaftsplanung durch die Analyse von einzelnen Entscheidungen erfolgen, die entweder charakteristisch für veralltäglichte Formen des Krisenmanagements waren oder gravierende Einzelentscheidungen der

4 T. Pirker/M. R. Lepsius/R. Weinert/H.-H. Hertle (Hrsg.), *Der Plan als Befehl und Fiktion*, Opladen 1995.

5 Vgl. dazu M. R. Lepsius, *Handlungsräume und Rationalitätskriterien der Wirtschaftsfunktionäre in der Ära Honecker*, in: ebenda, S. 345-362.

Parteiführung darstellten, die die Wirtschaftspolitik nachhaltig beeinflusst haben.

2. Die Implementierung der Sauerstofftechnologie in der Stahlindustrie der DDR bis 1984

Das Eisenhüttenkombinat Ost kann als ein typisches Produkt der politischen Verflechtung der DDR mit der Sowjetunion auf wirtschaftlichem Gebiet bezeichnet werden; die Nähe zur polnischen Steinkohle und zum ukrainischen Erz lieferte die Begründung für die Standortwahl im dünnbesiedelten Grenzgebiet zu Polen. „Was als Vorteil gedacht war, erwies sich schon nach wenigen Jahren als logistischer Nachteil. Eisenhüttenstadt blieb eine Monostrukturregion, und die ständig steigenden Transportaufwendungen verursachten immer höhere Kosten.“⁶ Das zentrale Problem des Kombinats bestand seit der Inbetriebnahme des ersten Hochofens im September 1951 bis zum Ende der DDR in dem Fehlen eines Warmwalzwerkes.⁷ Diese technische Lücke im Kombinat führte zu einem merkwürdigen, kostentreibenden Metall-Tourismus: Roheisen wurde in die brandenburgischen und sächsischen Stahlwerke transportiert; nach Inbetriebnahme eines neuen Kaltwalzwerkes 1968 wurde dieser Metall-Tourismus auch grenzüberschreitend betrieben, vor allem in die UdSSR. Von dort kam warmgewalztes Vormaterial, wurde in Eisenhüttenstadt zu millimeterdünnen Blechen und Profilen ausgewalzt und ging als „Ekotal“ zurück in die Sowjetunion.⁸ Im Zuge der Reorganisationsmaßnahmen der DDR-Wirtschaft in den sechziger Jahren mit dem Ziel einer stärkeren branchenzentrierten Verflechtung stieg Eisenhüttenstadt, nachdem 1968 ein neues Kaltwalzwerk errichtet wurde, zu einem der drei großen Metallkombinate der DDR auf. Eisenhüttenstadt als Stammbetrieb wurden angegliedert: das Walzwerk Finow, die Kaltwalzwerke Oranienburg, Bad Salzungen, Burg und Olbernhau und das Magnesitwerk Aken.⁹ Die große wirtschaftliche Kapazität, die Eisenhüttenstadt nach dieser Reorganisation repräsentierte, hätte den Bau eines Warmwalzwerkes nahegelegt, was jedoch nicht geschah. Nachdem in den siebziger Jahren schon verschiedene Erweiterungsbauten und Modernisierungen des Kaltwalzwerkes durch österreichische, französische und westdeutsche Firmen vorgenommen wurden, be-

6 Vgl. W. Schuenke, Eisenhüttenkombinat Ost (EKO) Eisenhüttenstadt: Der endlose Weg zum Ministahlwerk, in: Kombinate – Was aus ihnen geworden ist, Berlin 1993, S. 119.

7 Im metallurgischen Zyklus ist das jene „Verarbeitungsstufe, die es ermöglicht, nachdem das Roheisen aus den Hochofen zu Stahl geschmolzen wurde, diesen noch rotglühend und damit energetisch effektiv in Blechtafeln und -bänder für eine Weiterverarbeitung und Veredelung im Kaltwalzwerk umzuformen.“ W. Schuenke (Anm. 6), S. 120.

8 Vgl. ebenda.

9 Vgl. ebenda.

schloß die Partei- und Staatsführung im Jahre 1981 den Bau eines Konverterstahlwerks durch die VÖEST Alpine AG Linz: eine Investition in Höhe von fünf Milliarden DDR-Mark. Über die Implementierung der Sauerstofftechnologie in der Stahlindustrie der DDR liegen mittlerweile wichtige Ergebnisse vor, die als Vorlauf für die Entscheidungsproblematik Mitte der achtziger Jahre wichtige Aufschlüsse liefern.¹⁰

Die erheblichen Produktivitätssteigerungen in der Stahlindustrie wurden nach dem Zweiten Weltkrieg durch den globalen Einsatz einer neuen Technologie, des „Oxygen-Stahlverfahrens“, induziert, das ab den sechziger Jahren die noch aus dem 19. Jahrhundert stammenden Verfahren (Thomas-, Siemens-Martin-Technik) ablöste. Die Erfindung dieses Verfahrens ist auch soziologisch nicht uninteressant. Es waren vor allem die stahlverbrauchenden Industrien in den zwanziger Jahren, die auf eine Qualitätsverbesserung der Stahlerzeugung drängten, die sich entwickelnden Hausgeräte-, Konserven- und Kraftfahrzeugindustrien und insbesondere der Maschinenbau fragte verstärkt qualitativ hochwertige Walzstahlerzeugnisse nach. Dies war mit dem Thomas-Verfahren nicht realisierbar, das zwar günstige Produktionskosten auswies, aber durch den hohen Phosphor- und Stickstoffgehalt unter Spannung zu brechen und nach der Kaltverformung zu verspröden drohte, und deshalb die Einsatzmöglichkeiten limitiert waren, vor allem auf Schienen, Schwellen, Brücken, grobe Bleche etc., während die Siemens-Martin-Technik höhere Produktionskosten aufwies, aber qualitativ besser war und anspruchsvollere Verwendungen für Baustahl, Bleche, Draht, Röhren, hochwertige Maschinenteile u.a. fand.¹¹ Die von den stahlverbrauchenden Industrien eingeforderte Qualitätsverbesserung erhielt im Nationalsozialismus zusätzliche Anreize, da die NS-Autarkiepolitik eine stärkere Verhüttung deutscher Eisenerze forderte, die für das SM-Verfahren ungeeignet waren, so daß sich eine Verbesserung des Thomas-Stahls anbot. Eine Entwicklungsrichtung bestand bei der Stahlerzeugung im Konverter, Sauerstoff statt Luft einzusetzen, was durch ein 1928 entwickeltes Verfahren zur kostengünstigen Herstellung industriellen Sauerstoffs auch ökonomisch interessant wurde.¹² Zur Produktionsreife kam das neue Sauerstoffverfahren allerdings erst 1952 durch die „Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke“ (VÖEST) in Linz

10 Ich beziehe mich vor allem auf den Beitrag von S. Unger, Technische Innovationen einer „alten Branche“: Die Einführung der Sauerstofftechnologie in der Stahlindustrie vergleichend in der Bundesrepublik und der DDR, in: Innovationsverhalten und Entscheidungsstrukturen. Vergleichende Studien zur wirtschaftlichen Entwicklung im geteilten Deutschland 1945–1990, hrsg. von J. Bähr und D. Petzina, Berlin 1996, S. 49–78.

11 Vgl. ebenda, S. 52.

12 Vgl. ebenda, S. 53.

als „Linz-Donawitz-Verfahren“ (LD).¹³ Interessant ist die Konstellation, die zu dieser Innovation in Linz führte. Dort konnte man unmittelbar an die Versuche aus den dreißiger Jahren anknüpfen, die am Institut für Eisenhüttenkunde an der Technischen Hochschule Berlin durchgeführt wurden. Der Leiter dieser Versuche war Robert Durrer, der 1947 und 1948 technischer Leiter der Von Raß'schen Eisenwerke in Gerlafingen war; sein Berliner Assistent war Heinrich Hellbrügge, der 1946 in den Hüttenwerken in Oberhausen einen Versuchskonverter startete, der allerdings durch die Intervention der Alliierten nicht betrieben werden durfte.¹⁴ Auch Anfang der fünfziger Jahre zeichnete sich die Politik der August Thyssen-Hütte aufgrund möglicher Interventionen der Alliierten durch eine gewisse Zurückhaltung gegenüber dem neuen Verfahren aus. Diese spezifische Nachkriegskonstellation sowie personelle Kontinuitäten zentraler Akteure führten zum ersten industriellen Einsatz der neuen Sauerstofftechnologie in Linz.¹⁵ Ende der fünfziger Jahre gab die August Thyssen-Hütte ihre Zurückhaltung auf und beschloß den Bau eines LD-Stahlwerks; zuvor wurde über die sog. „Windfrischgemeinschaft“ eine Option zur Nutzung des Know-how der „Brassert-Oxygen-Technik“ vereinbart. Danach, ab den sechziger Jahren wurde die westdeutsche Stahlindustrie weltweit zum Promoter dieser Innovation, deren Modernisierungsgrad den Durchschnitt der Montanunion weit übertraf.¹⁶

In den fünfziger Jahren unterschied sich die Entwicklung in der DDR hinsichtlich der Versuchsreihen nicht wesentlich von jener in Westdeutschland. Die Versuche konzentrierten sich auf das einzige Thomas-Stahlwerk in der Maxhütte im thüringischen Unterwellenborn, wo aber zunächst nur eine Optimierung des vorhandenen Verfahrens erprobt wurde, nicht die Einführung des LD-Verfahrens selbst; gleichwohl wurde mit diesen Versuchen „eine innovativere Entwicklungsrichtung beschritten.“¹⁷

Die Einführung der eigentlichen LD-Technik konzentrierte sich schnell auf das Eisenhüttenkombinat Stalinstadt, das 1953 weder über ein Stahl- noch ein Walzwerk verfügte.¹⁸ Ab 1956 wurde im zuständigen Ministerium die Erforschung des LD-Verfahrens eingeplant, eine Arbeitskommission schlug 1958 den Bau eines Werkes mit fünf Konvertern vor; dieser Empfehlung folgte der Siebenjahrplan von 1959, der die Inbetriebnahme

13 Bei diesem Verfahren wird „Sauerstoff mit einem Reinheitsgrad von ca. 99 Prozent von oben auf das Roheisenbad, das sich in einem Tiegel (Konverter) befindet geblasen.“ Ebenda, S. 52.

14 Vgl. ebenda, S. 54.

15 Wichtig für die Diffusion dieser neuen Technologie war zudem der Umstand, daß die VÖEST 1956 die sog. „Brassert-Oxygen-Technik“ in Genf erwarb, die wesentliche Patente des Verfahrens hielten, vgl. ebenda.

16 Vgl. ebenda, S. 55.

17 Ebenda, S. 57.

18 Vgl. ebenda, S. 58.

eines Sauerstoffstahlwerkes in Stalinstadt 1965 vorsah.¹⁹ Vor dem Hintergrund dieser Planungen kommt Unger zu dem Ergebnis, daß die DDR Ende der fünfziger Jahre „noch nicht den Anschluß an die globale Entwicklung verloren (hatte)“.²⁰

Als weitaus schwieriger gestaltete sich die Einführungsphase, schon Anfang der sechziger Jahre wurde der Baubeginn der Anlage mehrfach verschoben und eine Inbetriebnahme erst für 1970–1972 ins Auge gefaßt. Die Anlage sollte aus der UdSSR bezogen werden, die jedoch offenbar nicht in der Lage war, die von der DDR nachgefragte Technik zu liefern.²¹ Eine radikale Änderung der Generallinie der Schwarzmetallurgie, die diesen Planungen ein Ende setzte, erfolgte 1967, als der Minister für Erzbergbau, Metallurgie und Erz zu der grundlegenden Einschätzung gelangte, daß ein entsprechender Umbau des EKO die Möglichkeiten der DDR bei weitem übersteige, vom Bau neuer Werke abriet und die Optimierung der bestehenden Technik empfahl.²² Eine Änderung dieser Grundsatzentscheidung bahnte sich erst mehr als zehn Jahre später 1979 an, als eine Politbüro-Vorlage erarbeitet wurde, die den stufenweisen Ausbau des EKO im Zusammenhang mit dem Bau des Metallkombinates Oskal (Kursk) in der UdSSR vorsah.²³ Der entsprechende Politbürobeschuß wurde im Oktober 1980 gefaßt.²⁴ In dieser „Grundlinie“ wurden die volkswirtschaftlichen negativen Effekte des Metall-Tourismus benannt, insbesondere die hohen Transport-, Energie- und Materialaufwendungen, die zu hohen Produktivitätsverlusten führten. Die Errichtung des Konverterstahlwerks im EKO wird als „Kernstück“ der generellen Produktivitäts-, Effektivitäts- und Qualitätssicherung in der Eisenmetallurgie der DDR hin zur Veredlungsmetallurgie bezeichnet. Mit der daran anschließenden Implementierung des Sauerstoffstahlwerkes werde ein „entscheidender Durchbruch“ zu den „weltstandbestimmenden“ Verfahren ermöglicht, „der Rückstand zum fortschrittlichen internationalen Niveau (werde) aufgeholt.“²⁵ Gleichzeitig könnte die DDR veraltete Stahlkapazitäten aussondern und insgesamt eine neue technologische Grundlage schaffen, die eine wesentliche Senkung

19 Diese Empfehlung wurde vom VI. Parteitag bestätigt, vgl. ebenda.

20 Vgl. ebenda.

21 Vgl. ebenda.

22 Vgl. ebenda, S. 59.

23 Entwurf einer Politbürovorlage „Konzeption zum Ausbau des Eisenhüttenkombinates Ost im Zusammenhang mit der Errichtung des Metallurgischen Kombinates Oskol (Kursk) in der UdSSR und Maßnahmen zur langfristigen Rohstoffversorgung der Schwarzmetallurgie“, Schreiben des Ministers für Erzbergbau, Karl Singhuber, an die Bezirksleitung der SED Frankfurt/Oder vom 21. April 1979, Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam (BLHA) Rep 730/5305.

24 Vgl. Beschluß des Politbüros „Konzeption zur Entwicklung der Veredlungsmetallurgie im Zeitraum 1981–1985“ vom 21. Oktober 1980, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch) DY30/JIV/2/2/1862.

25 Vgl. ebenda.

des Energieverbrauchs zur Folge haben würde. Nach der Errichtung des Sauerstoffstahlwerks wurden für den Bau der Warmbandstraße weitere fünf bis sechs Jahre veranschlagt; dieser Zeitraum sollte durch Materialtausch mit sozialistischen Ländern, diverse metallurgische Erzeugnisse aus der DDR gegen Warmband, überbrückt werden, wofür vor allem Polen ein Interesse angemeldet habe.²⁶ Diese Planungen der Wirtschaftsführung zeigen, daß die Kosten des Metall-Tourismus spätestens ab 1979 Gegenstand konkreter Beratungen waren. Geplant war eine sukzessive Schließung der technischen Lücke sowohl bei Sauerstoff- als auch bei Warmbandstahl. Die hohen Kosten und die Unwägbarkeiten, insbesondere die Überbrückungsphase, in denen die DDR von einer intensivierten Kooperation mit anderen sozialistischen Ländern abhängig sein würde, wurden als wesentliche Probleme der Gesamtplanung angesprochen. Die Begründung der Grundlinie des Politbüro-Beschlusses vom Oktober 1980 belegt eindeutig die enge Verzahnung von Investitionsentscheidung und Zahlungsbilanz. Denn die Planungen beinhalteten eine wesentliche Verbesserung der Exportstruktur, d.h. der Valuta-Erlös von 550 VM je Tonne (vor der Realisierung der Investitionsentscheidung) sollte auf 750-850 VM je Tonne steigen – und zusätzlich NSW-Importe reduzieren helfen.²⁷

Die Initiierung dieser großen Investitionsentscheidung ging, wie in solchen Fällen üblich, von der Staats- und Parteiführung aus, in diesem Fall vom zuständigen Minister für Erzbergbau, Metallurgie und Kali sowie von der Leitung der Staatlichen Plankommission. Vertragspartner zur Errichtung des Sauerstoffstahlwerks war die VÖEST-Alpine Industrieanlagenbau. Diese Investitionsentscheidung hatte für die Wirtschaftspolitik der DDR einen hohen symbolischen Wert. So wurde der Vertrag anlässlich des Besuchs Erich Honeckers in Österreich am 15. März 1981 unterzeichnet und am 6. November 1984 im Beisein des österreichischen Bundeskanzlers Fred Sinowatz feierlich in Betrieb genommen.²⁸ Das Konverterstahlwerk stellte damals eines der wichtigsten Veredlungsvorhaben in der DDR dar; etwa ein Drittel des Gesamtstahlaufkommens der DDR konnte qualitativ verbessert werden, außerdem, was für den Leiter der SPK besonders wichtig war, konnte durch dieses neue Stahlwerk eine Energieeinsparung von einem Drittel realisiert werden.²⁹

Hinsichtlich der Innovationsplanung ist auffällig, daß nach dem Strategiewechsel 1967 die Planungen Ende der siebziger Jahre versuchten, die Abkopplung von der westlichen Technologieentwicklung wettzumachen und innerhalb weniger Jahre diesen Technologievorsprung zu egalisieren.

26 Vgl. BLHA Rep 730/5305.

27 SAPMO-BArch DY30/JIV/2/2/1862.

28 Vgl. Informationsmaterial zum VEB Eisenhüttenkombinat Ost, Eisenhüttenstadt, Bezirksleitung Frankfurt/Oder, Sektor Industrie vom 18. März 1985, BLHA Rep 730/6247.

29 Beschluß des Politbüros auf der Sitzung am 13. September 1983, SAPMO-BArch DY30/JIV/2/2/2019.

Dennoch bleibt festzuhalten, daß die Sauerstofftechnik in der DDR erst 32 Jahre nach der Produktionsreife eingeführt wurde. Diese erhebliche Verzögerung ist auf den industriepolitischen Strategiewechsel 1967 zurückzuführen, weil Ressourcenknappheit die Möglichkeiten der DDR für eine derartige Investitionsentscheidung überschritt, so die damalige Begründung des zuständigen Ministers. Mitte der siebziger Jahre begannen die Planungen, diese Technologie doch zu implementieren; 1979 erfolgte die Vorbereitung der Politbüro-Vorlage und 1980 die Beschlußfassung. Die Begründung der Notwendigkeit dieser Technologie konnte jedoch nur deshalb durchgesetzt werden, weil neben technischen Argumenten die Staatliche Plankommission zusätzliche Begründungen ins Feld führen konnte, daß mit der Realisierung dieses Vorhabens die Schulden der DDR im Westen reduziert werden könnten. Sämtliche Technologieplanungen mußten ab 1979, mit der sich dramatisch verschärfen Zahlungsbilanzsituation der DDR, die Hürde „Zahlungsbilanz“ nehmen³⁰, d.h. größere Investitionsentscheidungen hatten nur dann eine Realisierungschance, wenn sie neben technischen auch monetäre Implementierungsanreize befriedigten: die Reduzierung der Importe aus westlichen Ländern und die Erhöhung der Exporte in diese Länder. Technische Innovationen, die diese Voraussetzungen nicht oder in nicht ausreichendem Maße erfüllten, hatten ab Ende der siebziger Jahre keine Realisierungschance mehr. Eisenhüttenstadt konnte allerdings mühelos beide Voraussetzungen erfüllen, wenn neben dem Sauerstoffstahlwerk auch die Warmbandstraße errichtet werden sollte. Mit der Konkretisierung der Planungen 1979, der Beschlußfassung im Politbüro im Oktober 1980 und der Inbetriebnahme 1984 wurde die erste Stufe der Gesamtplanung zur Modernisierung der Stahlproduktion in Eisenhüttenstadt auch planmäßig absolviert.

Aber schon wenige Wochen nach Aufnahme des Vollbetriebs kam es im Januar 1985 zu extremen Witterungsbedingungen, in deren Folge massive Probleme der technischen Beherrschung des Sauerstoffstahlwerks offenbar wurden, die die großen finanziellen Hoffnungen, die vor allem die Staatliche Plankommission in das Sauerstoffstahlwerk setzte, zunächst zunichte machte. Mit Beginn der Frostperiode im Januar 1985 ereignete sich ein gravierender Störfall („Havarie“) im neu errichteten Konverterstahlwerk, in dessen Verlauf etwa 300 Tonnen Rohstahl ausliefen und weitere erhebliche Schäden entstanden. Angehörige der NVA wurden zur Sicherung des Wasserkreislaufes eingesetzt.³¹ Ein weiterer ereignete sich am 30. Januar 1985 in der Verzinkungsanlage des Kaltwalzwerkes³² und am 16.

30 Vgl. dazu H.-H. Hertle, Die Diskussion der ökonomischen Krisen in der Führungsspitze der SED, in: Der Plan als Befehl und Fiktion (Anm. 4), S. 318.

31 Vgl. Bericht der Abteilung Industrie und Handel der Bezirksleitung der SED Frankfurt/Oder vom 7. Juni 1985; vgl. BLHA Rep 730/6247.

32 Vgl. Bericht der Abteilung Sicherheitsfragen der Bezirksleitung der SED Frankfurt/Oder vom 30. Januar 1985; vgl. BLHA Rep 730/6249.

März 1985 ein erneuter im Kaltwalzwerk.³³ Diese Häufung von Störfällen war für die DDR in dem Renommierprojekt „Konverterstahlwerk“ besonders prekär, da dieses moderne Stahlwerk einen hohen Symbolgehalt für die Wirtschaftspolitik der Partei und ihres Generalsekretärs hatte. Die Parteiführung war deshalb äußerst ungehalten über die Störfälle und reagierte mit ausufernden Kontrollen durch das zuständige Ministerium und den ZK-Abteilung des Bereichs Mittag.

Den Auftakt für diesen Kontrollreigen bildete eine Rede Erich Honekers vor den Ersten Kreissekretären am 1. Februar 1985, in der er seine Unzufriedenheit mit den Störfällen und den damit verbundenen Produktionseinbußen äußerte, denn mit dem neuen Stahlwerk seien qualitativ neue Möglichkeiten eröffnet worden, „die es nun konsequent auszuschöpfen gilt“,³⁴ was bislang ganz offensichtlich nicht der Fall war. Gefordert wurde eine umfassende „Schwachstellenanalyse“. Dieser Festlegung schlossen sich umfangreiche Überprüfungen im EKO an, die Mitte 1985 in einer Berichterstattung vor dem Sekretariat des ZK der SED ihren Höhepunkt fand.³⁵ Mitte März fand ein umfassendes Gespräch mit dem zuständigen Leiter der Abteilung Metallurgie und Maschinenbau des ZK, Gerhard Tautenhahn, statt.³⁶ Die Fragen behandelten das Vorgehen bis zur Berichterstattung vor dem Sekretariat, vor allem jene Maßnahmen, die sicherstellen sollten, wie derartige Störfälle künftig vermieden werden und der Ausfall in der Stahlproduktion aufgeholt werden könnte. Schon zu Beginn des Gesprächs machte Tautenhahn deutlich, daß er konkrete Vorstellungen über die Ausschaltung des Generaldirektors Manfred Drodowsky hatte, denn dieser sei „gesundheitlich angeschlagen“, müsse sich einige Wochen im Krankenhaus erholen und danach zur Kur. Mit dem Vorschlag war eine zentrale Kaderfrage frühzeitig geregelt.³⁷ Die bisherigen Überprüfungen hatten nach Tautenhahns Auffassung ergeben, daß die „Qualifikation der Kollektive“ im Sauerstoffstahlwerk und vor allem das „Havarietraining“

33 Vgl. BLHA Rep 730/6247.

34 Vgl. Berichte der Abteilung Industrie und Handel der Bezirksleitung der SED Frankfurt/Oder vom 2. und 28. Februar 1985, BLHA Rep 730/6247.

35 Zu diesen Überprüfungen gehörten verschiedene Gespräche mit dem zuständigen ZK-Abteilungsleiter Tautenhahn, dem Minister Singhuber, eine Prüfung der Zentralen Revisionskommission sowie Prüfungen, die von einer Arbeitsgruppe vorgenommen wurden, die die Berichterstattung vor dem Sekretariat des ZK der SED vorbereitete. Die Konzeptionen für diese Überprüfungen, Berichte, Gesprächsprotokolle etc. sind enthalten in: BLHA Rep 730/6247.

36 Weitere Teilnehmer waren der Sektorenleiter für Metallurgie in Tautenhahns ZK-Abteilung, Benecke, der Minister für Erzbergbau, Metallurgie und Kali, Singhuber, der Generaldirektor, Drodowsky, der Parteisekretär im EKO, Schneider und der Sekretär der Bezirksleitung, Weger; vgl. Notiz über die Beratung beim Genossen Gerhard Tautenhahn am 19.03.1985 zu Problemen des Konverterstahlwerks Eisenhüttenstadt vom 26. März 1985, BLHA Rep 730/6247.

37 Vgl. ebenda.

unzureichend seien, technisch würde die Instandhaltung nicht beherrscht werden, der Anlagenzustand sei insgesamt „beanstandungswürdig“. Von allen Beteiligten müsse eine Position erwartet werden, „daß man sich technologische Verstöße nicht erlauben darf.“ Es gehe um die „Einstellung und Haltung, daß sich alle entsprechend qualifizieren müssen. Wie man die Dinge angeht, ist hier entscheidend.“³⁸ Auch die Überprüfung der Organisation der Parteiarbeit in den Grundorganisationen der verschiedenen Bereiche im EKO Stahlwerk durch die Zentrale Revisionskommission (ZRK) mit den jeweiligen Revisionskommissionen der Bezirks- und Kreisleitung kam zu ähnlichen Ergebnissen wie die Beratung mit dem ZK-Abteilungsleiter.³⁹ Als Hauptursache für die Störfall-Häufungen glaubte die ZRK Leitungsschwächen und Defizite in der Qualität der Parteiarbeit identifizieren zu können. Qualifizierungsmaßnahmen und die „Einhaltung der technologischen Disziplin“ seien unzulänglich, hätten zu einer Nichtbeherrschung des gesamten Arbeitsprozesses geführt; vor allem sei seit längerer Zeit kein „Antihavarietraining“ durchgeführt worden, so daß die Instandhaltungstechniker „wie die Feuerwehr“ behandelt wurden.⁴⁰ Die Revisionskommission des Bezirks Frankfurt/Oder glaubte eine dieser Ursachen personalisieren zu können: in Person des Parteisekretärs des Kaltwalzwerks, von dem „eine gewisse negative Atmosphäre ausgeht und er nicht mobilisierend wirke.“⁴¹

Die Strategie der Überprüfung von EKO zielte auf drei „Schwachstellen“ ab:

1. *Reduktion der Störfall-Häufungen auf Fehlverhalten im Management.* Dem hochmodernen Stahlwerk sei das Führungspersonal fachlich nicht gewachsen gewesen, es vernachlässigte die eigene Fortbildung und die der Beschäftigten, auf kritische Hinweise aus der Belegschaft sei nicht reagiert worden und vor allem seien keine Präventivschulungen durchgeführt worden, was zu Überforderungserscheinungen bei der Bekämpfung der Störfälle geführt hätte.
2. *ungenügende Fachschulung der Beschäftigten.* Die Werkstätigen seien in dem Glauben gelassen worden, als sei das neue Stahlwerk mit dem hergebrachten Arbeitsstil technisch beherrschbar, was sich jedoch als irrig herausstellte.
3. *ungenügende Motivierung des gesamten Kollektivs im EKO über die politische Bedeutung dieses neuen Stahlwerks.* Der Leitung im EKO

38 Vgl. ebenda.

39 Das waren Überprüfungen im Konverterstahl- und im Kaltwalzwerk, in den Direktorateen Wissenschaft und Forschung, Technik sowie Kader und Bildung, vgl. Information der Zentralen Revisionskommission vom Mai 1985, BLHA Rep 730/6249.

40 Vgl. ebenda.

41 „Notizen zu den Ergebnissen aus der Arbeit der Zentralen Revisionskommission im EKO, Revisionskommission des Bezirks Frankfurt/Oder vom 21. April 1985, BLHA Rep 730/6248.

wurde vorgehalten, daß sie die politische Symbolkraft nicht richtig eingeschätzt habe, die der Generalsekretär persönlich diesem modernen Stahlwerk beimesse, weshalb Ausfälle dieses Stahlwerks sowohl politische Effekte als auch negative Auswirkungen auf die „Familie der Metallurgen“ haben müßte.⁴² Der zuständige Minister äußerte diese, in der Parteiführung weit verbreitete Meinung in einer Beratung in Eisenhüttenstadt wie folgt: „Es gibt und gab solche Diskussionen, nun haben sie das Spielzeug, und nun sind sie zu dämlich, es zu beherrschen...“⁴³

Der „Schwachstellenanalyse“ lag eine Art Konzept zugrunde, das uns bei anderen Modernisierungsvorhaben auch begegnet. Die Initiierung von technischen Innovationen größeren Umfangs ging durchweg von der Partei- und Staatsführung aus, während in dieser Vorbereitungs- und Initiierungsphase der Mikroebene, also Generaldirektoren und Betriebsleitern, keine entrepreneur-ähnlichen Funktionen zugebilligt wurden, vielmehr blieben sie auf die exakte Umsetzung der zentral gefaßten Entscheidung beschränkt. Nun ist die Aufnahme des Vollbetriebs komplexer moderner Anlagen erfahrungsgemäß ein prekärer Prozeß, der von Unterbrechungen, nicht vorhersehbaren Abweichungen etc. geprägt sein kann. In solchen Fällen sollte gerade in einer sozialistischen Planungsökonomie die Vermittlung zwischen den zentralen Entscheidungsinstanzen der Makroebene und den Umsetzungsakteuren der Mikroebene ohne Reibungsverluste ablaufen und damit größere Friktionen in Grenzen gehalten werden können. Allerdings war in der DDR genau das Gegenteil der Fall, vor allem schienen typische Probleme in der Startphase komplexer Anlagen gewissermaßen durch die Übergabe von Handbüchern abschließend geregelt. Dem liegt eine strukturelle Fremdheit technischer Innovationsprozesse zugrunde, weshalb die Parteiführung nicht nur mit Unverständnis auf solche Anfangsprobleme reagierte, sondern eine Kontrollmaschinerie in Gang setzte, die erwartungsgemäß den Nachweis des Versagens des Generaldirektors und der Belegschaften lieferte. Das war auch im EKO 1985 nicht anders. Ursache der Störfälle waren nach der „Schwachstellenanalyse“ das Versagen der Leitung und Motivationsdefizite der Belegschaft. Aus der Sicht der Parteiführung waren es immer Motivationsdefizite von der Leitung bis zum einfachen Werk tätigen, die das Ingangsetzen technischer Innovatio-

42 Minister Singhuber im April 1985: „Es ist nun einmal, so, das Konverterstahlwerk ist das Werk unseres Generalsekretärs; d.h. nicht nur Verantwortung für das EKO, sondern damit ist die Verantwortung der Metallurgie für dieses Werk gekennzeichnet. Das müssen wir in unserer Familie der Metallurgen beweisen.“ Information des Sektors Industrie der Bezirksleitung Frankfurt/Oder vom 20. April 1985 zur Beratung des Ministers für Erzbergbau, Metallurgie und Kali mit den Generaldirektoren des Industriezweiges im Eisenhüttenkombinat Ost am 19.04.1985, BLHA Rep 730/6248.

43 Information des Sektors Industrie der Bezirksleitung Frankfurt/Oder vom 30. April 1985 zur Beratung des Ministers für Erzbergbau, Metallurgie und Kali, des Genossen Dr. Singhuber, mit leitenden Genossen des EKO 29.04.1985, BLHA Rep 730/6248.

nen blockierten. Mit dieser scheinbaren Isolierung der zentralen Ursachen war die Parteiführung gewissermaßen wieder in ihrem Element, da sie diese, aber eben nur diese Ursachen bekämpfen konnte. Nun wurden umfangreiche kommandowirtschaftliche Kontrollkompetenzen detailliert durch-exerziert: massive Erhöhung des persönlichen Drucks auf die Leiter und Verschärfung der Appelle an die Gesinnung („Einstellung und Haltung ... ist hier entscheidend.“⁴⁴). Objektive Faktoren, die möglicherweise in der implementierten Technik selbst liegen konnten, vor allem aber im Kontext des komplexen Wechselspiels von moderner Anlage, alter Infrastruktur, Leitungsdefiziten und Qualifikationsmängeln sowie externen Faktoren, wie etwa extremen Witterungsbedingungen, waren zu keinem Zeitpunkt Gegenstand der verschärften Kontrollen. Die Störfälle in Eisenhüttenstadt lassen sich insgesamt auf eine unzureichende, wenn nicht dilettantische Planung der Startphase zurückführen, die Gegenstand der zentralen Entscheidungsfindung hätte sein müssen. Daß das nicht geschah, zeugt wiederum von einer relativen Technikfremdheit der zentralen Entscheidungsinstanzen der Wirtschaftsführung in Partei und Staat.

Die in Eisenhüttenstadt aufgetretenen Implementierungsfriktionen sind denn auch nicht exotisch, sondern gewissermaßen Normalität von Startphasen bei modernen technischen Anlagen in der DDR gewesen:

- So waren schon die Versuchsreihen in Unterwellenborn 1953 von erheblichen technischen Problemen begleitet, die durch mangelnde Verfügbarkeit von technischen Aggregaten und Arbeitskräften verschärft wurden. Die kleine Sauerstoffanlage in der Maxhütte litt unter fehlenden Anlagenteilen, verspäteten Zulieferungen, so daß Betriebsstörungen an der Tagesordnung waren.⁴⁵
- Die verspätete Umstellung der DDR-Ökonomie auf Kalkautschuk führte in Buna zur Stagnation der gummiverarbeitenden Industrie; eine Entwicklung, die von der SED-Parteileitung ausschließlich dem zuständigen Werkdirektor angelastet wurde.⁴⁶
- Nach der Trennung von der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie herrschte in der DDR ein struktureller Mangel an Rohstoff- und Halbfertigwaren, der zu langen Entwicklungszeiten, qualitativen Mängeln und geringer Exportfähigkeit führte. Dennoch lag das Schwergewicht auf der Erfüllung kurzfristiger Produktionspläne, nicht auf der mittelfristigen Schließung von Innovationsdefiziten; die dadurch verursachten

44 Notiz über die Beratung beim Genossen Gerhard Tautenhahn am 19.3.1985 zu Problemen des Konverterstahlwerks Eisenhüttenstadt vom 26. März 1985, BLHA Rep 730/6247.

45 Vgl. Unger (Anm. 10), S. 67.

46 Vgl. R. Karlsch, Entscheidungsspielräume und Innovationsverhalten in der Synthesekautschukindustrie, in: Innovationsverhalten und Entscheidungsstrukturen (Anm. 2), S. 94.

regelmäßigen Planungsrückstände wurden sanktioniert und individualisiert.⁴⁷

- Mit der Strukturentscheidung in den fünfziger Jahren zugunsten der Schwerindustrie erfuhr die Elektronikentwicklung in diesem Zeitraum nur eine untergeordnete Aufmerksamkeit, obwohl sich Walter Ulbricht darüber schon 1956 beklagt hatte; der danach einsetzende Aufbau des Halbleiterwerks Frankfurt/Oder konnte das Defizit gegenüber dem internationalen Standard zu keinem Zeitpunkt schließen, was jedoch primär dem Kombinat angelastet wurde, nicht der politischen Führung.⁴⁸

Trotz dieser Breite von Erfahrungen bei der Implementierung technischer Innovationen erwies sich die Parteiführung gegenüber diesen beinahe regelmäßig auftretenden Startschwierigkeiten als resistent. Während beispielsweise in den westlichen Gesellschaften die Zusammenhänge von Interessenvielfalt und komplexen Interdependenzen frühzeitig Gegenstand sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Abhandlungen waren und zu einer Differenzierungsdynamik in der Innovationsforschung, Technikgenese, aber auch Techniksoziologie etc. führten, blieben die realsozialistischen Länder einem simplifizierenden Gesellschaftskonzept verpflichtet, wonach sich die sozialistische Gesellschaft zwar aus verschiedenen Teilen wie dem Staatsapparat, Sicherheitsorganen, Wirtschaftsverwaltungen, wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen etc. zusammensetzte, aber nur als einheitliches Ganzes funktionieren konnte. Dieses Leninsche Konzept wurde durch Stalins Verabsolutierung der historischen Funktion der Apparate der Partei und des Staates gewissermaßen vollendet.⁴⁹ Das Ergebnis war eine veralltäglichte Sakralisierung der Überkompetenz der Partei, die selbst dann auf Legitimationsgläubigkeit bei professionellen Wirtschaftsführern stieß, wenn deren faktische Wirklichkeitswahrnehmung über die Ursache eingetretener Produktionsverzögerungen mit der normativ durchgesetzten Behauptung motivationaler Defizite durch die Parteiführung widersprach.

In solchen Situationen befanden sich gerade die Generaldirektoren in einer prekären Lage, da sie bei den sonst routinemäßig auftretenden Produktionsunterbrechungen nur begrenzt auf jenen Mechanismus zurückgreifen konnten, dessen Beherrschung einen „guten“ Generaldirektor ausmachte: ihr Improvisationstalent. Die Außeralltäglichkeit der Startphase moderner Anlagen setzte dem üblichen Improvisationstalent und den Plan-

47 Vgl. J. Bähr, Innovationsverhalten und Energieversorgung, in: ebenda, S. 159f.

48 Vgl. R. Kowalski, Die Integration der Elektronik in den wissenschaftlichen Gerätebau, in: ebenda, S. 198.

49 Hervorgehoben wurde dieser Kontext vor allem von B. Lewytskij, Die Kommunistische Partei der Sowjetunion. Portrait eines Ordens, Stuttgart 1967, S. 141-153; ders., Der Lenkungsmechanismus des sowjetischen bürokratischen Herrschaftssystems, in: Einparteiensystem und bürokratische Herrschaft in der Sowjetunion, hrsg. von B. Meissner, G. Brunner und R. Löwenthal, Köln 1978, S. 155-157.

erfüllungspakten zwischen Kombinatleitung und Belegschaft enge Grenzen: man war auf externe Hilfe angewiesen. Zweifellos dürfte es im Management Überforderungserscheinungen gegeben haben, als das Sauerstoffstahlwerk 1985 erstmals voll ausgefahren wurde. Das belegen auch Ergebnisse einer Beratung über die Umsetzung der von Honecker geforderten Schwachstellenanalyse, die der zuständige Minister Singhuber im April 1985 durchführte. Singhuber machte abschließend einige aufschlußreiche Bemerkungen:

- „Zum Rapportsystem: EKO weiß nicht, was sie rapportieren sollen.
- Gewalzt wird aus Erfahrungen und nicht nach Plan.
- Die tägliche Planerfüllung spielt keine Rolle, gerechnet wird am Monatsende. (...)
- EKO hat keinen Plan der gemacht wird.
- EKO hält Versprechen nicht, Produktion wird nicht geplant. Entscheidungen werden auf Zuruf getroffen; das ist der Krebschaden. Diese Situation ist aus dem Roheisenwerk gewachsen (jahrzehntelange Leitungsprobleme).
- Papier und Dokumente gibt es genug; die Hauptabnehmer sind unter Kontrolle, die anderen nicht, die sogenannten Krepels haben wir im EKO nicht im Griff. (...)
- Früher hatten wir das Problem und haben es so gesungen: ‘Brüder zur Sonne zur Freiheit’; im EKO gibt es bei bestimmten Leitungsebenen folgendes Motiv: ‘Brüder zur Sonne zur Freizeit’.⁵⁰

Ein Strukturproblem der Wirtschaftsverfassung der DDR war die Unterentwicklung von Zulieferbetrieben, so daß die Kombinate bestrebt waren, dieses Defizit durch eine möglichst weite Produktionstiefe und hohe Lagerhaltungen auszugleichen. Das gelang nur unzureichend und führte dennoch zu großen Produktionsausfällen. Diese häufigen Unterbrechungen hatten einen nicht unerheblichen Effekt auf die Motivierung der Beschäftigten. Die Arbeitsorganisation wurde als ineffizient erkannt, daher schien auch die eigene Arbeitsleistung abgewertet.⁵¹ Hohe Produktionsausfälle, ineffiziente Arbeitsorganisation und Demotivierung der Beschäftigten gehörten auch zum Alltag im EKO-Stahlwerk („gewachsen aus dem Roheisenwerk“), wie Singhuber einräumte, mit entsprechend negativen Auswirkungen wie Planuntererfüllungen, Entscheidungen „auf Zuruf“ etc.

50 Minister Singhuber am 19. April 1985, in: Information des Sektors Industrie der Bezirksleitung Frankfurt/Oder vom 20. April 1985, BLHA Rep 730/6248.

51 Vgl. dazu H. Tisch, „Wir waren überzeugt, daß unser System richtig ist.“, in: Der Plan als Befehl und Fiktion (Anm. 4), S. 133. Im Herbst 1989 wurde diese Kritik von den Beschäftigten verstärkt offen artikuliert. Verschiedene Stimmungsberichte der Abteilung Organisation beim Bundesvorstandes des FDGB geben darüber Aufschluß, vgl. W. Eckelmann/H.-H. Hertle/R. Weinert, FDGB intern. Innenansichten einer Massenorganisation der SED, Berlin 1990.

Diese Erscheinungen waren nicht nur Leitungsprobleme des Kombinates, sondern Probleme der Arbeitsorganisation insgesamt, die jedoch der Parteiführung bekannt gewesen sein mußten.⁵² Die Konfrontation eines hochmodernen Stahlwerks mit einer über Jahre gewachsenen Demoralisierung der Beschäftigten mußte gewissermaßen erwartungsgemäß zu verschärften Implementierungsproblemen führen. Eine entsprechende Vorbereitung der Beschäftigten wurde aber erst nach Auftreten dieser Störfälle eingeleitet. Die Kritik der Parteiführung an der Kombinateleitung vernachlässigte insbesondere den Umstand, daß mit dem Einsetzen der Frostperiode im Januar 1985 witterungsbedingte Probleme auftraten (Einfrierungen an Leitungen, Vereisung der Anlagen etc.), die es in der ganzen DDR gab und kein spezifisches Problem in Eisenhüttenstadt darstellten. Defizite in der Führungs- und Leitungstätigkeit dürften zweifellos eine wesentliche Ursache für die Störfälle gewesen sein, weitaus gravierender dürfte jedoch die Gleichzeitigkeit der Anforderungen eines hochmodernen Konverterstahlwerks und die Normalität von Produktionsverzögerungen und -ausfällen mit den problematischen Demotivierungsfolgen bei den Werk tätigen gewesen sein. In dieser Hinsicht waren auch die Parteinstanzen wie der Parteiorganisator für die Parteiführung wenig hilfreich; die Berichte des Parteiorganisations aus dem VEB Bandstahlkombinat „Hermann Matern“ stellten einseitig auf die Planerfüllung ab, Produktionsausfälle wurden ausschließlich motivational erklärt. Die Vorbereitung auf den Volkswirtschaftsplan, die Sicherung des Planablaufs etc. wurde gekoppelt mit politisch-ideologischen Kampagnen, um die Motivation der Werk tätigen zu heben.⁵³

Insgesamt vermitteln die Protokolle der Gespräche ein grundlegendes Unbehagen der Parteiführung, daß, nachdem ein hochmodernes Stahlwerk gebaut worden sei, derartige Probleme überhaupt auftreten konnten. Dem liegt eine mechanische und letztlich naive Vorstellung vom Funktionieren moderner Technik zugrunde. Das Starten und die volle Inbetriebnahme komplexer technischer Anlagen ist erfahrungsgemäß eine schwierige Phase, in der technische, organisatorische und/oder qualifikationsbedingte Probleme auftreten können. Die Warnsysteme, Handbücher etc. können die

52 Handschriftlich ist an den Rand zu diesen Äußerungen Singhubers, vermutlich vom Sektor Industrie der Bezirksleitung Frankfurt/Oder, hinzugefügt: „hat das der Minister nicht vorher gemerkt?“ BLHA Rep 730/6248.

53 Im Regelfall wurde als Ausgangspunkt der letzte Beschluß des Politbüros über die Steigerung der Konsumgüterproduktion und die letzten Beschlüsse des Zentralkomitees zitiert, der für die Kollektive des Kombinates Verpflichtung seien, sich erhöhte Leistungs- und Effektivitätszuwächse zur Aufgabe zu machen. Diese Ausführungen des Generalsekretärs über die Bedeutung der Metallurgie etc., seien zusätzlich Ansporn und Verpflichtung für höhere Leistungen, vgl. den Beschluß der Intensivierungskonferenz des VEB Bandstahlkombinats Eisenhüttenstadt zur weiteren Untersetzung, Präzisierung und Umsetzung der langfristigen Veredlungskonzeption des Kombinates 1985–1990 vom 6. Dezember 1984, SAPMO-BArch DY30/Vorl. SED/29968.

Vielfalt möglicher Problemkonstellationen nur unzureichend einfangen. Das traf auch auf die Störfälle 1985 in Eisenhüttenstadt zu, denn der VÖEST-Konzern hatte zwar ein gutes Warnsystem implementiert, es fehlten aber Vorschriften für den Störfall.⁵⁴ Insofern hätte die Wirtschaftsführung grundsätzlich mit Anfahrproblemen rechnen müssen, die in der Geschichte der DDR auch immer vorgekommen sind. Die Parteiführung hielt jedoch daran fest, daß die zentralen Ursachen in Leitungsschwächen zu suchen seien, eine Sicht, die auch von der Zentralen Parteiorganisation bei der Berichterstattung vor dem Sekretariat übernommen wurde.⁵⁵ Der Bericht folgte der konventionellen Dramaturgie der Partei von Selbstdarstellung, Kritik und Selbstkritik und erhöhten Selbstverpflichtungen. Im Mittelpunkt standen die erwähnten Leitungsprobleme und die Person des Generaldirektors. Leiter und Belegschaft hätten erreichte Leistungen wesentlich überschätzt, was ein zentrales „ideologisches Problem“ darstelle, die Beherrschung des Sauerstoffstahlwerks sei durch den Generaldirektor und die Zentrale Parteileitung überschätzt worden, außerdem wurde die Qualifizierung der Beschäftigten vernachlässigt. Im Zentrum der Kritik stand jedoch der Generaldirektor, der beim Auftreten der Störfälle in den ersten drei Monaten 1985 versagt habe. Damit war das Schicksal des Generaldirektors Manfred Drodowsky besiegelt.⁵⁶ Drodowsky wurde von Karl Döring abgelöst.⁵⁷ In der internen Beratung wurde die Kritik offener ausgesprochen, so lobte etwa Horst Dohlus die Selbstkritik, meinte aber: „Die Beherrschung der technologischen Prozesse muß einen wichtigen Schwerpunkt in der politisch-ideologischen und erzieherischen Arbeit darstellen. Die Lage war gekennzeichnet durch eine Überbetonung erreichter Ergebnisse. Selbstzufriedenheit wurde durch die Parteileitung geduldet und hat sich in der Arbeit des Generaldirektors gezeigt. Selbstgefälligkeit richtet

54 Das betraf die Meldung bei einer „außerplanmäßigen Situation“, so das Ergebnis einer Ingenieurarbeitsgruppe, die das Störmeldesystem untersuchte, vgl. ebenda.

55 Das Sekretariat des ZK nahm auf der Sitzung am 12. Juni 1985 den „Bericht der Parteiorganisation des Stammbetriebes des VEB Bandstahlkombinat Eisenhüttenstadt über „Ergebnisse und Erfahrungen in der politisch-ideologischen Arbeit bei der Entwicklung der Veredlungsmetallurgie unter besonderer Berücksichtigung des Aufbaus und der Inbetriebnahme des Konverterstahlwerkes“ zur Kenntnis und beschloß eine Stellungnahme, die als Rundschreiben an die 1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen ging, SAPMO-BArch DY30/ JIV 2/3/3831.

56 Nach dieser Berichterstattung folgte eine Sitzung mit dem zuständigen ZK-Sekretär Tautenhahn und dessen Nachfolger Blessing, auf der umfangreiche personelle Veränderungen besprochen wurden, vgl. Sektor Industrie der Bezirksleitung Frankfurt/Oder vom 28. Juni 1985: Informationsmaterial für Beratung mit Genossen Gerhard Tautenhahn zum Eisenhüttenkombinat unter Beachtung der Beratung mit Genossen Klaus Blessing am 27.6.1985, BLHA Rep 730/6248.

57 Döring berichtete Erich Honecker mit Schreiben vom 14. Januar 1986 über den Stand der Planerfüllung, BLHA Rep 730/6249.

letztendlich immer Schaden an.“⁵⁸ Günter Mittag kündigte bereits umfassende personelle Konsequenzen an, denn die hohe Fluktuation habe verdeutlicht, „daß sehr schnell verändert werden muß“.⁵⁹

Die zentrale Schwachstelle, die die Störfälle auslöste, war nach diesen internen Beratungen die „Selbstgefälligkeit“ des Generaldirektors, also letztlich eine Frage mangelnder sozialistischer Bewußtheit. Umgekehrt hätte ein hohes sozialistisches Bewußtsein des Generaldirektors diese Störfälle verhindert. Das Argumentationsmuster verdeutlicht ein strukturelles Defizit sozialistischer Wirtschaftsführung: Aus dem sozialistischen Eigentum wurde eine normative Motivation abgeleitet unter Absehung der faktischen Handlungsstrukturen. Die Arbeitsorganisation taucht als Problembereich in dieser Kritik überhaupt nicht auf. Insofern hatte der Realsozialismus nur ein Bewußtseinstheorem und ein technologisches Theorem zur Produktivitätssteigerung, aber kein „soziologisches Theorem der partizipativen Aneignung der Arbeitsaufgaben in flexiblen Strukturen der Arbeitsorganisation“.⁶⁰ Objektive Strukturen, oder marxistisch gesprochen, zentrale Bereiche der Produktionsverhältnisse der industriellen Arbeit im Sozialismus waren damit politisch-ideologisch ausgeklammert. Als Ursache wurde deshalb in solchen Fällen durchgängig ein Fehlverhalten der Kombinatleitung unterstellt und, was die Beschäftigten anging, eine ungenügende politisch-ideologische Schulung und fachliche Qualifizierung. Der Wirtschaftsführung mußten deshalb zentrale Wirkfaktoren, die die Leistungsfähigkeit von Beschäftigten beim erstmaligen Zusammentreffen mit hochmodernen technischen Anlagen beeinträchtigen können, strukturell fremd bleiben. Das betraf auch das Anfahren des Sauerstoffstahlwerks. Selbst wenn Leitungsprobleme unterstellt werden können, waren diese nicht die zentrale Ursache für die Störfälle. Dennoch wurden sämtliche großen Modernisierungsvorhaben in der DDR, die mit Verzögerungen oder Unterbrechungen oder gar Störfällen zu kämpfen hatten, wie die erwähnten Versuchsreihen in Unterwellenborn, die verspätete Umstellung auf Kaltkautschuk, die zur Stagnation der gummiverarbeitenden Industrie führte etc., entsprechend des obwaltenden sozialistischen Bewußtseinstheorems individualisiert. Deshalb mußte in der Wirtschaftsgeschichte der DDR dem System zentrale Zusammenhänge und Wechselwirkungen von Arbeit – Motivation – Arbeitsleistung – Arbeitsorganisation – Technik – Führung fremd bleiben.

58 Sekretär für Wirtschaft der Bezirksleitung Frankfurt/Oder vom 13. Juni 1985: Notiz über die Berichterstattung der Parteiorganisation des Eisenhüttenkombinates Ost im Sekretariat des ZK am 12. Juni 1985, BLHA Rep 730/6248.

59 Vgl. ebenda.

60 Vgl. die Ausführungen von M. R. Lepsius in: Tisch (Anm. 51), S. 135.

3. Das Scheitern der Implementierung der Warmbandstraße in den achtziger Jahren

Nach den ersten Anlaufschwierigkeiten stabilisierten sich die Arbeitsabläufe im Sauerstoffstahlwerk, obwohl noch eine Reihe von Problemen bei Zulieferprodukten auftraten.⁶¹ Mit dem Normalbetrieb des Sauerstoffstahlwerks verschärfte sich jedoch das Uraltproblem des fehlenden Warmwalzwerkes. Diese Lücke mußte zudem in den achtziger Jahren im kapitalistischen Ausland geschlossen werden; die Kosten des aufwendigen Verfahrens stiegen von Jahr zu Jahr. Vor diesem Hintergrund beschloß das Politbüro am 13. September 1983 den Bau des Warmbandwalzwerkes im VEB Bandstahlkombinat „Hermann Matern“ Eisenhüttenstadt.⁶² Für die Errichtung des Warmwalzwerkes war eine Art Dreiteilung vorgesehen. Das Walzwerk sollte primär mit eigenen Kapazitäten, die Ausrüstungen sollten bis zu 60 Prozent vom DDR-Maschinenbau gefertigt werden. Schwere Ausrüstungen, deren Eigenbau unwirtschaftlich gewesen wäre, sollten – zweitens – aus der UdSSR importiert werden (bis zu 30 Prozent des Ausrüstungsvolumens), wozu mit der UdSSR ein Regierungsabkommen abgeschlossen werden sollte. Drittens ging die Planung davon aus, daß nicht alle Ausrüstungen und Anlagen über die Sowjetunion bzw. Länder des RGW beziehbar sein würden, so daß ein Import aus dem kapitalistischen Ausland in Höhe von 150 Mio Valuta-Mark (VM) für notwendig erachtet wurde. Der Gesamtplanung lag ein ehrgeiziger Zeitplan zugrunde. Ein erster Vertrag mit der sowjetischen Seite über die Aufgabenstellung des Vorhabens sollte schon Ende 1983 vereinbart werden, ein Vertrag zum technischen Projekt Anfang 1984, die Auslieferung wäre danach schon Ende 1984 erfolgt, ein Vertrag über die Projektierung und Lieferung der technologischen Hauptanlagen war für Anfang 1985 vorgesehen, die

61 So berichtete das Amt für Standardisierung, Meßwesen und Warenprüfung im November 1986 folgendes Vorkommnis im Bandstahlkombinat „Hermann Matern“: „Durch ungenügende Qualität des Zufiermaterials Beiseisenoxid des VEB Eisenhüttenstadt Ost werden im VEB Keramische Werke Hermsdorf die geforderten Werkstoffparameter des Ferritwerkstoffes Maniperm und damit die mustergetreue Fertigung hochwertiger Ferrite nicht gesichert.“ Die Ursache sei dem GD Dr. Döring, bekannt, der aber bisher keine Maßnahmen der Qualitätsverbesserung eingeleitet hätte. Ursache sei ein stark schwankender Restchlorgehalt und eine schwankende Reaktivität des Beiseisenoxids, das nur als Abfallprodukt im Reproduktionsprozeß des Bandstahlkombinates entstehe. Betroffen seien 1986 Ferrite im Werte von 10 Mio Mark der DDR, 1987 in Höhe von 16 Mio Mark der DDR; diese mangelhafte Zulieferungen beeinflussten die Warenproduktion der Finalerzeugnisse von immerhin etwa 500 Mio Mark der DDR (Roboter-, Elektromotoren-, PKW- und Werkzeugmaschinenindustrie). Aufgrund dieser Vorkommnisse habe das Amt das Gütezeichen „Q“ entzogen, die weitere Produktion laufe nur mit Ausnahmegenehmigung.“ SAPMO-BArch DY30/VORL. SED/35067/1.

62 Beschluß des Politbüros auf der Sitzung am 13. September 1983, SAPMO-BArch DY30/JIV/2/2/ 2019. Eingereicht wurde die Vorlage von G. Schürer, K. Singhuber, G. Beil, W. Junker und R. Kersten.

Übergabe der technologischen Fundamente und Schalthäuser für Ende 1985, spätestens 1986, die Lieferungen der Ausrüstungen sollten ab Mitte 1987 beginnen und ein Jahr beanspruchen. Nach dieser Planung hätte das neue Warmwalzwerk im Jahre 1989 in Betrieb genommen werden können mit einer Anfangskapazität von 1,5 Mio t Warmbandstahl, nach 1990 sollte die Endkapazität 2,5 Mio t betragen.⁶³

Die Lieferfähigkeit und -bereitschaft der Sowjetunion war der kritische Punkt dieser Gesamtplanung. Daß diese als im Grundsatz geklärt betrachtete Voraussetzung heikel war, war den Antragstellern durchaus bewußt. Denn mit der Inbetriebnahme des Walzwerkes entstünden „Konsequenzen für die Struktur der traditionellen Walzstahlimporte der DDR aus der UdSSR“⁶⁴, außerdem müsse die UdSSR bereit sein, bis 600 kt Brammen anstelle von Warmband aus der DDR zu beziehen. Die Verhandlungen mit der UdSSR sollten sich denn auch als problematisch erweisen. Nach dem Politbüro-Beschluß nahmen die Leitungen der Planungskommissionen der DDR und der UdSSR Verhandlungen auf, Mitte 1984 konnte der Vertrag über die Technische Aufgabenstellung abgeschlossen werden. Probleme und Verzögerungen stellten sich allerdings beim Entwurf über ein Regierungsabkommen ein, so daß am 10. September 1985, als Gerhard Schürer dem Politbüro über den Stand berichtete⁶⁵, wichtige Zwischentermine bereits hinfällig geworden waren. So hatte die sowjetische Seite noch keinen Hauptprojektanten benannt und auch die Einhaltung der technisch-ökonomischen Parameter war nicht gewährleistet. Das betraf insbesondere den Energieaufwand für die Erwärmung der Stahlbrammen⁶⁶ und übergroße Abweichungen bei den Toleranzen der Geometrie des gewalzten Warmbandstahls⁶⁷; hinzu kam, daß die sowjetischen Anlagen 1,2 bis 1,5mal schwerer waren als andere Straßen. Diese Probleme könnten, so die Argumentation in der Vorlage, über ein modernes Automatisierungs- und Prozeßsteuerungssystem in Grenzen gehalten werden. Allerdings waren weder die DDR noch die UdSSR in der Lage, derartige Steuerungssysteme zu liefern, so daß ein Import aus dem kapitalistischen Ausland notwendig

63 Vgl. die Begründung der Vorlage für das Politbüro zur Errichtung eines Warmbandwalzwerkes im VEB Bandstahlkombinat „Hermann Matern“, Eisenhüttenstadt, SAPMO-BArch DY30/JIV/2/2/ 2019.

64 Ebenda.

65 Verhandlungen mit der UdSSR zum Warmbandwalzwerk im Bandstahlkombinat Ost, Sitzung des Politbüros am 10. September 1985, SAPMO-BArch DY30/JIV/2/2/ 2788.

66 Von sowjetischer Seite wurde 500 bis 620 Kcal pro Kilogramm Stahl angegeben, während es in der Politbüro-Vorlage heißt, daß „in anderen Warmbandstraßen“, gemeint sind wohl solche westlicher Herkunft, 285 bis 350 Kcal erreicht würden, vgl. SAPMO-BArch DY30/JIV/2/2/ 2788.

67 Diese Abweichungen wurden von den sowjetischen Vertragspartnern mit +/- 0,07 mm vom Normalmaß angegeben, während in der Vorlage wiederum auf andere Walzstraßen verwiesen wurde, deren Abweichungen nur +/- 0,04 mm betragen; geringere Abweichungen seien ein wichtiger Faktor für die Materialökonomie, vgl. ebenda.

würde. Um den Zeitplan nicht in Gefahr zu bringen, zumal ein weiteres Umwalzen des Stahls in der BRD zusätzliche Valuta-Mittel gebunden hätte, wurde auf DDR-Seite die Zweckmäßigkeit eines Importes des gesamten Warmbandwalzwerkes aus kapitalistischen Ländern erwogen.⁶⁸ Diese Frage wurde in der Vorlage noch nicht definitiv beantwortet, in der wiedergegebenen Kritik der sowjetischen Seite, wonach die DDR „überspitzte Forderungen“ stelle, die nur von wenigen Warmbandstraßen in der Welt überhaupt erfüllt würden, wurde allerdings eine Absatzbewegung von den Sowjets erkennbar. Durch derartige Forderungen, die von seiten der sowjetischen Verhandlungspartner offenbar als überzogen betrachtet wurden, würde die DDR selbst den erforderlichen NSW-Importaufwand in die Höhe treiben.⁶⁹

In einer weiteren Anlage dieser Politbüro-Vorlage über den „Standpunkt für die Beratungen mit der UdSSR“ wurde zwar einleitend daran festgehalten, die Warmbandstraße aus der Sowjetunion zu beziehen, gleichwohl dürfe die Inbetriebnahme für 1989 nicht gefährdet werden. Zwei Abschnitte weiter heißt es unmißverständlich, daß der Standpunkt der sowjetischen Seite „nicht akzeptabel“ sei. „Offensichtlich ist der wissenschaftlich-technische Stand in der UdSSR zur Zeit nicht ausreichend, um die geforderten Parameter zu sichern.“⁷⁰ Um ein international konkurrenzfähiges Niveau zu erreichen, sei die DDR auf die Einhaltung der geforderten Parameter angewiesen. Mit dieser Begründung konnten formal die Verhandlungen mit der UdSSR fortgesetzt werden, gleichzeitig wurden jedoch die Weichen für einen Import aus dem kapitalistischen Ausland gestellt. „Im NSW wäre ein Kauf auf Kredit möglich.“⁷¹ Dabei würde es sich aber um „bedeutende Aufwendungen“ handeln, die zusätzliche Exporte erforderten, die noch nicht bilanziert seien.

Vor diesem Hintergrund kommt es 1985 zum Abschluß eines Regierungsabkommens zwischen der DDR und der Sowjetunion, dem das Politbüro am 12. November 1985 zustimmte.⁷² Dieses Abkommen enthält im wesentlichen die Forderungen der DDR: so sollten die Projektierungsarbeiten von 1985 bis 1988 dauern, von 1987 bis 1989 die Lieferung der Hauptausrüstungen, und 1989 sollte die Inbetriebnahme des Warmwalz-

68 Ebenda.

69 Ebenda.

70 Anlage I („Standpunkt für die Beratungen mit der UdSSR“) der Vorlage für das Politbüro am 10. September 1985 über die Verhandlungen mit der UdSSR zum Warmbandwalzwerk im Bandstahlkombinat Ost, SAPMO-BArch DY30/JIV/2/2/ 2788.

71 Ebenda.

72 „Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken Rußlands über die Zusammenarbeit bei der Errichtung eines Warmwalzwerkes im Eisenhüttenkombinat „Ost“ in der DDR“, Beschluß des Politbüros auf der Sitzung am 12. November 1985, SAPMO-BArch DY30/JIV/2/2/ 2138.

werkes erfolgen – „bei wissenschaftlich-technischem Höchststand“.⁷³ Die DDR würde die Zahlungen an die UdSSR in transferablen Rubeln vornehmen. Wie sich jedoch schnell herausstellte, waren nach wie vor die zentralen Punkte, auf die die DDR-Seite großen Wert legte, ungeklärt bzw. die UdSSR hatte andere Vorstellungen. Wegen dieser Differenzen und den absehbaren Abweichungen vom Terminplan erfolgte in dieser Sache eine Parteikontrolle, über deren Ergebnisse dem Politbüro am 9. Dezember 1986 berichtet wurde.⁷⁴ Als zentrale Probleme wurden die Festlegung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes der Anlagen zwischen beiden Seiten, die Abstimmungen des Liefer- und Leistungsumfanges und der sich daraus ergebende Import aus kapitalistischen Ländern sowie die Terminfestlegung hervorgehoben. Ende November 1986 unterbreitete die sowjetische Seite einen Ablaufplan, wonach die Inbetriebnahme der Warmbandstraße um fast drei Jahre später als ursprünglich geplant vorgenommen werden sollte. Für die Importe aus den kapitalistischen Ländern wurde mit drei Firmengruppen verhandelt⁷⁵, den Vorzug sollte ein westeuropäisches Konsortium erhalten (Firmengruppe Schloemann-Siemag/ACEC/Italimpianti), gleichzeitig sollten, um die Konkurrenzsituation der Bewerber aufrecht zu halten, mit den anderen Firmengruppen Scheinverhandlungen geführt werden. Zum ersten Mal taucht in dieser Vorlage die Firma Mitsubishi auf, die im November 1986 ein Verhandlungsangebot nachreichte, das den kompletten Import von Teilen der Warmbandstraße aus Japan enthielt. Die Beurteilung dieses Angebots ist skeptisch, da damit eine Erhöhung des NSW-Importes bei gleichzeitiger Verringerung des Lieferumfanges der UdSSR verbunden gewesen wäre. Außerdem würde dieses Konzept nicht dem in Japan gezeigten Weltstandard entsprechen. Aber selbst für die günstigste Variante bei Zukäufen aus dem kapitalistischen Ausland würde der Valutaaufwand nicht wie geplant 300 Mio, sondern 550 Mio VM betragen.

Die Parteikontrolle kam zu dem Ergebnis, daß die Beschlüsse des Politbüros bislang nicht erfüllt seien und deshalb neue Entscheidungsvorschläge unterbreitet werden müßten, die den veränderten Bedingungen Rechnung tragen. Diese Berichterstattung erfolgte vier Wochen später.⁷⁶ Die

73 Ebenda.

74 „Information über die Parteikontrolle zur Durchführung der Beschlüsse des Politbüros des ZK der SED über die Errichtung einer Warmbandstraße im Eisenhüttenkombinat Ost und Vorschläge für die weitere Arbeit“, Berichterstatter war Günter Ehrensperger, Protokoll der Sitzung des Politbüros am 9. Dezember 1986, SAPMO-BArch DY30/JIV/2/2/2198.

75 Mit der Firmengruppe Schloemann-Siemag (Westdeutschland), Italimpiante (Italien), ACEC (Belgien), der Firmengruppe Mannesmann, Demag, Sack, Siemans (Westdeutschland), Stein-Heurly (Frankreich) und der Firmengruppe Daby McKee (England), Ansaldo (Italien), vgl. ebenda.

76 „Information mit Entscheidungsvorschlägen zum Stand der Vorbereitung und Realisierung des gemäß Beschluß des Politbüros vom 10.9.1985 gemeinsam mit der UdSSR zu

Information enthält noch einmal die Feststellung, daß mit der UdSSR „noch keine endgültige Abgrenzung der Lieferungen und Leistungen“⁷⁷ vereinbart werden konnte, daß die erforderlichen Zukäufe aus den kapitalistischen Ländern mittlerweile auf 720 Mio. VM geklettert waren. Schließlich ging die Plankommission davon aus, daß eine Inbetriebnahme vor 1991 nicht möglich sein würde. Wesentlich für den weiteren Gang der Dinge war der Umstand, daß sich die sowjetische Seite nur teilweise in der Lage sah, das eigene Liefervolumen weiter zu erhöhen, um den NSW-Import zu reduzieren – mit der Konsequenz weiterer Zukäufe aus kapitalistischen Ländern. Eine Änderung hatte sich bei den Vertragspartnern aus dem NSW ergeben. Jetzt waren nur noch die Angebote von Mitsubishi und dem westeuropäischen Konsortium (Schloemann-Siemag u.a.) verhandlungsrelevant. Eine Bewertung des japanischen Angebotes konnte zwar noch nicht vorgenommen werden, gleichwohl läßt sich aus der Vorlage die Bevorzugung dieses Angebotes entnehmen. Im April wurde dem Politbüro ein Entscheidungsvorschlag vorgelegt, der auf dem japanischen Angebot beruht („Errichtung der Walzenstraße des Warmbreitbandwalzenwerkes mit komplexem know-how, einschließlich Automatisierung durch Japan“).⁷⁸ Der Vorzug des japanischen Angebotes bestand (offensichtlich) in der Verknüpfung mit einem langfristigen Kredit, der erst nach 1990 fällig gewesen wäre. Die Sowjeunion sollte nur noch „durch Übernahme einzelner Ausrüstungs- und Anlagenkomplexe“ beteiligt werden.⁷⁹ Mit einer vollständigen Lieferung der Anlagentechnik durch die UdSSR wurde nicht mehr gerechnet, so daß sich die mittlerweile auf 760 Mio VM geschätzten Zukäufe um weitere 53 Mio VM erhöhen könnten. Vor dem Hintergrund der sich verschlechternden Zahlungsbilanz der DDR sollte eine Konzentration der Investitionsaufwendungen erst nach 1990 erfolgen.

Zwei Monate später wurde diese ehrgeizige Großinvestitionsentscheidung offiziell aufgegeben. In der Politbüro-Vorlage heißt es nur noch, daß erst „zu einem Zeitpunkt, zu welchem gesicherte wissenschaftlich-technische Kenntnisse über neue technologische Verfahren der Warmbanderzeugung gegeben sind, etappenweise eine Warmbandkapazität zur Schließung des metallurgischen Zyklus im Eisenhüttenkombinat Ost errichtet wird“.⁸⁰ In den Jahren 1985/86 waren im Eisenhüttenkombinat Ost knapp 200 Millionen Mark verbaut worden (Brammenlager, Adjustage-

errichtenden Warmbandwalzwerkes im Eisenhüttenkombinat Ost“, Protokoll der Sitzung des Politbüros am 6. Januar 1987, SAPMO-BArch DY30/JIV/2/2 A/ 2971.

77 Vgl. ebenda.

78 Protokoll der Sitzung des Politbüros am 21. April 1987, SAPMO-BArch DY30/JIV/2/2/ 2216.

79 Vgl. ebenda.

80 „Volkswirtschaftlich effektivste Nutzung der im Eisenhüttenkombinat Ost errichteten Bauwerke des Vorhabens Warmbandwalzwerkes“, Protokoll der Sitzung des Politbüros am 28. Juni 1988, SAPMO-BArch DY30/JIV/2/2/ 2280.

halle, Werkstätten, Zentralküche etc.), für 1987 waren an Bauleistungen 260 Millionen Mark vorgesehen⁸¹, für diese „Bauwerke“ wurden behelfsmäßige Einzellösungen beschlossen, um diese Investitionsruine einer Teilmutzung zuzuführen.⁸²

4. Technische Innovation in Eisenhüttenstadt als Entscheidungsproblem der Wirtschaftsführung der DDR

Bei der Analyse der Entscheidungssituationen in Eisenhüttenstadt muß hinsichtlich der Implementierung des Sauerstoffstahlwerkes und der Warmbandstraße unterschieden werden. Die Errichtung des Sauerstoffstahlwerkes folgte einer Entwicklung, die wir auch aus anderen Industriezweigen kennen: Nach den großen Reorganisationsmaßnahmen im Zuge des NÖS-Programms in den sechziger Jahren und einer relativen Investitionsabstänzigkeit in den siebziger Jahren setzten Mitte/Ende der siebziger Jahre Planungen für umfangreichere Investitionsentscheidungen ein, die ab Anfang der achtziger Jahre umgesetzt wurden.⁸³ Insofern ist vor allem die Nicht-Einführung der Warmbandstraße erklärungsbedürftig, zumal dieses das zentrale Problem des Kombinats seit der Inbetriebnahme des ersten Hochofens im September 1951 bis zum Ende der DDR war. Wir bezeichnen eine solche Entscheidungssituation als *beharrende Nichtentscheidung*; ihr liegt eine betriebsspezifische, dauerhafte Mangel- und Problemsituation mit der Folge struktureller „Disproportionen“ zugrunde, die in der Partei- und Staatsführung mehrfach erörtert, aber zu keinem Zeitpunkt definitiv bewältigt wurde. Wirtschaftspolitisch sind dauerhafte Mangel- und Problemsituationen für realsozialistische, auf zentraler Mengenplanung basierende Planungsökonomien nicht ungewöhnlich. Allein mehr oder weniger regelmäßig auftretende saisonale Varianzen (heiße, trockene Sommer und/oder extrem kalte Winter) führten zu Planabweichungen und Disproportionen; dieser Normalfall von Krisenmanagement soll hiermit nicht gemeint sein. Bei der beharrenden Nichtentscheidung tritt zur dauerhaften Lücke eine zentrale wirtschaftspolitische Bedeutung als 'Investitionsruine' hinzu, die jedoch grundsätzlich immanent lösbar gewesen wäre. Für diesen Entscheidungstypus ist die Nicht-Umsetzung der Warmbandstraße ein wesentliches Beispiel.

Eine mögliche Erklärung für die hohe Kontinuität dieser technischen Lücke in Eisenhüttenstadt könnte sein, daß das Kombinat EKO ein typisches Produkt der politischen Verflechtung der DDR mit der Sowjetunion

81 Vgl. SAPMO-BArch DY30/JIV/2/2 A/ 2971.

82 So sollte die Ofen- und Walzhalle zur Ersatzteilversorgung verwendet werden und als Vormontagefläche dienen, in anderen Hallen sollten Zuliefererzeugnisse produziert werden, vgl. ebenda.

83 Vgl. dazu Abschnitt 5.

auf wirtschaftlichem Gebiet war. Daß in Eisenhüttenstadt, nach dem politisch induzierten Aufstieg zu einem der drei großen Metall-Kombinate der DDR in den sechziger Jahren, dennoch keine Warmbandstraße gebaut wurde, dürfte vor allem mit den Kooperationsbeziehungen zur Sowjetunion zusammenhängen, denn auf die Lieferungen aus der UdSSR konnte man sich im wesentlichen bei relativ günstigen Konditionen verlassen.⁸⁴ Ab Ende der siebziger Jahre wurde eine umfassende Modernisierung in Eisenhüttenstadt in Angriff genommen, die sowohl die Errichtung des Sauerstoffstahlwerks als auch der Warmbandstraße vorsah. Wurde das Sauerstoffstahlwerk planmäßig errichtet, verschärfte sich das Problem des Fehlens des Warmwalzwerkes. Das „touristische Halbzeugprogramm“ ließ die Kosten in die Höhe schnellen, sie betrug Anfang der neunziger Jahre 50 DM pro Tonne.⁸⁵

In sozialistischen Planungsökonomien war die Einführung neuer Techniken ein hochriskantes Unterfangen, so daß eine allseits anzutreffende Vorsicht bei den betrieblichen Akteuren überwog, während die Beschleuniger technischen Wandels die politische Führung mit ihrem Anspruch war, Weltniveau zu erreichen. Die Konstellation für die Errichtung des Warmwalzwerkes entsprach diesen Thesen weitgehend. Die Innovationsinitiative ging von den zentralen Instanzen der Wirtschaftsführung aus, während sich das Kombinat konservativ verhielt und verpflichtete, die Produktionsaufträge zu erfüllen und zu überbieten.⁸⁶ In unserem Beispiel agierten als Innovationsinitiatoren die zuständige ZK-Abteilung Maschinenbau und Metallurgie und das Korrespondenz-Ministerium sowie die Staatliche Plankommission, die die Promotorenfunktion ausübte.⁸⁷ Nachgeordnete Parteiinstanzen flankierten diese Maßnahme durch Installation besonderer Arbeitsgruppen.⁸⁸

84 Interview mit dem ehemaligen stellvert. Leiter der SPK, Siegfried Wenzel, am 12. Februar 1997.

85 Vgl. Schuenke (Anm. 6), S. 120.

86 Vgl. Schreiben des VEB Bandstahlkombinats „Hermann Matern“ an den 1. Sekretär der Bezirksleitung Frankfurt/Oder vom 30. September 1986, BLHA Rep 730/6249.

87 Vgl. Unger (Anm. 10), S. 68f. Damit werden jene Annahmen bestätigt, wonach ein zentraler Mangel sozialistischer Gesellschaften bei technischen Innovationen die fehlende Unabhängigkeit der Betriebe sei, die nicht wie in kapitalistisch verfaßten Gesellschaften zu den Promotoren technischer Innovation werden, sondern durch ein dezidiert vorsichtiges Taktieren auffallen.

88 So beschloß das Sekretariat der Bezirksleitung Frankfurt/Oder im Januar 1986 eine Arbeitsgruppe einzurichten, die „zur politischen Einflußnahme“ auf das Vorhaben der Errichtung des Warmwalzwerkes konzipiert war. Ziel der Arbeitsgruppe sollte „eine wirksame und durchgängige Parteikontrolle über das Gesamtvorhaben (sein)“. Diese politische Einflußnahme sollte bewirken, daß die Leitung des Gesamtvorhabens gesichert, eine politische Koordinierung aller am Bau Beteiligten gewährleistet und die „Sicherung der territorialen Einordnung“ unter Kontrolle blieb, vgl. die Schreiben und Protokolle der Bezirksleitung Frankfurt/Oder von Januar bis Juni 1986, BLHA Rep 730/6249.

Betrachtet man die Grundlagen für die Planungen der Errichtung des Warmwalzwerkes, so umfaßt diese Investitionsentscheidung den Zeitraum von 1979 bis 1988 und ist von mehreren Veränderungen geprägt. Für die Analyse der Entscheidungssituation der Errichtung der Warmbandstraße ist die ursprüngliche Zielsetzung der Staatlichen Plankommission wesentlich:

1. Ablösung von Valutaaufwendungen (durch Vermeidung grenzüberschreitenden Metall-Tourismus);
2. dauerhafte Versorgung der Volkswirtschaft der DDR mit Warmbandstahl;
3. Energieeinsparungen;
4. umfassende Rationalisierung der gesamten Blechproduktion.⁸⁹

Diese Aufzählung dürfte auch die politisch-ökonomische Gewichtung durch die Staatliche Plankommission wiedergeben. Die Ablösung von Valutaaufwendungen rangiert an erster Stelle und nicht eine primär „betriebswirtschaftliche“ Überlegung der Rentabilitätserhöhung im Kombinat; diese rangiert erst an zweiter Stelle. Da die dritte Zielstellung (Energieeinsparungen) ebenfalls zahlungsbilanz-orientiert ist (Reduzierung des eigenen Energieaufwandes, insbesondere Heizöl, zum Zwecke der Exporterhöhung in das NSW), dominiert in der Planung dieser Großinvestition eine mittelfristige Entlastung der Zahlungsbilanz. Diese Hierarchie für die Errichtung des Warmwalzwerkes gibt wichtige Aufschlüsse darüber, wann die Leitung der Staatlichen Plankommission ab Ende der siebziger Jahre zum Promoter technischen Wandels werden konnte. Die Plankommission war danach nicht nur ein an der ausschließlichen Erfüllung der straffen Produktionspläne interessierte staatliche Lenkungsinstanz⁹⁰, sondern, wie die Planung zu dieser Investitionsentscheidung zeigt, durchaus ein zentraler Promoter technischen Wandels, der zumindest ein größeres Gewicht hatte als die zuständigen Ministerien. Für die Aktionsinitiative reichte ab Ende der siebziger Jahre die Tatsache einer unökonomischen, auch unter Bedingungen einer realsozialistischen Hauswirtschaft kostentreibenden Kombinatstruktur in Eisenhüttenstadt allein nicht aus, um eine solche Investitionsmaßnahme zu legitimieren. Erst durch die etatische Begründung einer mittelfristig erheblichen Entlastung der Zahlungsbilanz an Valutaaufwendungen wurde Eisenhüttenstadt für die Plankommission entscheidungs- und implementierungsrelevant. Da wir auch aus anderen Entscheidungssituationen ab diesem Zeitpunkt vergleichbare Begrün-

89 Bestätigung des Vorschlags zur Errichtung eines Warmbandwalzwerkes im VEB Bandstahlkombinat „Hermann Matern“ Eisenhüttenstadt; Berichterstatter: Schürer, Beschluß des Politbüros auf der Sitzung am 13. September 1983, SAPMO-BArch DY30/JIV/2/2/2019.

90 Diese Sicht legt teilweise Bentley in seinem Modell nahe, vgl. Bentley (Anm. 1), S. 212.

dungszusammenhänge kennen⁹¹, können wir generell davon ausgehen, daß sich mit der Zuspitzung der Verschuldung im kapitalistischen Ausland ab 1978/79 das Geltendmachen eines technologischen Theorems (Feststellung technologischer Lücken zum Westen etc.), das sonst die Grundlage für technische Innovationen legte, allein nicht mehr ausreichte, um realisiert werden zu können. Implementierungserzwingend wirkte nur der zusätzliche planungsmäßige Nachweis einer kurz- und mittelfristigen Reduzierung der Importe aus den kapitalistischen Ländern und/oder der Erhöhung des Exports dorthin. Mit dieser Verknüpfung von technischem Wandel und Schuldenreduzierung im Westen zeichnete sich ab Ende der siebziger Jahre in der DDR ein *Strategiewechsel des technischen Wandels* ab, der nicht mehr eigen- sondern fremd- bzw. außeninduziert war.

Dieser Strategiewechsel läßt sich in unserem Fallbeispiel an der Verhandlungsstrategie der DDR gegenüber der UdSSR nachweisen. Der ehrgeizige Terminplan sah eine Inbetriebnahme schon 1989 vor, bei Einhaltung des „wissenschaftlich-technologischen Höchststandes“, d.h. der Erfüllung westlicher Standards, um die spätere Exportfähigkeit in das NSW zu gewährleisten. Die sowjetische Seite war nicht in der Lage beide Voraussetzungen zu erfüllen. Die DDR-Seite wurde demgegenüber kritisiert, daß der geforderte Standard in der UdSSR nicht üblich sei und auch in den kapitalistischen Ländern nur in wenigen Fällen erfüllt würde. Außerdem führe das Festhalten an diesen hohen Standards zu einer unnötigen Erhöhung des Zukaufs westlicher Komponenten. Die UdSSR bemängelte de facto die einseitige Ausrichtung auf westliche Standards, die im RGW offenbar nicht üblich waren; ein Festhalten an diesen Standards würde nur zu einer weiteren Verschuldung führen. Die Kritik war im Rahmen der Rationalität einer (geschlossenen) realsozialistischen Hauswirtschaft insofern berechtigt, als Warenaustausch mit – nach westlichen Standards – suboptimalen Parametern durchaus genügte, um die ökonomischen Handlungsanforderungen dieses ökonomischen Systems zu befriedigen. Ein Verlassen der industriellen Hauswirtschaft in größerem Umfang und eine zunehmende Implementierung westlicher Standards in das ökonomische System einer Hauswirtschaft hätte in immer stärkerem Maße Zukäufe aus dem kapitalistischen Westen zur Folge, die nur durch weitere Kreditaufnahmen im Westen finanzierbar gewesen wären; diese Kredite erhöhten wiederum die Verschuldung der DDR und führten zu weiteren Einschränkungen im Binnensystem. Ab einer bestimmten Stufe der Verschuldung im Westen wäre diese nur durch eine noch höhere Verschuldung kompensier-

91 Die wohl wichtigste und folgenreichste Investitionsentscheidung in diesem zeitlichen Kontext ist die sog. Heizölablösung, vgl. dazu R. Weinert, Sozialistische Wirtschaftspolitik als kommandowirtschaftliche Eingreifpolitik: Die „Heizölablösung“ in der DDR 1980–1983. POLHIST, Arbeitshefte der Forschungsstelle Diktatur und Demokratie am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin Nr. 5/1998.

bar, die man ja eigentlich vermeiden wollte, so daß ein negativer Kreislauf in Gang gesetzt würde, der die Handlungsvoraussetzungen einer industriellen Hauswirtschaft untergrabe.

Die Willensbildung zur Implementierung der Warmbandstraße ist zudem von unterschiedlichen Interessen geprägt. Die erste Politbüro-Vorlage basierte auf einer Kooperation mit der Sowjetunion, die durch bestimmte Zukäufe aus dem kapitalistischen Ausland ergänzt werden sollte. Nachdem sich herausstellte, daß die Sowjetunion nicht in der Lage war, für die DDR-Seite zentrale Bestandteile des abgeschlossenen Regierungsabkommens zu erfüllen, mußte sich der Anteil der Zukäufe aus dem NSW erhöhen.⁹² In den ersten Politbüro-Vorlagen wurde ein westeuropäisches Konsortium favorisiert, während das Angebot des japanischen Konzerns Mitsubishi eher negativ beurteilt wurde. Diese Position änderte sich kurzfristig 1987/88, und Mitsubishi kam zum Zuge. Der Auftakt zu dieser Positionsänderung lief über eine von Mittag angeordnete Parteikontrolle, die die bekannten Probleme noch einmal wiederholte. In den anschließend vorgelegten neuen Entscheidungsvorschlägen erhielt der japanische Konzern Mitsubishi den Zuschlag. Die Anordnung eines Parteikontrollverfahrens erfolgte durch den Wirtschaftssekretär und stellte ein wichtiges organisatorisches Muster der Problembewältigung dar. Obwohl eigenartig 'unterreguliert'⁹³, kommt diesem Instrument eine hohe Disziplinierungsfunktion zu. Im Kontext der Heizölablösung⁹⁴ ordnete beispielsweise der Wirtschaftssekretär ebenfalls eine Parteikontrolle an, um die von ihm gewünschten Ziele durchzusetzen. Insofern spricht einiges für die Position des Leiters der Staatlichen Plankommission, daß Mittag diese Parteikontrolle ausschließlich zu dem Zweck einsetzte, das japanische Angebot durchsetzungsfähig zu machen.⁹⁵ Das zentrale Argument, mit dem das japanische Angebot durchgesetzt wurde, sei die Forderung der Lieferung eines 32-Bit-Rechners gewesen, den nur der japanische Konzern zu liefern in der Lage gewesen wäre. Nach Schürers Version hatten Mittag und Honecker anläßlich von Honeckers geplantem Japan-Besuch beabsichtigt, diesen Staatsbesuch mit der Vergabe eines Großauftrages zu verknüpfen. Die Perspektive ist insofern plausibel, als die Umsetzung des technologischen Theorems nur durch das Geltendmachen eines übergeordneten politischen Theorems durchbrochen werden konnte; in diesem Fall war das ein unzureichender Planungsstand mit der Sowjetunion und die Durchsetzung

92 Über diese Zukäufe aus der Bundesrepublik gab es schon in der Wirtschaftsführung unterschiedliche Interessen, vgl. Gespräch mit Gerhard Tautenhahn vom 15. Juni 1997.

93 Trotz des hohen Sanktionscharakters von Parteikontrollverfahren fehlen Spezifizierungen sowohl im Statut der SED als auch in der Arbeitsanordnung des Sekretariats des Zentralkomitees.

94 Vgl. Weinert (Anm. 91).

95 Vgl. den Beitrag von Gerhard Schürer in diesem Heft sowie ders., *Gewagt und verloren*, Frankfurt/Oder 1996, S. 116-118.

einer (außen-)politischen Begründung. Der Planungswechsel erfolgte innerhalb kürzester Zeit, widersprach sämtlichen Beschlüssen im Politbüro und führte zu Problemen mit der Sowjetunion, mit der die Verträge gekündigt werden mußten. Diese Willensbildung gibt wichtige Aufschlüsse über die Öffnung von Willkürräumen in der Parteiführung. Solche Willkürräume waren nicht beliebig erschließbar, sie mußten vielmehr mit jener „Wirtschaftsgesinnung“⁹⁶ kompatibel sein, wonach technische Argumente dann durchbrochen werden konnten, wenn außerökonomische Argumente eine andere Alternative attraktiver erscheinen ließen. Das waren grundsätzlich solche, die eine fallspezifische Umsetzung der Hauptaufgabe des Parteiführers geltend machten, indem etwa, wie in diesem Fall, eine Erhöhung des außenpolitischen Prestiges des Parteiführers in Aussicht gestellt wurde. Das Schlagwort vom „Subjektivismus“, mit dem solche Vorgänge in der DDR schon damals und erst recht ex post versehen werden, sind allerdings zu diffus, um Aufschluß darüber zu geben, wann technische Argumente durch andere, außerökonomische gebrochen werden konnten. Auch „subjektivistische“ Entscheidungen beanspruchten, eine systemkonforme Umsetzung aktueller politischer und technologischer Handlungsanforderungen zu sein. Die Öffnung von Willkürräumen in der Parteiführung mußte zwei Anforderungen genügen: 1. Widerlegung der technischen Argumente der Wirtschaftsführer in der Parteibürokratie, die der bisherigen Planung zugrunde lagen; 2. fallspezifische Durchsetzung der Generallinie des Parteiführers. Auch diese Investitionsentscheidung war nur mit der Begründung einer effektiveren Alternative durchsetzbar, und zwar sowohl technologisch (32-Bit-Speicher) als auch politisch (Staatsbesuch im NSW). Diese Alternative ermöglichte die Widerlegung der technischen Argumente der Wirtschaftsführer bezüglich der bisherigen Planungen in Verknüpfung mit einem neuen, politischen Argument, das die außenpolitische Attraktivität des Parteiführers mehrte. Die Öffnung von Willkürräumen in der Parteiführung war und durfte in sich selbst nicht willkürlich sein, sondern mußte den hergebrachten Praktiken realsozialistischer Machtbildung entsprechen. Diesen Anforderungen genügte der Planungswechsel bei der Implementierung der Warmbandstraße. Wie sich später herausstellte, taugte die japanische Anlage für die Zwecke, die in Eisenhüttenstadt benötigt wurden, nicht. Die gesamte Investitionsentscheidung blieb bis zum Untergang der DDR eine Investitionsruine, die technische Lücke wurde in Eisenhüttenstadt während der DDR nicht mehr geschlossen, sondern erst im Juli 1997.⁹⁷ Die Kosten dieser unvollendeter Investi-

96 R. M. Lepsius, Die Institutionenordnung als Rahmenbedingung der Sozialgeschichte der DDR, in: Sozialgeschichte der DDR, hrsg. von H. Kaelble, J. Kocka und H. Zwahr, Stuttgart 1994, S. 23.

97 Nach der Vereinigung wurde im EKO 1995 eine belgische Gruppe (Cockerill Sambre) Mehrheitseigner. Das Kernstück des umfassenden Modernisierungsprogramms von über einer Milliarde DM bildete mit allein 630 Millionen DM der Bau des Warm-

tionsentscheidung können vor dem Hintergrund der ohnehin hohen Auslandsverschuldung für den Gesamthaushalt der DDR nicht hoch genug veranschlagt werden.

5. Schlußbemerkung: Das Scheitern des Mittagschen Innovationskreislaufs

In der DDR wurden funktional Marktbeziehungen durch die staatliche Mengenplanung substituiert, aber der Primat der Parteipolitik im Sozialismus konnte kein Äquivalent generieren, das die Dynamik kapitalistischer Gesellschaften prägt, nämlich das, was Hayek Wettbewerb als Entdeckungsverfahren nennt und Schumpeter den Innovationswettbewerb, die Eroberung von neuen Märkten zur Realisierung von Extraprofiten. Ein politisch domestiziertes funktionales Äquivalent dieser ökonomischen Dynamisierung fehlt im Sozialismus generell, die ökonomische Leistungsfähigkeit dieser Ökonomien war dadurch auf Imitationswettbewerb reduziert.⁹⁸ Insofern mußte der Innovationsprozeß in der DDR einen strukturell anderen Charakter als in den westlichen Ländern haben.⁹⁹ Technische Innovation war immer auch Handlungsmaximen der Gemeinschaft und der politischen Leitung verpflichtet. Insofern ist es nicht entscheidend, ob die Ingenieure in der DDR technologische Veränderungen auf den Weltmärkten genau beobachteten oder nicht, sondern sie mußten Innovationsvorhaben nicht nur technologisch, sondern immer auch politisch-ideologisch legitimieren, um eine Durchsetzungschance in den Leitungsinstanzen zu haben. Selbst immanent stellte sich aufgrund der Unabhängigkeit der Preise von den Kosten für Innovationspromotoren das Problem des Nachweises, ob sich eine Innovationsmaßnahme 'rechnet' oder nicht.¹⁰⁰ Nach Roesler wurde allerdings insbesondere in der DDR ein externer Innovationszwang virulent, der sich aus der unmittelbaren Systemkonkurrenz zur Bundesrepublik im besonderen Maße ergab.¹⁰¹ Dieses plausible Argument belegt jedoch nur den grundlegenden Kontext der Fusionierung unter-

walzwerkes, das am 22. Juli 1997 gestartet wurde. Der ehemalige Generaldirektor Karl Döring ist heute technischer Direktor bei EKO. Die geäußerte Vermutung, daß die Warmbandstraße aufgrund der ökonomischen Schwäche der DDR in den achtziger Jahren nicht gebaut werden konnte, ist nach unserer Darstellung unzutreffend, vgl. „Eko-Stahl nimmt neue Märkte ins Visier“, Berliner Zeitung vom 23. Juli 1997.

98 Vgl. R. Weinert, Wirtschaftsführung unter dem Primat der Parteibürokratie, in: Der Plan als Befehl und Fiktion (Anm. 4), S. 307. Zur Innovationspolitik der DDR vgl. u.a. G. Neumann, Innovationspolitik in der DDR, in: Innovationsdynamik im Systemvergleich, hrsg. von P. J. J. Welfens und L. Balcerowicz, Heidelberg 1988, S. 420-433.

99 Ebenso: Wagener (Anm. 2), S. 34; Roesler (Anm. 2), S. 158.

100 Vgl. Wagener (Anm. 2), S. 33. Allgemein: H. Riese, Geld im Sozialismus, Regensburg 1990, S. 30ff.

101 Roesler (Anm. 2), S. 154.

schiedlicher Handlungsmaximen, um Entscheidungsrelevanz beanspruchen zu können. Mit der Fusionierung unterschiedlicher Handlungsmaximen wurde Innovationspolitik in der DDR nicht nur zeitabhängig, sondern extrem politikabhängig.

Resümiert man jüngere Fallstudien zu technischen Innovationsvorhaben und zur Innovationspolitik¹⁰², so lassen sich – bei aller gebotenen Vorsicht – allgemeine Trends identifizieren, die bestimmten politischen Prioritäten folgten. Nach dem Zweiten Weltkrieg bestehen in etwa gleiche Ausgangsbedingungen für die jeweiligen Ökonomien in den beiden deutschen Teilstaaten; die Demontage durch die Sowjetunion, die bis zum Eingriff in die laufende Produktion geht, verschlechtert die Ausgangsbedingungen für die DDR, prägt deren weitere Entwicklung jedoch nicht entscheidend.¹⁰³ In einzelnen Sektoren hatte die DDR noch gegen Ende der fünfziger Jahre nicht den Anschluß an die globale Entwicklung verloren.¹⁰⁴ Die erste dramatische Abkopplung fand in den sechziger Jahren statt, obwohl dieser Prozeß nicht flächendeckend war. Insbesondere in den Sektoren, in denen im Rahmen des NÖS-Programms Schwerpunktverhaben geplant und umgesetzt wurden, erfolgte keine völlige Abkopplung vom Weltmarkt.¹⁰⁵ Der Prozeß der Entscheidungsfindung war jedoch zeitraubend, enthielt überzogene Planziele, die häufig revidiert werden mußten, teilweise kam es zu kompletten Strategiewechseln.¹⁰⁶ Der technokratische, 'wilde' Ökonomis-

102 Vgl. u.a. die erwähnten Beiträge in: Innovationsverhalten und Entscheidungsstrukturen (Anm. 2); Roesler (Anm. 2); A. Steiner, Technikgenese in der DDR am Beispiel der Entwicklung der numerischen Steuerung von Werkzeugmaschinen, in: Technikgeschichte, Bd. 60 (1993), S. 307-319; M. Judt, Zur Geschichte des Büro- und Datenverarbeitungsmaschinenbaus in der SBZ/DDR, in: Unternehmen zwischen Markt und Macht, hrsg. von W. Plumpe und C. Kleinschmidt, Essen 1992, S. 137-153 sowie C. Buchheim, Die Wirtschaftsordnung als Barriere des gesamtwirtschaftlichen Wachstums in der DDR, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 82 (1995), S. 194-210.

103 In diesem Ergebnis ist ein wichtiger Unterschied zur Zeitzeugen-Literatur zu sehen, die die negativen Einflüsse der Demontagepolitik der Sowjetunion dramatisiert, vgl. u.a. H. Koziol, „Die DDR war eine Hauswirtschaft“, in: Der Plan als Befehl und Fiktion (Anm. 4), S. 255-281. S. Wenzel, Plan und Wirklichkeit. Zur DDR-Ökonomie, St. Katharinen 1998, S. 1-16.

104 Das betrifft beispielsweise die Entwicklung numerisch gesteuerter Werkzeugmaschinen, die in West- wie in Ostdeutschland erst ab Mitte der fünfziger Jahre konzentriert einsetzte, ab Anfang der sechziger Jahre begann beinahe zeitgleich der kommerzielle Einsatz, erst danach vergrößerte sich der Abstand der DDR zu den führenden Industrienationen, vgl. Steiner (Anm. 102), S. 317. Eine ähnliche Konstellation in den beiden deutschen Teilstaaten am Ende der fünfziger Jahre existierte hinsichtlich des Einsatzes der LD-Technik, vgl. Unger (Anm. 10).

105 Dies betrifft beispielsweise das Datenverarbeitungsprogramm von 1963/64, das trotz verschiedener Fehlplanungen und Korrekturen die Chance eröffnete, den Rückstand zum internationalen Wettbewerb in Grenzen zu halten, vgl. Judt (Anm. 102).

106 Ein wichtiges Beispiel für diese These ist die oben dargestellte Nicht-Implementierung der LD-Technik in den sechziger Jahren, vgl. Unger (Anm. 10).

mus eines Walter Ulbricht, der auf dem VII. Parteitag noch auf die „Dynamik der Volkswirtschaft“ setzte, wurde durch die sozialpolitische Hauptaufgabe Honeckers abgelöst, die mit der auf Stalin zurückgehenden Formel von der „planmäßig proportionalen Entwicklung“ begründet wurde.¹⁰⁷ Technologisch führte dieser politische Wechsel zum Abbruch der „Automatisierungswelle“ und zu Innovationszurückhaltung. Kurioserweise konnte Erich Honecker in der ersten Hälfte der siebziger Jahre noch vom Auslaufen der NÖS-Schwerpunktvorhaben profitieren, sie ermöglichten in diesem Zeitraum „realistische Pläne“ und verdeckten vorübergehend den Weg in die Verschuldung. In diesen Zeitraum fällt auch eine gravierende Abkopplung von Weltmarktentwicklungen, die insbesondere durch die stürmische Entwicklung der Mikroelektronik bestimmt wird.

Gegen Ende der siebziger Jahre setzen umfassende Planungen für neue technische Innovationen ein, die ab Anfang der achtziger Jahre umgesetzt werden. Neben der Errichtung des Sauerstoffstahlwerkes in Eisenhüttenstadt seien beispielhaft als zentrale Investitionsentscheidungen erwähnt die Planungen zum Ausbau der Mikroelektronik, deren Grundsatzbeschluss im Jahre 1979 gefasst wurde¹⁰⁸, und die Entscheidung des Politbüros zum Ausbau mikroelektronisch gesteuerter Werkzeugmaschinen 1983.¹⁰⁹ Christoph Buchheim folgert aus dieser Entwicklung, daß diese Innovationszyklen primär politisch und nicht ökonomisch induziert seien.¹¹⁰ Ab Ende der siebziger Jahre spitzen sich die Verschuldungsprobleme der DDR im kapitalistischen Ausland zu, so daß es zu einer engen Verzahnung von technischer Innovation und Lösung von Zahlungsbilanzproblemen kommt.

107 Die personellen und konzeptionellen Weichen wurden auf der 14. Tagung des ZK im Dezember 1970 gestellt. Paul Verner verwies in seinem Bericht über die Volkswirtschaft darauf, daß die industrielle Warenproduktion in vielen Bereichen „diskontinuierlich und unrhythmisch“ verlaufe und daß deshalb eine Strukturpolitik mit hoher Effektivität notwendig sei, die die „planmäßige proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft und stabile Versorgung der Bevölkerung“ gewährleiste. Der zentrale Vorwurf gegen Ulbricht war die Verletzung ökonomischer Gesetzmäßigkeiten im Sozialismus durch bestimmte Schwerpunktsetzungen und der Vernachlässigung anderer Wirtschaftszweige, diese Diskontinuitäten und Ayrthmik seien eine bewußte Verletzung der harmonisch-proportionalen sozialistischen Gesamt-Wirtschaftsentwicklung, vgl. Bericht des Politbüros des ZK der SED, Berichterstatter: Genosse Paul Verner. Protokoll der 14. Tagung des Zentralkomitees, 10. Dezember 1980, SAPMO-BArch DY30//IV/ 2/1/416. Den Strategiewechsel analysiert auch C. Krömke, Das „Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ und die Wandlungen des Günter Mittag, in: Hefte zur DDR-Geschichte (1996), 37.

108 Am 26. Juni 1979 faßte das Politbüro den Grundsatzbeschluss zur Mikroelektronik, im August 1979 wurde eine Konzeption zur Umsetzung dieses Politbüro-Beschlusses verabschiedet, vgl. SAPMO-BArch DY30/VORL. SED/22168.

109 Vgl. D. Specht/R. Haak, Der Beitrag des Werkzeugmaschinenbaus zur flexiblen Fertigungsautomatisierung in Deutschland, in: Innovationsverhalten und Entscheidungsstrukturen (Anm. 2), S. 272.

110 Buchheim (Anm. 102), S. 196.

Diese Verschmelzung ist auch für die hier diskutierte Investitionsentscheidung prägend. Sind die innovationspolitische Zurückhaltung in der Ära Honecker der siebziger Jahre und die Innovations- und Produktivitätsschübe in den westlichen Ökonomien kontingent, so ist der Zusammenhang von technologischen Planungen Ende der siebziger Jahre und die gleichzeitig einsetzenden Zahlungsbilanzschwierigkeiten der DDR dieses nicht mehr, sondern war eine vorhersehbare Situation. Für diese These spricht auch, daß im Jahre 1979 der letzte umfassende Versuch einer moderaten Preisreform unternommen wurde, der am Widerstand Honeckers, aber auch an Differenzen innerhalb der Wirtschaftsführer selbst scheiterte.¹¹¹

Den technischen Innovationen ab Ende der siebziger Jahre liegt eine Art Kreislaufmodell zugrunde. Dieser Kreislauf basierte (1) auf einem kreditfinanzierten Import von Produktionsanlagen aus dem Westen, deren erfolgreiche Implementierung führte (2) zur Entwicklung weltmarktfähiger Produkte, die den Export in das NSW erhöhen und den Import aus diesen Ländern reduzieren; der dadurch realisierte volkswirtschaftliche 'Gewinn' ermöglicht die Kredittilgung und schließlich wird (4) auf einem neuen technologischen Niveau der Kreislauf erneut in Gang gesetzt. Da dieses Modell im wesentlichen von der Politik des Wirtschaftssekretärs Günter Mittag geprägt wurde, können wir es als den *Mittagschen Innovationskreislauf* bezeichnen. Als erfolgreiche Vorläufer einer solchen kreditfinanzierten Politik dürfte der Kauf des Erdöls in der Sowjetunion gewesen sein und die Weiterverarbeitung carbochemischer Produkte in Schwedt, die der DDR erhebliche Devisen einbrachten und zudem bis 1981 den Vorteil hatte, das Rohöl zu günstigen Konditionen aus der Sowjetunion geliefert zu bekommen.¹¹² In diesem Innovationskreislauf sind verschiedene Voraussetzungen enthalten, die sich von der technokratischen Politik der sechziger Jahre unterscheiden: 1. Die durch die sozialpolitische Hauptaufgabe induzierte Verschuldung im Westen blieb unangetastet.¹¹³ 2. Mit dieser Technologieimportpolitik verband sich die Hoffnung, derart hohe Gewinne zu erzielen, daß die bereits eingetretene Verschuldung im Westen grundsätzlich unter Kontrolle gehalten werden könne. 3. Es impliziert ein Scheitern des Aufbaus arbeitsteiliger Strukturen innerhalb des RGW; die ökonomische Zusammenarbeit zerfiel in Bilateralismen (Moskau-Berlin,

111 Zu den Auswirkungen der damaligen Preiserhöhungen vgl. u.a. die Vorschläge des Leiters der SPK u.a. für differenzierte Preiserhöhungen sowie die Berichte des Leiters des Amtes für Preise an Erich Honecker und Günter Mittag im Herbst 1979 über die Auswirkungen dieser Preiserhöhungen, SAPMO-BArch DY30/VORL. SED/22159/1 und 22159/2.

112 Vgl. dazu Hertle (Anm. 4) sowie Weinert (Anm. 91).

113 Sämtliche technischen Maßnahmen Mittags in den achtziger Jahren beruhen auf der Unantastbarkeit der Finanzierung der Hauptaufgabe von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Das zeigte sich insbesondere bei Mittags Politik zur sog. „Heizölablösung“, vgl. dazu Weinert (Anm. 91).

Moskau-Warschau, Moskau-Budapest, Moskau-Prag etc.).¹¹⁴ Hieraus resultierte die starke Anlehnung an den Westen, insbesondere zur Bundesrepublik.¹¹⁵

Das Konzept hatte allerdings eine Reihe von fatalen Konstruktionsfehlern. Die Verschuldung im Westen führte zum partiellen Aufbrechen der DDR-Ökonomie als industrieller Hauswirtschaft mit dem Effekt, daß gewissermaßen kapitalistische Rationalitätsprinzipien in den Plan der DDR einbrachen. Dieses hatte seit Anfang der achtziger Jahre zur Folge, daß der daraus resultierende partielle Kontrollverlust über den Plan durch die Forderung nach der „Sockelhalbierung“, also der Reduktion der Schulden im Westen, als faktisch höchstes Planziel aufgefangen werden sollte.¹¹⁶ Ein anderes Problem bestand in den hohen Kosten des Technologieimports aus dem Westen. Kurz vor dem Ende der DDR kulminierten latente Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Leiter der Staatlichen Plankommission und dem Wirtschaftssekretär in der „Schürer-Mittag-Kontroverse“.¹¹⁷ Günter Mittag verteidigte unbedingt den Einstieg in den sogenannten Mega-Chip, der die Weltmarktfähigkeit der DDR sichern sollte, während Gerhard Schöner auf die Unfinanzierbarkeit dieses Vorhabens durch die DDR allein hinwies und empfahl, sich auf einer mittleren Ebene des technologischen Niveaus zu bescheiden.

Die Überlegungen zur Errichtung des Warmwalzwerkes in Eisenhüttenstadt entsprachen im wesentlichen diesem Innovationskreislauf: kreditfinanzierter Erwerb hochmoderner Anlagen aus dem Westen, Export weltmarktfähiger Produkte aus Eisenhüttenstadt in den Westen, der den Metall-Tourismus überflüssig machen und mittelfristig eine Kredittilgung ermöglichen würde. Diese Westorientierung führte zu einer völligen Verkehrung der Prioritäten der Ausgangsplanung im Vergleich zum Endstadium. Ursprünglich war der Bau in enger Kooperation mit der Sowjetunion geplant, unter marginalen Zukäufen aus dem Westen; die letzten Planungen sahen dem gegenüber umfassende Importe aus dem Westen vor und nur noch geringe Zukäufe aus der Sowjetunion. Das Besondere dieses Fallbeispiels ist, daß trotz hoher Westverschuldung eine weitere Erhöhung in Kauf genommen wurde, da zusätzliche, außerökonomische Begründungen ins Feld geführt wurden, die sich auf vom Generalsekretär persönlich appropriierte Politikfelder bezogen; hierzu gehörte insbesondere die Außenpolitik. Insofern erhielt der Abbau des „Sockels“ eine hohe Priorität, setzte aber nicht den Primat der (Außen-)Politik außer Kraft, bis zum

114 Vgl. dazu Koziolok (Anm. 103).

115 Dabei ist unübersahbar, daß sich die Wirtschaftsführung der DDR insgesamt durch eine technologische (aber politikfreie) Westorientierung auszeichnete, vgl. dazu die Interviews mit Wirtschaftsführern, in: Der Plan als Befehl und Fiktion (Anm. 4).

116 Vgl. dazu Hertle (Anm. 4).

117 Recherchiert und dokumentiert hat diesen Konflikt H.-H. Hertle, Der Weg in den Bankrott der DDR-Wirtschaft, in: Deutschland Archiv (1992), 2, S. 127-131.

Schluß hatte sich dem jede wirtschaftspolitische Maßnahme unterzuordnen. Diese strukturelle Legitimationskonstruktion der DDR-Gesellschaft wurde den Planungen zum Bau des Warmwalzwerkes in Eisenhüttenstadt zum Verhängnis, nicht die bereits eingetretene ökonomische Schwächung.

Valérie Lozac'h

Die kommunale Wirtschaftsförderungspolitik vor neuen Herausforderungen*

1. Einleitung

In den westeuropäischen Ländern ist das immer größere Engagement der Städte im wirtschaftlichen Bereich ein allgemein zu beobachtendes Phänomen.¹ Dabei haben die Formulierung und die Implementierung einer kommunalen Wirtschaftsförderungspolitik² eine zentrale Rolle gewonnen. Seit 1989 gilt dies ebenso für die ostdeutschen Kommunen. Dort stellt die Wirtschaftsförderung eine unumgängliche Herausforderung dar, da der Zusammenbruch des DDR-Regimes und die daraus folgende deutsche Einigung zu einer wirtschaftlichen Krise geführt haben, die vor allem durch den Abbau zahlreicher Unternehmen und durch die Entwicklung einer hohen Arbeitslosigkeit gekennzeichnet ist.

Diese Situation ist vor allem in den sogenannten „sozialistischen Musterstädten“ wie Eisenhüttenstadt zu beobachten, weil sie von dem wirtschaftlichen Umbruch in Ostdeutschland sehr stark betroffen sind, was in erster Linie mit den Besonderheiten der lokalen wirtschaftlichen Struktur zusammenhängt.³ Da Eisenhüttenstadt zur DDR-Zeit als Experimentierfeld für das Organisationsmodell der Planwirtschaft konzipiert wurde, war der Schritt in die Marktwirtschaft um so schwieriger. Die industrielle Aktivität in der Kommune beruhte auf Bedingungen, die heute obsolet sind und sogar als negative Hinterlassenschaften wirken. Daher mußte die Stadt nach der „Wende“ die bittere Erfahrung machen, ihre zentrale wirtschaftliche Bedeutung gegen den Status einer industriellen Krisenstadt einzutauschen.

Um diesen Zusammenhang zu verdeutlichen, werden nach einer Erörterung der lokalen Ausgangssituation die Aufgaben und Instrumente der

* Für die freundliche Unterstützung bei der Korrektur bedanke ich mich bei Daniela Philippi und Boris Petzold.

1 M. Mayer, Public-Private Partnership. Eine neue Option und Chance für kommunale Wirtschaftspolitik?, in: Kommunalpolitik, hrsg. von R. Roth und H. Wollmann, Bonn 1993, S. 440; K.-H. Naßmacher, Kommunale Wirtschaftspolitik, in: Staat und Stadt, hrsg. von B. Blanke (Sonderheft Politische Vierteljahresschrift [1991] 22), S. 440-460.

2 Die kommunale Wirtschaftsförderung umfaßt alle Maßnahmen, die zur Verbesserung der örtlichen Bedingungen und zur Vermehrung der Wirtschaftsunternehmen beitragen, mit dem Ziel, Produktion und Beschäftigung zu steigern.

3 Die Charakteristika werden wir hier nicht näher dargestellt, da sie schon in den vorangegangenen Beiträgen – vor allem in dem Artikel von Dorothee Kohler – erläutert wurden.

Wirtschaftsförderungspolitik und ihre konkreten Anwendungen beschrieben. Da diese bisher nur wenige konkrete Ergebnisse vorzuweisen haben, sollen anschließend in einer Art Bilanz die vielfältigen Schwierigkeiten, auf die die kommunale Wirtschaftsförderungspolitik in Eisenhüttenstadt stößt, erläutert werden.

2. Die Ausgangssituation

Die Stadt Eisenhüttenstadt stand 1989 vor einer Vielzahl von wirtschaftlichen Hemmnissen. Diese hingen vor allem mit der industriellen Monostruktur zusammen. Das Kombinat EKO-Stahl war mit einer Personalstärke von ca. 12.000 Mitarbeitern der größte Arbeitgeber der Region. Die Dominanz des Kombinats hat der lokalen wirtschaftlichen Entwicklung geschadet, weil sie die Entstehung eines aus kleinen und mittelständischen Betrieben bestehenden industriellen Gefüges verhinderte. Außerdem war das Kombinat durch eine vertikal integrierte und konzentrierte Organisation bestimmt, was dazu führte, daß es nicht zur Bildung eines Netzwerkes industrieller Beziehungen kam, auf dem eine regionale Wirtschaft aufgebaut werden konnte.⁴

Hinzu kamen noch strukturelle Schwächen, die nach der „Wende“ eine mangelnde Wettbewerbsfähigkeit des EKO und damit zusammenhängend einen rapiden Rückgang der Produktion nach dem Eintritt in die Marktwirtschaft zur Folge hatte.⁵ Dies war nicht allein auf veraltete technische Anlagen des ehemaligen Kombinats zurückzuführen, sondern vor allem auf eine technologische Lücke: Im Jahre 1989 fehlte zu einem integrierten Hüttenwerk mit geschlossenem Produktionszyklus noch immer ein Warmwalzwerk, was erhöhte Transportkosten sowie eine starke Abhängigkeit von Importen zur Folge hatte. Zusätzlich wirkte der Konkurrenzdruck durch westdeutsche wie westeuropäische Stahlproduzenten um so stärker, da sich dieser wirtschaftliche Sektor in einer Krise befand. Die Entscheidung für die Erhaltung des Standortes Eisenhüttenstadt löste daher innerhalb der westdeutschen Stahlbranche scharfe Proteste aus, deren Vertreter einen Mangel an wirtschaftlicher Rationalität kritisierten.⁶

4 D. Kohler, Eisenhüttenstadt: Eine Stahlregion zwischen Plan- und Marktwirtschaft, in: Konzern und Region. Zwischen Rückzug und neuer Integration, hrsg. von H. Kilper und D. Rehfeld, Münster/Hamburg 1994, S. 67.

5 Im Unterschied zu den anderen osteuropäischen Ländern leidet Ostdeutschland seit der Vereinigung unter der Konkurrenz auf dem eigenen Markt.

6 Die Erhaltung von EKO war eine politische Entscheidung, bei der die sozialen Aspekte in den Vordergrund gestellt wurden. Die Schließung des Betriebs hätte zu hohe soziale Kosten mit sich gebracht und die Zukunft der Stadt stark gefährdet. Die Reaktionen der Bevölkerung zeigen, daß die Erhaltung des Stahlwerkes für den sozialen Frieden notwendig war. Im Jahre 1993 hat sich dafür die ganze Stadt unter dem Motto „Eisenhüttenstadt muß leben: darum Stahl!“ Monate lang mobilisiert, wobei Mahnwachen, Petitionen und Demonstrationen organisiert wurden.

Ein weiteres Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung stellte die geographische Lage der Stadt dar. Das Ansiedlungsgebiet wurde zu DDR-Zeiten vor allem nach politischen Kriterien ausgesucht. Die Standortwahl verwies zum Teil auf den ideologischen Ansatz, der nach der Parole „Industriearbeiter aufs Land“ die Verankerung der Arbeiterklasse im ländlichen Raum zum Ziel hatte.⁷ Zwar bot die Nähe zu den osteuropäischen Ländern auch wirtschaftliche Argumente, da das Eisenerz aus der Sowjetunion und der Koks aus Polen kamen. Der Standort brachte durch die Nähe zur Grenze und die Wasserstraße (Oder-Spree-Kanal) auch gewisse Transportvorteile.⁸ Mit der Ankündigung der Wirtschafts- und Währungsunion waren aber die wirtschaftlichen Beziehungen mit den östlichen Nachbarn – d.h. das alte Zuliefersystem sowie in Gegenrichtung der östliche Absatzmarkt – praktisch verschwunden. Die Stadt stand nun vor der neuen Situation, eine Lage am östlichen Rand Deutschlands und in der Peripherie der EU einzunehmen.⁹ Erschwerend kam noch hinzu, daß Ostbrandenburg eine strukturschwache Region ist, die nicht mehr zum „Speckgürtel“ Berlins gehört und von den dort durchgeführten Investitionen profitieren kann. Ferner verfügte die Stadt wegen der Grenzsituation nur über ein halbes Umland. Die polnische Nachbarregion stellte zu diesem Zeitpunkt wegen der ungleich schwächeren Wirtschaftsstruktur keinen adäquaten Absatzmarkt dar.

Auch wenn die Verkehrsverbindungen – z.B. in Richtung Berlin – eher günstig erschienen, waren sie kurz nach der „Wende“ – wie generell in der ehemaligen DDR – in einem schlechten Zustand.¹⁰ Auch die kommunale Infrastruktur war für die Entwicklung einer wirtschaftlich lebensfähigen Struktur ungenügend. Durch den künstlichen Charakter der Stadt und den mit der Zeit angewachsenen Mangel an finanziellen Mitteln wurde ein Nachholbedarf immer zwingender notwendig, insbesondere im Dienstleistungsbereich.

3. Ziele und Instrumente der Wirtschaftsförderungspolitik

Seit der „Wende“ steht Eisenhüttenstadt vor zwei großen Herausforderungen, die zwar aufeinander aufbauen, jedoch schwierig in der gemeinsamen Umsetzung erscheinen. Das Hauptziel liegt darin, die industrielle Monstruktur mit den Mitteln einer Diversifizierungspolitik aufzubrechen. Die

7 J. Niebur, Zwischen Stilllegung und Privatisierung. Die Sanierung eines Stahlstandortes, in: Krisen, Kader, Kombinate. Kontinuität und Wandel in ostdeutschen Betrieben, hrsg. von M. Heidenreich, Berlin 1992, S. 97.

8 Ebenda, S. 96.

9 S. Krätke, Ostbrandenburg im Strukturbruch. Probleme und Potentiale der deutsch-polnischen Grenzregion, in: BISS public, 6 (1996) 18, S. 55.

10 A. Gastou, Le développement économique à Eisenhüttenstadt, in: Allemagne d'Aujourd'hui, S. 23.

Grundbedingung für den Erfolg einer Diversifizierungspolitik ist allerdings der Erhalt des EKO. Zum einen basiert eine Vielzahl von Betriebsgründungen auf Ausgründungen von Betriebsteilen des ehemaligen Kombinats, zum anderen können neue Unternehmensgründungen überwiegend nur im Umfeld der Stahlindustrie entstehen. Ungefähr 5000 Menschen arbeiten gegenwärtig in den direkt vom EKO abhängigen Unternehmen. Auf längere Sicht wird aber auch ein Gesamtkonzept erarbeitet, das unterschiedliche Projekte zum Zweck einer globalen Entwicklung der wirtschaftlichen Region miteinander verknüpft.

Die Umstrukturierung des ehemaligen Kombinats

Die Erhaltung des ehemaligen Kombinats setzte zunächst seine Privatisierung voraus. Dafür war die Treuhandanstalt als vorübergehende Eigentümerin zuständig. Nach langem Hin und Her wurde EKO 1995 vom belgischen Unternehmen Cockerill-Sambre übernommen.¹¹ Parallel dazu wurden Umstrukturierungs- und Modernisierungsmaßnahmen unternommen. Einerseits wurden politische wie soziale und kulturelle Aufgaben, die das sozialistische Kombinat im Gegensatz zu kapitalistischen Unternehmen erfüllte, aufgegeben.¹² Andererseits konnte dank der Inbetriebnahme eines Warmwalzwerkes im Juli 1997 die technologische Lücke geschlossen werden. Diese Maßnahmen gingen allerdings mit einem starken Personalabbau einher: Gegenwärtig verfügt die EKO-Stahl AG nur noch über rund 2900 Arbeitskräfte. Dies hat in der Kommune zu einer Arbeitslosenquote von ca. 19 Prozent beigetragen. Zählt man noch die Beschäftigten auf dem zweiten Arbeitsmarkt (ABM) hinzu, besitzen ungefähr 30 Prozent keinen dauerhaften Arbeitsplatz.

In diesem Prozeß spielte die Kommune eine sehr begrenzte Rolle. Ihre Vertreter wurden zwar in die verschiedenen Etappen der Privatisierung einbezogen, verfügten jedoch über keine Kompetenzen. Die einzige Möglichkeit der Einflußnahme seitens der lokalen Politik bestand darin, die Entscheidungsträger auf Bundes- und Europaebene auf ihre Sorgen und Interessen aufmerksam zu machen. Dabei instrumentalisierte die Kommu-

11 Die Treuhandanstalt hatte bei der Suche nach einem Investoren viele Schwierigkeiten. Sie mußte mehrmals ihre Strategie neu definieren, da sich ihre anfänglichen Vorstellungen als unrealistisch erwiesen hatten. Vor allem aber mußte sie enorme Fördermittel zur Verfügung stellen, was zum dem von Christian von Hirschhausen beobachteten Paradox führte, daß die Kapitalisation von EKO hauptsächlich durch öffentliche Investitionen vollzogen wurde. Siehe C. v. Hirschhausen, *Du combinat socialiste à l'entreprise capitaliste. Une analyse des réformes industrielles en Europe de l'Est*, Paris 1996, S. 178-184.

12 Genauere Angaben über die interne Umstrukturierung des ehemaligen Kombinats bietet die Untersuchung von F. Bafou/A. Gastou/O. Giraud, *Monographie de l'entreprise E.S.: restructuration d'une aciérie dans le Brandebourg*, in: *Les Cahiers de l'Observatoire de Berlin* (1992) 14, S. 25-124.

ne die von allen Parteien unterstützte Mobilisierung der Bürger. Diese wurde als Druckmittel für die Artikulation von Forderungen an die höheren Ebenen genutzt. Diese Strategie verfolgte vor allem der zweite Bürgermeister (SPD).¹³ Als Vertreter der Stadt nach außen hat er sich vor den politischen Gremien für den Erhalt des EKO mit sehr viel Engagement eingesetzt. Ebenfalls nutzte ein Mitglied der FDP-Fraktion in der ersten Stadtverordnetenversammlung seine persönlichen Verbindungen als Bundestagsabgeordneter.

Die Diversifizierungspolitik

Kurzfristig konzentriert die kommunale Wirtschaftsförderung ihre Aktivitäten auf eine aktive Ansiedlungspolitik. In Anlehnung an das westdeutsche Modell liegt der Schwerpunkt bei der Mittelstandsförderung. Diese Strategie wird allgemein in Ostdeutschland zur Ankurbelung eines Wirtschaftsaufschwungs verfolgt: Die schwerfälligen großen Produktionsstrukturen sollen zugunsten kleiner dezentralisierter Unternehmen ersetzt werden.¹⁴ Da es zur DDR-Zeit kaum Privatunternehmen gab, ist es allerdings schwierig, an eine mittelständische Tradition anzuknüpfen. In Eisenhüttenstadt wird es dadurch erschwert, daß in der sozialistischen Musterstadt „kein Raum, nicht einmal Nischen, für kapitalistische Betriebe geschaffen wurden“.¹⁵

Konkret umfaßt die Ansiedlungspolitik mehrere Maßnahmen. Sie enthält zunächst die Entwicklung von neuen Gewerbegebieten, ein Vorgehen, das in den meisten ostdeutschen Kommunen zu beobachten ist.¹⁶ Dort wird bei der Bereitstellung von Gewerbeflächen, neben den üblichen Maßnahmen im Rahmen der Liegenschaftspolitik, Vermessung und Erschließung, zusätzlich noch die Regelung der Eigentumsfragen verlangt. In Eisenhüttenstadt beschränkte sich dies nicht nur auf die Erschließung neuer Gewerbegebiete am Rande der Stadt, sondern erstreckte sich auch auf die Vermarktung nicht betriebsnotwendiger Flächen von EKO (ca. 500 ha.). „Im Zusammenhang mit der Flächenbereitstellung steht die Konzeptionierung und Entwicklung unternehmensorientierter Infrastruktur.“¹⁷ Dabei kon-

13 Im Februar 1993 löste er vorübergehend den abgewählten ersten Bürgermeister (CDU) ab; er wurde im folgenden Dezember durch die Bevölkerung direkt in sein Amt gewählt.

14 A. Sorge, Kleinbetriebe: Entstehung, Bestandsbedingungen und Entwicklungspotentiale, in: Arbeit, Arbeitsmarkt und Betriebe, hrsg. von B. Lutz, H.-M. Nickel, R. Schmidt und A. Sorge, Opladen 1996, S. 351f.

15 J. Niebur, Zwischen Stilllegung und Privatisierung (Anm. 7), S. 100.

16 B. Möller/R. Reißig, Interaktionsbeziehungen lokaler Akteure auf dem Politikfeld Wirtschaftsförderung, in: Institutionenbildung in Ostdeutschland. Zwischen externer Steuerung und Eigendynamik, hrsg. von A. Eisen und H. Wollmann, Opladen 1996, S. 227-250.

17 B. Grabow/D. Henckel, Kommunale Wirtschaftspolitik, in: Kommunalpolitik, hrsg. von R. Roth und H. Wollmann, Bonn 1993, S. 433.

zentriert sich Eisenhüttenstadt, abgesehen von der Sanierung kommunaler Straßen und Gebäude, auf die Schaffung günstiger Verkehrsanbindungen. Beispielsweise unterstützt die Kommune die Planung eines direkten Anschlusses an das Bundesautobahnnetz. Gleichzeitig soll sie an einem gemeinsamen Flugplatz mit Frankfurt/Oder beteiligt werden, um Geschäftsreisenden einen schnelleren Zugang zur Stadt zu ermöglichen.

Die kommunale Wirtschaftsförderungspolitik schließt außerdem finanzielle Mittel der Kommune ein. Die Stadt verfügt über Kompetenzen und Spielräume bei der Festlegung von Hebesätzen wie der Grund- und Gewerbesteuer, um potentiellen Investoren günstige Rahmenbedingungen anzubieten.¹⁸ Sie kann beispielsweise eine Vergabe- und Beschaffungspolitik durch öffentliche Aufträge oder Finanzhilfen betreiben. Diese finanzielle Unterstützung ist um so wichtiger, als die mittelständischen Betriebe in den neuen Ländern wegen ihres Kapitalmangels häufig auf Fördermittel angewiesen sind.¹⁹ In Eisenhüttenstadt wurden z.B. 1994 insgesamt 700.000 DM für die Förderung des Mittelstandes aufgewendet, wobei größtenteils die Erschließungskosten innerhalb der Stadt (bis zu 90 Prozent) bezuschußt wurden.

Ferner bilden Stadtmarketing und Öffentlichkeitsarbeit Eckpfeiler einer „qualifizierten Werbung für den Wirtschaftsstandort“²⁰, was in den Kommunen heutzutage immer mehr an Bedeutung gewinnt²¹. In Eisenhüttenstadt erstreckt sich dies vor allem auf Teilnahmen an Messen, Erstellungen von Gutachten, Veröffentlichungen von Broschüren, Organisation von Workshops sowie Mitteilungen an die Presse. Diese Initiativen dienen vor allem dem Ziel, neue Investoren für die Stadt zu gewinnen.

Die Bestandspflege ist ein weiterer Teil der Wirtschaftsförderungspolitik. Dazu gehören Begleitung und Beratung ortsansässiger Unternehmen, beispielsweise über Förder- und Kooperationsmöglichkeiten, Existenzgründungshilfen, Patent- und Produktinformationen.

Das globale Entwicklungsprojekt

Mittel- und langfristig soll die Diversifizierung durch ein globales Entwicklungsprojekt erreicht werden, das zu einer grundlegenden Veränderung der regionalen Wirtschaftsstruktur beitragen soll.²² Einerseits wird

18 Ebenda, S. 431.

19 Aufbau des industriellen Mittelstandes in den neuen Bundesländern, DIW Wochenbericht, 20/94, S. 326.

20 A. Wolf, Die Perspektiven des Wirtschaftsstandortes Brandenburg unter dem Aspekt der Mittelstandsförderung, in: BISS public, 6 (1996) 18, S. 31.

21 Vgl. B. Grabow/D. Henckel, Kommunale Wirtschaftspolitik (Anm. 17), S. 433.

22 Ein ähnliches Vorhaben wird beispielsweise für den von einer industriellen Monostruktur geprägten Raum Hoyerswerda entwickelt. Siehe V. Lozac'h, Reconstruction et développement d'une commune est-allemande. Le cas de Hoyerswerda, in: I. Samson,

versucht, die Standortvorteile von Eisenhüttenstadt auszunutzen; z. B. verfügt Eisenhüttenstadt schon über einen industriellen Kern, liegt direkt an der Oder und besitzt als einzige Grenzstadt eine direkte Wasserstraßenanbindung nach Berlin. Andererseits werden Anstrengungen unternommen, die Nachteile, die sich aus der Grenzsituation ergeben, d.h. die Ungleichheit der wirtschaftlichen Strukturen zwischen Deutschland und Polen (z.B. die Preis- und Lohnunterschiede), als Vorteile zu nutzen.²³ In diesem Zusammenhang fördert Eisenhüttenstadt im Rahmen der Euroregion „Pro Europa Viadrina“ die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit der Republik Polen. Das Ziel ist die Entwicklung der Grenzregion als Handelsdrehscheibe zwischen Ost und West.

Die verschiedenen Projekte werden im Rahmenkonzept „Eisenhüttenstadt 2000: ein Modell für Europa“ zusammengefaßt. Dabei handelt es sich zunächst um den Wiederaufbau einer Oderbrücke nördlich von Eisenhüttenstadt. Sie steht im Zusammenhang mit der Gründung eines „Industrieparks Oderbrücke“...als Leitprojekt der Region Eisenhüttenstadt/Frankfurt-Oder/Guben mit den polnischen Nachbarn, den Wojewodschaften Gorzow und Zielona Gora. Mit den bereits vorhandenen und den von der EKO Stahl AG noch zu schaffenden technischen Anlagen bietet sich dieser Industriepark als Entsorgungsstandort im Stahlbereich für den Großraum Berlin und Brandenburg an. Dabei soll ein integriertes Recycling-Zentrum als Agglomerat kleiner und mittelständischer Unternehmen angesiedelt werden.²⁴

Ein weiteres Vorhaben in direktem Zusammenhang mit dem integrierten Recycling-Zentrum ist die Revitalisierung des Binnenhafens. Die Benutzung der Wasserstraße wäre geeignet für den umweltfreundlichen Transport industrieller Stoffe zwischen Berlin und Polen, mit Umschlagskapazitäten in Eisenhüttenstadt.

Die Einrichtung einer technischen Fachhochschule ist das letzte große Projekt zur Aufwertung des Standortes. Sie könnte aufgrund ihrer Lage als Europäische Fachhochschule mit deutsch-polnischem Kern aufgebaut werden. Eine technisch orientierte Fachhochschule soll als Impulsgeber für die Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur der Region Ostbrandenburg gelten. Dabei geht es auch darum, die Abwanderung von Jugendlichen und von Fachkräften aus der Region zu verhindern.

Ouverture, transition et développement en Allemagne de l'Est, Commissariat Général au Plan, Juillet 1995, Bd. II, S. 264.

23 S. Krätke, Ostbrandenburg im Strukturbruch (Anm. 9), S. 61.

24 Es handelt sich dabei um ein Projekt, das häufig zu Stahlstädten in Krisenzeiten entwickelt wird. Ähnliche Beispiele sind bereits in den alten Bundesländern beobachtet worden.

4. Akteure, Handlungs- und Kooperationsformen bei der Wirtschaftsförderungspolitik

Die Kommune: ein zentraler Akteur mit begrenzten Kompetenzen

Die Stadt erscheint als Hauptträger der lokalen Wirtschaftsförderungspolitik, die zu den zentralen Angelegenheiten der kommunalen Selbstverwaltung gehört. In den neuen Bundesländern ist dies allerdings ein Novum, da die DDR-Kommunen im Planwirtschaftssystem für diesen Bereich vergleichsweise geringe Befugnisse besaßen.

Vor 1990 wurden viele Aufgaben von den Betrieben übernommen, in Eisenhüttenstadt von dem Kombinat.²⁵

Daher verlangte die Einführung einer kommunalen Wirtschaftsförderungspolitik zunächst die Errichtung einer adäquaten Verwaltungsstruktur. In Eisenhüttenstadt werden diese Aufgaben hauptsächlich vom neugegründeten „Amt für Wirtschaftsförderung“ übernommen. Durch Aufgabenüberschneidungen sind auch andere Ämter, vor allem das Stadtplanungsamt, das Liegenschaftsamt und das Bauamt involviert, da sie über Kompetenzen verfügen – wie beim Verkauf von kommunalem Eigentum oder bei der Sanierung der Infrastruktur –, die für die wirtschaftliche Aktivität wichtig sind. Auf der politischen Ebene ist der Wirtschaftsförderungsausschuß, der sich aus Vertretern aller Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung zusammensetzt, für diese Belange zuständig. Dort werden die Projekte bearbeitet und die von den Verwaltungsmitarbeitern ausgearbeiteten Maßnahmen überprüft.

Organisatorisch ist allmählich eine Teilung der Aufgaben und Kompetenzen etabliert worden. Innerhalb des Amtes für Wirtschaftsförderung gibt es heute klare Arbeitsrichtlinien: Der Amtsleiter ist für die deutsch-polnische Verbindung und für das Projekt der technischen Fachhochschule zuständig; ein Sachgebietsleiter kümmert sich um den Binnenhafen, ein anderer um die Bestandspflege. Die Teilung der Aufgaben wurde auch in den anderen Ämtern entwickelt. Obwohl sich hin und wieder noch Unklarheiten ergeben, wurde das ursprüngliche Kompetenzgerangel weitgehend überwunden.

Vor allem aber mußten die Akteure in einem langwierigen Lernprozeß sowohl neue Regeln als auch Verhaltens- und Kooperationsmuster verinnerlichen und in der Praxis anwenden. Dies geschah auf der einen Seite mit Hilfe von Schulungen zum Thema Wirtschaftsförderung, auf der anderen Seite aber auch durch alltägliches „learning by doing“. Allmählich sind dadurch Verbesserungen in der Aufgabenerfüllung zu erkennen. Dies zeigt sich insbesondere in einem Übergang von der sogenannten Improvisation

25 S. Neckel, Das lokale Staatsorgan im Staatssozialismus der DDR, in: Zeitschrift für Soziologie, 21 (1992) 4, S. 252-268.

der Anfangszeit zu einer systematischen, auf Verfahrensregeln basierenden Herangehensweise.

Wenn auch die kommunalen Akteure mit der Zeit eine gewisse Erfahrung im Bereich Wirtschaftsförderung gesammelt haben, stößt doch ihre Handlungsfähigkeit in der Praxis noch auf mehrere Hindernisse. Einerseits sind die finanziellen Möglichkeiten der Kommune stark begrenzt. Sie leidet unter einem hohen Haushaltsdefizit (ca. 20 Millionen DM) und wird daher nicht mehr als kreditwürdig angesehen. Andererseits sind die Kompetenzen der kommunalen Akteure auf ihr eigenes Territorium beschränkt. Eine globale Wirtschaftsförderungspolitik verlangt jedoch einen Spielraum über die kommunalen Grenzen hinaus.

Die Herausbildung lokaler und regionaler Kooperationen

Um die oben genannten Grenzen der kommunalen Handlungsfähigkeit zu beseitigen, wird immer mehr Wert auf die Etablierung von Kooperationen auf lokaler und regionaler Ebene gelegt.²⁶ Diese sind zum einen sowohl vertikal als auch horizontal orientiert, zum anderen öffentlicher wie privater Natur. Dies ist nach Aussage von lokalen Verwaltungsmitarbeitern und Politikern eine immer mehr bevorzugte Strategie der Kommune. Dabei wird die Bildung von Netzwerken vorangetrieben, um die Kommunikation zwischen den verschiedenen Beteiligten im wirtschaftlichen Bereich zu verbessern. Seit 1995 treffen sich monatlich Mitarbeiter der Kommunalverwaltung, Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und lokale Unternehmer im Rahmen eines Unternehmerstammtisches. Dort werden Informationen und Ratschläge über die wirtschaftliche Situation ausgetauscht. Es werden aber auch informelle Vereinbarungen getroffen. Beispielsweise hat sich die Stadt für die Berücksichtigung ansässiger Unternehmen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge eingesetzt. Regelmäßige Kontakte existieren ebenfalls mit der regionalen Industrie- und Handelskammer sowie mit dem 1991 gebildeten lokalen Handwerker- und Unternehmerverband.

Die Stadt Eisenhüttenstadt pflegt außerdem die Einbindung in überregionale Zusammenarbeitsstrukturen: Seit 1992 gehört sie dem von der Landesregierung finanziell unterstützten Wirtschaftsförderungsverein „Regionalförderung Oder-Neiße-Spree“ an.

26 Derartige Kooperationsformen werden in der angelsächsischen politikwissenschaftlichen Forschung als *policy networks* definiert. Dieses Konzept findet in den Studien über die *public policy* auf nationaler, aber auch auf kommunaler Ebene immer mehr Anwendung. Es betont die Vielfältigkeit der Akteure wie der Interessen, die bei der Formulierung und bei der Implementierung der *public policies* einbezogen werden. Siehe A. Cole/P. John, *Les réseaux de politique publique en France et en Grande-Bretagne*, in: *Les réseaux de politiques publiques. Débat autour des policy networks*, hrsg. von P. Le Galès und M. Thatcher, Paris 1995, S. 211-227.

Schließlich wurden auch Kooperationen in Form von Public-Private-Partnerships entwickelt, um die Durchführung einer regionalen Strukturpolitik im wirtschaftlichen Bereich zu unterstützen.²⁷ Beispiel dafür ist die im Jahre 1992 gegründete Oder-Spree-Gesellschaft für Standortentwicklung und Wirtschaftsförderung (OSW)²⁸, die „als Vermittlungsinstanz zwischen Verwaltung und Firmen fungieren sollte und sowohl mit der Konzipierung als auch der Vermarktung des Projektes ‚Industriepark Oderbrücke‘ beauftragt wurde“.²⁹ Zu ihren Gesellschaftern zählten die Stadtverwaltung (mit 52 Prozent), die Kreisverwaltung, EKO und ein österreichisches Unternehmen.

Die Suche nach Fördermitteln

Die vertikalen Beziehungen dienen aber hauptsächlich dem Zugang zu Fördertöpfen, die überwiegend von Bund und EU zur Verfügung gestellt werden. So wurde der Industriestandort Eisenhüttenstadt 1992 in das Programm „Regionale Wirtschaftsförderung“ im Rahmen des „Gemeinschaftswerk[es] Aufschwung Ost“ integriert, welches gemeinsam vom Bund und dem Land Brandenburg finanziert wurde. In der Praxis handelt es sich in erster Linie um Investitions- bzw. Existenzgründerzuschüsse sowie um zinsgünstige Kredite, mit denen Ansiedlung und Wachstum von mittelständischen Unternehmen unterstützt werden.³⁰ Auf der EU-Ebene spielen Strukturprogramme eine herausragende Rolle, die die Förderung der Regionen mit rückläufiger industrieller Entwicklung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zum Ziel haben.

Eisenhüttenstadt praktiziert besonders seit der Amtsübernahme des zweiten Bürgermeisters eine systematische Suche nach Fördermitteln, indem die Stadt immer wieder versucht, die EU-Behörden in Brüssel auf ihre besonderen Probleme aufmerksam zu machen. So haben sich die kommunalen Akteure die Funktionsweisen der Finanzierung in der Bundesrepublik und auf EU-Ebene angeeignet und als Weg verstanden, Finanzmittel

27 Public-Private Partnership gehört zu Kooperationsformen, die seitens der Kommunen immer bevorzugter werden, da sie die Handlungsfähigkeit sowie den Wirkungskreis im Bereich Wirtschaftsförderung vergrößern. Wie Margit Mayer betont, „werden mehr und mehr Bereiche kommunaler Politik den Imperativen der Wirtschaftsförderung subordiniert, wobei eine bislang nicht gekannte Einbeziehung nicht-staatlicher Akteure bei der Planung und Durchführung von Projekten charakteristisch ist. Inspiriert von anglo-amerikanischen Vorbildern betrachten sich auch hierzulande stadtpolitisch Verantwortliche als ‚Unternehmer‘ bzw. die Stadt als ‚Unternehmen‘“. M. Mayer, Public-Private Partnership (Anm. 1), S. 440.

28 Eine ähnliche Gesellschaft wurde schon 1991 in der Stadt Hoyerswerda gegründet, die ebenfalls als Instrument für den Kampf gegen die wirtschaftliche Monostruktur galt. V. Lozac’h, Reconstruction et développement (Anm. 22), S. 277.

29 D. Kohler, Eisenhüttenstadt (Anm. 4), S. 108.

30 A. Wolf, Die Perspektiven des Wirtschaftsstandortes Brandenburg (Anm. 20), S. 33.

für ihre Stadt zu akquirieren. Diese institutionalisierte Abhängigkeit von Fördermitteln wurde 1994 von einem ehemaligen Mitglied der FDP-Fraktion im Stadtparlament, der auch als Bundestagsabgeordneter tätig war, als „Förderfetischismus“ kritisiert.³¹ Die Priorität der Erschließung von Förderquellen verhindere eine zielgerichtete Wirtschaftsförderungspolitik auf lokaler Ebene.

5. Eine enttäuschende Bilanz

Die Bilanz der kommunalen Wirtschaftsförderungspolitik ist für die ersten sieben Jahren eher negativ. Bis 1995 hatten sich 62 Unternehmen auf dem Gebiet von EKO angesiedelt (mit ca. 2200 Angestellten). In der Mehrzahl entwickelten sich kleine Familienbetriebe in den Bereichen Bauwirtschaft, Handwerk und Handel³². Nach wie vor besteht das Hauptproblem darin, ein produzierendes Unternehmen in Eisenhüttenstadt anzusiedeln.

Das globale Entwicklungskonzept erfuhr bis heute kaum eine Konkretisierung. Das Projekt der technischen Fachhochschule wurde praktisch aufgegeben, da die zuständige Landeskommission die Kandidatur von Eisenhüttenstadt nicht unterstützt hat.³³ Ebenfalls hat die Stadt das Projekt „Oderbrücke“ vorerst auf Eis gelegt: Der Bau könnte frühestens im Jahre 2003 realisiert werden, wobei die Finanzierung immer noch unklar ist. Einzig das integrierte Recycling-Zentrum ist bereits durch die Ansiedlung einiger Firmen (SERO, Alba-Recycling...) in Teilen vorhanden.

Diese enttäuschenden Ergebnisse erklären sich sowohl durch äußere Zwänge als auch durch interne Hemmnisse, die an der mangelnden Erfahrung der lokalen Akteure und den noch ungenügenden Kooperationsstrukturen liegen.

Externe Zwänge

Man muß hierbei einmal mehr auf den Druck der westlichen Stahlunternehmen gegen die Modernisierung des Stahlstandortes EKO hinweisen und sich fragen: Warum sollte man EKO modernisieren, wenn doch schon die gegenwärtige Produktionskapazität in den alten Bundesländern ausreichte, um die gesamte Nachfrage zu decken? Aus dieser Problematik resultierte eine Verzögerung bei der Privatisierung des EKO, was auch die Ansiedlung kleiner und mittelständischer Firmen gebremst hat: Viele Investoren haben ihre Entscheidung von der Zukunft des EKO abhängig gemacht und ihre Pläne während der Umbauphase teilweise zurückgezogen.

31 Märkische Oderzeitung, 22.07.1994.

32 Dies wurde ebenfalls für das ganze Land Brandenburg festgestellt. Siehe A. Wolf, Die Perspektiven des Wirtschaftsstandortes Brandenburg (Anm. 20), S. 33.

33 Von der Landeskommission wurde die Kandidatur Neuruppins favorisiert.

Die Finanzierungsprobleme erscheinen ebenfalls als zentrale Hemmnisse: Der kommunale Handlungsspielraum ist aufgrund der immer noch anhaltenden defizitären Haushaltslage der Kommunen erheblich eingeschränkt.³⁴ Die Realisierung der Projekte in Eisenhüttenstadt ist daher zum größten Teil auf die Bereitstellung von Fördermitteln angewiesen und daran orientiert. Das Volumen dieser Fördermittel ist allerdings unzureichend – so ist das Scheitern des Projektes „Oderbrücke“ zu einem erheblichen Teil auf diesen Umstand zurückzuführen.

Strategische Fehler

Zunächst müssen wir uns die eigenen strategischen Fehler der lokalen Akteure vor Augen führen. Das Scheitern der OSW im Jahre 1994 resultierte zu einem erheblichen Teil aus dieser Problematik.³⁵ Dem Leitkonzept „Industriepark Oderbrücke“ wurde immer wieder seine unrealistische Planung und seine übertriebene Budgetierung vorgeworfen. Außerdem wurden die Möglichkeiten einer nachhaltigen Ausnutzung der makrowirtschaftlichen Unterschiede zwischen der deutschen und der polnischen Seite überschätzt. Insbesondere haben die lokalen Akteure übersehen, daß das Grenzgebiet auf polnischer Seite eine strukturschwache und eher periphere Region im polnischen Staatsgebilde darstellt; eine strukturelle Entwicklung dieser Region ist kein Primärziel für die polnische Regierung.³⁶ Dieses Ungleichgewicht hat zu einem gewissen Mißtrauen im polnischen Wirtschaftsmilieu geführt: Die Zusammenarbeit wird eher als ein Mittel für deutsche Unternehmen angesehen, vom Lohn- und Kostengefälle auf der polnischen Seite zu profitieren.³⁷

Ferner hatte sich die Kommune lange Zeit fast ausschließlich auf die Erhaltung von EKO konzentriert. Eine notwendige Entwicklung der Förderung des Mittelstandes wurde verschlafen. Die Kommune ging immer von einer zentralen Rolle des Stahlwerkes aus, was sich durch die enge Verbundenheit mit dem Kombinat zu DDR-Zeiten erklärt. Der Druck der Bürger angesichts der drohenden Schließung machte diese Prioritätensetzung politisch notwendig.³⁸

34 Finanzknappheit betrifft nahezu jede Kommune in Deutschland. In den neuen Bundesländern ist die Finanzlage noch kritischer, da ein wichtiger Teil kommunaler Steuernahmen, nämlich die Gewerbesteuer, nur im geringen Umfang vorhanden ist.

35 Versagen wurde vor allem dem Geschäftsführer und Projektleiter – einem Westdeutschen – vorgeworfen.

36 S. Krätke, Ostbrandenburg im Strukturumbuch (Anm. 9), S. 56.

37 Ebenda, S. 61.

38 Folgendes Beispiel verdeutlicht dieses Spannungsverhältnis: Ein FDP-Abgeordneter sprach sich öffentlich für die Förderung des Mittelstandes und gegen eine einseitige Bevorzugung des Stahlstandortes aus. In der Folgezeit wurden ihm die Reifen seines Wagens zerstochen, und er bekam wiederholt Morddrohungen.

Letztere verdeutlicht aber auch, daß die lokalen Akteure durch das alte industrielle Modell geprägt waren und die zentrale Rolle des Mittelstandes in der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands noch nicht verinnerlicht hatten.

Mangelhafte Kooperation

Die Mitglieder der FDP-Fraktion – aber auch einzelne Vertreter der SPD und der CDU kritisieren in diesem Zusammenhang das Vorgehen der Verwaltung, die zuviel Wert auf globale Projekte gelegt habe, während die Bestandspflege der ortsansässigen kleinen und mittelständischen Unternehmen vernachlässigt worden sei. Es handelt sich dabei um Politiker, die selbst im wirtschaftlichen Bereich beruflich tätig sind und somit auch eigene Interessen verfolgen. Die überwiegende Mehrheit lokaler Unternehmer schließen sich dieser Einschätzung an. Vor allem führen sie die Klage an, bei kommunalen Aufträgen gegenüber ortsfremden Firmen nicht ausreichend bevorzugt zu werden.³⁹ Dagegen moniert die Kommune mangelndes Interesse auf Seiten der Unternehmer in bezug auf die lokale wirtschaftliche Entwicklung. Die Mitarbeiter der Verwaltung bedauern auch, daß nur wenige lokale Unternehmer die Angebote der Kommune – z.B. in bezug auf Informationen hinsichtlich der Aufnahme von Krediten und Subventionen zur Verhinderung von Konkursen – in Anspruch nehmen würden. Diese Aussagen zeigen sehr deutlich einen Mangel an Kooperation zur Etablierung einer Wirtschaftsförderungspolitik, was sich im Fehlen etablierter örtlicher Netzwerke und unternehmerischer Zusammenarbeit äußert.

Koordinierungs- und Kooperationsdefizite erscheinen als ein generelles Problem. Fehlender Konsens und der Mangel an Vermittlungsstrukturen zwischen lokalen und regionalen Akteuren haben eine Zunahme an Entscheidungsträgern mit deckungsgleichen Aufgabenbereichen zur Folge. Die Auseinandersetzung zwischen den überregionalen, regionalen und lokalen Entscheidungsträgern hinsichtlich der Nutzung der nicht-betriebsnotwendigen Grundstücke von EKO ist hierfür ein Beispiel: Ein Vertrag zwischen der Treuhand-Liegenschaftsgesellschaft und der OSW sah vor, der letzteren die Entwicklung und Kommerzialisierung der Industriebrachflächen zu übertragen. Nach dem zwischenzeitlichen Scheitern der Privatisierung des EKO hatte die Treuhand ihr Vertragsangebot zurückgezogen und eine EKO-Tochtergesellschaft mit der Vermarktung, Verpachtung und dem Verkauf der Liegenschaften betraut. Daher konnte die Kommune praktisch nicht an den Verhandlungsgesprächen mit poten-

39 Ähnliche Kritik wurde auch schon 1992 in der von Armelle Gastou durchgeführten Untersuchung geübt. A. Gastou, *Le développement économique* (Anm. 10), S. 34.

tiellen Investoren teilnehmen.⁴⁰ Diese Ausgrenzung bei der Neustrukturierung des Industriekomplexes in Eisenhüttenstadt hat auf seiten der kommunalen Akteure zu erheblichen Ressentiments gegenüber der Treuhandanstalt beigetragen.

6. Schlußbetrachtung

Vielleicht ist es in der gegenwärtigen Situation noch zu früh, Schlußfolgerungen zu ziehen. Erst 1995 wurde mit der Privatisierung von EKO eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Ansiedlung von neuen Investoren in Eisenhüttenstadt und Umgebung geschaffen. Die beschriebenen Entwicklungskonzepte benötigen Zeit. Ferner müssen die polnischen Partner eine gewisse wirtschaftliche Entwicklungsstufe erreichen. Hierzu könnte der zukünftige Beitritt Polens in die EU beitragen: Der Kooperationswillen könnte möglicherweise gestärkt werden und die Projektfinanzierung durch die EU eine neue Qualität erreichen.

Eine nachhaltige Wirtschaftsförderungspolitik muß sich insofern auf eine langfristige Perspektive konzentrieren. Das Hauptproblem stellt aber in der Gegenwart die massive Arbeitslosigkeit dar. Daher liegt in Anbetracht der Erhaltung des sozialen Friedens das Hauptaugenmerk auf der Schaffung und dem Erhalt von Arbeitsplätzen. Bei dieser kurzfristigen Perspektive handelt es sich weniger darum, die Wirtschaft anzukurbeln, als die Arbeitslosigkeit zu dämpfen. Aus diesem Grund werden vermehrt lokale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsmaßnahmen mit der kommunalen Wirtschaftsförderungspolitik kombiniert. Umschulungen, Weiterqualifikationen und auch Subventionen gehören zu den von den Akteuren favorisierten Mitteln.⁴¹ Diesen Herausforderungen müssen sich auch Kommunen in den alten Bundesländern stellen, sie stehen allerdings in den ostdeutschen Kommunen in noch höherem Maße auf der Tagesordnung.

40 D. Kohler, Eisenhüttenstadt (Anm. 4), S. 106f.

41 Wie Hubert Heinelt betont: „Diese arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen können einen fließenden Übergang zur regionalen Strukturpolitik und Wirtschaftsförderungen aufweisen.“, in: Staat und Stadt, hrsg. von B. Blanke (Sonderheft Politische Vierteljahresschrift [1991] 22), S. 120.

Gerhard Schürer

Eisenhüttenstadt – EKO*

Obwohl Truman, Stalin und Churchill bzw. Attlee, der ihn 1945 ablöste, im Cecilienhof in Potsdam vereinbart hatten, daß die Wirtschaft Deutschlands als einheitliches Ganzes zu behandeln ist, betrieben die Siegermächte in Wirklichkeit von Anfang an die Spaltung Deutschlands. Die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) und die West-Zonen wurden systematisch getrennt und der einstige Wirtschaftsverbund wurde aufgelöst. Der Austausch von Gütern zwischen den Gebieten der späteren DDR und BRD, der nach Angaben des Schweizer Historikers Jörg Fisch 1936 8,6 Mrd. Reichsmark betrug, sank bis 1946 auf 176 Mio. Mark. Stalin stellte damals die These auf, daß alle Länder des sowjetischen Einflußbereiches ihre eigene schwerindustrielle Basis entwickeln müssen. Das hielt der stets strategisch denkende Stalin sicher für notwendig, um die Anforderungen der neuen, volksdemokratischen Länder an die UdSSR zur Lieferung von Rohstoffen in Grenzen zu halten. Aber die SBZ/DDR hatte gar keine geologische Basis dafür, denn auf ihrem Territorium gab es nur Restvorkommen an Steinkohle in Zwickau-Oelsnitz und saure, d.H. eisenarme Erze in Calbe.

So entstand die Idee, ein Hüttenwerk auf der Basis polnischer (schlesischer) Steinkohle und des ukrainischen Eisenerzes von Kriwoi-Rog zu errichten. Die Standortwahl war nicht schwer, denn man mußte so nahe wie möglich an die Rohstoffe herankommen, also die Ostgrenze bevorzugen, ferner mußten bestehende Wasserstraßen- und Eisenbahnverbindungen genutzt werden, um den Umschlag von Millionen Tonnen Güter bewältigen zu können und es mußte ein wenig besiedeltes, ländliches Gebiet sein, um den riesigen Flächenbedarf sichern zu können. Am 18. August 1948 erfolgte 100 Kilometer südöstlich von Berlin der symbolische erste Axthieb zum Beginn der Bauarbeiten des Eisenhüttenkombinates, und am 14. November 1950 beschloß der Ministerrat der DDR den Standort für die Stadt.

Die Bauarbeiten für die Hütte hatten absolute Priorität in der DDR. Außer den Reparationen war nichts wichtiger als das EKO und seine Stadt. Bereits am 1. Januar 1951 legte der Minister für Schwerindustrie der DDR, Fritz Selbmann, den Grundstein für den ersten Hochhofen. Fritz Selbmann war ein „Durchreißer“. Der frühere Reichstagsabgeordnete der KPD und langjährige KZ-Häftling von Sachsenhausen setzte den forcierten Aufbau

* Kurzvortrag, gehalten am 18. Juni 1997.

gegen alle Widerstände durch. Ich kannte Fritz Selbmann persönlich als ersten Wirtschaftsminister der Landesregierung Sachsen, in der ich bis 1950 Ministerialrat in der Hauptverwaltung Planung war.

In den folgenden drei Jahren wurden im EKO sechs Hochhöfen, die Erzaufbereitungs- und die Sinteranlage gebaut. Hinzu kam der riesige Umschlagbahnhof und die Infrastruktur. Der Bau des Stahlwerkes nach dem LD (Linz-Donau)-Verfahren und des Walzwerkes wurde begonnen. Nichts schien die steile Entwicklung dieses modernen Hüttenwerkes der DDR, des ersten, das im vollen metallurgischen Zyklus arbeiten sollte, aufhalten zu können. Doch das Tempo des Aufbaues der Schwerindustrie mit den weiteren Werken der Metallurgie, der Kohle und Energie, der Chemie und des Schwermaschinenbaues hatte die Kräfte der DDR überfordert. Die Ereignisse des Anstandes am 17. Juni 1953 zeigten auf dramatische Weise die Grenzen der Belastbarkeit der Menschen, und nach Stalins Tod wurde auch politisch ein neuer Kurs gesteuert, der den Konsumgüterzweigen mehr Aufmerksamkeit schenkte.

Für das EKO bedeutete das eine Zäsur. Der begonnene Bau des LD-Stahlwerkes und des Walzwerkes wurden 1954 abgebrochen. Die Masseln als Endprodukt der Hochhöfen mußten abgekühlt und in andere Stahlwerke zur Weiterverarbeitung transportiert werden. Die Verlangsamung des Aufbaus des Werkes hemmte das Tempo der Stadtentwicklung. Erst 1963 wurden die Planungen für das Stahl- und Walzwerk wieder aufgenommen, aber auch dann wurde zunächst dem Bau eines Kaltwalzwerkes der Vorrang gegeben, das am 28. Juni 1968 zu Produktionsbedingungen in Probebetrieb genommen wurde.

Ab Januar 1969 folgte dann eine Periode, in der das EKO zum Stammbetrieb des neugebildeten „Bandstahl-Kombinates“ der DDR wurde. Durch die Angliederung anderer Werke an das EKO wurde es ein großes, weltbekanntes Unternehmen. Folgende Betriebe der DDR wurden dem EKO damals angegliedert:

- das Eisen- und Hüttenwerk Thale
- die Walzwerke Finow und Burg
- die Kaltwalzwerke Oranienburg und Bad Salzungen
- das Blechwalzwerk Olbernhau.

Das war eine große Herausforderung an das EKO und besonders an seine Leitung, aber in Eisenhüttenstadt selbst wurde außer dem Bau einer neuen Sinteranlage im Jahre 1973 nichts wesentliches weiterentwickelt. Erst im Juni 1981, mit der Eröffnung der Baustelle für das neue Konverterstahlwerk, das heute noch eines der modernsten in Europa ist, ging es im EKO wieder in Richtung der Schließung des metallurgischen Zyklus weiter. Am 6. November 1984 wurde dieses von der VÖEST-Alpine gebaute Konverterstahlwerk durch Erich Honecker und den Bundeskanzler Österreichs, Fred Sinowatz, in Betrieb genommen.

Nun war die Stunde gekommen, da man die fehlende Warmbandstraße noch schmerzlicher empfand, denn die heiße Übergabe des Stahls vom Hochofen in das Konverterstahlwerk war nun gesichert, aber die glühenden Brammen bzw. der Strangguß konnten nicht direkt in die Warmbandstraße geleitet werden. Es fehlte dieses letzte Stück, das jedoch ein Milliarden-Objekt war. Die Umwandlung des Warmbandes in Coils zur Lieferung an die Kaltwalzwerke war also immer noch nicht möglich. Die Brammen, das sind 20-32 Tonnen schwere Stahlblöcke, mußten deshalb abgekühlt und per Waggon in die Bundesrepublik, nach Salzgitter zum Umwalzen gefahren und das mußte in freien Devisen bezahlt werden. Die verlorene Energie und der Transport von jährlich 700.000-800.000 Tonnen Brammen, wozu etwa 20.000 Güterwagen notwendig waren, belasteten das Kombinat und die DDR auch weiterhin schwer. Die Arbeiter im EKO nannten das „Energievernichtungsanlage“ und „Stahltourismus“. Als damaliger Vorsitzender der Staatlichen Plankommission des Landes ließ mich diese Situation nicht mehr ruhig schlafen, und ich suchte trotz knapper Staatskassen und Mangel an freien Devisen nach einem Ausweg. Am 13. September 1983 reichte ich, gemeinsam mit den vier beteiligten Ministern für Metallurgie, Außenhandel, Bauwesen und Schwermaschinenbau, dem Politbüro der SED eine Vorlage zur Errichtung eines Warmwalzwerkes im Banifstahlkombinat Eisenhüttenstadt ein. Wegen Mangel an Valutamitteln sah sie vor, daß der Aufbau der Warmwalzstraße im wesentlichen mit eigenen Kräften der Bauindustrie und des Maschinenbaus der DDR zu leisten ist. Die schweren Teile der Walzstraße sollten von der Sowjetunion importiert werden, die im RGW darauf spezialisiert war und als Generalauftragnehmer fungieren sollte. Für spezifische Hochleistungstechnik, wie Steuerungen, Elektronik, Coilbox, war ein Import aus der Bundesrepublik bzw. für die Glühöfen aus Belgien oder Italien vorgesehen. Diese Vorlage wurde vom Politbüro und der Regierung der DDR beschlossen, und viele lobten mich für meine Initiative. Auf dieser Grundlage schlossen wir mit der Sowjetunion ein entsprechendes Regierungsabkommen, mit westlichen Firmen standen die Verträge kurz vor dem Abschluß. Das Bauwesen der DDR hatte im Jahre 1987 die Werkhallen schon fast fertiggestellt und in der UdSSR waren die mächtigen Walzgerüste bereits angearbeitet, als der Wirtschaftssekretär der SED, Dr. Günter Mittag, plötzlich anfing, gegen das Projekt zu polemisieren. Die Sowjetunion biete bei den Toleranzen des Warmbandes kein Weltniveau, sagte er, die Firma Schloemann-Siemag der Bundesrepublik sei politisch „CDU-gebunden“, und er wolle keinen 32 Bit-Rechner zur Steuerung einsetzen, da dieser unter Embargo steht, die belgischen Glühöfen hätten einen zu hohen Energieverbrauch und die Italiens seien auch nicht besser und im übrigen habe man in Japan eine Warmbandstraße besichtigen können, die in jeder Hinsicht bessere Parameter bietet.

Mittag setzte die Minister und eine Reihe Experten, die mit mir 1983 die Politbürovorlage ausgearbeitet hatten, politisch so stark unter Druck, daß sie, außer meinen Metallurgen in der Plankommission, umfielen oder von der weiteren Mitarbeit suspendiert wurden. Das Warmwalzen der Brammen oder des Stranggusses sei ohnehin schon eine veraltete Technologie und im Westen gehe man zum Breitbandgießen über, sagten mir einige, die noch am meisten davon verstanden, denn tatsächlich gab es in der Bundesrepublik eine solche Versuchsanlage. Mir persönlich wurde von Mittag eine Parteikontrolle auf den Hals geschickt und der Bau der Warmwalzstraße wurde durch Beschluß des Politbüros vom 21. April 1987 abgebrochen. Ministerpräsident Stoph und ich wurden verpflichtet, die Kündigung des Regierungsabkommens mit der UdSSR zu veranlassen. Als wir das mit dem sowjetischen Premierminister im Berliner Palasthotel verhandelten, nahm mich Nicolai Ryschkow, mit dem ich gut bekannt war, zur Seite und sagte: „Gerhard, Du weißt, daß alle eure Argumente nicht stimmen, warum handelt die DDR so?“ Mir fiel keine bessere Antwort ein, als: „Du weißt, Nicolai, wenn das Politbüro es so beschlossen hat, dann habe ich das durchzuführen.“ Trotzdem war er tief enttäuscht.

Die Minister für Außenhandel, für Metallurgie und für Schwermaschinenbau der DDR wurden mit dem neuen Beschluß des Politbüros beauftragt, über den Import einer kompletten Warmbandstraße mit japanischen Firmen zu verhandeln. Aber schon nach kurzer Zeit wurde es sehr still um dieses Projekt. Die früher besichtigte japanische Referenz-Warmbandstraße war für die DDR gar nicht geeignet, da sie speziell zum Walzen einer einzigen Sorte von Autohellen konstruiert war, während wir 40 verschiedene Stahlsorten walzen mußten. Das Embargo in bezug auf den 32 Bit-Rechner galt natürlich auch für Japan. Nur „CDU-gebunden“, wie angeblich Schloemann-Siemag, was doch kein wirkliches Argument, sondern eine billige Floskel war, waren diese japanischen Firmen wahrscheinlich „weniger“. Es war also alles Lug und Trug, was zur Kündigung des Baues der Warmbandstraße der DDR mit der UdSSR und einigen westlichen Ländern vorgebracht worden war, und Mittag hatte sich das ganze wahrscheinlich nur deshalb ausgedacht, weil er den bevorstehenden Besuch Erich Honeckers in Japan mit einem Großauftrag aus der DDR schmücken wollte. Für mich persönlich war diese Geschichte mit der Warmbandstraße so bewegend, daß ich sie in meinen Lebenserinnerungen mit dem Titel „Gewagt und verloren, eine deutsche Biographie“ festgehalten habe. Doch diese Geschichte hat ein Happy-End.

Zunächst jedoch war das EKO 1990 verurteilt, den Weg in die Einheit Deutschlands mit der Lücke des fehlenden Warmwalzwerkes zu gehen und so gehandicapt gegen eine Konkurrenz anzutreten, für die der metallurgische Zyklus eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist. Im ersten Anlauf retteten unter den neuen Bedingungen eigentlich zwei Maßnahmen das

Werk vor dem Untergang, und zwar erstens die weitsichtige Entscheidung der Leitung des EKO unter Dr. Karl Döring, dem Kohlevertrag der BRD nicht beizutreten und weiter mit der billigeren polnischen Kohle zu arbeiten, und zweitens nutzte man die guten alten und neuen Verbindungen des Werkes zu den Metallurgen in der UdSSR und Belgiens aus und ließ, nicht nur wie bisher, in Salzgitter und bei Krupp umwalzen, sondern zu günstigen Bedingungen zeitweilig auch in russischen Tscherepoweit und natürlich bei Cockerill Sambre selbst.

Aus Zeitgründen möchte ich das lange Hiekhack der Privatisierung über Sanierungskonzept, Entscheidung der Treuhand für Krupp, Verzicht von Krupp, Kontakte mit Riva-Stahl Italien bis hin zum Erfolg mit Cockerill Sambre nicht behandeln. Aber vermerken muß man, daß in dieser schweren Übergangszeit durch vielseitige Aktivitäten in der Bundesrepublik, besonders durch Staatssekretär Ludwig und den Ministerpräsidenten Brandenburgs, Manfred Stolpe, und in der Europäischen Union, die bedeutende Beihilfen zur Sanierung des EKO genehmigte, sowie durch Entscheidungen des Präsidenten von Cockerill Sambre, Herrn Jean Gandois, und nicht zuletzt durch die großen Leistungen und Aktivitäten der Kräfte des EKO selbst das Werk gerettet und das Schicksal der Stadt erträglicher wurde.

Eisenhüttenstadt und das EKO stellen nun wieder etwas dar. Namhafte Politiker zählen zu den Besuchern, so Bundespräsident Roman Herzog und König Albert II. von Belgien. Heute ist das EKO auf dem besten Weg, unter Leitung von Dr. Hans-Joachim Krüger als Geschäftsführer und Sprecher ein modernes, konkurrenzfähiges Hüttenwerk in Europa zu werden, und ich bin glücklich, daß mein guter Freund Dr. Karl Döring nicht, wie das anderswo Praxis ist, in den Vorruhestand abgewickelt wurde, sondern als Geschäftsführer für Technik mit seinen großen Erfahrungen dem EKO weiterhin zur Verfügung steht.

Mit der Inbetriebnahme der modernisierten Sinteranlage ist im Januar 1997 das erste Großprojekt des 1,1 Milliarden Mark umfassenden Investitionsprogrammes in Betrieb genommen worden. Diese Anlage erhöht die Qualität des Sinter, spart Energie, schützt besser die Umwelt und hat erstmalig in Europa eine besondere Filtertechnik, um die Staubemission zu vermindern. Am 2. April wurde der neue Hochhofen 5 A angeblasen, der 84 Meter in den Himmel über Eisenhüttenstadt ragt. Vorher waren bereits eine Kunststoffbeschichtungsanlage und eine Längsteilanlage für oberflächenveredelte Bänder in Betrieb genommen und die zweite Stufe der Modernisierung der Verzinkungsanlage und der Tandemstraße abgeschlossen worden. Doch nun steht der absolute Höhepunkt der Geschichte des Werkes bevor. Die Warmbandstraße des EKO, nach den Ereignissen vom 17. Juni 1953 auf Eis gelegt, 1963 zu Gunsten des Kaltwalzwerkes erneut verschoben, 1983 endlich beschlossen und 1987 durch unverantwortliches, dummdreistes Handeln von Politikern der DDR schroff abgebrochen, wird

am 1. Juli dieses Jahres in Probebetrieb genommen und wird am 11. Juli feierlich eingeweiht werden, wozu man erneut einen sehr prominenten Gast erwartet. Wenn ich mich nicht irre, wird es eine Warmbandstraße sein, die als Hauptauftragnehmer nun doch von der Firma Schloemann-Siemag errichtet wurde, die schon in den achtziger Jahren beteiligt werden sollte. Der metallurgische Zyklus wird dann vollständig geschlossen sein, der „Stahltourismus“ und die „Energievernichtung“ werden beendet und es wird auch 1997 noch eine sehr moderne Warmbandstraße und keine Breitgießanlage sein, weil sich Cockerill Sambre wegen seines Produktionsprofils so entschieden hat. Für mich wird das gerade wegen meiner dramatischen persönlichen Erlebnisse mit diesem Objekt ein großer Festtag sein, den ich zu Hause mit meiner Familie mit Freude begehen werde.

Diskussion zum Vortrag von Gerhard Schürer

Frage: Mich interessiert, wie die sowjetische Haltung zwischen 1948 und 1950 überhaupt zum Bau des EKO und zum konkreten Standort war?

Schürer: Die Sowjetunion entschied alles. Wir waren damals nicht selbstständig, die DDR existierte noch nicht. Alles wurde abgewickelt über die sowjetische Militäradministration in Deutschland. Wir unterstanden ihrer ökonomischen Abteilung, deren Bestimmungen wir ausführen mußten. Gerade in der UdSSR hatte Selbmann¹ sehr großes Ansehen. Sie verließen sich auf ihn, unterstützten ihn intensiv, aber es wäre damals ohne die sowjetischen Entscheidungen nicht möglich gewesen, ein solches Werk in Eisenhüttenstadt zu errichten. Selbmann selbst war eine schillernde Figur in der Geschichte der DDR. Ihm wurden alle Orden, die das Land zu verteilen hatte, verliehen, aber er erhielt auch alle Strafen, Parteistrafen bis zum Rausschmiß. Selbmann endete daher nicht als großer Wirtschaftler, sondern als Schriftsteller. Er schrieb Bücher wie „Die lange Nacht“ über seinen Zuchthausaufenthalt im Konzentrationslager Sachsenhausen und die „Heimkehr des Joachim Ott“, ein Buch, das die Metallurgie in der DDR behandelt. Selbmann ist 1975 gestorben.

Frage: Dazu eine Zusatzfrage im Hinblick auf die sowjetisch-inspirierte Politik des forcierten Ausbaus der Schwer- und Eisenhüttenindustrie in der DDR, die offenbar rein wirtschaftliche Gesichtspunkte, abgesehen von den politischen, beiseite ließ. Sie sprachen davon, daß es Widerstände gegeben habe und der Ausbau gegen existierende Widerstände beschlossen worden sei. Mich interessiert, welcher Art die Widerstände Anfang der fünfziger Jahre waren.

Schürer: Es gab immer Leute, die wollten die Mittel nicht in diesem Umfang in die Schwerindustrie lenken, sondern lieber in die Renovierung der im Krieg zerstörten Maschinenbauindustrie. Denn ursprünglich war die DDR ein Land des Maschinenbaus, also der mittleren Industrie, der Leichtindustrie sowie der Textilindustrie. Die erwähnten Zweige bekamen in jener Zeit nicht genügend Mittel zum Wiederaufbau und forderten, nicht alle Mittel ausschließlich auf die Schwer- und Eisenhüttenindustrie zu verteilen, um ihre eigenen Kapazitäten entwickeln zu können. Das hatte eine gewisse Logik und konnte nicht einfach verdrängt werden. Aber,

¹ Fritz Selbmann, 1953–1961 stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Plankommission, 1961–1964 stellvertretender Vorsitzender des Volkswirtschaftsrates.

selbst wenn die Mittel nicht reichten, man kann sie nur einmal verteilen, und da wurde durchgesetzt, EKO muß sein! Und dieser Vorrang hatte Rückwirkungen auf Maßnahmen, die schließlich zu den Ereignissen des 17. Juni 1953 führten, nämlich, daß die Leute nicht regelmäßig auf ihre Lebensmittelkarten die zugeteilte Ration bekamen. Die Menschen in der DDR lebten bis 1958 mit Rationierungsmaßnahmen, im Unterschied zur Bundesrepublik, in der die Rationierung schon ab 1952 aufgehoben worden war.

Frage: Kann man das konkretisieren? Welche Kräfte waren das, waren das bestimmte Parteigruppierungen?

Schürer: Ich glaube nicht, daß ich sie namentlich kennzeichnen kann. Es war einfach ein Wettlauf um Mittel, bei dem der eine gewonnen hat und der andere verloren. Und der Verlierer war natürlich nicht damit beiseite gedrängt. Sie müssen sich auch vorstellen, daß es einen zweiten Schwerpunkt gab. Ich habe ihn in meinem Vortrag nicht erwähnt, das war die Wismut. Wir waren das Land mit den besten Vorkommen an Uranerzen in Europa, d. h. im sowjetischen Einflußbereich, und mußten innerhalb von drei Jahren eine Uranproduktion aus dem Boden stampfen. Und allein diese beiden Schwerpunkte führten dazu, daß die Kräfte in den ersten Jahren der DDR übermäßig angestrengt werden mußten, aber nicht nur wegen EKO und Wismut, sondern auch infolge der Schwerindustrie und der umfangreichen Reparationszahlungen.

Frage: Der 'Widerstand' ist also primär eine Frage der Zuständigkeit gewesen und politisch motiviert, d. h. der Minister für Maschinenbau hat gesagt, diese Allokation ist falsch, wir sind ein Maschinenbauland, ich kann mit dem Aufbau meiner demontierten Anlagen viel schneller die Mittel reinholen, die wir als rohstoffarme DDR benötigen. Es war also keine Frage politischer Gruppierungen, sondern welche Investitionsmaßnahmen erhalten Priorität und welche nicht?

Schürer: Die damaligen Parteiausschlüsse von Wollweber, Zeisser² u.a. fanden nicht vor den Hintergrund der Schwerindustrie statt.

Frage: Wie würden Sie die Spezifik des sozialistischen Kombinats wie des EKO im Vergleich zu kapitalistischen Unternehmen – wie Cöckerill Sambre beschreiben?

2 Wilhelm Zeisser, 1950–1953 Minister für Staatssicherheit, 1954 Parteiausschluß zusammen mit Rudolf Herrmstadt, 1993 rehabilitiert; Ernst Wollweber, 1953–1957 Minister für Staatssicherheit, 1958 Parteiausschluß zusammen mit Karl Schirdewan.

Schürer: Jedenfalls gibt es einen großen Unterschied: Die Werke im Kapitalismus arbeiten mit viel weniger Arbeitskräften als die im Sozialismus. EKO hatte zu DDR-Zeiten ungefähr 15.000 Beschäftigte, die Stadt selbst hatte etwa 55.000 Einwohner. Soweit ich erfahren habe, arbeiten heute unter den kapitalistischen Bedingungen von Cockerill Sambre 2700 Beschäftigte. Ich möchte damit nicht sagen, daß alle diese Arbeitsplätze verloren gingen, es ist ja auch entflochten worden. Denn zu EKO gehörten viele Betriebe, Dienstleistungsbetriebe u.a., die heute selbständig sind. Die Differenz bedeutet daher nicht einfach Arbeitslosigkeit. Die Verringerung der Arbeitskräfte ist der größte Unterschied und dann die Veränderungen bei den sozialpolitischen Maßnahmen. Die DDR war da ja bekanntlich sehr großzügig. Wir haben alle Sportvereine bezahlt, z.B. den Fußballverein von Eisenhüttenstadt, die Kindergärten, das Krankenhaus usw. Diese Dinge sind heute den zuständigen Stellen übergeben worden. Der Vorsitzende der Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit, der ostdeutsche CDU-Politiker Rainer Eppelmann kam jüngst zu einer Veranstaltung nach Eisenhüttenstadt, die für ihn sehr unangenehm wurde, weil einige Leute ihm deutlich sagten, daß es ihnen in der DDR besser gegangen wäre, sie hätten Kindergärten, Betriebsessen für 80 Pfennig gehabt. Ich muß sagen, daß diese Dinge auch den Hintergrund der DDR-Nostalgie bilden. Menschen bewahren bestimmte Erinnerungen an gute Dinge. Am liebsten wäre ihnen die Deutsche Mark mit den subventionierten Preisen der DDR.

Frage: Ich interessiere mich für Ihre Meinung, warum als zweiter Schritt das Kaltwalzwerk ausgebaut wurde. Nach den Akten erscheint es so, daß die Entscheidung von der SED und nicht von der UdSSR getroffen wurde. Die SED hat 1958/59 versucht, vom Westen Mittel für den Ausbau des Kaltwalzwerkes zu bekommen. Warum war das Kaltwalzwerk die zweite Entscheidung, denn dadurch war die Lücke im Stahlproduktionsverfahren noch nicht geschlossen?

Schürer: Das war das zweite Mal, wo einsichtige Leute unterlegen waren. Es gab Vorschläge, mit der Warmbandstraße und nicht mit dem Kaltwalzwerk zu beginnen und so den metallurgischen Zyklus zu schließen. Die UdSSR konnte damals der DDR die Warmbandstraße nicht übergeben, aber das Kaltwalzwerk liefern. Daher wurde damals das Kaltwalzwerk bevorzugt. Meiner Ansicht nach war diese Entscheidung nicht gut. Die Kaltwalzkapazität hätte man auch in anderen Werken erweitern können, dazu brauchte man nicht das EKO. Das EKO kann nur als leistungsfähiger Betrieb existieren, wenn es einen geschlossenen metallurgischen Zyklus hat.

Frage: Können Sie mir sagen, ob eine solche Anregung oder Initiative von Ministern wie Selbmann, von Ulbricht oder von der Sowjetunion ausging? Und wie verlief ein Entscheidungsprozeß zum Aufbau eines neuen bedeutenden Investitionsobjektes wie z.B. bei EKO, bei dem Chemiefaserwerk in Guben oder bei dem Halbleiterwerk in Frankfurt?

Schürer: In diesem Falle ist es eindeutig eine Entscheidung der Ausgangsthese von Stalin gewesen, die ich am Anfang gesagt habe. Jedes sozialistische Land mußte seinen eigenen schwerindustriellen Rahmen schaffen. Das war die Grundentscheidung. Dazu gehörte nicht nur ein Eisenhüttenwerk, der Schwermaschinenbau, sondern auch die Energiewirtschaft und andere Bereiche. Im allgemeinen war ein Investitionsvorhaben dieser Größenordnung immer eine volkswirtschaftliche Aufgabe, die durch die Zusammenarbeit zwischen den Planungsorganen und den Ministern ausgearbeitet wurde. Wir als Plankommission hatten die wirtschaftliche Grundstrategie vorzugeben und mußten folglich die Investitionsschwerpunkte aussuchen. Dadurch waren meistens viele Ministerien beteiligt, nicht nur das Ministerium, das selbst investierte. Bei uns gab es ein Büro für Inspektion der Investitionen, indem etwa 120 Wissenschaftler arbeiteten, die mir untergeordnet waren. Ihre Aufgabe war, alle größeren Investitionen über zehn Millionen Umfang zu begutachten. Mit wissenschaftlicher Unterstützung wurden dann Sachgutachten angefertigt. Das Verfahren war erforderlich, bevor das Gutachten überhaupt zur Entscheidung vorgelegt werden konnte. Entschieden wurden die Investitionen immer mit den Plänen, d. h. der Plan hatte eine Anlage der wichtigsten Investitionen, die dann bestätigt wurden.

Frage: Mich interessieren die Widerstände, von denen sie sprachen. Ich meine damit, wer entschied bei Großobjekten? Setzte ein Minister wie z.B. Selbmann die Errichtung eines Großobjektes durch, oder entschied ein Minister wie z.B. Wunderlich³ beim Halbleiterwerk, weil er sich dafür so eingesetzt und engagiert hat? Von welchen Faktoren hing es ab, ob eine Entscheidung wichtig oder nicht so wichtig war? Waren die Initiatoren die Minister oder die Staatliche Plankommission? Wie waren konkret die Kräfteverhältnisse oder die Gewichtungen?

Schürer: Eine Person allein hätte gegen den Widerstand anderer nichts durchsetzen können. Da gab es zu viele Möglichkeiten der politischen Kontrolle und der Pflichten zur Zusammenarbeit der Organe. Im Grunde ist die vollständige Erstellung eines Planes ein Kampf divergierender Meinungen zu dieser oder jener Frage. Und dabei muß man die Leute zu Wort

3 Helmut Wunderlich, 1959–1960 stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Plankommission.

kommen lassen, denn man kann Menschen nicht einfach verpflichten, so zu denken, wie ich denke. Wenn der Plan dann dem Politbüro vorgelegt werden sollte, dann mußte die Vorlage gemeinsam unterschrieben sein, z.B. trägt die Vorlage der Warmbandstraße die Unterschrift von Schürer, von Singhuber als Minister für Metallurgie, von Beil als Minister für Außenhandel, von Kersten, damals Minister für Schwermaschinenbau, sowie von Junker, der Minister für Bauwesen war. Und wären wir nicht einer Meinung gewesen, hätten wir die Differenzen schriftlich formulieren und als Anlage beilegen müssen, d. h. ein Widerspruchsprotokoll wird hinten angefügt. Daraufhin entschied das Politbüro oder der Ministerrat, wie mit dem Widerspruch umzugehen ist.

Frage: Im Politbüro sind nur Beschlußvorlagen vorgelegt worden, die in der Regel bestätigt wurden. Wir wissen, daß die Vorlagen durchgegangen sind, die der Staatsapparat in Übereinstimmung mit den zuständigen Abteilungen des Zentralkomitees erstellt hatte. Differenzen mußten vorher bereinigt werden. Denn existierten Differenzen, konnte keine beschlußfähige Vorlage erstellt werden. Deshalb ist es eine spannende Frage: Wie verlief der Willensbildungsprozeß im Vorfeld der Beratung im Politbüro?

Schürer: Meine Aufgabe war eigentlich ein Schleudersitz der Nation. Ich habe mich von früh bis spät mit irgendwelchen Dingen auseinandersetzen müssen, mit unterschiedlichen Meinungen wichtiger Persönlichkeiten usw. und mußte dann eine Lösung finden. Das waren relativ klare Angelegenheiten, aber manchmal mußte man auch kapitulieren, wie z.B. in die Herstellung von Futtermittel aus Dieselmotorkraftstoff für die Landwirtschaft. Weltweit gab es nur in Japan eine solche Versuchsanlage, und da sollte man für die DDR eine Anlage entwickeln. Das ist sehr schwer. Aber trotz meines Protestes wurde die Anlage beschlossen und das Ding steht heute in den Schwed. Das Werk hat 1,7 Milliarden Mark gekostet und ist praktisch in den Sand gesetzt, weil die Rückstände an Kohlenwasserstoffen in diesem Futtermittelprodukt bei der Verfütterung an die Schweine eine Langzeitwirkung nach sich ziehen können.

Frage: Sie haben gesagt, EKO war 1983 mit der Sowjetunion als Generalabnehmer geplant, das wäre ein guter Fortschritt gewesen. Dann begann Mittag gegen diese Maßnahme zu polemisieren, und 1987 fand eine Parteikontrolle statt. Was ist eine Parteikontrolle, was hat man sich darunter vorzustellen?

Schürer: Eine Parteikontrolle ist zunächst einmal etwas normales, wie vielleicht woanders auch, aber bei uns war die Parteikontrolle immer schon der Beginn einer schlechten Zeit für denjenigen, den es betraf. Am Ende

der Parteikontrolle hätte man aus der Partei ausgeschlossen werden können, was wir zur damaligen Zeit als schädlich empfunden hätten. Mir hat keiner gedroht, aber die Leute von der Parteikontrolle prüften nach: Welche Unterlagen hat Schürer verwendet, was hat er da gemacht und warum hat er das vorgelegt? Sie haben die Leute ausgefragt, wie denkst Du denn darüber usw. Was mich damals so erschüttert hat, war, daß diejenigen, die mit mir die Vorlage ausgearbeitet hatten, also die Minister, die ja in ihren Ministerien Experten und Wissenschaftler versammelt hatten, daß die plötzlich umfielen und sagten, die Anlage aus Japan sei doch besser. Ich ging dabei richtig „technisch K.O.“, weil die mich mit technischen Mitteln widerlegen wollten. Die sagten immer: Du bist ein studierter Ökonom, bitte schön, aber die technischen Dinge kannst Du überhaupt nicht beurteilen. Und das stimmt auch. Wenn man für eine gesamte Wirtschaft eines Landes verantwortlich ist und ökonomisch ausgebildet ist, dann unterliegt man dem Gesetz der Optik: Je breiter die Blende, um so geringer die Tiefenschärfe. Wenn man da nicht die Spezialisten hinzuzieht, kann man sich auch irren. Und auf die Spezialisten muß man sich aber dann verlassen können. Wenn die jedoch umfallen, also ich möchte mich an die Zeit nicht mehr so gern zurückerinnern, wie's mir da ging. Und mein bester Freund Ryschkow⁴, der heute noch in der Politik ist, kam und der sagte: Die haben Dich alle betrogen, Gerhard, und Du weißt das! Ich antwortete: Ja, ich habe es gewußt, aber ich habe auch, genau wie Du, die Beschlüsse des Politbüros auszuführen.

Frage: Könnte es sein, daß es im Interesse der Sowjetunion gewesen war, diese Warmbandstraße nicht zu bauen, damit die Kooperation zwischen der DDR und der Bundesregierung nicht noch enger wird?

Schürer: Ich glaube, daß Salzgitter daran interessiert war, daß sie nicht gebaut wird. Ebenso denke ich, daß die Sowjetunion ein absolutes Interesse hatte, daß sie gebaut wird. Ich habe mit meinen engen Kontakten zur Sowjetunion überhaupt erreicht, daß die für uns die Walzgerüste bauen und die Straße als Generalauftragnehmer übernahmen. Das erforderte viele Verhandlungen mit der sowjetischen Seite, die ich vor allem mit meinem Freund Baibakow⁵ geführt habe, der ja auch 20 Jahre Planungschef in der Sowjetunion war, der übrigens auch heute noch mit der Bundesrepublik über Erdgasgeschäfte verhandelt. Die Sowjetunion wollte die Anlage und war tief erschüttert, als wir dann den Vertrag kündigten.

4 Nikolai I. Ryschkow, Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR.

5 Nikolai K. Baibakow, Vorsitzender von Gosplan.

Frage: War das schon unter Gorbatschow?

Schürer: Das war 1987 schon zu Zeiten Gorbatschows.

Frage: War die Beziehung zu Japan wichtiger als die zur Sowjetunion?

Schürer: Die Beziehung zwischen Honecker und Gorbatschow war nicht sehr gut. Die waren überhaupt nie gut, aber damals noch schlechter als zu Anfang. Weiterhin sah man in Moskau sehr kritisch, daß sich die DDR mehr an die Bundesrepublik und an Japan, Italien, Belgien usw. annähern wollte. Aber es war eben auch eine Zeit, in der nicht mehr alles in Moskau entschieden wurde.

Frage: Haben diese Entscheidungen vielleicht mit der Tatsache zu tun, daß die Lieferungen aus den RGW-Ländern so ungesichert waren? Hat die Kündigung des Vertrages damit zu tun, daß man solche Probleme vermeiden wollte?

Schürer: Wir hatten ja diese Möglichkeiten mit den anderen RGW-Ländern überhaupt nicht, auch das Umwalzen mußten wir in den kapitalistischen Ländern machen, weil die anderen gar keine Warmbandkapazitäten frei hatten. Sie haben alle nur ihre eigenen Erzeugnisse gewalzt, und in bezug auf die Lieferung gab es Metall-Lieferungen nur von der UdSSR an die DDR und etwas von der ČSSR gegen Braunkohle. Aber mit den anderen Ländern gab es nur einen Sortimentsaustausch im Stahl, aber keine Verflechtung in den Stahlkapazitäten. Wir haben aus der UdSSR jährlich eine Million Tonnen Walzmaterialien bezogen und eine Million Tonnen Roheisen. Aber da mußten wir immer schon sehr dafür ringen, daß wir die überhaupt bekamen. Deswegen war es für uns so wichtig, selbständig zu sein.

Frage: Welchen Einfluß hatte die polnische Krise in den achtziger Jahren auf die Entscheidung der Erweiterung des Stahlwerks bzw. die Absage?

Schürer: Wir wurden durch die polnische Entwicklung nicht in unserer Entwicklung behindert. Wenn es in Polen Probleme gab, bestand aber immer noch das Interesse an der Lieferung der Kohle und anderen Erzeugnissen. Manchmal kam es zu Verzögerungen bei den Lieferungen, aber die sind stets gegenseitig geregelt worden, Polen bekam ja von uns als Gegenleistung Kali, die das Land dringend für seine Landwirtschaft brauchte. Wirtschaftlicher Austausch wird glücklicherweise meist wenig durch die politischen Krisen beeinflusst.

Frage: Ich denke an Streiks! Ich bin sicher, daß es wegen der Ereignisse in Polen zu Lieferschwierigkeiten gekommen ist. Ich weiß aber nicht genau, ob das für Eisenhüttenstadt auch zutrifft. Auf jeden Fall war es nicht so einfach, wie es hier dargestellt wird.

Schürer: Ich muß ehrlicherweise sagen, daß es immer Drohungen gegeben hat: Wir werden das veranlassen, wir werden das machen usw. Aber in der Praxis führte dies hinsichtlich der wirtschaftlichen Beziehungen mit Polen zu keinen größeren Störungen. Einmal drehte einer den Ölhahn zu, aber nur für Stunden, und dann war alles wieder in Ordnung. Denn jeder Wirtschaftler, der eine wirtschaftliche Verflechtung einging, ist interessiert, seine Kontakte und seine Lieferung zu behalten. Es ist aber auch wahr, daß es politisch oft knirschte und krachte, aber direkte ökonomische Störungen konnten in Grenzen gehalten werden.

Frage: Führten nicht wirtschaftliche Störungen teilweise zu einer Schließung der polnischen Grenze, weil man befürchtete, daß zwei bis drei Millionen Konsumenten die Läden leerkaufen würden? Ich weiß nicht, inwieweit dies auf Eisenhüttenstadt zutrifft.

Schürer: Ich kann aus meinen Erfahrungen nur berichten, daß es im wesentlichen – man muß immer im wesentlichen sagen –, ständig Teilprobleme gab, die eine Rolle spielten. Wir hatten ja den Danziger Hafen mitbenutzt usw., da gab es oft Probleme: Wenn Streiks waren, kam die Ware nicht. Aber all das sind doch normale Dinge, die im Leben häufig vorkommen. Auch heute noch, streiken z. B. die Arbeiter in Frankreich, dann wird die Ware nicht zum Volkswagenwerk Wolfsburg geliefert. Wir hatten damit keine Probleme, noch nicht mal in der gemeinsamen Baumwollspinnerei, die wir ja gemeinsam betrieben haben. Diese Betriebe wurden von der polnischen Seite vom Streik ausgenommen.

Hartmut Elsenhans

Individualistische Strategien der Haushalte zur Zukunftssicherung: Grundlage für den Niedergang des wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus

1. Wachsendes Sparen der privaten Haushalte

Die private Ersparnis der Haushalte ist zu einem wichtigen makroökonomischen Faktor geworden. Haushalte mit wenigstens einem Erwerbstätigen sparen in der Bundesrepublik inzwischen je nach Einkommenshöhe und Jahr zwischen einem Sechstel und einem Achtel ihrer monatlichen Einnahmen.

Das akkumulierte Nettogeldvermögen der privaten Haushalte beträgt 149 Prozent der jährlichen Haushaltseinkommen (1997) und 75 Prozent des akkumulierten Nettoanlagevermögens des kapitalistischen Sektors (ohne Wohnungsvermietung). Die akkumulierte Nettoersparnis der privaten Haushalte liegt bei 121 Prozent des jährlichen Volkseinkommens und 92 Prozent des jährlichen Bruttosozialprodukts.

In einer kapitalistischen Wirtschaft ist der Umfang des verfügbaren Anlagevermögens gerade wegen der Effizienz bei der Nutzung von knappem Kapital nicht ausreichend, um den Ansprüchen reicher werdender Haushalte nach zukünftiger Sicherheit auf der Grundlage des Erwerbs von Anlagevermögen zu genügen.¹

Kapitalismus ist keine Veranstaltung, deren Hauptkennzeichen die Akkumulation von Kapital ist. Würde man eine kapitalistische Wirtschaft in ihrem Wachstumsprozeß in einem System von Arbeitswerten darstellen, fände hier im Regelfall überhaupt keine Akkumulation von Kapital statt. Bei konstantem Kapitalkoeffizienten, eher die Regel für kapitalistische Wachstumsprozesse, steigt der Kapitalstock im Verhältnis zum Volkseinkommen nicht, so daß bei konstanter Beschäftigung der Kapitalstock, gemessen in Arbeitswerten, nicht „wächst“.

Deshalb gibt es im Kapitalismus wenig Möglichkeiten, „Werte“ aufzubewahren. Ein Anstieg der Sparneigung der privaten Haushalte verweist auf eine Geldillusion. Aufgrund dieser Illusion verhalten sich allerdings die Haushalte auf eine Weise, in deren Folge sie sich selbst entmachten, weil sie wesentliche, die Kapitaleseite disziplinierende Mechanismen von

1 N. H. Buchanan/H. D. Wilmeth, *Unified Economic Theory: Conceptual Foundations and Policy Implications*. Fifth Post Keynesian Workshop: Full Employment and Price Stability in a Global Economy (Knoxville: Tagungsbeitrag, Juli 1998), S. 21.

Kapitalismus beseitigen. Dies nachzuweisen ist der Gegenstand dieses Beitrags.

Die Sparer suchen nach „Assets“, um Eigentum zur Zukunftssicherung zu erhalten, doch werden „Assets“ diesen Umfangs für kapitalistisches Wachstum gar nicht benötigt. Deshalb lassen sich „Assets“ in Höhe der Ersparnis der privaten Haushalte beschäftigungswirksam nur sehr schwer produzieren. Die Sparer zerstören damit die wesentliche Grundlage ihrer eigenen Verhandlungsmacht als Arbeitnehmer, nämlich ein Beschäftigungsniveau, bei dem Arbeit knapp wird.

Kapitalismus beruht auf Verhandlungsfähigkeit von Arbeit. Nur durch diese Verhandlungsfähigkeit von Arbeit kann die Verminderung finanzieller Überschüsse auf das Niveau der Nachfrage der Unternehmen nach Investitionsgütern erreicht werden. Gelingt die Begrenzung der Überschüsse nicht, entstehen Renten.

Selbst wenn die Unternehmen diese zusätzlichen finanziellen Ressourcen für eine Beschleunigung der Akkumulation von Produktivkapital nutzen und damit beschäftigungswirksam ausgeben, führte die Beschleunigung der Akkumulationsrate wegen beschränkter verfügbarer technischen Fortschritts zum Fall der Profitrate und damit zu Beschäftigungseinbrüchen, wobei – in Voraussicht einer solchen Entwicklung – die Unternehmer den Akkumulationsprozeß auch schon vorher abbrechen können. Der Nachweis dieses Zusammenhangs steht im Mittelpunkt des hier vorgestellten Modells.

Der notwendige Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Verhandlungsfähigkeit von Arbeit wird auch in der Schulökonomie deutlich angesprochen. Übereinstimmung zwischen den verschiedenen Schulen der Wirtschaftswissenschaft besteht darin,

- daß – unabhängig von der Organisationsstärke von Arbeit – Arbeit allein deshalb verhandlungsfähig wird, weil sie bei Vollbeschäftigung knapp wird. Bei Knappheit von Arbeit steigen die Arbeitslöhne auf das Grenzprodukt von Arbeit.²
- daß die von der Gesamtheit aller Wirtschaftssubjekte realisierte Ersparnis güterwirtschaftlich nicht über der Höhe der Ausgaben für Nettoinvestitionen liegen kann. Die Höhe der Nettoprofite der Unternehmen ist bei ausgeglichener Leistungsbilanz, ausgeglichenem Staatssektor und einer Nettoersparnis der privaten Haushalte von Null durch die Höhe der

2 Lohnsteigerungen, die über den Produktivitätssteigerungen liegen, können nur um den Preis von Arbeitslosigkeit durchgesetzt werden. Daraus ergibt sich als Nebeneffekt, daß eine Umverteilung zu Lasten von Kapital über das Ausmaß von Renten hinaus im Kapitalismus unmöglich ist, weil der kapitalistische Profit funktional der Finanzierung von Investitionen dient.

Nettoinvestitionsausgaben, also Bruttoinvestitionen minus Abschreibungen bestimmt.³

Dem Produktivitätsfortschritt angemessene Reallohnsteigerungen ergeben sich über den Markt nur bei Vollbeschäftigung. Dem Produktionspotential und dem möglichen Wachstumspfad entsprechende Nettoinvestitionen der Unternehmen, durch die heute Vollbeschäftigung antstände, ergeben sich nur bei entsprechenden Gewinnerwartungen der Unternehmen, d. h. aufgrund ihrer Einschätzung der zukünftigen Entwicklung von Rentabilität und Nachfrage.⁴

2. Sparen führt unterkonsumtiv zu „Überakkumulation“ mit zwangsläufig sinkender Profitrate

Zu beweisen ist, daß im Rahmen des üblichen makroökonomischen Standardmodells vermehrtes Sparen der privaten Haushalte selbst dann zu Investitionszurückhaltung der Unternehmen und Arbeitslosigkeit führen muß, wenn die Unternehmen zunächst in optimistischer Erwartung alle verfügbaren finanziellen Ressourcen für Investitionen nutzen.⁵ Dabei gehen wir von einer geschlossenen Volkswirtschaft mit ausgeglichenem Staatssektor aus.

3 Zwischen der Aussage, daß die Löhne maximal um den Zuwachs der Produktivität steigen können, und der Aussage, daß die Profite durch die Nettoinvestitionsausgaben der Unternehmen bestimmt werden, besteht ein Zusammenhang. Auf den Arbeitsmärkten ist durch Lohnkontrakte keine Umverteilung des Produktionsvermögens zu erreichen, weil der kapitalistische Profit funktional der Finanzierung der Investitionen dient. Die Gesamtheit der Unternehmen kann auf dem Markt Profit über die Preise ihrer Produkte nur im Umfang der Ausgaben für Nettoinvestitionen erzielen.

4 Es ist bedenklich, wenn die SPD von der führenden Zeitung der Unternehmer vor der Erwartung gewarnt werden muß, sinkende oder stagnierende Reallöhne führten zu höheren Innovationen, vgl. H. Mundorf, Becks Rezepte sind zu einfach, in: Handelsblatt (16/17. Juli 1999), S. 2.

5 Es handelt sich dabei um einen Sonderfall des schon an anderer Stelle dargestellten Zusammenhangs, nach dem ohne Beschränkung der für Investitionen verfügbaren Überschüsse durch steigenden Konsum, also letztlich bei Wettbewerb auf den Arbeitsmärkten und Vollbeschäftigung bei steigenden Masseneinkommen, die Profitrate im Unternehmenssektor fallen muß, sofern die Faktorproduktivität nicht parallel zum Kapitalstock, und unter diesen Modellvoraussetzungen explosiv steigt, vgl. H. Elsenhans, Überwindung von Marginalität als Gegenstand der Armutsbekämpfung, in: H. B. Schäfer (Hrsg.), Bevölkerungsdynamik und Grundbedürfnisse in Entwicklungsländern, Berlin 1995, S. 201-206; ders., Rent, State and the Market: The Political Economy of the Transition to Self-sustained Capitalism, in: Pakistan Development Review, 33, 4 (Dezember 1994), S. 401-405.

6 „Die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme im Jahr 1997“, in: Deutsche Bundesbank Monatsbericht 50, 5 (Mai 1997), S. 37, S. 41. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland (Stuttgart: Metzler-Poeschel), verschiedene Ausgaben.

Sparen, Investitionen und Geldvermögensbildung in Deutschland 1991–1997 zu laufenden Preisen⁶

(Mrd. DM, wenn nicht anders vermerkt)

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Verfügbares Einkommen	1.892,2	2.038,0	2.101,2	2.173,4	2.252,7	2.333,3	2.371,5
Private Ersparnis	261,9	282,5	272,0	267,4	278,9	293,3	287,5
Geldvermögensbildung minus Konsumentenkredite	213,7	233,6	220,3	213,7	226,0	237,1	230,1
Gesamtes Geldvermögen privater Haushalte (netto)	2.304,4	2.455,8	2.719,9	2.815,7	3.048,0	3.234,2	3.522,3
Bruttoinvestitionen der Unternehmen	409,2	403,8	354,9	387,7	409,1	389,5	441,7
Geldvermögensbildung der Unternehmen	128,9	133,1	164,6	120,8	134,0	132,6	92,4
Nicht entnommene Gewinne der Unternehmen	31,9	14,5	26,3	25,2	61,0	45,4	34,3
Abschreibungen	253,9	276,6	294,1	301,6	310,0	314,7	320,9
Eigenfinanzierungsquote aus Abschreibungen (%)	62,0	68,5	63,7	77,8	75,8	80,1	72,7
Nettoanlageinvestitionen ohne Vermietung	3.613,9	3.884,1	4.031,7	4.172,4	4.288,9	4.350,4	n. v.

Als Stromgröße (Größe einer Periode, im Regelfall eines Jahrs) setzt sich das Volkseinkommen Y aus dem Wert der Investitionsgüter I und der Konsumgüter C zusammen, die während dieser Periode produziert wurden. In dieser Produktion wurden Löhne L und Unternehmensprofite P bezahlt, die für Sparen S und Konsum C verwendet wurden. Im folgenden wird davon ausgegangen, daß Unternehmensprofite grundsätzlich gespart werden, so daß die Ersparnis auf zwei Quellen, den Profiten P und den Ersparnissen der privaten Haushalte SH besteht.

Damit gilt:

$$(1) \quad Y = C + I = L + P = S + C = C + SH + P; \quad I = SH + P$$

Zwischen der Entwicklung des Volkseinkommens und der Höhe des Kapitalstocks besteht ein Zusammenhang:

$$(2) \quad Y = bK$$

Die Kapitalproduktivität b (deren Kehrwert der Kapitalkoeffizient K/Y ist) bestimmt den Zusammenhang zwischen Wachstumsrate des Kapitalstocks und Wachstumsrate des Volkseinkommens. Das Volkseinkommen wächst dann mit:

$$(3) \quad 1 + y = (1 + k)(1 + b')$$

Im Fall einer sinkenden Kapitalproduktivität gilt $b' < 0$. Dann sinkt die Wachstumsrate des Volkseinkommens unter die Wachstumsrate des Kapitalstocks. Die für zusätzliche Produktionszuwächse zu verauslagenden Kapitalkosten steigen überproportional an. Damit die Unternehmen diese Investitionen tätigen können, muß zu Aufrechterhaltung einer konstanten Profitrate $\pi = P/K$ die Profitquote, d. h. der Anteil der Nettoprofite am zukünftigen Einkommen, steigen.⁷ Die Löhne steigen dann produktivitätsgerecht nicht entsprechend der Arbeitsproduktivität, nämlich bei konstantem Arbeitsangebot entsprechend der Wachstumsrate y des Volkseinkommens Y , sondern langsamer entsprechend dem langsameren Anstieg der Gesamtfaktorproduktivität.

Das Modell setzt flexible Preise voraus. Daß ex-post der Wert der Konsumgüter der Höhe der für Konsumgüter verwendeten Einkommen entspricht, ergibt sich selbst dann, wenn die Konsumenten durch Sparen weniger für Konsumgüter ausgeben wollen, als die Unternehmen bei ihren Produktionsplanungen erwarteten. Die Gesamtheit der Konsumgüter muß dann bei niedrigeren Preisen zum Betrag der von den Haushalten für Konsumgüter verwendeten Einkommen verkauft werden. Ebenso ist die Anpassung der Ersparnis an die Höhe der Investitionsausgaben Folge von Preisbewegungen. Entscheiden sich die Unternehmer für höhere Investitionsausgaben als die gesamtwirtschaftliche Ersparnis, kommt es zu Preis-

7 Vgl. E. Helmstädter, Der Kapitalkoeffizient. Eine kapitaltheoretische Untersuchung, Stuttgart 1969, S. 51.

steigerungen, bei im Verhältnis zur Ersparnis zu geringen Investitionen zu Preissenkungen, die vor allem die Profitmargen vermindern.

Das makroökonomische Modell, das hier verwendet wird, enthält keine Aussage über die Bestimmung der Nominallöhne, ist aber kompatibel mit der Annahme, daß bei Vollbeschäftigung die Nominallöhne entsprechend dem erwarteten Grenzprodukt von Arbeit steigen. Das Modell setzt nicht voraus, daß die Reallöhne steigen. Implizit wird aber vermutet, daß die Reallöhne steigen, weil sonst das Bortkiewicz-Kriterium⁸ verletzt wäre.

Zentral für das Modell ist die Annahme, daß private Haushalte mit wachsenden Haushaltseinkommen ihre Ressourcen zunehmend auf die Befriedigung zukünftiger Bedürfnisse ausrichten. Der Grenznutzen heute befriedigter Bedürfnisse nimmt ab, so daß bei konstantem Grenznutzen zukünftiger Bedürfnisse deren relatives Gewicht für die Haushalte zunimmt.

Als Ursachen für Veränderungen der Präferenzen, die das Sparen der privaten Haushalte (*SH*) bestimmen, können genannt werden: das größere Gewicht der Furcht vor Arbeitslosigkeit während des Erwerbslebens; Besorgnisse über Unwägbarkeiten im Alter, die um so gewichtiger werden, als der Lebensabschnitt länger wird, während dessen der Unterhalt aus Altersversorgungsbezügen bestritten werden muß; eine insgesamt wachsende Verunsicherung über die Zukunft einschließlich von Sorgen über die Sicherheit der Altersversorgung. Über das Gewicht solcher Gründe werden hier keine Annahmen getroffen. Sie scheinen letztlich auch deshalb schwer zu bestimmen, weil den Haushalten ihre Motive selbst nicht völlig klar sein dürften. Im Modell wird die vermehrte Spartätigkeit als Folge steigender Löhne angesehen.

Sparen der privaten Haushalte (*SH*) ist damit definitionsgemäß eine Funktion der Reallöhne:

$$(4) \quad SH = f_S L = 1; \quad 0 < f_S < 1; f'_S < 1$$

Für das Modell ist die Frage, inwieweit die Unternehmen bereit sind, in wachsendem Maße Investitionen wegen der Spartätigkeit der privaten Haushalte auch durch Kreditaufnahme zu finanzieren, zunächst nur am Rande wichtig. Es wird zunächst angenommen, daß die Unternehmer verfügbare Ressourcen investieren. Erst wenn gezeigt wird, daß sie selbst unter dieser Verhaltensannahme eine Beschäftigungskrise nicht vermeiden können, wird die alternative Annahme eingeführt, daß die Unternehmen

8 Nach Bortkiewicz können im Kapitalismus nur Technologien eingesetzt werden, bei deren Anwendung einzelbetrieblich die Profitrate nicht sinkt. Bei bekannten Produkten ist dies nur möglich, wenn die Stückkosten sinken. Neue Produkte zusätzlich zu bisher und weiterhin nachgefragten können nur eingeführt werden, wenn auch die Gesamtnachfrage zunimmt. L. von Bortkiewicz, Wertrechnung und Preisrechnung im Marxschen System, 3. Teil, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 25 (1907) 2, S. 454-459. Die Profitrate kann jedoch gesamtwirtschaftlich wegen der makroökonomischen Rahmenbedingungen sinken.

allein aus Gründen der Risikobegrenzung einen gewissen Grad der Fremdfinanzierung nicht überschreiten. Dazu wird als Verhaltenshypothese eingeführt, daß die Bereitschaft der Unternehmer, sich für die Durchführung von Investitionsvorhaben zu verschulden, von zwei Faktoren abhängt, dem Risiko und der Differenz zwischen Profitrate und Zinssatz, weil in Höhe dieser Differenz Unternehmen auch auf fremde Mittel Gewinne machen.

Die Bereitschaft zur Verschuldung, gemessen als Beitrag B , den die Unternehmen zur Finanzierung von Investitionen aufnehmen, ist definiert als

$$(5) \quad B = f_B(\pi - z, K/K_u),$$

wobei K für den Wert des akkumulierten Kapitalstocks steht, von dem nur ein Teil, nämlich K_u , Kapital der Unternehmen darstellt.

Eine Vollbeschäftigung sichernde Höhe der Gesamtnachfrage wird dann erreicht, wenn

$$(6) \quad Y = C + f_B(\pi - z, K/K_u) + P$$

sofern, was bei Bereitschaft zur Verschuldung anzunehmen ist, die Unternehmen ihre Profite für Nettoinvestitionen verwenden.

Dynamisiert läßt sich die Gleichung (1) wie folgt schreiben:

$$(7) \quad i \frac{I}{Y} = p \frac{P}{Y} + sh \frac{SH}{Y}; \quad y = sh \frac{SH}{Y} + p \frac{P}{Y} + c \frac{C}{Y}$$

Angesichts der Annahme produktivitätsgerechter Löhne und der Annahme der Gleichung (4) über einen im Verhältnis zum Wachstum des Volkseinkommens überproportionalen Anstieg der Spartätigkeit der Haushalte gilt $sh > y$. Eine konstante Zuwachsrate der Profite läßt sich nach Gleichung (7) nur erzielen, wenn $i > y$, weil bei $i = y$ und $sh > y$ zwangsläufig $p < y$. Parallel zum Wachstum des Volkseinkommens ansteigende Profite und damit eine parallel zur Wachstumsrate des Volkseinkommens sich entwickelnde Profitrate und Wachstumsrate des unternehmereigenen Kapitalstocks, in deren Folge letztlich die Verteilungsposition der Unternehmer wenigstens gehalten wird, setzt bei wachsender Spartätigkeit der privaten Haushalte eine über der Wachstumsrate des Volkseinkommens liegende Wachstumsrate der Investitionen voraus.⁹

9 Zwischen der Stromgröße P und ihrer Wachstumsrate p und der ihr zugehörigen Bestandsgröße K und ihrer Wachstumsrate π (die Profitrate $\pi = P/K$ ist bei Reinvestition des Gewinns zugleich die Wachstumsrate des von den Unternehmen abzüglich ihrer Schulden besessenen Kapitalstocks) besteht folgender Zusammenhang: $\pi = (1 + p)(P_{-1}/K_{-1})$. Bei $p \neq \pi$ nähert sich π an p an, weil in jeder folgenden Periode der Koeffizient K/P sich verändert, bis $p = \pi$. Dabei können sich aufgrund eines Schocks auseinanderliegende Zuwachsraten gegenläufig entwickeln. Die Verminderung der Zuwachsrate der Stromgröße schließt die Erhöhung der Zuwachsrate der Bestandsgröße nicht aus, weil und solange die Zuwachsrate der Stromgröße höher als die Zuwachsrate der Bestands-

Wenn bei wachsenden Sparleistungen der Privaten Vollbeschäftigung herrschen soll, muß die Wachstumsrate der Investitionen angehoben werden. Daraus ergibt sich, daß die Wachstumsrate des Kapitalstocks k steigen muß. Bei konstanter Kapitalproduktivität ist $y = k_{-1}$, $y_{-1} = k_{-2}$ etc., so daß $y > y_{-1} > y_{-2}$. Die Arbeitsproduktivität muß explosionsartig ansteigen, solange die Kapitalproduktivität bei wachsenden Raten des Wachstums des Kapitalstocks nicht sinkt.

In der Theorie endogenen Wachstums¹⁰ wird die von den Keynesianern beobachtete¹¹ und im Anschluß an Bortkiewicz auf steigende Reallöhne zurückzuführende relative Konstanz des Kapitalkoeffizienten auf die Abhängigkeit des technischen Fortschritts von zur Kapitalakkumulation komplementären Faktoren zurückgeführt. Ohne auf die hier anstehende Kontroverse einzugehen¹², kann sowohl auf der Grundlage der Theorie des en-

größe ist. Die Erhöhung der Zuwachsrate der Stromgröße muß mit einer Erhöhung der Zuwachsrate der Bestandsgröße einhergehen. Daraus folgt, daß selbst im Fall eines ursprünglich hohen Werts von p dessen dauerhafte Abnahme zu einem sinkenden π führen muß, insbesondere wenn Folge eines anfangs großen Abstands beim Prozeß der Angleichung beider Zuwachsraten auch π anstieg, solange p/π hoch war, vgl. dazu die Modellierung in Elsenhans, Rent (Anm. 5), bes. S. 423-425.

- 10 Vgl. z. B. P. M. Romer, Increasing Returns and Long-Term Growth, in: *Journal of Political Economy*, 94 (September/Oktober 1986) 2, S. 1002-1037; ders., The Origins of Endogenous Growth, in: *Journal of Economic Perspectives*, 8 (1994) 1, S. 3-22; K. H. Paqué, Technologie, Wissen und Wirtschaftspolitik – Zur Rolle des Staates in Theorien des endogenen Wachstums, in: *Die Weltwirtschaft*, 3 (1995), S. 237-253; H. Pack, Endogenous Growth Theory: Intellectual Appeal and Empirical Shortcoming, in: *Journal of Economic Perspectives*, 8 (Winter 1994) 1, S. 55-72; A. R. Barros, Some Implications of New Growth Theory for Economic Development, in: *Journal of International Development*, 5 (1993) 5, S. 531-558; Th. v. Klundert/L. Meijdam, Endogenous Growth and Income Distribution, in: *Journal of Economics*, 58 (1993) 1, S. 53-75.
- 11 N. Kaldor, Capital Accumulation and Economic Growth, in: F. A. Lutz/D. C. Hague (Hrsg.), *The Theory of Capital*, London/New York 1961, S. 179; E. D. Domar, The Capital-Output Ratio in the United States: Its Variation and Stability, in: ebenda, S. 95-117; Th. Mayor, The Decline of the United States Capital-Output Ratio, in: *Economic Development and Cultural Change*, 16 (Juli 1968) 4, S. 495-516; R. Bicanic, The Threshold of Economic Growth, in: *Kyklos*, 15 (1962) 1, S. 7-28; J. W. Kendrick, Productivity Trends in the United States. A Study by the National Bureau of Economic Research, Princeton, N. J. 1961, S. 166; J. W. Kendrick/R. Sato, Factor Prices, Productivity and Growth, in: *American Economic Review*, 53 (Dezember 1963) 5, S. 974; D. M. Phelps/B. Weber/E. H. Brown, Accumulation, Productivity and Distribution in the British Economy 1870-1938, in: *Economic Journal*, 63 (Juni 1953) 25D, S. 270.
- 12 Im Anschluß an Bortkiewicz und die Beobachtungen der Postkeynesianer wäre zu argumentieren, daß steigende Masseneinkommen durch zwei Faktoren den Anstieg des Kapitalkoeffizienten vermindern: Einerseits sinkt der Finanzierungsspielraum für Investitionen, so daß die Rate der Kapitalakkumulation auf die Rate des von der Kapitalakkumulation unabhängigen technischen Fortschritts gesenkt werden kann, zum anderen steigt wegen der Möglichkeit von Größenersparnissen die Rate des technischen Fortschritts, dazu H. Elsenhans, Wirtschaftswachstum und institutionelle Entwicklung. Korreferat zum Beitrag von Rainer Klump, in: R. Schubert (Hrsg.), *Neue Wachstums- und*

dogenen Wachstums als auch der postkeynesianischen Beobachtungen über Konstanz des Kapitalkoeffizienten mit plausiblen Gründen argumentiert werden, daß ein unbegrenztes Wachstum der Rate der Steigerung der Arbeitsproduktivität höchst unwahrscheinlich ist.

Bei $k > y$ sinkt definitionsgemäß die Kapitalproduktivität. Unter dieser Voraussetzung läßt sich der Fall der Profitrate selbst dann nicht vermeiden, wenn der Anteil der Ersparnisse der privaten Haushalte an der Investitionsfinanzierung zunimmt und die Haushalte für ihre so angelegten Ersparnisse keinerlei Zinsen erhalten (entsprechend der oben angeführten Überlegungen über die denkbare Unabhängigkeit der Sparneigung vom für Ersparnisse bezahlten Zinssatz).

Der Kapitalstock K wächst mit der Rate k . Weil ein Teil des Kapitalstocks, nämlich der aus Profiten gespeiste, als Eigenkapital in Besitz der Unternehmen befindliche Kapitalstock K_u mit $\pi < k$ wächst, liegt die Wachstumsrate des aus Ersparnissen finanzierten Teils des Kapitalstocks K_s mit $k_s > k$ gleichzeitig auch über der Rate des Wachstums des Volkseinkommens y . Wir erhalten für das Wachstum des Kapitalstocks und seine durch ihre Anteile an der Investitionsfinanzierung gewichteten Komponenten:

$$(8) \quad k = k_s \frac{SH}{I} + \pi \frac{P}{I}$$

Das Volkseinkommen wächst mit:

$$(9) \quad y = sh \frac{SH}{Y} + p \frac{P}{Y} + c \frac{C}{Y}$$

k_s und π sind die Wachstumsraten der Bestandsgrößen K_s und K_u , deren Stromgrößen SH und P sind. Bei tendenziell konstanten oder steigenden Wachstumsraten können die Wachstumsraten der Stromgrößen nicht niedriger sein als die Wachstumsraten der Bestandsgrößen, sofern diese nicht fallen dürfen. Das Vollbeschäftigungswachstum ist dann gekennzeichnet durch:

$$(10) \quad (1 + b') k = (1 + b') k \left(k_s \frac{SH}{I} + \pi \frac{P}{I} \right) = y = sh \frac{SH}{Y} + p \frac{P}{Y} + c \frac{C}{Y}$$

Weil $k_s > k > y$ gilt $sh > y$, so daß SH/Y steigt. Aus dem Modell läßt sich keine Richtung der Veränderung von P/Y ableiten. Die Wachstumsrate π von K_u kann größer oder kleiner sein als y . Da aber $k > y$, muß die Wachstumsrate i der Investitionen, die gleichzeitig die Wachstumsrate der aggregierten Teile SH und P ist, höher als y sein. Ein niedriges p kann nicht ein hohes sh ausgleichen, solange die Investitionsquote steigen muß. Dies ist nur möglich, solange $C/I > 0$, doch tendiert dieser Wert gegen Null. Die Bedingungen für den hier modellierten Akkumulationsprozeß lassen sich

nur aufrechterhalten, solange C/Y sinken kann. Bei $cC/Y = 0$, entweder als Folge einer nicht mehr verminderbaren Konsumhöhe oder als Folge gesellschaftlichen Widerstands ($c = 0$) bricht der Akkumulationsprozeß ab. Er dauert an, solange die Konsumquote noch erheblich ist und $c > 0$, so daß der Anstieg von $i > y$ durch $c < y$ kompensiert werden kann. Es gibt also einen Bereich, in dem eine sinkende Konsumneigung durch kapitalintensivierendes Wachstum kompensiert werden kann. Ein solcher Prozeß bricht aber zusammen, wenn die Konsumquote ein kritisches Maß unterschreitet und ein auch negatives Wachstum des Konsums nicht mehr weiter unterboten werden kann. Im Prinzip kann diese Schwelle abhängig von der Möglichkeit, c aus politischen Ursachen nicht mehr fallen zu lassen, zu jedem Zeitpunkt des Prozesses auftreten. Relevant ist jedoch, daß sie abhängig von der sinkenden Kapitalproduktivität bei einer Konsumquote $C/Y > 0$ auftreten muß.

Wir setzen den Ausdruck cC/Y der Gleichung (11) auf 0. Durch Umformung erhalten wir:

$$(11) (1 + b') > \frac{I}{Y}$$

Der Grenzwert von I/Y ist 1, dagegen $(1 + b') < 1$ bei sinkender Kapitalproduktivität. Der Prozeß muß um so früher abgebrochen werden, desto drastischer die Kapitalproduktivität sinkt.

Die Volkswirtschaft leidet an „Überakkumulativen“ finanzieller Mittel durch Sparen, selbst wenn die Unternehmer optimistisch alle verfügbaren Ressourcen investieren und dadurch Vollbeschäftigung zunächst sichern. Bei fortdauernd wachsender Investitionsquote I/Y muß der Akkumulationsprozeß mangels verfügbaren technischen Fortschritts stocken und Arbeitslosigkeit auftreten. Auch unter heroischen Annahmen ist der auf Konsumverzicht aufgebaute Akkumulationsprozeß nicht durchzuhalten.

Bemerkenswert an dem Modell ist, daß es die Auffassung widerlegt, daß ein durch unverzinste Ersparnisse finanzierter Akkumulationsprozeß die Unternehmer vor einem Fall der Profitrate bewahren könnte. Darin spiegelt sich die gesellschaftliche Funktionalität von Profit im Kapitalismus wider. Der Fall der Profitrate ist nur indirekt Folge einer „falschen“ Einkommensverteilung. Er ist vielmehr Folge einer „falschen“ Einkommensverwendung, bei der das Wachstum der für Akkumulation verfügbar gemachten Ressourcen das Wachstum des technischen Fortschritts überschritten hat.¹³

13 Es ist offensichtlich, daß damit der Wachstumsprozeß sowohl wegen im Verhältnis zur Kapitalakkumulation mangelnden technischen Fortschritts als auch wegen Nachfragegesichtspunkten abgebrochen werden kann, wie dies von den Klassikern postkeynesianischer Konjunkturtheorie schon thematisiert wurde, vgl. J. Hicks, *Money, Interest and Wages. Collected Essays on Economic Theory*, Oxford 1982, S. 41; R. F. Harrod, *Economic Essays*, London 1952, S. 273.

3. Die Unmöglichkeit der Umverteilung des Produktivvermögens durch Sparen

Mit der wachsenden Spartätigkeit treten Spannungen auf der Seite der Nachfrage auf. Daß die Unternehmen die wachsenden Ersparnisse der Haushalte auch investieren, wurde oben angenommen, um aufzuzeigen, daß selbst im Fall großer Nähe zu den Annahmen der Neoklassik vermehrte Spartätigkeit zum Abbruch von Wachstum führen muß. Eine empirisch abgesicherte Aussage über die Werte der Parameter der Gleichung (5) gibt es nicht.

Unser Modell traf nur grobe Zuordnungen über die Entwicklung des Verhältnisses zwischen K und K_u . Die Wachstumsrate von K war $k > y$, während die Wachstumsrate von K_u , nämlich π , unbestimmt war. Die implizite Annahme war $\pi \leq y$, weil bei $\pi > y$ und $b' < 1$ die Profitrate fallen muß. Welches Verhältnis bei $k > y$ und $\pi \leq 1$ das Verhältnis K/K_u annimmt, läßt sich aus dem Modell nicht ablesen. Ob bei den im Modell erreichbaren K/K_u die Forderung von (5) schon verletzt wird, bevor die Profitrate fällt, läßt sich nicht sagen.

Unabhängig davon, ob die Akkumulation nachfragebedingt wegen einer Steigerung von K/K_u oder wegen im Verhältnis zum Akkumulationsprozeß zu geringem technischen Fortschritt abgebrochen wird, zeigt die Gleichung (5), daß der Akkumulationsprozeß irgendwann abgebrochen wird und deshalb zu sinkenden Nettoinvestitionen führt. Unter diesen Voraussetzungen brauchen die Unternehmer Fremdmittel für die Finanzierung von Investitionen nur, wenn sie am Markt keine Profite erzielen, gleichwohl aber zur Sicherung von Wettbewerbsfähigkeit, z. B. Verbesserung der Technologien, also Rationalisierungsinvestitionen, weitere Investitionen vornehmen müssen.

Aus $I = S + P$ wird häufig abgeleitet, daß vermehrtes Sparen zunächst einen Nachfrageausfall darstellt und dann Nettoinvestitionen wegen des hohen Sparens der privaten Haushalte nur durch Verschuldung finanziert werden können. Der Nachfrageausfall in Höhe des Sparens hat nach dieser Auffassung zur Folge, daß die Unternehmer ihre Produkte nicht mehr mit Gewinn verkaufen können. Zwar entstehen in der Investitionsgüterproduktion Einkommen, für die keine Konsumgüter produziert werden. Die Lohnsumme übersteigt die Kosten, die in der Konsumgüterproduktion (einschließlich der Vorprodukte und der Ersatzinvestitionen) bezahlt wurden. Da diese Einkommen aber nicht vollständig für Güterverkäufe verwendet werden, sinkt der Gesamterlös, den die Konsumgüterproduzenten erzielen können. Die Ersparnis der privaten Haushalte kann die Höhe der Investitionsgüteraufgaben erreichen. Die Folge wäre dann im Modell die Substitution der Unternehmer als Eigentümer der Produktionsanlagen durch die spendenden Haushalte.¹⁴

Diese Perspektive würde voraussetzen, daß die Haushalte nicht nur durch Sparen die Nachfrage verminderten, sondern die Unternehmen auch zwingen könnten, ihr eingesetztes Kapital als nunmehr wertlos und deshalb keinen Gewinn abwerfend zu betrachten. Die Unternehmer werden darauf mit Produktionseinschränkungen reagieren. Damit sinkt das Güterangebot. Es kann wieder zu höheren Preisen verkauft werden, sofern keine neuen Anbieter am Markt auftreten.

In unserer Modellierung erhalten die Sparer keinen Zins, weil ihre Sparneigung als vom Zinssatz unabhängig betrachtet wird. Sie würden durch Investitionen in Produktionsanlagen, die keine Zinsen abwerfen, keinen Verlust erleiden. Allerdings verlören sie durch die Investition die mit Liquidität verbundenen Vorteile der freien Disposition und der Freistellung vom Risiko, das mit jeder Investition verbunden ist.

Für eine völlige Substitution privaten Sparens gegen Unternehmerprofite als Finanzierungsquelle privater Investitionen wäre dann notwendig, daß die privaten Haushalte tatsächlich in der Lage sind, gegebenenfalls Produktionskapazitäten wettbewerbsfähig mit den etablierten Unternehmen aufzubauen und durch ein entsprechendes Angebot am Markt die schon etablierten Unternehmen zu profitmindernden Preissenkungen zu zwingen.

Gegen diese Möglichkeit sprechen folgende Umstände: Die Produktion kann und ist häufig durch hohe Anfangsinvestitionen gekennzeichnet, die die etablierten Unternehmen schon getätigt haben. Neue Investoren müssen diese Kosten erst aufbringen und werden für den Wechsel aus Liquidität in Festanlagen keinen negativen Zins hinnehmen, den etablierte Unternehmen zur Aufrechterhaltung ihrer Marktanteile bei entsprechender Marktlage eben hinnehmen müssen. Hohe Fixkosten haben weiterhin Größensparnisse zur Folge. Die Durchschnittskosten, vor allem aber die Grenzkosten der Produktion sind für etablierte Unternehmen mit schon hohen Marktanteilen niedriger als für neue Anbieter. Dieser Mechanismus wurde für die deutsche Großindustrie in der Großen Depression der 30er Jahre von Sohn-Rethel als Anzeige für das Ende des Pigou-Effekts beschrieben.¹⁵ In der Krise fielen die Preise nicht mehr rascher als die Nominallöhne; dies hatte bis zum Wachstum der Monopole, auf das Sohn-Rethel die Starrheit zurückführt, über Realeinkommenssteigerungen zur Überwindung von konjunkturellen Krisen beigetragen.¹⁶

14 J. E. Meade, *The Rate of Profit in a Growing Economy*, in: *Economic Journal*, 73 (Dezember 1963) 292, S. 673.

15 Vgl. A. Sohn-Rethel, *Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus*, Frankfurt a. M. 1973, S. 47ff.

16 B. S. Bernanke/K. Carey, *Nominal Wage Stickiness and Aggregate Supply in the Great Depression*, in: *Quarterly Journal of Economics*, 111 (August 1996) 3, S. 881; Ch. Hanes, *The Development of Nominal Wage Rigidity in the Late 19th Century*, in: *American Economic Review*, 83 (September 1993) 4, S. 745; R. S. Tucker, *Real Wages*

Zudem trifft eine niedrige, ja möglicherweise sogar negative Profitrate nicht alle Unternehmen gleich. Je höher der Eigenkapitalanteil, desto geringer die Finanzierungskosten. Bei gleicher Wettbewerbsfähigkeit werden in der Krise im Fall sinkender Profitraten die Unternehmer am frühesten zahlungsunfähig, die eine niedrige Eigenkapitalquote aufweisen.¹⁷ Das Angebot sinkt. Die Preise können verteidigt werden.

Ähnliche Mechanismen ergeben sich aus der (vielleicht gewachsenen) Bedeutung von an Unternehmen gebundenem Wissen für die Steigerung der Produktivität. Die in der Theorie endogenen Wachstums von der post-keynesianischen Theorie übernommene Relativierung des Beitrags des physischen Kapitals zum technischen Fortschritt macht vollständige Konkurrenz unwahrscheinlich. Ein Neuanbieter verfügt nicht über das Wissen der schon etablierten Firmen, selbst wenn die Märkte ansonsten völlig frei sind. Die Erforschung der Rolle von Humankapital, Wissen, nicht in Kapitalausgaben inkorporierten Fortschritts und anderer Elemente des technischen Fortschritts zeigen, daß zumindest Teile dieser zusätzlichen und ergänzenden produktivitätssteigernden Faktoren zwischen den Unternehmen immobil sind. Die Qualität von Arbeit ist nicht nur Ergebnis der Dauer der in Ausbildungsinstitutionen verbrachten Zeit, sondern Folge von Learning by doing. Solches Lernen ist an bestimmte Unternehmen gebunden, wie die hohen Anlernkosten zeigen, die in der Theorie der Hysterisis auf den Arbeitsmärkten thematisiert werden.¹⁸ Die Analogie des Eingespieltseins einer Fußballmannschaft kann dies verdeutlichen.

of Artisans in London, 1729–1935, in: *Journal of the American Statistical Association*, 31 (1936) 1, S. 73–84; J. M. Keynes, *Relative Movements of Real Wages and Output*, in: *Economic Journal*, 49 (März 1939) 193, S. 35–36; H. Richardson, *Real Wage Movements*, in: *Economic Journal*, 49 (September 1939) 195, S. 431–441; H. J. Habakkuk, *Fluctuations and Growth in the 19th Century*, in: H. M. Robertson/M. Kooy (Hrsg.), *Studies in Economics and Economic History*, London 1972, S. 275; H. Rosenberg, *Die Weltwirtschaftskrise von 1857–1859*, Stuttgart/Berlin 1934, S. 185; W. Woytinsky, *Les conséquences sociales de la crise*, Genf 1936, S. 127–135; Ch. L. Mowat, *Britain Between the Wars 1918–1940*, London 1968, S. 452, 493; A. Montgomery, *How Sweden Overcame the Depression*, Stockholm 1938) S. 52; W. W. Rostow, *Investment and the Great Depression*, in: *Economic History Review*, 8 (Mai 1938) 2, S. 136–158; B. Mieczkowski, *Estimates of Changes in Real Wages in Poland During the 1960s*, in: *Slavic Review*, 31 (September 1972) 3, S. 651–656.

17 Vgl. Ng. Yew-Kwang, *Business Confidence and Depression Prevention: A Meso-economic Perspective*, in: *American Economic Review*, 82 (Mai 1992) 2, S. 368.

18 W. Franz, *Strukturelle und friktionelle Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland: Eine theoretische und empirische Analyse der Beveridge-Kurve*, in: G. Bombach u.a. (Hrsg.), *Arbeitsmärkte und Beschäftigung – Fakten, Analysen, Perspektiven*, Tübingen 1987, S. 321; M. Göcke, *Formen ökonomischer Hysterisis*, in: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*, 116 (1996) 1, S. 31–58; A. Belke/M. Göcke, *Starke Hysterisis auf dem Arbeitsmarkt*, in: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*, 114 (1994) 3, S. 345–378; R. Topel, *What Have We Learned from Empirical Studies of Unemployment and Turnover*, in: *American Economic Review*, 83 (Mai 1993) 2, S. 114; F. Franzmeyer/L. Lindlar/H. Trabold, *Does Internationalization Constrain Na-*

Etablierte Unternehmen können aufgrund der an das Unternehmen gebundenen komplementären Faktoren des technischen Fortschritts auch bei ansonsten vollständigem Wettbewerb die Preise über ihren Produktionskosten halten. Gibt es keine Neuanbieter, kann kein Unternehmen dauerhaft von anderen gezwungen werden, auf eine minimale Profitrate zu verzichten. Auch bei Überangebot auf dem betreffenden Gütermarkt wird das Unternehmen nur die Produktion tätigen, die diese akzeptable positive Profitrate erlaubt.

Bei Konstanz des Kapitalkoeffizienten und moderaten Wachstumsraten von Produktivität und Beschäftigung werden zudem Abschreibungen zur wichtigsten Finanzierungsquelle für Investitionen (in Deutschland werden die Bruttoinvestitionen zu über 2/3 aus Abschreibungen finanziert). Die zum physischen Kapital komplementären Faktoren des technischen Fortschritts sind von der Bruttoinvestitionssumme abhängig, da alte Investitionsgüter stets durch neue ersetzt werden, nicht von der Nettoinvestitionssumme. Je höher der Anteil der Abschreibungen an den Bruttoinvestitionen, desto größer die Vorsprünge etablierter Unternehmen beim Erwerb und der Reproduktion der zum Sachkapital komplementären Faktoren des technischen Fortschritts gegenüber Neuanbietern.

Die Meadesche Vorstellung der Ersetzung des Eigentums der Unternehmer an den Produktionsmitteln durch die spendenden privaten Haushalte wäre bei unterschiedlichem Zugang von Unternehmern und Nichtunternehmern zu den zum Sachkapital komplementären Faktoren des technischen Fortschritts eher in Boomphasen als in rezessiven Phasen möglich. Das Sparen der privaten Haushalte löst jedoch über Nachfrageausfall eher rezessive Tendenzen aus. Nur im Bereich neuer Technologien, in denen bisher als Folge von Learning by doing akkumulierte immaterielle „Faktoren“ keine Rolle spielen, oder im Fall völliger Mobilität der immateriellen „Faktoren“ könnten die Haushalte mit ihren Ersparnissen selbst zu Kapitalisten werden.

In der Rezession müssen die Kapitalisten zwar sinkende Profitraten hinnehmen, doch können sie ihre Wettbewerbsvorsprünge so lange verteidigen, wie sie Innovation aus Abschreibungen finanzieren können. Sie dürfen sogar in der Lage sein, zusätzlich durch Mark-up-Preise zu verdienen (weil oligopolistischer Wettbewerb herrscht).

Sparen erlaubt den Erwerb von Produktionsanlagen nur insoweit, wie die Unternehmen bereit sind, Anteile an die Sparer zu verkaufen, z. B. durch Aktienemissionen.

tional Employment and Social Policies? Based on a Study of the Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung for the Ministerie for Sociale Zaken en Werkgelegenheid of the Netherlands, Berlin 1996, S. 18.

4. Zur Räumung der Gütermärkte ausreichende Lohnsteigerungen, die Anreize für Nettoinvestitionen schaffen, müßten höher sein als die Steigerung der Arbeitsproduktivität und führen zu Stagflation.

Soll die Konsumtion mit dem Wachstum der Produktivität Schritt halten, müßten die Reallöhne bei steigender Sparneigung rascher als das Volkseinkommen wachsen.

Unter dieser Annahme steigen die Löhne rascher als die Produktivität mit:

$$(12) y = c < l < sh$$

Ein Teil des Lohnes würde annahmegemäß gespart. Unterschiedliche Formen von Investivlöhnen waren schon Gegenstand der Diskussion in Westeuropa. Die Grundüberlegung besteht darin, dem einzelnen Unternehmen oder einer Gruppe von Unternehmen die als Löhne bezahlten von den Haushalten zum Sparen verwendeten Ressourcen als Risikokapital zurückzugeben.

In deutschen Großunternehmen wird ein nicht unerheblicher Teil der Investitionen aus Rückstellungen für zukünftige Altersversorgungsleistungen der Beschäftigten finanziert, weil solche Rückstellungen steuerfrei bleiben.¹⁹ Nach Abschnitt 3 und Gleichung (6) kalkulieren alle Unternehmen beim Einsatz von Fremdkapital größere Risiken ein. Auf in der Form des Investivlohns bereitgestelltes möglicherweise sogar zinsloses Kapital muß eine Risikoprämie erwirtschaftet werden. Die Ersparnisse bei den Kapitalkosten sind selbst bei einem Zinssatz von Null geringer als die zusätzlichen Kosten des Investivlohns. Allein deshalb kann die Senkung der Kapitalkosten nicht die Steigerung der Lohnstückkosten ausgleichen. Es kommt zu einem inflatorischen Druck, der als Lohnkosteninflation erscheint. Gleichzeitig gibt es entsprechend (12) eine deflatorische Tendenz, weil s weiterhin rascher wächst als y .

Der Lohnsatz, bei dem im Fall von wachsendem Haushaltssparen die Konsumgütermärkte geräumt werden, kann sich nicht am Markt bilden, es sei denn, der jeweilige Arbeitgeber erhalte automatisch die Sparleistungen seiner Beschäftigten als voll haftendes Risikokapital mit $z = 0$ geradezu als Entgelt für die Gewährung von Beschäftigung zurück. Der Lohnsatz muß deshalb zwischen den Verbänden der Beschäftigten und der Arbeitgeber ausgehandelt oder durch den Staat festgesetzt werden. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß in solchen Verhandlungen oder Festlegungen Veränderungen der Sparneigung korrekt vorhergesagt werden können, weil die Sparneigung durch komplexe Erwartungen bestimmt wird.

Der direkte Zugang eines einzelnen Unternehmers zum Sparen seiner Beschäftigten, das er dann als voll haftendes Risikokapital einsetzen

¹⁹ S. Welck, Boom ohne Arbeitsplätze, Köln 1986, S. 44-60.

könnte, widerspricht zudem den Zielsetzungen der portfoliokaufenden Haushalte. Sie streben nach Risikodiversifizierung. Bei solchem Zwangssparen würden deshalb die Haushalte weiterhin Sparleistungen für zukünftige Konsumoptionen erbringen, selbst wenn sie Aktionäre ihrer eigenen Gesellschaften werden sollten.

Der deflatorische Effekt kann den inflatorischen nicht über Nachfragezurückhaltung kompensieren, weil dieser nicht Folge einer steigenden Nachfrage, sondern steigender Kosten ist.

Der Nettoeffekt der inflatorischen und der deflatorischen Tendenz hängt von der Lage von f_S und f_B ab. Aus der Abhängigkeit von f_B von der Fremdkapitalquote und der Höhe der Profitrate im Verhältnis zum Zinssatz ist anzunehmen, daß Nachfragedeflation und Kosteninflation sich bei wachsender Fremdfinanzierung wechselseitig verstärken. Der Versuch, mit Hilfe expansiver Lohnpolitiken die Nachfrage zu steigern, führt von der Kostenseite zu Inflation und; abhängig von der Lage f_S , von der Nachfrageseite zu Deflation.²⁰

Wachsendes Sparen der Haushalte führt zu Stagflation: Vollbeschäftigung führt rasch zu Inflation und preisstabilitätorientierte Politiken zu Arbeitslosigkeit, weil und insoweit die Haushalte ihre Einkommen nicht nachfragewirksam ausgeben.

Bei Stagflation sind die Kapitalisten nicht in der Lage, Nettoinvestitionen zu tätigen. Selbst bei Mark-up-Preisen und unvollständigem Wettbewerb können die Kapitalisten ihre eigenen finanziellen Überschüsse nicht für Nettoinvestitionen benutzen, sondern müssen auf die Finanzmärkte gehen.²¹

5. Die Einführung eines Finanzmarkts in das Modell

Zukünftige Optionen für Kaufkraft können in der Form von Anlagen auf Finanzmärkten erworben werden. Tatsächlich wollen die Haushalte keine real existierenden, produzierten und materiell existierenden Anlagen kaufen, die sie selbst betreiben würden, wie dies für Kapitalisten gilt, die Einkommen aus der produktiven Anwendung von Ausrüstungen mit Hilfe lohnabhängiger Arbeit ziehen. Sparende Haushalte schichten zwar ihre Portfolios entsprechend erwarteter Zinssätze um, doch ist die Höhe ihrer Sparleistungen nicht primär eine Funktion des Zinssatzes. Strömen wachsende finanzielle Mittel auf Finanzmärkte, steigen die Preise der Finanzanlagen. Die Käufer von Optionen für zukünftige Kaufkraft sehen in den

20 Andere Szenarios sind denkbar: Die Sparer sparen für Sicherheit und entsparen wegen Arbeitslosigkeit, so daß die Wirtschaft auf einem langsamen Wachstumspfad verharrt.

21 H. Dicke/P. Trapp, Zur Rentabilität der Investitionen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Weltwirtschaft, 2 (Dezember 1987), S. 46-59.

höheren Preisen der Finanzanlagen wachsenden Reichtum.²² Sie betrachten Kurssteigerungen als Wertzuwachs und damit als Einkommen. Wachsende Dividenden werden immer weniger wichtig für den Kauf von Finanzanlagen. Überall werden die Kursanalytiker bei der Finanzberatung wichtiger.²³

Solange solche zusätzlichen Finanzmittel auf die Finanzmärkte strömen, ist nicht damit zu rechnen, daß die Kurse wegen niedrigen Dividenden sinken. Sie werden von den Erwartungen über die Gewinnsituation der Unternehmen unabhängig und durch Erwartungen über die zukünftige Kursentwicklung bestimmt. Die Nachfrage für solche Finanzanlagen wächst so lange, wie Finanzmittel auf die Finanzmärkte strömen, unter den Annahmen des Modells unabhängig von einer expansiven Geldpolitik der Notenbank, allein aufgrund zusätzlicher Sparleistungen der Haushalte.

Annahmegemäß wächst der Finanzmarkt (FA = Finanzanlagen) auf der Grundlage der Nachfrage von Haushalten nach Finanzanlagen (Portfolios), so daß

$$(13) FA = f_S L_{t-1} + f_S L_{t-2} + \dots + f_S L_{t-i}$$

Die Mindestwachstumsrate der akkumulierten Ersparnisse beträgt deshalb

$$(14) FA = f_S L / FA_{-1}$$

Da der Wert der Finanzanlagen spekulativ wächst, kann allerdings der Wert der von Portfolioeigentümern besessenen Finanzanlagen sehr viel höher sein. Der nominale Aktienumlauf stieg in Deutschland von 151 Milliarden DM 1991 auf 216 Milliarden DM 1996, also um 43 Prozent, während das Nettoanlagevermögen ohne Wohnungsvermietung in derselben Periode nur um 20,4 Prozent stieg.²⁴

Der deutsche Aktienindex DAX stieg in derselben Periode um 107 Prozent, so daß der Wert der umlaufenden Aktien um den Faktor 3 (+ 195 Prozent) anstieg.²⁵

Die durch Erweiterung der Finanzmärkte geschaffenen Möglichkeiten sind attraktiv, weil nunmehr die Höhe der Profite von den güterwirtschaft-

22 Zur Illustration: D. Felix, *Financial Globalization Versus the Free Trade: The Case of the Tobin Tax*. Discussion Paper 108, Genf: UNCTAD, November 1995, S. 31; D. C. Korten, *The Failure of Bretton Woods*, in: J. Mander/E. Goldsmith (Hrsg.), *The Case against the Global Economy and a Turn to the Local*, San Francisco 1996, S. 29.

23 J. A. Frankel/K. A. Froot, *Chartists, Fundamentalists, and Trading in the Foreign Exchange Market*, in: *American Economic Review*, 80 (Mai 1990) 5, S. 181-185. Vgl. auch: T. J. Sinclair, *Passing Judgment: Credit Rating Processes as Regulatory Mechanisms of Governance in the Emerging World Order*, in: *Review of International Political Economy*, 1 (1994) 1, S. 133; T. Gigantes, *Demand Distorts its Own Supply*, Montreal 1990, S. 24-27.

24 Deutsche Bundesbank, *Monatsberichte*, 50 (Mai 1998) 5, S. 50*. *Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart, verschiedene Ausgaben.

25 Deutsche Bundesbank, *Monatsberichte*, 50 (Juni 1998) 6, S. 51 f.

lichen Zwängen frei wird. Profite hängen nicht mehr von der Ausweitung der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen ab,²⁶ die Nettoinvestitionen hervorrufen, sondern nur noch von der Versorgung der Finanzmärkte mit billigem Geld.

Billiges Geld wird in der Schulökonomie als Quelle von Inflation angesehen, insbesondere wenn dadurch die Konjunktur in der Güterwirtschaft überhitzt wird. Unter den hier gemachten Modellannahmen gibt es keine inflationären Tendenzen auf den Märkten für Güter und Dienstleistungen. Zusätzliches Geld dient dem Sparen und manifestiert sich nicht auf den Märkten für Güter und Dienstleistungen. Der inflationäre Prozeß beschränkt sich auf die Finanzmärkte, wobei Kurssteigerungen von der Zentralbank und den Portfoliobesitzern als Zugewinn an Reichtum interpretiert werden.

Die von den nur langsam wachsenden Reallöhnen und wachsenden Sparquoten der Haushalte ausgehenden deflationären Tendenzen stützen die Politik des billigen Geldes.

Solange die von den Unternehmen ihren Investitionsentscheidungen zugrunde gelegten Profitziele von Erwartungen über zukünftige Gewinne auf Finanzmärkten bestimmt werden, können die Profitraten in der realen Wirtschaft nicht beliebig sinken, selbst wenn die realen Nettoinvestitionen negativ werden. Kapital, das in der realen Wirtschaft weniger erbringt als auf den Finanzmärkten, wird zurückgezogen, mit der Folge, daß die Güterpreise kostenbedingt (nämlich wegen der Kosten des auf Finanzmärkten entgangenen Profits) so hoch bleiben, daß auch in der realen Wirtschaft positive Profitraten erzielt werden. Bei höheren Erträgen auf den Finanzmärkten können Kapitalisten nicht mehr in den Teil der realen Wirtschaft investieren, in dem die Profitraten zunächst niedrig sind. Kapitalisten müssen Liquiditätspräferenz vorziehen. Der Pigouffekt fallender Preise wegen niedriger Nachfrage wird verhindert²⁷, weil in der realen Wirtschaft investiertes Kapital wenigstens die Profitrate erzielen muß, die auf den Finanzmärkten erzielt wird.

Das Wachstum auf Finanzmärkten bleibt ungebremst, solange die Portfoliobesitzer glauben, sich der Entwertung ihres Geldes rechtzeitig entziehen zu können. Sie würden wahrscheinlich dem Argument nicht widersprechen, daß die gleichzeitige Transformation der auf den Finanzmärkten entstandenen Geldvermögen in effektive Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen zur Inflation führen würden.

26 Vgl. A. Glyn, Does Aggregate Profitability Really Matter, in: *Cambridge Journal of Economics*, 21 (September 1997) 5, S. 608, über wachsende Profite trotz niedriger Nettoinvestitionen in Großbritannien während der achtziger Jahre.

27 S. M. Fazzari/P. Ferri/E. Greenburg, Aggregate Demand and Firm Behaviour: A New Perspective on Keynesian Microfoundations. Fifth Post Keynesian Workshop: Full Employment and the Price Stability in a Global Economy (Knoxville: Tagungsbeitrag, Juli 1998); bes. S. 10.

Der sparende Haushalt nimmt an, daß er für sein erspartes Geld in der Zukunft gleich viele Güter kaufen kann, als heute, möglicherweise geringfügig weniger, sofern er eine milde Inflationsrate einkalkuliert. Er schließt aus, daß alle Besitzer von Finanzanlagen kurzfristig entsparen. Selbst wenn er diese Möglichkeit einkalkulierte, würde er seine Spartätigkeit und seine Anlagetätigkeit auf Finanzmärkten nicht notwendig reduzieren, weil kein einzelner Spieler auf diesen Finanzmärkten davon ausgeht, daß die anderen zu einem für ihn ungünstigen Zeitpunkt ihre Finanzanlagen in effektive Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen verwandeln, weil er rechtzeitig umschichtet. Nur wenige Spieler gehen wirklich davon aus, daß sie selbst ihre Ansprüche auf gegenwärtige oder zukünftig produzierte Produkte tatsächlich verwirklichen, dient ihr Sparen doch vor allem der Vorsorge. Die meisten Spieler wissen gar nicht, ob die dem derzeitigen Wirtschaftskreislauf entzogene Nachfrage für Güter und Dienstleistungen zu effektiver Nachfrage in der Zukunft wird. Alle beteiligten Spieler nehmen an, daß das Spiel so lange fort dauert, wie die Zentralbank die Kreditaufnahme nicht verteuert. Gleichzeitig nehmen alle Spieler an, daß das wichtigste Ziel darin besteht, mehr Geldvermögen als andere zu akkumulieren.²⁸ Bei vollkommener Information müssen alle Spieler annehmen, daß sie ihre Finanzanlagen maximieren müssen, um relative Anteile an zukünftigen Optionen für Kaufkraft zu verteidigen. Da keiner der Spieler die Inflationsrate kennt, die sich bei einer plötzlichen Transformation der Geldvermögen in effektive Nachfrage für Güter und Dienstleistungen ergeben würde, kennt kein Spieler die zukünftige Kaufkraft seiner Finanzanlagen. Alle Spieler werden deshalb diese zukünftige Kaufkraft auf der Grundlage der derzeitigen Inflationsrate abschätzen. Damit entsteht ein starker gesellschaftlicher Druck für Priorität von Geldwertstabilität. Die Arbeitslosen sind politisch marginal, während ein großer Teil der Arbeiterschaft selbst Ersparnisse tätigt.

6. Das Wachstum der Finanzmärkte ordnet die Geldpolitik dem Ziel der Bereicherung unter und stumpft dieses Instrument der Beschäftigungspolitik ab.

Sobald Sparer erhebliche Anteile ihres Vermögens auf Finanzmärkten investiert haben, kann die Geldpolitik eine ihrer wichtigsten Aufgaben, bei der sie bisher funktioniert hat, nämlich die Abkühlung der Konjunktur, nicht mehr erfüllen. Die Verbilligung von Investitionen durch eine expansive Geldpolitik war bisher schon wenig erfolgreich, weil Investitionen in der Industrie wenig auf den Zinssatz reagieren, sondern auf Absatzerwartungen. Sie wird aber völlig wirkungslos, wenn durch billiges Geld aus-

28 J. Nitzan, *Differential Accumulation: Toward a New Political Economy of Capital*, Toronto 1997.

gelöste Kurssteigerungen auf Finanzmärkten höhere Renditen signalisieren als bei realen Investitionen möglich sind. Das Ziel der expansiven Geldpolitik war, durch Anregung einer Vielzahl von Investitionen, für die die Unternehmen jeweils noch geringe Rentabilität sahen, die Gesamtnachfrage zu steigern und dadurch Akkumulationsrate und letztlich wiederum Profitrate zu erhöhen. Die expansive Geldpolitik setzt also bei niedrigen Profitraten ein. Reale Investitionen konkurrieren damit zwangsläufig mit Finanzanlagen selbst bei niedrigen Erwartungen über Kurssteigerungen.

Bei der Abbremsung einer sich überhitzenden Konjunktur war die Geldpolitik dagegen erfolgreich. Bei hohen Zinssätzen wurden Investitionsprojekte mit geringen Rentabilitätserwartungen zurückgestellt. Ein nicht unbedeutender Teil des Kurswachstums kommt durch kreditfinanzierte Finanzspekulationen zustande. Jede Verteuerung des Geldes durch die Zentralbank führt zu Verkäufen von Finanzanlagen. Die Kurse sinken. Die Anleger, darunter auch die vielen privaten Haushalte, sehen in Kursrückgängen eine Entwertung ihres Vermögens, das zuvor vielleicht teilweise durch Kurssteigerungen vergrößert worden war, aber doch in vielen Fällen aus einem Konsumverzicht resultierte. Die Vermögensbildung erfolgte zur Sicherung zukünftiger Konsummöglichkeiten. Jede Zentralbank wird vorsichtig sein, diese Vermögen über die Geldpolitik zu „zerstören“. Auch wenn die Kurssteigerungen an den Finanzmärkten durch keine reale Produktion gedeckt sind und das dort geschaffene Geld deshalb nur solange als Geld gilt, bis nur ein ausreichend großer Teil der Anleger es als Kaufkraft für real zu produzierende Produkte benutzt hat, glaubt ein wachsender Teil der Öffentlichkeit, daß es sich um reale Vermögen handelt. Bei Kurseinbrüchen wird deshalb oft behauptet, an der Börse seien Werte vernichtet worden.

Inflationstheoretisches Wachstum wird damit erschwert, weil nunmehr die Beeinflussung des Lohnsatzes und des Beschäftigungsniveaus das einzige Instrument bleibt, um eine Überhitzung der Nachfrage zu verhindern. Eine hohe Sockelarbeitslosigkeit wegen zu geringer Nachfrage wird zur Garantie dafür, daß das Instrument der Verknappung von Geld gar nicht mehr angewandt werden muß.

Das Problem keynesianischer Vollbeschäftigungspolitik in den westlichen Industrieländern der sechziger und siebziger Jahre bestand darin, daß bei Vollbeschäftigung auftretende Verhandlungspotentiale von Arbeit und bei Hochkonjunktur ausreichend sprudelnde Steuerquellen nicht dem möglichen Wachstumspfad entsprechend vorsichtig genutzt wurden. Die Geldpolitik war ein Instrument zur Disziplinierung von Staat, Wirtschaft und Arbeitnehmern. Kann auch die Geldpolitik nicht mehr zur Vermeidung von Überhitzung eingesetzt werden, bleibt nur noch die Möglichkeit, Staat und Tarifpartner in ihrer Verhandlungsfähigkeit zu beschränken. Hier sind die Arbeitnehmer besonders benachteiligt, weil ihre „Entmachtung“

nur über Arbeitslosigkeit erreicht werden kann, während Instrumente zur „Entmachtung“ der Unternehmen und geldhaltenden Haushalte solange wirkungslos sind, wie auf den Finanzmärkten positive Profitraten zu erzielen sind.

Die Anleger auf Finanzmärkten übernehmen die Instrumente des keynesianischen Staats und instrumentalisieren sie für ihre ausschließlichen Interessen: Geldpolitik ist erst möglich geworden und damit auch das Wachstum der Finanzmärkte, seitdem Geld nicht mehr an Golddeckung gebunden ist. Nicht zufällig wurde im 19. Jahrhundert vor allem durch Goldanlagen gespart. Der keynesianische Staatsinterventionismus schuf Geld unabhängig von Gold dadurch, daß er seinem Geld eine Wertgarantie gab, die von dem von ihm gehaltenen Gold unabhängig war (erstmal bei der Deutschen Rentenmark). Geld wurde durch Produktion gedeckt. Der keynesianische Staat ließ die Geldmenge in der Rezession expandieren, weil vom Anstieg der Produktion im Konjunkturaufschwung die Verfügbarkeit zusätzlicher Güter erwartet wurde, die der vorab erfolgten Schöpfung von Geld als Gegenwert gegenüberstehen konnten.

Dieses Instrument wird nun in einer Form übernommen, in der seine notwendige Ergänzung, nämlich die Vernichtung von fikktivem Geld durch kontraktive Maßnahmen in der Hochkonjunktur mit dem Argument politisch verboten wird, daß dadurch Vermögensbestände real vernichtet würden.

Bei der Ausweitung von Finanzmärkten wird die durch keynesianische Konjunkturpolitik geschaffene Möglichkeit der zeitweisen Schöpfung fiktiven Gelds durch die staatliche Wirtschaftspolitik zur Möglichkeit der Transformation von jedwedem fiktivem Geld in reales Geld. Gleichzeitig bestimmen die Privaten über den Umfang der Geldschöpfung durch spekulatives Verhalten (Kreditexpansion). So hilfreich die Entkopplung der Geldversorgung von der Goldversorgung für die Sicherung höherer Beschäftigungsniveaus war, so war sie bis zum Wachstum der Finanzmärkte an die Zyklizität von Kontraktion und Expansion gebunden, von der sie jetzt um folgenden Preis befreit wird: Die „Kontraktion“ muß überflüssig werden, damit kontraktive Geldpolitik nicht Vermögen auf den Finanzmärkten zerstört. Dies kann nur noch durch hohe Arbeitslosigkeit erreicht werden.

7. Sparen der Haushalte schwächt Arbeit auch auf politischer Ebene durch Zerstörung der Solidarität von Arbeit.

Die Herausbildung von Arbeit als politischem Akteur hat zur Voraussetzung, daß über die Knappheit von Arbeit Arbeit mit unterschiedlicher Produktivitätsentwicklung knappheitsgerechte Einkommen erhält, die sich nur hinsichtlich des unterschiedlichen „Arbeitsleids“ (psychische und physische Belastung, Ausbildung etc.), nicht aber nach der Zufälligkeit des spe-

zifischen Produktivitätsfortschritts unterscheiden. Es gibt keine „An-sich-Produktivität“ zwischen verschiedenen Produktionszweigen. Produktivitätsniveaus bei unterschiedlichen Produkten lassen sich nicht vergleichen, sondern nur unterschiedliche Wachstumsraten der physischen Produktivität. Die Produktivität beim Haarschneiden ist in Indien und Deutschland gleich hoch trotz verschiedener Preise und damit unterschiedlicher in Geldgrößen gemessener Produktivität. Wegen der Nachfragebedingungen verdienen Schuhputzer in den Vereinigten Staaten immer noch ein Vielfaches in realen Einkommen im Vergleich zu Schuhputzern in Indien.²⁹

Durch eine erhöhte Spartätigkeit aus Löhnen und Gehältern wird der Mechanismus des Ausgleichs nach Branchen unterschiedlicher Wachstumsraten der Produktivität über Anpassungen der relativen Preise blockiert.

Wir führen eine Branche i ein, in der das Produktivitätswachstum sehr hoch ist und die auf eine rasch wachsende Nachfrage stößt. Die Unternehmen dieser Branche sind bereit, Löhne zu bezahlen, die mit der branchenspezifischen Produktivität wachsen, um Arbeitskräfte anzuziehen. Dann gilt

$$(15) \quad l_i - y_i = 0$$

Unter diesen Bedingungen fallen die Preise für neue Produkte nur, wenn andere Kostenelemente als Arbeit verbilligt werden.

Es handelt sich um neue Produkte. Die Nachfrage steigt annahmegemäß trotz konstanter Preise. Das Wachstum der Branche i ist niedriger als bei fallenden Preisen ihrer Produkte.

Das physische Wachstum der Arbeitsproduktivität y_i der Branche i liegt über dem Rest der Wirtschaft.

Weil weiterhin Gleichung (4) gilt, wächst die Nachfrage aus den Löhnen der Branche i langsamer als l_i . Nur der Teil der in Branche i bezahlten Löhne, der für Güter und Dienstleistungen des Rests der Wirtschaft verwendet wird, kann zum Wachstum des Volkseinkommens außerhalb der Branche i führen (durch reales Wachstum und/oder durch höhere Preise).

$$(16) \quad l_i - y_i > \frac{l_i}{f_s} - y_i.$$

29 Der Befund, daß die Nachfrage nach unqualifizierter Arbeit nicht wegen ihrer Substitution durch höherqualifizierte sinkt, sondern am Beispiel Frankreichs wegen geringen Wachstums von Branchen mit niedrigen Qualifikationserfordernissen, lautet deshalb: Offenbar steigt die Nachfrage nach qualifizierter Arbeit nicht ausreichend, um die Unternehmen zu Anstrengungen anzuhalten, entweder die Qualifikation der Arbeitskräfte zu erhöhen oder die Technologien an die niedrige Qualifikation anzupassen, vgl. D. Goux/E. Maurin, *Le déclin de la demande de travail nonqualifié. Une méthode d'analyse empirique et son application au cas de la France*, in: *Revue économique*, 48 (September 1997) 5, S. 1111.

Das Wachstum der innovativen Branche i wird durch die Stagnation im Rest der Wirtschaft eingeschränkt, weil Beschäftigte in der wachsenden Branche die Ausweitung von Kaufkraft im Rest der Wirtschaft behindern. Es gibt unter diesen Annahmen keine allgemeine Lohndrift.

Die mit der Produktivitätssteigerung inögliche, aber durch die unzureichende Ausweitung der Nachfrage nicht realisierte Preissenkung in der rasch wachsenden Branche i wird von niemandem in der Wirtschaft als monopolistische Ausbeutung wahrgenommen. So lange die physischen Produktivität in der Branche i schneller als ihre Löhne steigt, können die Preise sogar fallen, doch bleibt der Nachfrageeffekt auf den Rest der Wirtschaft niedrig wegen $l_i/f_i < l_i$.

Ich habe an anderer Stelle gezeigt³⁰, daß die Konstituierung einer autonomen Zivilgesellschaft auf der „Umverteilung“ sektoral ungleichen physischen Produktivitätswachstums durch Anpassung der relativen Preise beruht. Durch diese Preisveränderungen folgen die Löhne bei Vollbeschäftigung der durchschnittlichen Produktivitätssteigerung. Dadurch kann sich Arbeit als kollektiver Akteur und notwendiges Gegengewicht gegen Kapital konstituieren. Keynes' Vorschlag staatlicher Ausgaben in Wirtschaftskrisen zielte nicht auf Produktivitätssteigerungen, sondern nur auf Beschäftigungssteigerung, damit Arbeit durch Knappheit wieder verhandlungsfähig wird. Erst die Knappheit von Arbeit erzwingt den Prozeß der Anpassung der relativen Preise.³¹

Für die Zerstörung der Qualität von Arbeit als kollektiver Akteur reichen demnach zwei Bedingungen aus:

- Das Ausbildungssystem, das die Masse der Bevölkerung mit niedrigen Kosten nutzen kann, muß schlecht genug sein, um die Versorgung neuer Branchen mit hochqualifizierten Arbeitskräften zu beschränken.³² Der Erwerb von Qualifikationen ist nicht mehr automatisches Ergebnis der

30 H. Elsenhans, *Autonomy of Civil Society, Empowerment of Labour, and the Transition to Capitalism*, in: R. B. Jain/R. Khator (Hrsg.), *Bureaucracy – Citizen Interface: Conflict and Consensus*, New Delhi 1998, S. 23-28; ders., *Economie sous-développée et société civile: surcharge du système politique et possibilités de pluralisme politique*, in: CERES (Hrsg.), *Actes du Colloque: pluralisme social, pluralisme politique et démocratie*, Tunis 1991, S. 23-52; ders., *Politökonomische Grundlagen der Autonomie von Zivilgesellschaft durch Konfliktfähigkeit ihrer Bürger (I)*, in: *Berichte. Forschungsinstitut der IWWWW*, 8 (Dezember 1998) 77, S. 3-11; ders., *Politökonomische Grundlagen der Autonomie von Zivilgesellschaft durch Konfliktfähigkeit ihrer Bürger*, in: H. Zinecker (Hrsg.), *Unvollendete Demokratisierung in Nichtmarktökonomien. Die Blackbox zwischen Staat und Wirtschaft in den Transitionsländern des Südens und Ostens*, Amsterdam 1999, S. 256-263.

31 H. Elsenhans, *The Relevance of the Principles of Keynesian Economics for the Transition to Capitalism in Today's Underdeveloped World*, in: P. Davidson/J. A. Kregel (Hrsg.), *Improving the Global Economy. Keynesianism and the Growth in Output and Employment*, Cheltenham 1997, S. 285.

32 J. Bound/G. Johnson, *Changes in the Structure of Wages in the 1980's: An Evaluation of Alternative Explanations*, in: *American Economic Review*, 82, 3 (Juli 1992), S. 371-392.

Ausbildungstätigkeit rasch wachsender Branchen und des öffentlichen Erziehungs- und Ausbildungssystems. Ausbildung wird nicht nur privatisiert sondern „verhaushaltet“, mit der Folge eines für die realen Wachstumsmöglichkeiten zu geringen Angebots angemessen ausgebildeter Arbeitskräfte.³³

- Die Zahl der Personen, die bereit sind, für eigene Ausbildung zu bezahlen, muß groß genug sein, um die wachsenden neuen Branchen gerade noch zu versorgen. Da unter den hier gemachten Modellannahmen die wachsenden Branchen langsamer expandieren, als dies im Fall ausreichender effektiver Nachfrage für alle Güter und Dienstleistungen möglich wäre, kann die geringere Produktion von neuen Qualifikationen bei „Verhaushaltung“ der Ausbildung durchaus hinreichend sein.

Die Solidarität von Arbeit hat ihre Grundlage im Abbau vorübergehend knappheitsbedingt auftretender hoher Einkommen in durch hohe Innovation gekennzeichneten Branchen, die auch für Produkte weniger innovativer Branchen ausgegeben werden, so daß Arbeit insgesamt knapp wird. Da unter den Modellannahmen die Arbeiter der innovativen Branche ihre Einkommen nicht vollständig für Konsum verwenden, bleibt die Verknappung von Arbeit für die weniger innovativen Branchen aus. Zusätzliche Einkommen für den Rest der Wirtschaft als Folge staatlicher Arbeitsbeschaffung führen zur Kosteninflation so lange der Wettbewerb auf den Arbeitsmärkten die Lohnsteigerungen in der innovativen Branche nicht auf das Niveau der durchschnittlichen Produktivitätssteigerung in der gesamten Wirtschaft drückt. So lange die Arbeitsmärkte wegen unzureichender Ausbildungsleistungen unvollkommen sind, bricht die Solidarität und die Verhandlungsmacht von Arbeit zusammen.

Die wachsende Spartätigkeit kann deshalb den Niedergang der Arbeiterbewegungen in den westlichen Industrieländern erklären, die allgemein für alle Arbeiter Lohnsteigerungen und andere kostensteigernde Regulierungen der Arbeitsbedingungen durchsetzten.³⁴

8. Ungleichheit, Verlangsamung des Produktivitätsfortschritts und Bildung einer internen Dritten Welt

Tendenzen zur „Lohnspreizung“ und wachsende Einkünfte aus Finanzanlagen beeinflussen die Struktur der Konsumgüternachfrage. An wachsenden Einkommen aus Finanzanlagen haben eher wohlhabende Haushalte

33 Vgl. J. MacDermott, *History in the Present: Contemporary Debates about Capitalism*, in: *Science and Society*, 56 (Herbst 1992) 3, S. 308.

34 J. Pontusson, *Explaining the Decline of European Social Democracy. The Role of Structural Economic Change*, in: *World Politics*, 47 (Juli 1995) 4, S. 497. L. Delattre, *La représentation syndicale diminue partout dans le monde*, in: *Le Monde* (6. November 1997), S. 3; M. Olson, *The Devolution of the Nordic Teutonic Economies*, in: *American Economic Review*, 85 (Mai 1995) 2, S. 26.

teil. Dies verschärft ähnlich wie die Lohnspreizung die Ungleichheit der Einkommensverteilung. Da hochqualifizierte Arbeit relativ weniger von Arbeitslosigkeit bedroht ist und durch Barrieren beim Zugang zu Ausbildung von Konkurrenz seitens möglicher Aufsteiger abgeschirmt wird, weil Staat und Wirtschaft auch nicht mehr für die hochproduktiven Sektoren ausreichende Ausbildungsleistungen erbringen, ist davon auszugehen, daß die spendenden und qualifizierten Haushalte auch aus Zuwächsen ihrer Geldvermögen Konsumausgaben tätigen. Die Nachfrage nach Luxuskonsumgütern steigt relativ an. Je kleiner die Produktionsserien, desto geringer die Komponente des Größenwachstums für den technischen Fortschritt. Gleiches gilt für eine wachsende Nachfrage für persönliche Dienstleistungen, bei denen keine Produktivitätsfortschritte erzielt werden.

Die besserverdienenden mittleren Schichten werden bei Verbesserung der Terms-of-Trade zwischen der eigenen Arbeitszeit und den Kosten persönlicher Dienstleistungen einen Teil der unqualifizierten Arbeitskräfte bei sehr niedrigen Löhnen heranziehen.

Sobald Industrie und technologisch anspruchsvoller Dienstleistungssektor nicht mehr Arbeitskräfte ausreichend absorbieren, um Vollbeschäftigung bei steigenden Realeinkommen zu gewährleisten, entsteht ein sekundärer Arbeitsmarkt aufgrund der Verbesserung der Terms-of-Trade zwischen den Einkommen der besserverdienenden Haushalte im Verhältnis zu Dienstleistungen, bei denen dann über den Preisbildungsprozeß das Grenzprodukt von Arbeit sehr niedrig sein muß.³⁵ Die Reallöhne können dann nur noch für die qualifizierten Arbeitskräfte steigen.

Ein Teil von Arbeit wird von den Früchten des Produktivitätsfortschritts ausgeschlossen, und zwar nach dem gleichen Mechanismus, wie bislang im internationalen Rahmen auch produktivere Arbeit gegenüber weniger produktiver Arbeit teurer wurde: Zugangsbarrieren zu den Arbeitsmärkten für produktivere Arbeit behindern die Verknappung weniger produktiver Arbeit, und zwar deshalb, weil die Dynamik des produktiven Sektors nachfragebedingt zu gering ist, damit knappeitungsbedingt Unternehmen und Staat in die Produktivität der zunächst nicht ausgebildeten Arbeitskräfte investieren.

³⁵ Daraus folgt die Erwartung, niedrigere Löhne könnten die Beschäftigung erhöhen, so v. a. M. Miegel u.a., *Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland – Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen: (1) Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland und anderen führenden Industrieländern (2)*, Bonn: Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, 1996, S. 128-131. Gleichwohl stieg trotz höherer Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik die Produktivität vergleichbar mit den USA, vgl. U. Walwei/H. Werner, *Das amerikanische „Beschäftigungswunder“*. Lehren für Deutschland, aber das Dilemma bleibt. FES-Analyse, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Dezember 1998, S. 2-4. Einige vermuten, daß dies Folge der Nichtbeschäftigung weniger produktiver Arbeit war. Wahrscheinlicher ist jedoch, daß die Nachfrage nach den Produkten des produktiven Sektors nicht ausreichend rasch stieg.

Wegen fehlender Dynamik im produktiven Sektor bildet sich auch innerhalb der fortgeschrittenen Industrieländer eine neue Dritte Welt, die von ökonomischer und politischer Teilhabe ausgeschlossen wird.³⁶

Die in einem solchen System Privilegierten glauben, sie befänden sich noch in einer Marktwirtschaft: Die Einkommensvorsprünge der Besserverdienenden werden durch den Überfluß von Arbeit, die der produktive Sektor nicht braucht und nicht ausbildet, abgesichert. Die Verwertung und Vermehrung ihres Sparens wird durch die Politik des billigen Geldes politisch abgesichert. Die Profitrate auch auf bestehende Realanlagen bleibt dadurch hoch, daß niemand in Produktionsanlagen investiert, die nicht wenigstens die bei Finanzanlagen erwarteten Steigerungen der Einkünfte abwerfen. Einkünfte aus einem fiktiven Geld, das der keynesianische Interventionsstaat zur Sicherung von Vollbeschäftigung eingeführt hat, bestimmen die Mindesthöhe der Profitrate auf Realanlagen und blockieren reale Investitionen, so wie die Grundrente in vorkapitalistischen Gesellschaften die produktive Verwendung von finanziellen Ressourcen für industrielle Entwicklung blockiert hatte.

Mit ihrer steigenden Spartätigkeit können die privaten Haushalte nicht, wie Meade geglaubt hatte, die Kapitalisten ersetzen. Sie erreichen nur die Transformation der Privilegierten, Sparer und Eigentümer von Produktionsanlagen, in Rentiers.

9. Zur Neigung der Privilegierten, als Rentiers den Kapitalismus abzuschaffen

Die hier beschriebenen Tendenzen sind nicht Folge der Sättigung der Bedürfnisse der Haushalte in hochentwickelten Wirtschaften, sondern Folge einer unterschiedlichen Gewichtung von Bedürfnissen, die jetzt zu Produktion und Beschäftigung führen und Bedürfnissen, die diese Auswirkungen nicht haben, nämlich Bedürfnissen nach Absicherung von Zukunftsrisiken und Bedürfnissen nach Verminderung von Arbeitszeit.³⁷

Die Sparneigung wächst nicht deshalb, weil die Haushalte keine aktuellen Konsumbedürfnisse tätigen möchten, sondern weil sie einen Teil dieser aktuellen Konsumbedürfnisse aus Präferenz für zukünftige Bedürfnisse zurückstellen.

36 Das Argument, Sozialleistungen behinderten die Beschäftigung wenig qualifizierter Arbeitskräfte bei Schuhputzen und Fahrkartenverkauf (*Spiegel*, 27. Juli 1998, S. 4) bedeutet, daß offenbar die Nachfrage im hochproduktiven Sektor nicht ausreicht, um die produktivere Beschäftigung potentiell für Schuhputzen einsetzbarer Arbeitskräfte zu erzwingen.

37 Ich teile Zinns These der Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung, K. G. Zinn, Massenarbeitslosigkeit und Massenwohlstand. Das Janusgesicht unseres Kapitalismus zum Jahrhundertende und die Optionen der Beschäftigungspolitik“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 14/15 (2. April 1999), S. 12.

Mit diesem Konsumverzicht können die Haushalte aber die zukünftige Befriedigung ihrer Bedürfnisse nicht effizient erreichen: Einzelne Haushalte können sehr wohl durch im Verhältnis zu anderen Haushalten höhere Ersparnisse ihren Anteil an der zukünftigen Kaufkraft steigern. Große Bevölkerungsgruppen können durch individuell realisierte Erhöhung ihres Sparens nicht die gemeinsame zukünftige Kaufkraft erhöhen: Dies läßt sich aus der Diskussion über die Altersvorsorge veranschaulichen, die alenthalben in den westlichen Industrieländern entfacht wurde. Wegen der Veränderung des Altersaufbaus der Bevölkerung wird den derzeit Erwerbstätigen erklärt, daß sie in Zukunft weniger Geld erhalten werden, als die derzeit von ihnen Unterstützten. Sie erhalten den Rat, eine zusätzliche Altersversorgung durch privates Sparen aufzubauen, das sie im Alter für Konsum nutzen können. Die Gesamtheit der sparenden Haushalte, die zum Entsparen übergeht, kann nicht mehr Güter und Dienstleistungen nachfragen, als die Erwerbstätigen bereit sind, durch Kaufkraftumlenkung (Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung, privates Sparen) einzuräumen. Würden Ersparnisse in Höhe von 149 Prozent des Volkseinkommens (dem Wert in der Bundesrepublik) innerhalb weniger Jahre zu kaufkräftiger Nachfrage, hätte dies Inflation und Defizite der Handelsbilanz zur Folge. Der fiktive Charakter des angesparten Geldes würde allen Beteiligten deutlich.

Inwieweit heutiges Sparen zukünftige Bedürfnisbefriedigung erlaubt, hängt letztlich vom Wachstum des Produktionspotentials ab.

Die in der Theorie des endogenen Wachstums als komplementär bezeichneten Faktoren des technischen Fortschritts sind letztlich Folge des steigenden Massenkonsums. Für jede Innovation gilt, daß ihre Kosten um so mehr abnehmen, desto größer die Produktionsserien. Je größer die Produktionsserien, desto geringer der relative Preis von innovativer Arbeit zu technischen Fortschritt nicht begünstigender repetitiver Arbeit. Je größer die Produktionsserien, desto wahrscheinlicher eine Orientierung der Eigentümer von finanziellen Ressourcen auf Nachfrage nach innovativer Arbeit, sofern sich die Eigentümer finanzieller Ressourcen an den relativen Preisen von Produktionsfaktoren ausrichten.

Nur wenn durch Sparen der technische Fortschritt begünstigt würde, würden die sparenden besser verdienenden Haushalte durch ihre wachsende Sparneigung die Grundlage für die Befriedigung ihrer zukünftigen Bedürfnisse sichern. Für einen Zusammenhang zwischen technischem Fortschritt und Sparen gibt es keinen empirischen Beleg und keine makroökonomische oder mikroökonomische theoretische Formulierung.

Privates Sparen zur Zukunftssicherung scheitert an der Effizienz kapitalistischer Wachstumsprozesse: Wegen der im Kapitalismus nicht überproportional zum Volkseinkommen ansteigenden Finanzierungsbedürfnisse der Unternehmen ist der Umfang der heute produzierbaren Vermögensbe-

stände nicht groß genug, um die Bedürfnisse der Haushalte nach Sicherung zukünftiger Einkommensströme durch Steigerung ihres Vermögensbesitzes zu gewährleisten. Die Maschinen, mit denen die Konsumgüter der Zukunft produziert werden, können genausowenig heute produziert werden wie die zukünftigen Konsumgüter.

Zur Sicherung der Funktionsfähigkeit privat organisierter kapitalistischer Produktion müssen die Zukunftsrisiken „sozialisiert“ werden, d. h. Garantien für die Zukunft gegeben werden, für die die Haushalte derzeit durchaus zu Leistungen herangezogen werden können, die jedoch nicht in einem das Vollbeschäftigungswachstum gefährdenden Konsumverzicht liegen sollten. Dies setzt eine wachsende Rolle des Staates voraus: Garantien für die Zukunft können im Eigentum und in staatlichen Garantien bestehen. Andere Garantien kann es nicht geben. Gezeigt wurde, daß der Versuch, durch Konsumverzicht Eigentums Garantien für die Zukunft zu erwerben, wegen der Struktur kapitalistischer Wachstumsprozesse scheitert. Es bleibt also nur die Möglichkeit der staatlichen Garantie. Dabei muß nicht notwendig die Staatsquote steigen, sondern vor allem das Vertrauen in die Verlässlichkeit der zukünftigen Leistungen.

Damit die Bürger ein solches Gefühl der Verlässlichkeit entwickeln, müssen sie die gesellschaftliche Realität aller formal privaten Wirtschaftstätigkeit erkennen. Eigentum ist im Kapitalismus privat, weil dies eine besonders effiziente Regelung des Dilemmas zwischen dem Prinzipal und dem Agenten ist: Der private Eigentümer verliert bei Ineffizienz anders als ein staatlicher Planer sein eigenes Geld. Der gesellschaftliche Charakter dieses Geldverlusts wird im Insolvenzrecht bei der Institution des Vergleichs noch abgebildet. Privatheit des Eigentums an Produktionsmitteln ist zum Zweck der Förderung technischen Fortschritts im Interesse der großen Zahl delegiert. Die bürgerliche Revolution, getragen auch von den besitzlosen Schichten, hat die staatliche Aneignung von Überschuß als Rente, die Monopole und Privilegien, bekämpft, weil sie vom Profit eine Verwendung im Interesse der Hebung des Wohlstands erwartete, wie dies Adam Smith ausführlich dargelegt hat.³⁸

Wenn die Menschen den illusorischen, aber für Steuerung sinnvollen privaten Charakter des Eigentums von Produktionsmitteln erkennen, können sie auch erkennen, daß die Befriedigung ihrer zukünftigen Bedürfnisse nicht von Eigentum, sondern von der Respektierung des dem Kapitalismus impliziten Gesellschaftsvertrags auch in der Zukunft abhängt. Ein wichtiges Element dieses Gesellschaftsvertrags ist die Konkretisierung der wechselseitigen Anerkennung der grundlegenden Gleichheit aller Bürger in der Form des Anspruchs auf die Möglichkeit, frei am Markt Arbeitskontrakte zu schließen. Die Neoklassik behauptet, daß dies bei ausreichend niedrigen Reallöhnen möglich ist, der Keynesianismus widertegte diese Auffassung.

38 A. Smith, *The Wealth of Nations*. Vol. I, Oxford 1976, S. 276 ff., 351 ff.

Damit ist diese Freiheit, Arbeitskontrakte zu schließen, nur unter den makroökonomischen Rahmenbedingungen für Vollbeschäftigung zu garantieren. In kapitalistischen Wirtschaften hat der geringe Anstieg von Fixkapital im Verhältnis zum Volkseinkommen (im Unterschied zu realsozialistischen Gesellschaften³⁹) zur Folge, daß eine Vollbeschäftigung sichernde Gesamtnachfrage steigende Arbeitseinkommen voraussetzt. Vollbeschäftigung ist eine Konkretisierung der wechselseitigen Anerkennung der Gleichheit aller Bürger, die faire Partizipation an der gesellschaftlichen Veranstaltung „privat organisierten kapitalistischen Wirtschaftens“ sichert. Der Wohlfahrtsstaat ist deshalb wie das Recht auf freie Arbeitskontrakte nichts anderes als ein wesentlicher Aspekt der Institutionalisierung dieser fairen Teilhabe.

Daraus ergibt sich eine einfache Schlußfolgerung. Arbeit muß darauf verzichten, sich durch wachsende Spartätigkeit für Sicherheit in der Zukunft heute selbst zu entmachten. Die Risiken der Zukunft müssen in der Zukunft bewältigt werden, und zwar auf der Grundlage der Produktivität der dann Erwerbstätigen. Um der wachsenden Spartätigkeit der Haushalte entgegenzuwirken und die effektive Nachfrage zu vergrößern, muß der Wohlfahrtsstaat verlässlicher gemacht werden. Nur der Staat kann die zukünftige Konsumtionskapazität der von Altersversorgung Lebenden gegen Inflation schützen, die sie durch die Verwandlung ihrer Ersparnisse in Nachfrage hervorrufen könnten. Nur der Staat kann die zukünftige Umverteilung aus den Einkommen der dann Erwerbstätigen zugunsten der von Altersversorgung Lebenden sichern.

Liste der Symbole

$B = f_B(\pi - z, k/\pi)$	Absorption privaten Sparens von Haushalten als Funktion der Differenz zwischen Profitrate und Zinssatz und der Fremdfinanzierung
b	Kapitalproduktivität Y/K
C, c	Konsum und seine Wachstumsrate
FA	Finanzanlagen
I, i	Investitionen und ihre Wachstumsrate
K, k	Kapitalstock (netto) und seine Wachstumsrate
K_S, k_S	Fremdfinanzierter Kapitalstock und seine Wachstumsrate
K_M, π	Unternehmensfinanzierter Kapitalstock und seine Wachstumsrate
L, l	Lohn- und Gehaltseinkommen und ihre Wachstumsrate
P, p	Profit und seine Wachstumsrate
$SF = f_S(L), sh$	Sparen der Haushalte als Funktion ihrer Realeinkommen
Y, y	Nettosozialprodukt und seine Wachstumsrate
Z, z	Zinsen und ihre Wachstumsrate

39 H. Elsenhans, Aufstieg und Niedergang des realen Sozialismus. Einige politökonomische Anmerkungen, in: *Comparativ. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung*, 8 (1998) 1, S. 122-132.

Mitteilungen und Berichte

Deutschlandbilder – Frankreichbilder 1700–1840.

Tagung der deutsch-französischen Projektgruppe „Das französische Deutschlandbild im Europa des 17. und 18. Jahrhunderts“ am 22. und 23. April 1999 in Leipzig

Der von der VW-Stiftung geförderte Projektverbund „Das französische Deutschlandbild im Europa des 17. und 18. Jahrhunderts“, in dem Wissenschaftler der Universitäten Marburg, Leipzig und Paris VIII sowie der *Maison des Sciences de l'Homme* mitarbeiten, stellte mit dieser Tagung Arbeitsergebnisse vor. Diese Zwischenbilanz der gemeinsamen Arbeit war dem scheidenden Direktor des Centre Marc Bloch in Berlin, Etienne François, gewidmet, der die Arbeit der Projektgruppe wie auch des Frankreich-Zentrums der Universität Leipzig wesentlich gefördert hat. *Matthias Middell* würdigte einleitend die Verdienste des so Geehrten, der sich, wenn man so will, mit einer intensiven Teilnahme an den Diskussionen revanchierte und so die Fruchtbarkeit der Zusammenarbeit demonstrierte. Die Projektgruppe „Französisch-Sächsischer Kulturtransfer“ am Frankreichzentrum der Universität Leipzig, die die Tagung ausrichtete, bot dem Projektverbund ein Forum und stellte ihre Ergebnisse zur Diskussion.

Das Treffen thematisierte Fremdbilder und Eigenbilder am Beispiel Deutschlands und Frankreichs, ohne jedoch in die Einseitigkeiten der traditionellen „Bilder“-Forschung verfallen zu wollen und orientierte sich dabei konzeptionell am „Kulturtransfer“-Ansatz. Das Thema wurde in zwei aufeinanderfolgenden Sektionen behandelt. Die erste widmete sich den „vornationalen“ Deutschland- und Frankreichbildern, die

zweite suchte die Rolle der Selbst- und Fremdbilder im Prozeß der Nationalstaatsbildung zu erkunden. Dem war ein Beitrag von *Fred E. Schrader* (Paris) vorgeschaltet, der thesenartig den Stand der theoretischen Diskussionen zusammenfaßte.

Die ersten fünf Beiträge setzten sich mit dem französischen Bild des Alten Reiches und seiner Verfassung auseinander. *Martin Wrede* (Osnabrück) stellte dar, daß die französischen Perzeptionen der Reichsverfassung im 18. Jh. zwischen Zuschreibung einer Vorbildfunktion und völligem Unverständnis schwankte. Das hatte seinen Grund darin, daß für die Institutionen des Reichs keine adäquate französische Begrifflichkeit existierte und diese nur als radikale Differenz beschrieben werden konnten.

Jörg Ulbert (Marburg) zeigte, daß trotz einer nach 1715 veränderten weltpolitischen Konstellation das diplomatische Korps Frankreichs weiterhin am traditionellen Feindbild Habsburg festhielt und einzelne diplomatische Vertreter völlig überzogene Szenarien der habsburgischen Bedrohung nach Paris übermittelten. Der Beitrag *Sven Externbrinks* (Marburg) zeigte dann am Beispiel des politischen Denken eines hohen Diplomaten Frankreichs, Louis-Augustin Blondel (1696–1791), daß das veränderte europäische Kräfteverhältnis im Laufe des 18. Jhs. auch Auswirkungen auf die französische Reichspolitik hatte. Sie suchte sich durch eine Stabilisierung

des Reiches den Rücken gegen England freizuhalten. Die Erhaltung des Gleichgewichts im Reich war dazu unumgänglich. So konnte *Externbrink* in Abgrenzung zu der These von Eckhard Buddruss¹ auch auf manche Entscheidungen in der frühen Phase des siebenjährigen Krieges ein neues Licht werfen.

Im Gegensatz zu dieser aus politischen Gründen motivierten Sicht auf das Reich zeigten *Olaf Asbach* (Marburg) und *Dieter Hüning* (Marburg), daß das Reich auch als Alternative zum absolutistischen Systems Frankreichs gesehen wurde. *Asbach* wies darauf hin, daß der Abbé de Saint Pierre versuchte, das Reich und seine Institutionen zum Vorbild für eine gesamteuropäische Friedensordnung in Form einer Föderation oder Konföderation zu machen. *Hüning* stellte die Reichsverfassungsperzeption bei einem anderen Vertreter des französischen politischen Denkens, des Abbé Mably, dar. In dessen Verfassungsgeschichte, die in moralphilosophischer Absicht verfaßt wurde, erscheint das Reich als direkte Alternative zur politischen Gesellschaftsverfassung in Frankreich.

Hierauf folgten zwei Vorträge, die sich stärker auf ein Reichsterritorium, auf Kursachsen, konzentrierten. *Katharina Middell* (Leipzig) beschrieb die Stellung französischer Réfugiés in Sachsen in der ersten Hälfte des 18. Jhs. Dabei wurde der Unterschied zwischen Integration des Fremden und dessen Assimilation sehr deutlich. Der „Deutsch-Franzose“ strebte zwar die rechtliche Integruion in die örtliche Bürgergemeinschaft an, bezog jedoch sein „Geschäftskapital“ aus seiner besonderen Frankreichkompetenz. Diese „Hybridität“ zog auch eine besondere Wahrnehmung durch die sächsische Bevölkerung nach sich.

Das Bild Sachsens in der Korrespondenz der französischen diplomatischen Missionen in Dresden stellte *Steffen Sammler* (Leipzig) vor. Die vom diplo-

matischen Personal wiederholt eingesandten umfassenden Landesbeschreibungen zogen als Vergleichsmaßstab Frankreich oder Preußen heran. Die französischen Vertreter registrierten so, daß Sachsen am Ende des 18. Jhs. zum wirtschaftlichen Konkurrenten Frankreichs avancierte. Das außenpolitische Gewicht Kursachsens wurde indessen gering geschätzt. Auch der innenpolitische Machtapparat wurde als nicht auf der Höhe der Zeit stehend bewertet.

Hans-Martin Blitz (Freiburg) leitete thematisch bereits zur zweiten Sektion über. Die Erfindung des deutschen Nationalismus schien bisher immer ein Produkt der Befreiungskriege von 1813 zu sein. Mit seinem Beitrag zu frühen Konstruktionen eines deutschen Vaterlandes im Siebenjährigen Krieg präsentierte er dagegen Vorformen, die eine deutliche Verwandtschaft zeigten. Er bezog sich dabei auf die Herausbildung eines Vaterlandsbegriffs in Texten, die für die preußische Armee bestimmt waren und in denen Preußen als Führungsmacht des Reiches dargestellt wurde. Allerdings hielten solche Äußerungen noch durchgehend auf den Monarchen bezogen und weniger auf dessen Staat. Auch war die Produktion dieser Texte von den Konjunkturen des sich mit dem Kriegsverlauf wandelnden Marktes abhängig.

Thomas Höpel (Leipzig) zeigte, wie im Zuge der Behandlung der Revolutionsflüchtlinge von 1789ff. in Preußen ein klareres Bild vom Eigenen und vom Fremden entstand und die staatliche Herrschaftspraxis in diesem Prozeß zu einem wesentlichen Motor für eine kulturelle Integration wurde. Diese drückte sich nicht nur in der Stabilisierung von Fremd- und Selbstwahrnehmungen aus, sondern vor allem auch in der schrittweisen Einführung des Paradigmas Staatsbürger/Ausländer. Die Herausforderung durch die Revolution in Frankreich, durch den Krieg und durch die massenhafte Konfrontation mit Fremden, die

keine dauerhafte Assimilation in die Kultur der Fluchtstaaten anstreben, beförderten diesen Prozeß der Ablösung von den frühneuzeitlichen Mustern des Umgangs mit Fremden.

Die Sichtweise der adligen Revolutionsflüchtlinge auf „Deutschland“ wurde im Gegenzug von *Karine Rance* (Paris) anhand von deren Memoiren dargestellt. Sie zeigte, wie deren Blick auf das Alte Reich im Laufe ihres dortigen Aufenthalts umkippte. Wurde es in der Anfangsphase als Rückzugsraum gesehen, in dem das Ancien Régime noch intakt war, führten die zahlreichen Beschränkungen und Ausgrenzungen, denen die Emigranten im Alten Reich nach der Niederlage von Valmy ausgesetzt waren, zu einer Neuentdeckung der eigenen französischen Identität.

In den folgenden Beiträgen wurde die Bilder vom anderen in Literatur und Musik behandelt. *Guido Müller* (Tübingen) wandte sich in seinem Beitrag gegen die These von der frühen Herausbildung von Nationalopern, die nationale Antagonismen und abgrenzende Nationalbilder thematisierten. Vielmehr blieb die Oper zwischen 1770 und 1850 eher eine europäische und transnationale Einrichtung, die Nationalisierung erfolgte erst ab 1850.

Am Beispiel von Madame de Staël behandelte *Julia Ahlers-Hestermann* (Göttingen) das Problem des kulturellen Transfers und der damit verbundenen Einbußen. In der Diskussion wurde deutlich, daß die Vermittlungsleistung Germaine de Staëls auch eng von ihren marktpolitischen (d. h. dem anvisierten Rezipientenkreis) und ihren politischen Ambitionen abhängig war. *Christoph auf*

der Horst (Düsseldorf) zeigte, auf welche Weise Heinrich Heine die Napoleonlegende für die Vermittlung liberaler Ideen nutzte.

Im abschließenden Beitrag untersuchte *Wolfgang Schmale* (Wien), wie sich vom 16. zum 18. Jh. das Wahrnehmungsmuster „Grenze“ änderte: von einem eher gleitenden Übergang, der durch sich verändernde kulturelle Zeichen wahrnehmbar wurde, hin zur linearen Grenze. Entscheidend für diese Veränderung des kulturellen Gedächtnisses war, daß seit dem 17. Jh. die einzelnen Sprachen für die Konstruktion von kulturellen Räumen an Bedeutung gewannen, während zuvor die Abgrenzung zur antiken Tradition stärker eine europäische Gesamtkultur zur Folge hatte. Die Veränderung des Wahrnehmungsmusters „Grenze“ konstruiert zugleich ein anderes Bild vom Fremden.

In einer angeregten Schlußdiskussion wurde auf die Instrumentalisierung der Bilder und ihre Aufladung mit unterschiedlicher Bedeutung hingewiesen. Zugleich wurde unterstrichen, daß die binäre deutsch-französische Struktur, wie *Jeismann*² gezeigt hat, zwar gerade für die Herausbildung beider Nationen wichtig gewesen ist, die alleinige Reduzierung der Diskussion auf diesen Rahmen aber irreführend sei.

Eine Veröffentlichung der Beiträge ist vorgesehen.

Thomas Höpel/Hans-Martin Moderow

1 Die französische Deutschlandpolitik 1756–1789, Mainz 1995.

2 M. Jeismann, *Das Vaterland der Feinde*, Stuttgart 1992.

Buchbesprechungen

Laura Brace, *The idea of property in seventeenth-century England. Tithes and the individual*, Manchester University Press, Manchester/New York 1998, 184 S.

Der Zehnte war Gegenstand heftigster Kontroversen in England in den 1650er Jahren. Die Debatten um den Zehnten nach der Hinrichtung von König Karl I. fanden einen Höhepunkt in der großen Kontroverse im *Barebone's Parliament* im Juli 1653 und waren Teil einer breitgefächerten radikalen und sektiererischen Ablehnung der etablierten Kirche und ihrer Funktionsträger. *Laura Brace* ist es gelungen, die Verbindung der aktuellen Auseinandersetzungen um die Abgabe eines Teils der Produkte an den Klerus mit allgemeinen Fragen des Rechts auf Eigentum und Freiheit im 17. Jh. herzustellen.

Die Autorin, Dozentin für Politische Theorie an der Universität Leicester, sieht ihre Studie als einen Versuch, soziale Kommunikation durch den Disput um den Zehnten zu verstehen, dabei die Religion als Grundlage für soziale Bindungen und Zerrüttungen zu untersuchen und die Mechanismen kollektiver Identifikation zu ergründen, die das sektiererische Lager und die Visionen der Commonwealthpolitik beeinflussten. *Brace* möchte sich nicht nur auf die Aussagen, Erfahrungen und Wahrnehmungen der Beteiligten verlassen, sondern die Komplexität der Beziehungen, in denen die Menschen standen, die sie als soziale Wesen ausmachten, einbeziehen.

Brace ist von C. B. Macphersons Arbeit über die politische Theorie des Besitzindividualismus, in erster Linie entwickelt am Beispiel John Lockes, trotz ihrer unhistorischen, den Kontext ver-

nachlässigenden Anlage grundsätzlich überzeugt. Darüber hinaus sieht sie aber die Möglichkeit, in der Auseinandersetzung um den Zehnten die Grundlage des ideologischen Wandels mit den damit verbundenen Verschiebungen in Moral, Freiheits-, Rechts- und Eigentumsvorstellungen zu untersuchen. In der Frage der Methodologie orientiert sich *Brace* stark an den von J. G. A. Pocock und Quentin Skinner vorgebrachten Untersuchungen politischer Ideen, die sich der verschiedenen politischen Sprachen annehmen, die sie als Teil der Sozialstruktur einstufen und in einer Art offenem Kommunikationsnetzwerk miteinander verbunden sehen.

Der historische Rückblick der Autorin auf den Zeitraum vor 1650 fällt relativ kurz aus. Im Zeitraum von 1535 bis 1603 war der Gesamtwert der Pfründe (*benefices*) gestiegen; der Zuwachs wurde jedoch unterschiedlich verteilt. Der Beginn des 17. Jhs. sah dann eine Vielzahl von Streitigkeiten um den Zehnten – vor allem zwischen den Laien und dem Klerus. Das erste Kapitel des Buches geht auf die Zerstörung der Sozialbeziehungen durch den Bürgerkrieg der vierziger Jahre des 17. Jhs. ein. Die Umwälzung dieser Zeit, der Separatismus in der Religion und andersgeartete Eigentumsvorstellungen unterliefen die Akzeptanz des Zehnten als Notwendigkeit für den Schutz der Rechte der Kirche und der nachbarschaftlichen Beziehungen. Einen Schwerpunkt der Analyse bildet die Untersuchung der Argumentation der Quäker, die ihre Haltung gegen den Zehnten zu einem Teil ihrer radikalen Identität machten. In den 1650er Jahren nahmen sie den Klerus als eine eigennützige Elite wahr, die nur darauf bedacht war, ihr Monopol zu bewahren.

kern genutzte Argumentation gegen Habsucht – verstanden als die Forderung nach über den unmittelbaren Lebensunterhalt hinausgehenden Abgaben – bedeutete nicht zwingend eine Argumentation gegen den Markt, wohl aber gegen die Priester als unzumutbare Kaufleute, Händler und Monopolisten. Durch den Bürgerkrieg waren Handwerk und Handel schwer getroffen, schlechte Ernten trugen ihren Teil zur Verschlechterung der ökonomischen Situation bei. 1650 – das Jahr nach der Hinrichtung des Königs – war ein Jahr der Wirtschaftskrise.

Brace sieht in der Sprache der „Verbesserung“ (*improvement*) und der landwirtschaftlichen Revolution eine Reihe von Argumenten für Privateigentum, Eigeninteresse und Profit. Die Einhegungen von Land, durchaus auch bekämpft von Aristokraten mit einem Verantwortungsgefühl für die Landbevölkerung, entrissen der Priesterschaft zusätzlich die Argumentationsgrundlage für den Zehnten.

„Once profit and pleasure both came from labour, and from a particular kind of productive, manual labour at that, the minister's entitlement to his maintenance out of the fruits of that labour looked more flimsy“ (S. 82). *Brace* wendet sich im vierten Kapitel gegen Macphersons strikte Unterscheidung zwischen kollektivem und privatem Eigentum. Gerade in der Debatte um den Zehnten, die Fragen der Moral und Religion aufwarf, wurde die Komplexität der Beziehung zwischen öffentlichem und privatem Eigentum sichtbar. Eine Vielzahl von Anschauungen über Eigentum traf in den fünfziger Jahren des 17. Jhs. in Erscheinung, die nicht immer eine eindeutige Zuordnung zu einer Kategorie (z. B. Besitzindividualismus) zulassen.

Für John Locke sollte die Sprache der Einhegungsbewegung zentral für seine Eigentumstheorie werden. Er nahm Sprache und Ideen der Reformer der fünfziger Jahre auf; er akzeptierte die Trennung von Land und Arbeit und ge-

stand allein der Arbeit den Anspruch auf Eigentum zu. Eigentumsrechte konnten bei Locke allein im Individuum ihre Wurzeln haben. Die Kirche war für ihn eine freiwillige Gemeinschaft (*society*), so wie es bereits in den Vorstellungen der Baptisten Jahrzehnte zuvor propagiert worden war. Religiöses Bekenntnis war bei Locke eine Frage des persönlichen Nutzens, außerhalb der staatlichen Rechtsprechung, zu behandeln wie Privateigentum und durch entsprechende Rechte garantiert. Macpherson hatte sehr deutlich zwischen dem Besitzindividualismus Lockes und dem Individualismus im puritanischen politischen Denken mit seiner Zuweisung gleicher sittlicher Werte für alle Menschen unterschieden. Die Arbeit von *Brace* ist hingegen bestrebt, die Verbindungen dieser Diskurse aufzuzeigen, zu zeigen wie besitzindividualistisches Denken à la Locke seine Vorläufer im Diskurs der „Verbesserung“ (*improvement*) vor allem in der Frage der Behandlung der Armen hatte, denen nach *Brace* weitestgehend nur der gesellschaftliche Objektstatus zuerkannt wurde. Die Auflösung von Gemeinschaftseigentum an Land und die Infragestellung des Zehnten waren zwei entscheidende Momente, die Vorstellung eines auf Privateigentum basierenden freien Individuums durchzusetzen; in der sich durchsetzenden Form war das nicht immer beabsichtigt von den Gegnern des Zehnten in der Mitte des 17. Jhs.

Roland Ludwig

Sepp Linhart/Erich Pilz (Hrsg.), Ostasien. Geschichte und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert, Promedia, Wien 1999, 270 S.

Für eine adäquate Besprechung des vorliegenden Sammelbandes ist es erforderlich, zunächst auf den Kontext seiner Entstehung und damit verbundene Zielstellungen zu verweisen. Resultat einer

Ringvorlesung zum gleichnamigen Thema an der Universität Wien 1998/99, mit der eine Reihe weiterer Veranstaltungen zur „außereuropäischen“ Geschichte zwecks Überwindung von Eurozentrismus gerade auch in den historischen Disziplinen eingeleitet wurde, soll er zugleich als Lektüre für ein an Allgemeinwissen über den ostasiatischen Raum interessiertes studentisches Publikum dienen – ist er mithin als Lehrbuch konzipiert, von dem die Herausgeber hoffen, daß es auch an anderen Universitäten Verwendung finden möge. Bewertet man ihn aus dieser Perspektive, so kann der Bd. trotz der qualitativen Unterschiede der einzelnen Beiträge als Einführung in diese Region und Probleme ihrer Modernentwicklung nur empfohlen werden. Aber auch Spezialisten sollten ihn studieren, und zwar zum einen deshalb, weil es denen unter ihnen, die sich ebenfalls schon länger darüber Gedanken machen, wie man diesem Erfordernis auf ideale Weise nachkommen könnte, eine willkommene „Reibfläche“ für die Suche nach auch anderen Wegen bietet, wozu am Schluß einige wenige Gedanken geäußert werden sollen. Zum anderen spiegelt der Bd. wohl den gegenwärtigen Stand, d.h. auch ein bestimmtes Spektrum an Methoden und Annäherungsweisen an die Region in den deutschsprachigen ostasienwissenschaftlichen Studien wider, der den allgemein interessierten Lesern damit demonstriert werden kann.

Um dem eigentlichen Anliegen des Buches – Grundzüge von Modernisierungsprozessen, der Bildung von Nationalstaaten und Zivilgesellschaften vor allem in China und Japan zu vermitteln – nachkommen zu können, wurden zwei Beiträge an den Anfang gestellt, die der Vormoderne beider Länder gewidmet sind. Während *Linhart* sich für Japan dabei auf eine am traditionellen Wissenskanon der Japanologie orientierte Skizze der Herrschafts- und sozialen Verhältnisse der Edo-Zeit (17. bis Mitte

19. Jh.) beschränkt, stellt *Richard Trapp* auf knapp sieben Seiten China in drei Etappen von der mythischen Vorzeit bis zum Ende der dynastischen Zeit (1911) als einen Kulturkreis und ein Staatsgebilde vor, das von einer spezifischen Verbindung der drei philosophischen Schulen des Konfuzianismus, Legalismus und Daoismus getragen worden sei. Als Korrektiv zu Darstellungen dieser Art sehe ich den Beitrag von *Jürgen Osterhammel*, der Chinas „langes 19. Jh.“ von 1800 bis 1916 als Prozeß des Reichsverfalls und gesellschaftlicher Neubildungen vorstellt und gleich eingangs darauf verweist, daß zwar eine „konsequent analytische Untersuchung des 19. Jhs. ... auf den roten Faden einer zusammenhängenden Erzählung ganz verzichten ...“, die außerordentlichen regionalen Unterschiede in einem Land von kontinentalen Ausmaßen unterstreichen und sozialgeschichtliche Aussagen über die chinesische Gesellschaft möglichst vermeiden (würde). Dem stehen jedoch die Erfordernisse von Darstellung und Vermittlung im Zusammenhang vergleichender Geschichtsbetrachtung entgegen. Wer nicht gerade mit der chinesischen Geschichte vertraut ist, benötigt zunächst eine chronologisch-erzählende Grundorientierung“ (S. 31). Zumindest ein Problembewußtsein für lineare Narrationen nationaler Geschichten wird hier geweckt, zumal von „fremden“.

Zu bemerken ist für diesen einleitenden, aber auch für die folgenden Teile, daß Korea unterbelichtet bleibt. Ein einziger Beitrag widmet sich diesem dritten großen ostasiatischen Land: *Manfred Pohl* skizziert die Zeitgeschichte Koreas seit 1945 anhand vor allem politischer Ereignisse. Die ökonomischen und politischen Geschehnisse der letzten knapp zwei Jahrzehnte sind es daher, die am Schluß des Bandes (in der Gegenwart angekommen) den Rhythmenwechsel der Beiträge „China (Vormoderne) – Japan (Vormoderne) – China (19. Jh.) –

Japan (1850er Jahre bis 1912, *Wolfgang Schwentker*) – China (1911–1949, *Erich Pilz*) – Japan (vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg, *Sabine Frühstück*) – China (Mao-Zeit 1949–1978, *Mechthild Leutner*) – Japan (nach 1945, *Sepp Linhart*)⁴ bewirken: „Korea – China (20 Jahre Reformpolitik 1978–1998, *Thomas Heberer*) – Japan (Spätmoderne 1970er Jahre bis 1998, *Wolfram Manzenreiter*) – Tigerstaaten Singapur/Hongkong/Taiwan/Südkorea (Zeitgeschichte, *Dieter Stiefel*)“⁵. Der abschließende Artikel „Ostasiens Beitrag zur Weltkultur im 19. und 20. Jh.“ von *Sang-Kyong Lee* bestätigt dann noch einmal den Charakter eines Sammelbandes: Am Ende des Semesters boten Einblicke in den westlichen Japonismus aber gewiß gerade Wiener Studenten einen willkommenen Anlaß, in den entsprechenden Museen (oder Musikhäusern) des einstigen Zentrums dieser Strömung die Produkte sich gegenseitigen Spiegels der Kulturen original zu genießen.

Dieser Aufsatz, die Struktur des gesamten Buches wie auch derjenigen Einzelbeiträge, die ein komparatives Element beinhalten (*Osterhammel, Schwentker, Pilz, Frühstück, Heberer, Stiefel*) regen zu einer weiteren Überlegung an: Beherrschend ist die „bipolare“ Perspektive, die Japan oder China mit „westlichen“ Entwicklungen vergleicht, nicht aber die ostasiatischen Länder untereinander bzw. in einem „Triangel“-Verhältnis mit dem „Westen“, ohne daß letzterer als Zentrum (=Modell) fungiert, um das die peripheren Abweichungen kreisen („Anschluß an den universalen Zivilisationsprozeß“, *Schwentker* S. 62). *Osterhammel* deutet solche Vergleiche an (z.B. S. 37). Und *Stiefel* vergleicht natürlich die vier Tigerstaaten auch miteinander, aber Maß aller Dinge ist für ihn letztlich doch ein verflachter modernisierungstheoretischer Entwurf (tendenziell auch für *Heberer*), und die These vom „konfuzianischen Geist“ (auch von einem „asiatischen Wertesystem“),

der/das ähnlich dem „protestantischen“ hinter den Erfolgen wie Problemen dieser Länder steht, ist für gehobene Zeitungen und Zeitschriften sicher akzeptabel, in der Wissenschaft stehen sie aber seit längerem auf dem methodischen und metatheoretischen Prüfstand.

Ein nächster Schritt, den historischen Blick über die eigenen (nationalen) Gesellschaften hinaus zu erweitern und auf diese Weise deren konstruktiven Charakter sowie die dahinterstehenden Motive und Ziele zu problematisieren, könnte also darin bestehen, daß aus den Überblicksdarstellungen einzelne Etappen, Problemfelder oder gesellschaftliche Bereiche, Gruppen herausgegriffen und im ostasiatischen Kontext selbst miteinander verglichen werden. Das Verhältnis japanischer, chinesischer und koreanischer Intellektueller etwa zu Staat und Gesellschaft, deren je spezifische Rezeptionsweisen „westlicher“ Kultur, ihre Institutionalisierung, ihre Netzwerke in Ostasien, ist ein Thema, das im Rahmen solcher Konzepte wie „Zivilgesellschaft“, „Öffentlichkeit“, Verhältnis Masse – Elite u.a. zu diskutieren ist, deren „westliche“ Varianten dabei kontextualisiert, also relativiert werden sollten. Auch der Kulturbegriff sollte hinsichtlich ostasiatischer moderner Gesellschaften über Philosophie und „hohe“ Kunst in den Alltag hinein erweitert werden. Sind doch gerade in diesem Bereich in den letzten beiden Jahrzehnten in dieser Region interessante Entwicklungen in Populär- und Massenkultur zu beobachten. Die gewiß zu begrüßende Blickerweiterung auch auf die „Kleinen“ der Region sollte nicht auf Politik und Wirtschaft begrenzt werden, weil gerade alltagskulturelle Faktoren Erklärungspotentiale von Phänomenen in sich bergen, für die sonst schnell wieder abstrakte und verschwommene „asiatische“ Werte und Traditionen herhalten müssen.

Vom „Sammelband“ zu systematisch vernetzten, aber auch exemplarischen

Problemdarstellungen – das wäre die Ebene des Ideals. Doch soweit sind die Experten selbst noch nicht, was u.a. auch institutionelle Ursachen hat. Begnügen wir uns also zunächst mit dem Realen, und da bietet der Wiener Bd. durchaus empfehlenswerten Lese- und Diskussionsstoff.

Staffi Richter

Christof Dipper, Rainer Hudemann, Jens Petersen (Hrsg.), Faschismus und Faschismen im Vergleich (Italien in der Moderne 3), S-H-Verlag, Köln 1998, 276 S.

Im dritten Bd. der Reihe „Italien in der Moderne“, zugleich Festschrift für Wolfgang Schieder zum 60. Geburtstag, werden verschiedene Einzelbeiträge geboten, die bisher weniger erforschte Aspekte der Faschismusforschung präsentieren und zumindest punktuell daraus neue Perspektiven für eine empirisch geprägte vergleichende Faschismusforschung abzuleiten versuchen. Als Schwerpunkte kristallisieren sich dabei die Themen der Kollaboration und Besatzungspolitik, Stellenwert und Praxis des Antisemitismus und Rassismus sowie die Beziehung zwischen Gewalt und Überzeugung heraus. Da sich die Herausgeber stark gegen eine in der italienischen Historiographie verbreitete Tendenz wenden, den italienischen Faschismus gegenüber dem deutschen Nationalsozialismus als weniger grausam und totalitär zu entlasten, akzentuiert der Bd. dagegen, daß sich hinsichtlich Gewahpotential und Antisemitismus die Unterschiede eher reduzieren. Bei diesem insgesamt allerdings recht heterogenen Bd. muß sich der Rezensent darauf beschränken, die sich in den Beiträgen abzeichnenden Theoreme kürzerer und mittlerer Reichweite und weitere Potentiale anzudeuten.

Im Anschluß an den Forschungsüberblick der Herausgeber beschreibt *Hans Mommsen*, den bisherigen Forschungs-

stand bündelnd, die NSDAP als Typus einer faschistischen Partei, die im Zuge der kumulativen Radikalisierung während des Zweiten Weltkrieges schließlich zu ihren revolutionären Anfängen zurückfindet. Als einzigen Vergleichspunkt spricht er das Fehlen von institutionalisierten Gremien an und hebt darauf ab, daß in der italienischen Partei schließlich der Großrat den Diktator selbst abgesetzt habe. Weitere Vergleiche zur Parteigeschichte unterbleiben, so daß die Funktion des Beitrags unklar bleibt.

Der Abschnitt „Italienischer Faschismus in der historiographischen Diskussion“ stellt sich dar als eine Auseinandersetzung um Renzo De Felice (1929–1996), der seit 1965 mit seiner monumental, aber unvollendet gebliebenen Mussolini-Biographie die italienische Faschismus-Diskussion entscheidend mitkonditioniert hat. *Jens Petersen* zeigt, wie De Felice im Laufe der Zeit die Unterschiede zwischen NS und italienischem Faschismus immer stärker betonte und schließlich die Regime qualitativ unterschied, welche Kritik er historiographisch und historiographiepoltisch auf sich zog und damit zu einer langanhaltenden Bildung politisch-ideologisch geprägter Lager in der italienischen Faschismusforschung beitrug. Erst zuletzt habe eine stärkere, empirisch gestützte Historisierung begonnen, ohne die Lager wirklich aufzulösen. Leider bezieht *Petersen* in seinen Überblick weder die deutsche Diskussion über den Faschismus noch die angelsächsischen Forschungen ein, um den Stellenwert des italienischen Diskurses und dessen Wechselwirkung mit anderen Diskursen über die zwei Jahrzehnte ausloten zu können. Ebenso fehlt eine Rückbindung an bestimmte Themenschwerpunkte, die eine Diachronie der Forschungsurteile ermöglicht hätte.

Deutlich gegen De Felices frühe These, Mussolini habe antisemitische Maßnahmen erst 1938 unter dem Druck der Nationalsozialisten eingeleitet, setzt sich *Enzo Collotti* ab: Er betont die längere

Kontinuität, die rassistische Politik schon vor 1938 hatte und – m.E. am wichtigsten – die konstitutive Notwendigkeit des Rassismus für die totalitäre Beschleunigung. Ähnlich argumentiert, mehr auf den Ebenen von Geschichtspolitik und Kritik der methodischen Mängel De Felices, *Brunello Mantelli*: Er wirft De Felice eine nationale Fixierung und Ausblendung der Komparatistik vor, wodurch er Kollaboration und Resistenza auf einen inneritalienischen Konflikt reduzieren und insgesamt das nationalsozialistische Besatzungsregime als verharmlosenden Filter zur Relativierung der Verbrechen des Mussolini-Regimes nutzen könne. *Mantelli* zeigt hingegen, daß die expansiven Momente dem Faschismus inhärent seien, eine radikalisierte Eigendynamik auslösen müßten und der italienische Faschismus daher strukturbedingt zur Annäherung an den NS gezwungen sei. Aspekte, die dieses verdeutlichten, sollten zukünftig stärker erforscht werden.

Entgegen dem Titel des Bandes kommt der Abschnitt „Rassismus und Antisemitismus“ ohne jeglichen Vergleich aus. *Volker Sellin* zeigt, warum der laizistische Nationalstaat nach der Einigung Italiens keine antisemitische Ideologie unterstützen konnte (die katholische Kirche bediente sich nach wie vor des christlich gefüllten Volksantisemitismus), verhartet aber hinsichtlich des Faschismus bei einem Befund, der aufgrund anderer Beiträge des Sammelbandes als veraltet erscheinen muß. Ein Rekurs auf ungünstigere Generierungsbedingungen für einen rassistischen Antisemitismus in der Monarchie verlagert folglich den Erklärungsbedarf verschärft auf die faschistische Epoche selbst. Hierzu bedürfte es einer auf exemplarischen Mikrostudien basierenden, theoretisch fundierten Alltagsgeschichte antisemitischer Ressentiments und Praktiken, um deren Umschlagen in Kollaboration im sich totalitär gerierenden Faschismus erfassen und erklären zu können.

Anhand der Musikpolitik im Dritten

Reich zeigt *Michael H. Kater*, wie stark die antisemitische Politik Goebbels' und Görings auch von NS-Größen durchlöchert wurde. Dieser Befund ist im Prinzip bekannt. *Kater* bindet seine Durchlöcherungsthese in keinerlei kulturpolitischen Zusammenhang ein, geschweige denn in einen Vergleich zweier faschistischer Regime. An dieser Stelle exemplifiziert der Bd., daß – nachdem es nun eine Reihe von Einzelstudien zu verschiedenen Kulturbereichen gibt – forschungsstrategisch eine Theorie kultureller Praktiken in faschistischen und totalitären Regimen gefordert ist, um das Gewicht solcher Maßnahmen für das Funktionieren der verschiedenen Regime ermitteln und Kulturpolitik in die vergleichende Untersuchung faschistischer Regimetypes einbeziehen zu können.

Implizit an *Sellin* anknüpfend, untersucht *Moshe Zimmermann* die Funktion des Antisemitismus im Zusammenhang der „sozialen Frage“ in den sich industrialisierenden westlichen Gesellschaften und konstatiert – nach „Beantwortung“ der sozialen Frage in der zweiten Nachkriegszeit – einen Wandel zum Antizionismus und eine Verlagerung in den arabischen Raum. Die Verknüpfung von Antisemitismus und sozialer Frage scheint plausibel, da xenophobe Diskurse ja ein altes Instrument zur „Negativen Integration“ darstellen. Doch läßt *Zimmermann* die für einen Faschismusvergleich zentrale Frage offen, welche spezifischen Funktionen die unterschiedlich ausgeprägten antisemitische Stereotypen in den verschiedenen faschistischen Ideenhausen haben.

Im folgenden Abschnitt „Kollaboration und Besatzung“ schließt sich zunächst *Margit Szöllösi-Janzes* Untersuchung der Judenpolitik in Ungarn 1919–1945 z.T. an den vorangehenden Abschnitt an und eröffnet dadurch Vergleichsperspektiven hinsichtlich Verlaufsformen und Morphologie der Judenpolitik in Südosteuropa. Darüber hinaus wird anhand der vergleichsweise günstigen Lage der ungarischen

schen Juden auch unter dem Regime der faschistischen Pfeilkreuzler nach deren Putsch im Oktober 1944 einerseits und anhand der vorangegangenen konservativen Prävention gegen die Pfeilkreuzler mittels Judengesetzgebung eine Art „Kollaboration vor der Kollaboration“ andererseits die Eintendigkeit des Kollaborationsbegriffes und seiner moralischen Konnotationen aufgeweicht und somit die Tür zu einem nuancenreicheren, damit komparatistisch nützlicheren Vokahular geöffnet.

In seiner typisierenden Gegenüberstellung der NS-Besatzungspolitik in Frankreich, Jugoslawien und Italien kann *Lutz Klinkhammer* zum einen das bekannte polykratische Chaos in den sich überlagernden, meist kleinräumigen Herrschaftstypen und zum anderen die unterschiedlichen Grade und Mechanismen der Radikalisierung in der abschließenden Eskalationsphase der Besatzungsherrschaft luzide herausarbeiten. Für die Erklärung der Unterschiede, vor allem faßbar im Kontrast zwischen Frankreich und Serbien, hebt *Klinkhammer* auf „cultural patterns“, stereotype Wahrnehmungskategorien von „Westen“ und „Osten“, ab, die als (diffuse, aber eindeutig verhaltenslenkende) Leitkategorien von Hitler selbst vorgegeben waren. *Klinkhammer* eröffnet damit für die Besatzungsforschung neue Fragehorizonte. Die „cultural patterns“ wären allerdings inhaltlich weiter auszuleuchten, zumal man gerade für Frankreich fragen muß, durch welche mentalen Mechanismen die seit dem Kaiserreich gepflegte antiwestliche Stereotypik in bestimmten Situationen außer Kraft gesetzt oder zumindest gedeckelt wurde. Für Serbien hingegen argumentiert *Klinkhammer* mit dem Hinweis auf die Kontinuität der negativen Topoi aus dem Ersten Weltkrieg (S. 206). Sein Befund verschiebt die Frage auf die mentalitätsgeschichtliche Ebene: Wie erklärt sich, daß im Westen und Osten zivilisatorische Tabus in unterschiedlicher Form, Heftigkeit und Häufigkeit außer Kraft gesetzt werden und im

Osten größere Orgien von Gewalt freisetzen? Hierzu gehört natürlich auch das von *Klinkhammer* nicht thematisierte Wechselspiel zwischen Besatzern und in unterschiedlicher Form widerständigen Besetzten.

Den Zusammenhang zwischen den Herrschaftsinstrumenten „Gewalt und Überzeugung“ leuchten die im vierten Abschnitt abgedruckten Aufsätze nicht aus.

Unter dem Titel „Zwischen Terror und Integration“ untersucht *Norbert Frei* die Gestapo in ihren Funktionen, ihrem Ausmaß, ihrer Radikalisierung im Endphase-Terror als Import der neuen Ostkriegspraktiken in die Heimat sowie in der Projektion dieser Spätphase auf die gesamte Gestapo durch die Nachwelt. Er bettet dies ein in eine Kritik der s. E. zu stark mythenkritischen Thesen Mahlmanns und Pauls. Ein Vergleich mit anderen Polizeien findet nicht statt.

Anhand der rumänischen Legion „Erzengel Michael“ arbeitet *Armin Heinzen* die besondere Rolle der öffentlichen Inszenierung kultischer Gewalt vor dem Hintergrund noch vormoderner ländlicher Gewaltmentalität während der Regierung der Eisernen Garde heraus und interpretiert sie als archaischen Reinigungszauber. Leider führt er keinen auch nur morphologischen Vergleich mit der andersartigen Mischung von Öffentlichkeit und Arkanpraxis im NS-Deutschland durch. Doch weisen *Heinzens* Thesen in die Richtung, daß ein historisch-anthropologischer Zugriff auf Gewalt geeignete Kategorien generieren könnte, um den Anteil von Gewalt an Entstehung und Funktionieren faschistischer Regime komparativ erfassen zu können.

Analoges gilt für den säkularreligiösen Kult, den *Emilio Gentile* in der Zusammenfassung seines Buches zum italienischen Likorenkult thesenhaft darstellt. Die religiösen und kultischen Selbstdarstellungsformen der Faschisten ordnet *Gentile* in die Sakralisierung der Politik als Epochenzeichen des 20. Jhs. ein, ohne

sie allerdings sozialgeschichtlich und herrschaftsfunktionell wirklich zu verorten. Ihm entgehen damit Vergleichsebenen, mittels derer man zum einen die „Sakralisierung der Politik“ zu anderen religiösen Phänomenen in Beziehung setzen, zum anderen die Herrschaftsfunktion (über die Intentionen der Faschisten hinaus) fassen und gegen andere Regime absetzen könnte. Es bleibt offen, inwiefern tatsächlich „Kult“ stattfand oder nur – evtl. von beiden Seiten – „gespielt“ wurde. Im Unterschied zu *Peter Reichels* „Der schöne Schein des Dritten Reiches“ und zum erwähnten Aufsatz *Heinens* unterläßt es *Gentile*, Kult und Gewalt zu relationalisieren.

Einen morphologischen Vergleich mit klar definierten Kriterien bietet hingegen *Hans-Ulrich Thamer* in seiner Untersuchung über Geschichts- und Propagandaausstellungen in Deutschland und Italien einschließlich eines kurzen Blicks ins nicht-faschistische Frankreich. *Thamer* stellt einen systemübergreifenden Trend zur Monumentalisierung und je spezifische Themen, Träger und Initiatoren fest und kommt zum Ergebnis: „Nicht in der ästhetischen Form und auch nicht in der Visualisierung von politischen Botschaften liegt also die eigentliche politische Dimension, sondern in ihrer ideologisch-propagandistischen Verwertung.“ Auch wenn *Thamer* sich somit zu Recht gegen eine postmoderne Verabsolutierung des Ästhetischen wendet, läßt er die Frage nach dem Stellenwert des Ästhetischen offen und blendet damit die mentale Seite der Ausstellungsproduktion und -rezeption in unerschiedlichen Regimen aus.

Trotz zahlreicher interessanter Einzelinformationen und neuer Perspektiven bleibt der Gesamteindruck des Bandes unbefriedigend. Das Buch leidet unter zwei miteinander zusammenhängenden Dilemmata: Zum einen soll der Titel „Faschismus und Faschismen im Vergleich“ kaschieren, daß es sich – von wenigen Beiträgen abgesehen – am Ende doch um eine festschriftentypische Buch-

bindersynthese handelt. Zum anderen wird die vergleichende Absicht nur teilweise und zufällig eingelöst, weil ein theoretischer (und daher in der Findung von Vergleichskategorien unterschiedlicher Reichweite gehemmter) Positivismus vorherrscht. Doch zeigen die einleitenden Bemerkungen der Herausgeber, daß sich aus den Befunden Vergleichsthemen geeigneter Reichweite entwickeln lassen, um daraus förderliche Strategien für die Italienforschung wie für die vergleichende Faschismnsforschung zu konzipieren.

Friedemann Scriba

Christian-Georg Schuppe, Der andere Droysen. Neue Aspekte seiner Theorie der Geschichtswissenschaft, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1998, 109 S. (Studien zur modernen Geschichte, Bd. 51)

In der Historiographiegeschichte wird verbreitet ein Schema verwendet, nach dem die Entwicklung der Geschichtswissenschaft in Deutschland durch drei aufeinanderfolgende Paradigmen geprägt gewesen sei: Aufklärungshistorie – Historismus – Historische Sozialwissenschaft. Dieser Konzeptualisierung tritt *Schuppe* in seiner 1996/97 an der Universität Hamburg eingereichten Dissertation entgegen. Er versucht die „Modernität“ (S. 20) eines der wesentlichen Vertreter der historistischen Geschichtswissenschaft – Johann Gustav Droysens – zu belegen, der „seiner Zeit weit voraus“ (S. 19) gewesen sei. *Schuppe* bemüht sich um den Nachweis, daß viele jener methodologischen und epistemologischen Positionen und thematischen Schwerpunktsetzungen, die normalerweise nicht-historistischen Geschichtswissenschaftlern insbesondere des 20. Jhs. zugewiesen werden, bereits im Werk Droysens vorhanden gewesen seien. Zu diesem Zweck konfrontiert er Ausschnitte aus Droysens veröffentlich-

tem Werk mit Denkansätzen von Karl Marx, Max Weber, Hans-Ulrich Wehler, Jürgen Kocka, Jörn Rüsen und Hayden White (S. 20), die für Schuppe sammt für 'das Moderne' stehen.

Der Verfasser zeichnet zunächst die Droysen-Rezeption im 19. und v.a. im 20. Jh. nach und stellt die Versuche der Vertreter der Historischen Sozialwissenschaft dar, eine Negativ-Folie des Historismus und Droysens zu zeichnen, die v.a. dazu gedient habe, in Abgrenzung zu diesem Zerrbild die eigene Fortschrittlichkeit herauszustreichen. Im folgenden stellt *Schuppe* aber heraus, daß Droysen den Objektbereich der Geschichtswissenschaft keineswegs auf menschliche Intentionen und bewußt intendierte Handlungen beschränken wollte. Vielmehr sei er sich durchaus bewußt gewesen, daß der Mensch nicht nur seine Umwelt präge, sondern auch durch sie geprägt sei. Deshalb habe Droysen lange vor Wehler „Wirtschaft, Herrschaft, Kultur und Sozialstruktur“ (S. 29) als relevante Themen der Geschichtswissenschaft anerkannt und diesen gesellschaftlichen Dimensionen sogar eine Eigendynamik und damit eine partielle Unabhängigkeit von menschlichen Intentionen zugestanden. In einem weiteren Kapitel untersucht *Schuppe* „Droysens Gesellschaftsgeschichte“ (S. 43). Seiner Meinung nach standen die 'großen Männer' und 'politischen Ideen' keinesfalls ausschließlich im Zentrum von Droysens Forschungskonzeption, ebensowenig könne bei Droysen – wie häufig gegen ihn vorgebracht – von Eatismus oder Staatsreligion die Rede sein. Vielmehr sei es ihm bei der Untersuchung der 'Sphäre der Macht' um die Aufdeckung der unausgesprochenen Interessen und Bedürfnisse der Akteure gegangen, er habe also einen ideologiekritischen Ansatz verfolgt. Droysen habe auch die „materiellen Mittel und Bedingungen, Interessen und Zwänge“ (S. 45) von Handlungen und politischen Ereignissen aufdecken wollen. Zudem habe

Droysen weder die Sozial- noch die Kulturgeschichte vernachlässigt. Auch seien Mentalitäts-, Alltags- und Mikrogeschichte bereits in seiner Historik angelegt. Selbst die zur Darstellung dieser Untersuchungsgegenstände häufig verwandte 'dichte Beschreibung' habe Droysen in Ansätzen entwickelt. Dabei habe er deren Tendenz zur Mikrologie stets mit einer Rückbindung an die makrohistorischen Strukturen und Prozesse zu entgegen gesucht, schließlich sei es ihm letztlich um die Erstellung einer menschheits- oder weltgeschichtlichen Synthese gegangen.

Im folgenden Abschnitt steht der Autor heraus, daß Droysen auch methodologisch äußerst modern gewesen sei. Die „Erklärung historischer Sachverhalte durch ihre Rückbindung an erklärende Regelmäßigkeiten [...] oder theorieförmige Konstrukte“ (S. 63) habe er ebenso eingefordert wie die Verwendung von quantifizierenden und generalisierenden Verfahren. Damit der Historiker die materiellen, sozio-ökonomischen Strukturen und Prozesse untersuchen könne, habe Droysen für die Verwendung von Modellen und für die Entwicklung eines abstrakten Begriffsinstrumentariums plädiert. Diese wiederum müsse der Historiker aus seiner jeweiligen Gegenwart beziehen. *Schuppe* folgert, Webers 'Idealtypus' sei von Droysen bereits vorgedacht worden. Zukunftsweisend habe Droysen zwischen analytischen und hermeneutischen Verfahren keinen sich ausschließenden Gegensatz gesehen, sondern für eine dialektische Verknüpfung dieser Herangehensweisen plädiert. Zudem seien Droysens methodologische und epistemologische Überlegungen auch deshalb 'modern' gewesen, weil er sich der subjektivistischen und konstruktivistischen Verfaßtheit geschichtswissenschaftlichen Forschens und Schreibens bewußt gewesen sei. Droysen sei es nicht um 'Objektivität' gegangen, sondern um intersubjektive Nachvollziehbarkeit. Er habe durchaus gewußt,

daß das erkennende Subjekt, der Historiker, die Geschichte keineswegs abbilde, sondern diese entsprechend einer Fragestellung selektiv betrachte, diese Selektion aber nach subjektiven Kriterien erfolge. Letztere wiederum seien durch außerwissenschaftliche Faktoren, durch die gesellschaftliche Gegenwart des Historikers beeinflusst und unterlägen daher auch historischem Wandel. In diesem Zusammenhang habe Droysen Weber vorweggenommen, da er forderte, daß der Historiker seinen Lesern seine erkenntnisleitenden Interessen offen legen solle. Aber auch zentrale Aussagen Hayden Whites seien bei Droysen bereits angedacht, schließlich kontextualisierte und historisierte er das Erkenntnisobjekt und gestand die Relativität geschichtswissenschaftlicher Aussagen ein. Außerdem sei Droysen wie später White die kognitive Relevanz der Darstellungsformen in der Historiographie bewußt gewesen, und er habe sogar eine Typologie der historiographischen Formen entwickelt, die Whites Unterscheidung von vier Strategien narrativer Sinnbildung sehr nahe komme.

Schuppe kommt zu dem Schluß, daß Droysens Historik moderner war, als bisher angenommen, und daß es daher nicht erst um 1900 zu einem Bruch der damaligen Historiker mit den veralteten Konzeptionen ihrer Vorgänger gekommen sei, geschweige denn, daß dieser Bruch erst in den sechziger Jahren mit der Historischen Sozialwissenschaft oder noch später mit der Postmoderne erfolgt sei. Diskontinuitäten seien vielmehr zwischen Ranke und Droysen zu verzeichnen, womit „das übliche Historismus-Paradigma in Frage“ gestellt sei (S. 93).

Sicherlich ist zu begrüßen, daß *Schuppe* der komplexitätsreduzierenden und Kontinuitätsverleugnenden Konzeptualisierung von Historiographiegeschichte in Form von sich gegenseitig ausschließenden Paradigmen entgegentritt. Allerdings sind auch einige kritische Anmerkungen am Platze. Zum ei-

nen ist es nicht unbedingt folgerichtig, die Annahme eines Paradigmenwechsels zwischen Historismus und Historischer Sozialwissenschaft durch die intensive Analyse des Werkes Droysens zu widerlegen, im Anschluß aber diesen Paradigmenwechsel einfach zeitlich vorzulegen und eine Opposition zwischen Ranke und Droysen aufzubauen, ohne auch das Werk Rankes auf seine 'Modernität' hin zu untersuchen. Wäre es nicht folgerichtiger, die Charakterisierung historiographischer Entwicklung durch radikale Diskontinuitäten, also Paradigmenwechsel, endgültig ad acta zu legen? Zweitens scheidet der Beleg von Droysens 'Modernität' insofern unvollständig, als *Schuppe* die gar nicht so 'moderne' *Geschichtsschreibung* Droysens nicht derselben intensiven Analyse unterwirft wie die Historik. Der Autor sieht zwar die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit, zwischen Theorie und Praxis (S. 43), ist aber nicht bereit, seine 'neuen' Thesen deshalb zu relativieren. Darüber hinaus wird Droysens Werk als doch recht monolithischer Block dargestellt: Weder wird sein Denken in seiner Prozeßhaftigkeit analysiert, noch wird ausreichend auch auf die inneren Widersprüche des Werkes hingewiesen. Zum Beleg der zum Teil sehr nützigen Thesen werden oft eher arbiträre Textstellen aus Droysens Werk zitiert, Passagen, die jenen widersprechen könnten, werden hingegen nicht angeführt. Der Verfasser wiederholt so den Fehler einer selektiven Lesart Droysens, die er den Vertretern der Historischen Sozialwissenschaft vorwirft, unter umgekehrten Vorzeichen. Eine Rezeptionsgeschichte Droysens im 19. Jh., die dazu hätte dienen können, herauszufinden, ob die angebliche methodologische und epistemologische Innovativität Droysens überhaupt wahrgenommen wurde und somit innerhalb der Scientific Community auch Konsequenzen hatte, fehlt fast vollständig. Zudem handelt es sich um eine reine Werkexegese, eine ideenge-

schichtliche Herleitung von Droysens Historik wird nur selten versucht; daß kognitive Inhalte auch durch institutionelle Strukturen geprägt sein könnten, wird nicht einmal angedacht. Wer heutzutage eine Dissertation von knapp 100 großzügig bedruckten Textseiten abgibt, mag von seiten des Wissenschaftsbetriebes Lob erhalten, doch die genannten Lücken schmälern die Relevanz der erarbeiteten Ergebnisse.

Gabriele Lingelbach

Bücher ohne Verfallsdatum. Rezensionen zur historischen Literatur der neunziger Jahre, hrsg. von Peter Schöttler und Michael Wildt, Ergebnisse-Verlag, Hamburg 1998, 248 S.

Die großen deutschen Tages- und Wochenzeitungen haben bereits seit längerem die einschlägigen Fachorgane der Historiker nach der Zahl der besprochenen Bücher und der repräsentierten Breite des neuen Forschungsstandes und hinsichtlich der Aktualität, die sich aus der Frist zwischen dem Erscheinen der Bücher und dem der Besprechungen ergibt, überholt, so daß ihnen auch von Verlegern, Autoren und Lesern eine große, wenn nicht die größere Autorität zugeschrieben wird, die über den Erfolg von Themen, Thesen und Verfassern entscheidet.

Die Herausgeber der vorliegenden Sammlung ziehen hieraus die naheliegende Konsequenz, eine Sammlung der bemerkenswertesten rezensierten Bücher und der Rezensionen zugleich zusammenzustellen. Oft nur „als vergilbte Zeitungsausschnitte überlebende Texte“ sollen dem Vergessen entrissen werden. Dieses Verfahren ergibt zugleich eine Art Bestenliste der Neuerscheinungen auf dem deutschen Markt der historischen Bücher seit dem Beginn der neunziger Jahre.

Obwohl es an keiner Stelle ausge-

sprochen wird, handelt sich doch bei dieser Auswahl um die Weiterentwicklung einer Idee, die schon lange in der einflußreichsten französischen Geschichtsschrift praktiziert wird, die eine regelmäßige Rubrik *Le choix des Annales* führt und dort die nach Meinung der Redaktion wichtigsten Neuerscheinungen (bis vor kurzem auffällig markiert auf andersfarbigem Papier) präsentiert: eine Art Börsenbericht der historischen Zunft. Was Peter Schöttler und Michael Wildt im Unterschied zu der zweimonatlichen Analyse der *Annales* hier vorlegen, ist gewissermaßen der 200-Tage-Index, der dem Analysten mehr Sicherheit gibt als die täglichen Zickzack-Kurven für einzelne Unternehmen. Für die studentischen Kleinaktionäre und die nach dem definitiven Anlageglück suchenden Doktoranden und Habilitanden empfiehlt sich deshalb dringend die Kenntnisnahme dieses Barometers, um keinen Zug der Zeit zu verpassen.

Das Buch zieht die Konsequenz aus einer gravierenden Verschiebung in den Produktions- und Rezeptionsbedingungen der modernen Geschichtswissenschaft, so daß man sich unwillkürlich fragt, warum es erst jetzt ausgedacht wurde und damit offenlegt, was auf den Fluren der akademischen Anstalten längst selbstverständlich ist und die Bewertungsmaßstäbe bestimmt. Daß es dabei subjektiv zugeht, versteht sich von selbst. Und daß die Herausgeber sich selbst und ihr unmittelbares Umfeld (als Besprechende wie als Besprochene) etwas genauer wahrnehmen, reflektiert einfach den gebräuchlichen Umgang, man könnte auch sagen: die selektive Lektüre, gerade der Tagespresse, die sich bei nur kurzzeitiger Abwesenheit bereits zu nicht mehr zu bändigenden Papierbergen türmt.

Über die Auswahl, die bei den Rezensionen von Jürgen Habermas über Rolf Reichardt zu Thomas Maissen reicht und etwa die heute das Feuilleton beherrschenden Generationen in den dort übli-

chen Proportionen repräsentiert, und bei den besprochenen Autoren eine Mischung aus Jüngeren und Älteren, aus Einheimischen, angelsächsischen und französischen Historikern bereithält (während die übrige internationale Historiographie faktisch nicht stattfindet!), soll hier en détail nicht weiter geudeilt werden. Ohne Urteile des (in diesem Falle guten) Geschmacks kommt eine solche Auswahl gar nicht zustande. Ich beschränke mich vielmehr auf einige Trends, die sich aus dieser Auswahl für den Überblick zur historischen Literatur der neunziger Jahre ableiten lassen.

Keineswegs scheint das Interesse der überregionalen Zeitungen und Zeitschriften gleichmäßig zu sein. Jedenfalls verteilen sich die Rezensionen sehr unterschiedlich: die ZEIT mit zwölf und die FAZ mit neun Rezensionen führen deutlich, es folgen die Süddeutsche Zeitung und die Frankfurter Rundschau mit je drei Besprechungen gegenüber dem „Spiegel“ mit lediglich zwei Beiträgen, während die Überrepräsentanz von WerkstattGeschichte, zweifellos eine innovative Zeitschrift, aber doch wohl kein weitverbreitetes Blatt, allein der Präferenz der Herausgeber geschuldet sein dürfte.

Sucht man nach Erklärungen für diesen Trend zum Feuilleton der überregionalen Printmedien, dann dürfte auf Seiten der Verfasser die Tatsache, daß hier intellektuelle Produkte noch bezahlt werden (statt ihren Druck vom Autor bezuschussen zu lassen), eine nicht unwichtige Rolle spielen – gerade für eine Generation, der sich die Tore zu den Lehrstühlen verschlossen zeigten, nachdem der Berufungsschub Ende der sechziger Jahre einen Akademikerzyklus (Hartmut Titze) abgeschlossen hat.

Daß Schöttler und Wildt allein sieben Beiträge beisteuern, ist nicht durch eine subjektive Trübung der Wahrnehmung zu erklären, sondern eher Ausdruck eines Typs von Historiker, der die neue Rolle der Printmedien ernst nimmt und über

sie Themen und Interpretationen zu lancieren versucht – hierin dem französischen Vorbild ähnlich, das sich schon seit längerem auf neue Weise im Idealbild des intellektuellen eingerichtet hat. Damit geht auch eine intensivere Beobachtung der internationalen Entwicklungen einher, als sie oftmals in den einschlägigen Zunftorganen zu finden ist. Immerhin sind zwar 22 der rezensierten Bücher Themen der deutschen Geschichte, aber auch zwölf solchen der westeuropäischen und vier Fragen der Weltgeschichte gewidmet.

Betrachtet man die Verteilung dieser Bücher, die als innovativ gelten und zugleich auch durch eine ausführliche Rezension wahrgenommen wurden, nach Fachgebieten, dann zeigt sich die Antike völlig ausgeblendet (sieht man von entsprechenden Partien in Uwe Wesels umfassender Geschichte des Rechts ab), das Mittelalter ist Gegenstand von vier, die Frühe Neuzeit bis etwa 1800 Thema von sieben Büchern, weitere sieben wenden sich dem 19. Jh. bis zur Errichtung des Deutschen Kaiserreichs, sechs eben diesem Kaiserreich und parallelen Entwicklungen in anderen Ländern zu. Die Zeit des Ersten Weltkriegs und die zwanziger Jahre (drei) bleiben eher unterbelichtet, dagegen ist die Geschichte des Nationalsozialismus, der Verfolgung der Juden und des Zweiten Weltkrieges (acht) noch immer im Mittelpunkt des Historikerinteresses. Die Zeitgeschichte fällt dagegen ab (vier). In der Rezensionsauswahl spiegelt sich mit acht besprochenen Büchern zugleich das massive Interesse der Historiker an der Geschichte ihres Faches – Zeichen eines methodologischen Umbruchs und der Versicherung oder der kritischen Distanzierung von Traditionen?

Versucht man sich zu vergegenwärtigen, was bei einer alles in allem so ausgewogenen Mischung fehlen könnte, dann fällt zuerst auf, daß zur Geschichte der DDR zwar in den letzten Jahren sehr vieles publiziert worden ist, dies aber

entweder die Rezensenten nicht überzeugt hat, eine gute Besprechung zu liefern, oder aber die Herausgeber nicht gewinnen konnte.

In ihrer Form unterscheiden sich diese Rezensionen natürlich auch von jenen, die in den spezialisierten Fachorganen erscheinen, denn in den großen Tages- und Wochenzeitungen muß es zuerst um eine möglichst präzise Wiedergabe der wichtigen Thesen eines Autors und die daran anschließende Auseinandersetzung mit deren Bedeutung für das allgemeinere Geschichtsbild gehen – kleinliche Schelte an handwerklichen Nachlässigkeiten oder methodologischen Inkonsistenzen bleibt da ausgeklammert. Der Vorzug einer solchen Kommentierung liegt in der Abwägung, welchen Platz neue Arbeitsergebnisse im kollektiven historischen Gedächtnis haben sollen. Der Weg der Erkenntnis und die zahlreichen methodischen Schwierigkeiten auf diesem Weg bleiben eine interne Angelegenheit der Historiker. Geprüft wird vielmehr, wie die angebotenen *plots* in die großen, schon etablierten Erzählungen passen (sollen).

Die Herausgeber folgen bei der radikalen Reduktion der historiographischen Produktion auf Monographien der Auswahlpraxis vor Redaktionen bei den Tageszeitungen, die Sammelbänden kaum eine Chance geben. Dafür mag manches sprechen, denn die Kohärenz einer Darstellung trägt gewiß viel zu ihrer Qualität und Überzeugungskraft bei. Wenn man aber davon ausgeht, daß die Aufgabe der Historiker sowohl in der Dekonstruktion von Mythen wie auch in ihrer Neuproduktion auf der Grundlage rationaler Forschungsergebnisse besteht, dann wird mit diesem Auswahlverfahren der zweite Aspekt deutlich privilegiert – im Zeitalter postmoderner Distanzierung von den *master narratives* ein erstaunlicher Befund. Zugleich wird aber auch eine fatale Einschränkung vorgenommen, die den Eindruck von den großen einsamen Autoren, die als Magier der Historiographie

allein die riesige Stofffülle meistern, noch ein wenig aufrechterhalten möchten, während die Produktionsbedingungen (Beschleunigung der Ideenzirkulation, Komplexität der zu lösenden Fragen) heute immer mehr auf gemeinsame, perspektivenergänzende Arbeit drängen. Dies ist nun gewiß kein Plädoyer dafür, jede Buchbindersynthese rezensierend ernst zu nehmen oder gar beeindruckende Einzelleistungen aus dem Pantheon zu werfen. Der allzu eingeschlifene Topos von der Minderwertigkeit kollektiver Publikationen bedarf aber vielleicht doch der Revision.

Wir haben es angesichts der „Bücher ohne Verfallsdatum“ mit einer Themenliste zu tun, bei der das Feuilleton öffentliches Interesse erwartet. Es ist ein gutes Zeichen – und ein wichtiger Verdienst der Herausgeber, dieses Zeichen sichtbar zu machen! –, daß darunter nicht nur die nochmalige Behandlung von Lieblingsfragen des deutschen historischen Bewußtseins sind (die übrigens jetzt, wie Ulrich Herberts Studie über Heinrich Best oder Norbert Freis Aufhellung der Vergangenheitspolitik in der frühen Bundesrepublik zeigen, auf neue kritische Weise angegangen werden), sondern auch eine vielfältige Öffnung für neue Probleme und Ergebnisse der Kulturgeschichte, wie Roger Chartiers Geschichte der Lektüre, Alain Corbins Geschichte der Sinneswahrnehmungen, Christoph Danielzik-Brüggemanns serielle Rekonstruktion der Bildwelten, in denen sich die deutschen Zeitgenossen Ereignisse der Französischen Revolution vergegenwärtigten, oder Peter Gays Geschichte der Gefühlswelten im langen bürgerlichen 19. Jh. Die Vorstellung von einem eklatanten Rückstand der deutschen Geschichtsschreibung gegenüber französischen oder amerikanischen Vorbildern kursiert an vielen Hochschulen. Wie berechtigt sie für manche Zeiten war und manche Felder ist, zeigen unter anderem die Beiträge Peter Schöttlers zu den Klassikerwerken eines Marc Bloch,

Lucien Febvre oder Fernand Braudel. Die Vorstellung eines *retard allemand* wird andererseits oft als mangelndes Selbstbewußtsein beklagt. Mir scheint dagegen, daß sie die Bereitschaft von Mittlern signalisiert, ihre Wahrnehmung des Fremden in den Dienst der Modernisierung der eigenen Geschichtswissenschaft zu stellen. Die Buchbesprechungen, die hier versammelt sind, zeigen eben diese Bereitschaft.

Das Büchlein läßt sich also in sehr verschiedene Richtungen lesen, gibt manchen Blick auf die Umstände der Produktion von Bedeutung im Feld der Historiker frei. Daß es sich mit Vergnügen liest, auch und gerade weil dieser Teil der Arbeit der Historiker ihre stilistischen Qualitäten besonders herausfordert, sei ausdrücklich festgehalten. Die Gefahr, daß auf diese Weise nicht mehr die Bücher selbst gelesen werden, sondern nur noch second-hand-Wissen reproduziert wird, ist zwar nicht von der Hand zu weisen, ihr Bemerken sollte aber nicht an das Erscheinen dieses Bandes geknüpft werden – der Leistungssport in Tagungspausen, sich gegenseitig die zur Kenntnis genommene Menge an Neuerscheinungen um die Ohren zu hauen, mußte über kurz oder lang zu Umgehungsstrategien bei den Überforderten führen, und besser noch, die Schriften werden mehr über kompetente Rezensionen memoriert, als über die unausrottbar kursierenden personalen Vorurteile in der Zukunft frei nach dem Motto 'Kollegin A hat einmal einen klugen Vortrag gehalten, ihre Bücher müssen zum Besseren gehören, Kollege B ist Schüler des anerkannten Kollegen C,

deshalb gilt es seine Dissertation zu zitieren'.

Problematischer ist dagegen, daß die Herausgeber lediglich mit ein paar Strichen den Kontext ihrer Bemühungen skizzieren, weder eine genauere Analyse des Rezensionswesens, noch seiner partiellen „Auswanderung“ in die allgemeinen Printmedien mit ihren spezifischen Auswahlkriterien und Netzwerken liefern und sich auch einer Standortbestimmung der präsentierten Themen und Autoren als Teilmenge der Historiographie insgesamt oder der in den ausgewählten Zeitungen präsentierten Historiographie enthalten. All dies ist zugegebenermaßen zeitaufwendig, und eine Liste der in den vergangenen Jahren erschienenen Besprechungen, aufgeschlüsselt nach Sujet und Ausrichtung, eher Stoff für eine Dissertation als meritenverdächtig. Insofern ist eine Tür aufgestoßen, hinter der sich die Analyse eines neuen Gebietes des Nachdenkens über den Beruf des Historikers und seine öffentliche Rolle aufzut, bei der auch die marktvermittelten Mechanismen der Produktion historischen Wissens in den Blick geraten. Damit ein Börsenbericht Autorität gewinnt, sind wohl zwei Dinge notwendig: er muß regelmäßig erscheinen und seine verfeinerte Methodik dem Bedürfnis der Nutzer nach Vorhersage von Erfolg und Verlust anzupassen. Der Hinweis, im Orkus der täglichen Neubewertungen komme keine einzige Prognose wirklich zum Tragen, wird erfahrungsgemäß von den Kunden nicht akzeptiert. Es bleibt in diesem Sinne zu hoffen, daß diesem Bd. weitere folgen.

Matthias Middell

Resümees

Andreas Ludwig

„Traum der Zukunft – Wirklichkeit“. Stadtgeschichte, Selbstbild, Fremdbild in Eisenhüttenstadt

Der Autor untersucht das Bild Eisenhüttenstadts, das die Publizistik und die belletristische Literatur seit den Aufbaujahren verbreitet hat, und die Etappen im Wandel der Selbstwahrnehmung und der Darstellung – vom pathetischen Aufbruch in die Zukunft und den schweren Anfangsjahren über die Erfolgsgeschichte, die Betonung der sozialpolitischen Leistungen und der Produktionserfolge, bis zum Gründungsmythos und Gegenstand der Geschichtsschreibung. Zwei Argumentationslinien, die sich seit den fünfziger Jahren herausgebildet haben, durchziehen noch heute die Wahrnehmung: der Mythos des Aufbaus und die Suche nach Normalität. Das Bedürfnis Eisenhüttenstadts nach einer neuen Funktion nach 1989 drückt sich in der anhaltenden Diskussion um ein neues Selbstbild aus.

Brigitte Vogel

Kulturelles Leben in Stalinstadt zwischen Politisierung und „Eigen-Sinn“. Ansätze zu einem deutsch-deutschen Vergleich städtischer Kulturpolitik in den fünfziger Jahren

Die Autorin erörtert den Aufbau des Kulturlebens in der 1950 gegründeten „Stalinstadt“ (1961 Eisenhüttenstadt), die für die Arbeiter des neuen Eisenhüttenkombinats Ost errichtet wurde. Die kulturelle Entwicklung in Stalinstadt war eng mit der offiziellen Kulturpolitik der jungen DDR verbunden: „Kultur für jedermann“ sollte auch den unteren Schichten einen Zugang zu Kunst und Bildung ermöglichen. Die Autorin untersucht die Grundzüge der Umsetzung der offiziellen Kulturpolitik und die Resonanz der in Berlin zentralistisch beschlossenen Kulturpolitik bei der (durchgehend jungen) Bevölkerung. Das wird anhand des „Kulturbundes“, des Bereichs „Künstlerisches Volksschaffen/Volkskunst“ und des Friedrich-Wolf-Theaters untersucht. Ein Vergleich mit dem kulturellen Leben der ebenfalls in den fünfziger Jahren aufgebauten westdeutschen Industriestadt Wolfsburg schließt sich an.

Dorothee Kohler

Der Stahlstandort Eisenhüttenstadt: ein „sozialistisches“ Fos-sur-mer?

Im Mittelpunkt des Beitrags steht ein Vergleich Eisenhüttenstadts mit Fos-sur-mer, einem Stahlstandort der gleichen Generation in Frankreich. Die Autorin deckt das Wirken der staatlichen und industriellen Logik bei der Herausbildung eines neuen Raumes um die neugeschaffenen Industriepole auf und beschreibt Analogien der Industrialisierungspolitik. Wenngleich der Industrialisierungs- und Stadtbildungsprozess von Eisenhütten-

stadt mit dem der traditionellen kapitalistischen Industriestädte nichts gemein hat, plädiert die Autorin dafür, daß man nicht von vornherein jede Ähnlichkeit zwischen der Industrie- und der Entwicklungspolitik in Ost- und Westeuropa von der Hand weisen sollte, wenn der Staat die Initiative zur Schaffung industrieller Standorte ergreift. Am Beispiel von Fos-sur-mer wird gezeigt, daß Eingriffe des Staates in die Eisen- und Stahlindustrie und die Einbeziehung dieses Industriezweiges in die Raumordnungspolitik keine nur sozialistischen Regierungen vorbehaltenen Mittel sind.

Rainer Weinert

Technische Innovation im Eisenhüttenkombinat Ost (EKO) als Entscheidungsproblem der Wirtschaftsführung der DDR

Der Autor geht im Rahmen von Innovationstheorien sozialistischer Gesellschaften der Frage nach, ob der Schumpetersche Innovationsbegriff auf Planungsökonomien anwendbar sei. Seine These, daß Innovationsprozesse und Innovationspolitik in Planungsökonomien einen eigenen Charakter hatten, prüft er anhand der Stahlindustrie der DDR und der Investitionsentscheidungen im Eisenhüttenkombinat Ost in den achtziger Jahren. Das Fallbeispiel, das zeigt, daß der Prozeß der technologischen Erneuerung durch die Abhängigkeit von rahmenpolitischen Vorgaben technikfremden Zwängen unterworfen war, wird in die Innovationspolitik der DDR-Wirtschaftsführung insgesamt eingebettet.

Valérie Lozac'h

Die kommunale Wirtschaftsförderungspolitik vor neuen Herausforderungen

Für Eisenhüttenstadt, das zur DDR-Zeit als Experimentierfeld für das Organisationsmodell der Planwirtschaft konzipiert wurde, war der Schritt in die Marktwirtschaft äußerst schwierig: Die industrielle Aktivität in der Kommune beruhte auf Bedingungen, die heute obsolet sind. Nach der „Wende“ verlor Eisenhüttenstadt seine zentrale wirtschaftliche Bedeutung und wurde zu einer industriellen Krisenstadt am östlichen Rand des vereinigten Deutschlands und an der Peripherie der EU. Der Beitrag untersucht die Folgen für die kommunale Wirtschaftsförderungspolitik angesichts des heute in Westeuropa zunehmenden Engagements der Städte im wirtschaftlichen Bereich. Dazu werden die Aufgaben und Instrumente der Wirtschaftsförderungspolitik und ihre konkreten Anwendungen sowie die vielfältigen Schwierigkeiten, vor denen die kommunale Wirtschaftsförderung in Eisenhüttenstadt steht, erläutert.

Gerhard Schürer

Eisenhüttenstadt – EKO

Der ehemalige Vorsitzende der Staatlichen Plankommission der DDR berichtet aus seinem persönlichen Erleben über die Gründung des EKO und der Stadt Eisenhüttenstadt

und über deren Stellenwert in der Wirtschaftspolitik der DDR. Um den metallurgischen Zyklus zu schließen, erarbeitete er 1983 mit den Ministern für Metallurgie, Außenhandel, Bauwesen und Schwermaschinenbau eine Politbüro-Vorlage zur Errichtung eines Warmwalzwerkes, die auch beschlossen wurde. Ähnliche Pläne gab es schon länger, sie wurden jedoch seit 1953 zurückgestellt. Die Bauarbeiten für die Warmwalzstraße wurden nun 1987 auf Betreiben des Wirtschaftssekretär der SED, Günter Mittag, abgebrochen. Für das EKO war das im Moment der Öffnung 1990 ein deutlicher Standortnachteil und gefährdete dessen Fortbestehen. Schürer berichtet über die Privatisierung des EKO und die Umstände für das Überleben des Stahlstandortes Eisenhüttenstadt bis 1997, als endlich eine Warmbandstraße ihren Betrieb aufnahm.

Abstracts

"Dream of the Future – Reality": Urban History, Self-Image, and Imposed Identities in Eisenhüttenstadt

by Andreas Ludwig

The author explores the images of Eisenhüttenstadt which have been published in the mass media and in literature since its founding. The various phases in changing self-perceptions and representations include the lofty pathos of the founding period, the difficulties of the early years, the success story, the emphasis on social and political achievements and on productivity, the origin myth, and Eisenhüttenstadt as an object of historical research. Two lines of argument, which were first developed in the 1950s, have shaped perceptions up to the present: the myth of the Aufbau ("starting from scratch") and the search for normality. The need for a new function after 1989 has produced a continuing discussion concerning a new self-image for Eisenhüttenstadt.

Cultural Life in Stalinstadt between Politicization and "Eigensinn":

by Brigitte Vogel

The author examines the creation of cultural facilities and programs for the city of Stalinstadt (as of 1961 Eisenhüttenstadt), which was built for the workers in the new steel production complex Eisenhüttenkombinat Ost. The development of cultural life in Stalinstadt was closely tied to the official cultural policy of the newly founded GDR: "Culture for Everyone" was supposed to make the arts and education available to the lower social strata. The author investigates the implementation of official cultural policy, which was centrally planned in Berlin, and the resonance which it found among the relatively young city residents. The most important examples include the Kulturbund (a mass organisation devoted to popular education and the arts), the area of "künstlerisches Volksschaffen/Volkskunst" (creative arts for the people and people's or folk art), and the Friedrich Wolf Theater. The paper also includes a comparison with cultural life in the West German city of Wolfsburg, which was also developed in the 1950s.

The Steel Town Eisenhüttenstadt – a "socialist" Fos-sur-mer?

by Dorothee Kohler

This paper compares Eisenhüttenstadt with Fos-sur-mer, a steel production site in France, which came into being at approximately the same time. The author describes the logic of state and industrial policy and points to analogous processes in the formation of spatial arrangements surrounding newly created industrial centres. Although the processes of industrialisation and urban development in Eisenhüttenstadt did not resemble corresponding processes in traditional capitalist industrial cities, the role of the state in

the creation of new industrial sites does account for some similarities between industrial and developmental policy in Eastern and Western Europe. The example of Fos-sur-mer shows that the role of the state in the iron and steel industry and the meaning which this branch of industry acquires in regional planning is not unique to socialist governments.

Technological Innovation in the Eisenhüttenkombinat Ost (EKO) as a Problem in Decision Making for Economic Planning in the GDR

by Rainer Weinert

With reference to theories of innovation in socialist societies, the authors asks whether Schumpeter's concept of innovation is applicable to planned economies. His thesis is that both the politics of innovation and actual processes of innovation have a unique character in planned economies. This thesis is tested in an examination of the steel industry of the GDR and, more particularly, of decisions regarding investments in the Eisenhüttenkombinat Ost, a steel factory in Eisenhüttenstadt, in the 1980s. This example shows that the process of technological innovation was subordinated to political factors which were not related to technology. In conclusion, the author discusses the significance of this example for the politics of technological innovation in economic planning in the GDR.

New Challenges to Urban Policies of Economic Development

by Valérie Lozac'h

For Eisenhüttenstadt, which was conceived as an experimental field for the organisational model of the planned economy in the GDR, the transition to the market economy was extremely difficult. Industrial activity in this city was based on conditions which are now obsolete. After the transition of 1989/1990, Eisenhüttenstadt lost its central economic significance and became a crisis-ridden industrial city on the eastern border of a unified Germany and on the periphery of the European Union. This paper examines the consequences for local economic developmental policy in light of the contemporary tendency in Western Europe for cities to become increasingly engaged in economic matters. This involves an analysis of both the concrete tasks and instruments of economic developmental policy and the many difficulties with which local economic development in Eisenhüttenstadt is confronted.

Eisenhüttenstadt -- EKO

by Gerhard Schürer

In this paper, the former chair of the state planning commission of the GDR reports from personal experience on the founding of the EKO and the city of Eisenhüttenstadt and on their significance for economic policy in the GDR. In order to complete the cycle of metal production, he worked together with the ministers for Metallurgy, Foreign

Trade, Civil Construction, and Heavy Machine Construction in 1983 in order to draft a Politburo plan for the construction of a hot rolling mill. The plan was subsequently implemented. Similar plans had been formulated earlier, but they were tabled in 1953. Construction of the hot mill train was interrupted in 1987 at the instigation of Günter Mittag, the Economic Secretary of the SED (Socialist Unity Party). This put the EKO at a clear disadvantage when the economy was opened to the West in 1990. In fact, its continued existence was endangered. Schürer reports on the privatisation of the EKO and the circumstances surrounding the survival of the steel production site Eisenhüttenstadt until the year 1997, when a hot rolling mill finally began operating.

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Hartmut Elsenhans, Prof. Dr., Universität Leipzig, Institut für Politikwissenschaft

Thomas Höpel, M.A., Universität Leipzig, Zentrum für Höhere Studien

Dorothee Kohler, Geographin, Université Paris I, Centre Marc Bloch (Berlin)

Gabriele Lingelbach, M.A., Doktorandin am Graduiertenkolleg Gesellschaftsvergleich der Freien Universität zu Berlin

Valérie Lozac'h, Dr., Soziologin, Centre de Sociologie des Organisations (Paris), Centre Marc Bloch (Berlin)

Andreas Ludwig, Historiker, Leiter des Dokumentationszentrums Alltagskultur der DDR, Eisenhüttenstadt

Roland Ludwig, M.A., Maintal

Matthias Middell, Dr. phil., Universität Leipzig, Zentrum für Höhere Studien

Hans-Martin Moderow, M.A., Universität Leipzig, SFB 417

Steffi Richter, Prof. Dr., Universität Leipzig, Institut für Ostasienwissenschaften/Japanologie

Gerhard Schürer, Dr., ehemaliger Vorsitzender der Staatlichen Plankommission der DDR, Berlin

Friedemann Scriba, Dr. phil., Evangelisches Schulzentrum Leipzig

Brigitte Vogel, M.A., Doktorandin an der Freien Universität zu Berlin

Rainer Weinert, Dr., a.pl.-Professor am Institut für Soziologie der Freien Universität zu Berlin

Aus dem Inhalt

- Andreas Ludwig* „Traum der Zukunft – Wirklichkeit“. Stadtgeschichte, Selbstbild, Fremdbild in Eisenhüttenstadt
- Brigitte Vogel* Kulturelles Leben in Stalinstadt zwischen Politisierung und „Eigen-Sinn“. Ansätze zu einem deutsch-deutschen Vergleich städtischer Kulturpolitik in den fünfziger Jahren
- Dorothee Kohler* Der Stahlstandort Eisenhüttenstadt: ein „sozialistisches“ Fos-sur-mer?
- Rainer Weinert* Technische Innovation im Eisenhüttenkombinat Ost (EKO) als Entscheidungsproblem der Wirtschaftsführung der DDR
- Valérie Lozac'h* Die kommunale Wirtschaftsförderungspolitik vor neuen Herausforderungen
- Gerhard Schürer* Eisenhüttenstadt – EKO

Forum

- Hartmut Elsenhans* Individualistische Strategien der Haushalte zur Zukunftssicherung: Grundlage für den Niedergang des wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus